

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Generatives Verhalten der Frauen
- Interviewerbefragung im Mikrozensus
- Revisionen von Konjunkturindikatoren
- Gaslieferungen von und nach Deutschland
- Inlandstourismus
- Eisenbahnverkehr
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte
- Einzelhandelspreise
- Preise in der Bauwirtschaft
- Preise



5/2009

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juni 2009

Einzelpreis: EUR 15,90 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 137,80 [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-09105-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	369
Textteil		
<i>Olga Pötzsch, Bettina Sommer</i>	Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich	377
<i>Sabine Köhne-Finster, Gesine Güllner</i>	Ergebnisse der Interviewbefragung im Mikrozensus	397
<i>Dr. Sandra Jung</i>	Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren	406
<i>Wolfgang Bayer</i>	Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland	416
<i>Dr. Martin Szibalski</i>	Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008	425
<i>Kristina Walter</i>	Eisenbahnverkehr 2008	440
<i>Kristina Kott, Sylvia Behrends</i>	Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland	449
<i>Günther Elbel, Jürgen Preißmann</i>	Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005	474
<i>Hubert Vorholt, Jens Dechent</i>	Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008	484
	Preise im April 2009	491
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	497
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	369
Texts		
<i>Olga Pötzsch, Bettina Sommer</i>	Reproductive behaviour of female cohorts in a long-term comparison	377
<i>Sabine Köhne-Finster, Gesine Güllner</i>	Results of the interviewer-administered inquiry of the microcensus	397
<i>Dr. Sandra Jung</i>	Analysis of revisions of selected short-term indicators	406
<i>Wolfgang Bayer</i>	The GETS project: Gas deliveries from and to Germany	416
<i>Dr. Martin Szibalski</i>	Moderate growth in internal tourism, 2008	425
<i>Kristina Walter</i>	Rail transport, 2008	440
<i>Kristina Kott, Sylvia Behrends</i>	Equipment with consumer durables and housing situation of households in Germany	449
<i>Günther Elbel, Jürgen Preißmann</i>	Recalculation of the retail price index on base 2005	474
<i>Hubert Vorholt, Jens Dechent</i>	Price trends in the construction industry, 2008	484
	Prices in April 2009	491
	List of the contributions published in the current year	497
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

Aus Europa

Verdienste in Deutschland und Arbeitskosten im EU-Vergleich

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland verdienten im Jahr 2008 durchschnittlich 41 509 Euro brutto. Das waren 2,8 % mehr als 2007. In den neuen Ländern stiegen die Verdienste mit 3,0 % auf 30 151 Euro geringfügig stärker als im früheren Bundesgebiet (2,8 % auf 43 310 Euro). Damit erreichten die Arbeitnehmer/-innen im Osten 70 % des Verdienstniveaus im Westen.

Die Verdienste sind 2008 insgesamt um 0,2 Prozentpunkte stärker gestiegen als die Verbraucherpreise (+2,6 %). Allerdings haben nicht alle Arbeitnehmergruppen gleichermaßen davon profitiert. Im Verarbeitenden Gewerbe (+2,3 %), im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+2,4 %) sowie besonders im Gastgewerbe (+1,7 %) gab es real Verluste. In den anderen Wirtschaftszweigen lag die Verdienstentwicklung über der Preisentwicklung. Die höchsten Verdienstzuwächse gab es 2008 im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 4,6 % sowie im Bergbau mit 4,4 %.

Die Arbeitskosten nahmen 2008 nur moderat zu: Gemessen in der jeweiligen Landeswährung hatte Deutschland in der Privatwirtschaft mit +2,5 % gegenüber dem Vorjahr hinter Malta (+1,8 %) das zweitgeringste Wachstum der Arbeitskosten aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Seit 2001 hat Deutschland stets zu den EU-Staaten mit den geringsten Wachstumsraten der Arbeitskosten

gezählt. Höhere Anstiege der Arbeitskosten verzeichneten 2008 Frankreich (+2,6 %), Italien (+4,4 %) sowie Spanien (+5,0 %); in Lettland (+22,9 %) nahmen die Arbeitskosten EU-weit am stärksten zu. Im Vereinigten Königreich und in Schweden führten teils massive Abwertungen der heimischen Währungen gegenüber dem Euro zu sinkenden Arbeitskosten auf Euro-Basis.

Arbeitgeber bezahlten im Jahr 2008 in der deutschen Privatwirtschaft durchschnittlich 29,80 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Im europäischen Vergleich lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit nach dem in Dänemark, Luxemburg, Belgien, Schweden, Frankreich und den Niederlanden gemeinsam mit dem in Österreich auf Rang sieben. Dänemark wies mit 36,50 Euro die höchsten, Bulgarien mit 2,50 Euro die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde auf.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland im Jahr 2008 durchschnittlich 33,90 Euro. Damit lag Deutschland hinter Belgien, Dänemark und Schweden auf Rang vier in der Europäischen Union.

Die Lohnnebenkosten sind ein bedeutender Bestandteil der Arbeitskosten. Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten die Arbeitgeber im Jahr 2008 in Deutschland 32 Euro Lohnnebenkosten. Damit lag Deutschland unter dem europäischen Durchschnitt von 36 Euro und nahm mit Rang 15 innerhalb der Europäischen Union einen Mittelplatz ein. In Frankreich und Schweden entfielen auf 100 Euro Lohn zusätzlich 50 bzw. 48 Euro Lohnnebenkosten, in Malta waren es nur neun Euro.

Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Die Betrachtung des Verhältnisses der Lohnnebenkosten zu den Bruttolöhnen und -gehältern erlaubt einen Vergleich der Lohnnebenkosten unabhängig vom Lohnniveau der einzelnen Mitgliedstaaten. Die hier dargestellten Lohnnebenkosten dürfen nicht mit Lohnzusatzkosten verwechselt werden. Die Lohnzusatzkosten umfassen sowohl die Beiträge der Arbeitgeber zur gesetzlichen Sozialversicherung als auch die der Arbeitnehmer.

Detaillierte Ergebnisse zu diesen Themen sowie zu den Tarifverdiensten und zu Niedriglöhnen enthalten die Unterlagen zur Pressekonferenz „Verdienste und Arbeitskosten im Jahr 2008“ des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Pfad: Presse → Pressekonferenzen und Pressegespräche).

Ergebnisse weiterer amtlicher EU-Statistiken stehen im EDS Europäischer Datenservice zur Verfügung (www.eds.destatis.de).

Aus dem Inland

Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich hoch

Auf der Grundlage des Mikrozensus wurden Indikatoren zur Einkommensarmut und -verteilung für Bund und Länder berechnet. Der Mikrozensus ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa; er bietet aufgrund seiner Stichprobengröße die Möglichkeit, für alle Bundesländer verlässliche Indikatoren zu berechnen.

Für die Berechnung von Armutsgefährdungsquoten kommen grundsätzlich mehrere Datenquellen der amtlichen Statistik in Betracht. Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene (insbesondere im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung) wird zur Berechnung von Indikatoren, die die Einkommensarmut und -verteilung betreffen, die Statistik „Leben in Europa“ (EU-SILC) als Datengrundlage herangezogen. Für die Darstellung vergleichbarer Indikatoren auf Ebene der Bundesländer kann EU-SILC jedoch nicht verwendet werden, da die Stichprobe nicht groß genug ist, um auch für kleinere Bundesländer die entsprechenden Indikatoren auszuweisen.

Zu beachten ist, dass sich Mikrozensus und EU-SILC sowohl hinsichtlich des zugrunde liegenden Einkommenskonzepts und der Einkommenserfassung als auch hinsichtlich des Stichprobendesigns unterscheiden.

Die Armutsgefährdungsquote variiert in Deutschland in den Bundesländern. Gemäß der Definition der Europäischen Union ist die Armutsgefährdungsquote der Anteil der Personen, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung auskommen müssen. Während in Mecklenburg-Vorpommern knapp ein Viertel (24,3 %) und in Sachsen-Anhalt gut ein Fünftel (21,5 %) der Bevölkerung

weniger als 60 % des mittleren Einkommens in Deutschland zur Verfügung hat, trifft dies in den Bundesländern Baden-Württemberg (10,0 %) und Bayern (11,0 %) nur auf rund ein Zehntel der Bevölkerung zu. Dies geht aus Berechnungen mit Daten des Mikrozensus für das Jahr 2007 hervor, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ erstmals durchgeführt wurden.

Die Armutsgefährdungsquote betrug nach diesen Berechnungen im Jahr 2007 in Deutschland insgesamt 14,3 %. Dabei gibt es insbesondere zwischen Ost und West deutliche Unterschiede: Während in den neuen Ländern (einschließlich Berlins) 19,5 % der Bevölkerung armutsgefährdet waren, lag die Quote im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 12,9 % deutlich niedriger. Die Armutsgefährdungsquote war im Osten in nahezu allen Altersgruppen höher als im Westen. Lediglich die Altersgruppe der ab 65-Jährigen wies im Osten mit 9,3 % eine geringere Quote auf als im Westen mit 11,9 %. Während die Armutsgefährdungsquote der Frauen im Westen mit 13,5 % höher lag als die der Männer (12,2 %), waren im Osten keine geschlechtsspezifischen Differenzen festzustellen (für Frauen und Männer jeweils 19,5 %).

Besonders von Armut bedroht sind erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder. Auch hier sind im Ländervergleich jedoch erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen in Baden-Württemberg mit 40,3 % im Jahr 2007 den niedrigsten Wert aller Bundesländer aufwies, waren in Sachsen-Anhalt zwei Drittel aller Erwerbslosen (66,0 %) armutsgefährdet. Bei den Personen, die in Haushalten von Alleinerziehenden lebten, wurden die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten in den Stadtstaaten Berlin (28,6 %) und Hamburg (29,6 %) festgestellt; die höchste Quote wies auch hier Sachsen-Anhalt mit 53,7 % auf.

Grundlage der Berechnungen der oben genannten Armutsgefährdungsquoten ist die Armutsgefährdungsschwelle auf Bundesebene. Diese wird anhand des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) errechnet. Den für Bund und Länder ermittelten Armutsgefährdungsquoten liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde.

Eine ergänzende Perspektive ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht der Bundesmedian, sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen zugrunde gelegt werden, die anhand des mittleren Einkommens des jeweiligen Bundeslandes (Landesmedian) errechnet werden. Aus dieser „regionalen Perspektive“ betrachtet fallen die Unterschiede zwischen den Armutsgefährdungsquoten in den Bundesländern deutlich geringer aus. Hier wiesen im Jahr 2007 Hamburg (16,8 %) und Bremen (15,2 %) die höchsten, Thüringen (12,9 %) und Baden-Württemberg (13,0 %) die niedrigsten Werte für die Armutsgefährdungsquote auf.

Diese und weitere umfangreiche Daten zu Armuts- und Sozialindikatoren, detaillierte methodische Erläuterungen zu den für die Sozialberichterstattung relevanten Datenquel-

len und den angewandten Berechnungsverfahren sowie Hinweise zu Ansprechpartnern und weiteren Informationsquellen enthält das Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Dieses neue Informationsangebot, das im Rahmen des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ nunmehr regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt werden soll, steht im Statistik-Portal unter dem Link www.amtliche-sozialberichterstattung.de zur Verfügung.

Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken 2008

Verbrauchssteuern werden auf ausgewählte Waren erhoben, die im Inland zum Ver- oder Gebrauch in den Wirtschaftskreislauf treten. Die wichtigsten verbrauchsteuerpflichtigen Waren sind Alkopops, Bier, Branntwein, Energieerzeugnisse (z. B. Heizöl, Erdgas, Kraftstoffe, Strom), Kaffee, Schaumwein, Tabak und Zwischenerzeugnisse. Bis auf die Biersteuer, deren Einnahmen den Ländern zufließen, werden diese Verbrauchssteuern als Bundessteuern erhoben. Daneben gibt es sogenannte örtliche Verbrauchssteuern, die nicht bundeseinheitlich erhoben werden und deren Einnahmen den Gemeinden zustehen.

Die Verbrauchsteuerstatistiken liefern für die wichtigsten verbrauchsteuerpflichtigen Waren tief gegliederte Informationen. Im Folgenden werden Eckdaten aus diesen Statistiken vorgestellt.

Der Absatz von *Bier* (einschließlich Biermischungen) ging im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,1 % auf 102,9 Mill. Hektoliter zurück. Neben dem versteuerten Inlandsabsatz von Bier, der mit 87,7 Mill. Hektolitern gegenüber 2007 um 0,9 % abnahm und den Ländern ein Steuersoll von 742 Mill. Euro einbrachte (-0,9 %), wurden 11,7 Mill. Hektoliter Bier in EU-Länder geliefert (-1,2 %), 3,3 Mill. Hektoliter in Drittländer (-4,1 %) und der Rest (0,2 Mill. Hektoliter) als Haustrunk an die Mitarbeiter der Brauereien abgegeben. Biermischungen, also Bier gemischt mit Limonade, Cola, Fruchtsäften und anderen alkoholfreien Zusätzen, waren im Jahr 2008 mit 4,2 Mill. Hektolitern oder einem Anteil von 4,1 % am gesamten Bierabsatz beteiligt. Das ist ein Plus von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Der Verbrauch von Bier – berechnet aus dem versteuerten Inlandsabsatz, dem steuerfreien Haustrunk und den versteuerten Einfuhren – ging mit 87,9 Mill. Hektolitern ebenso wie der Absatz leicht um 1,0 % zurück. Mit einem rechnerischen Pro-Kopf-Verbrauch (je Einwohner) von 106,8 Litern war Bier jedoch weiterhin das meistgetrunkene alkoholische Getränk in Deutschland. Im Jahr 2008 produzierten in Deutschland 1 319 Brauereien den beliebtesten Gerstensaft – fast die Hälfte davon mit Sitz in Bayern.

Über eine weitere Verbrauchsteuer wird in Deutschland der Konsum von *Schaumwein* besteuert. In der Schaumweinsteuerstatistik werden alle zu versteuernden in- und ausländischen Schaumweinsorten erfasst, auch Obst- und Fruchtschaumweine mit einem Alkoholgehalt von weniger als 6 %. Der Absatz von Schaumwein belief sich im Jahr 2008 auf rund 3,4 Mill. Hektoliter, was einer Zunahme gegenüber

dem Vorjahr um 1,7 % entspricht. Er setzt sich zusammen aus dem versteuerten Inlandsabsatz von Schaumwein mit 3,2 Mill. Hektolitern und den steuerfreien Exporten mit 0,2 Mill. Hektolitern. Während der versteuerte Inlandsabsatz um 2,7 % gegenüber 2007 stieg, gingen die Exporte von Schaumwein um 12,2 % zurück. Der versteuerte Absatz von Schaumwein brachte dem Bund ein Steuersoll von 433 Mill. Euro ein, 2,7 % mehr als im Vorjahr. Der rechnerische Pro-Kopf-Verbrauch (je Einwohner) entspricht umgerechnet etwa fünf handelsüblichen 0,75-Liter-Flaschen.

Gesondert nachgewiesen wird die Besteuerung von *Zwischenerzeugnissen*. Zwischenerzeugnisse sind gegorene Erzeugnisse, denen Destillationsalkohol zugesetzt wurde; die bekanntesten sind Sherry, Portwein und Madeira. Für 2008 konnte ein Steuersoll von 26,5 Mill. Euro (-6,9 % gegenüber 2007) aus der versteuerten Absatzmenge von 0,23 Mill. Hektolitern (-7,7 %) erzielt werden.

Über den Netto-Bezug von *Tabakwaren* konnte der Bund im Jahr 2008 Steuerzeichen in Höhe von 13,6 Mrd. Euro absetzen, was einem Rückgang um 3,7 % gegenüber 2007 entspricht. Der Absatz von Zigaretten ging gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig um 3,8 % zurück; ebenfalls nur leicht verringert hat sich die abgesetzte Menge des versteuerten Feinschnitts (-2,4 %). Im Vergleich dazu ist beim Absatz von Zigarren und Zigarillos mit -23,4 % ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der seinen Grund vor allem in der steuerlichen Definitionsänderung für sogenannte Eco-Zigarillos hat, die seit dem 1. Januar 2008 mit dem höheren Steuersatz von Zigaretten besteuert werden. Ein kräftiger Anstieg um 17,0 % war bei der abgesetzten Menge von Pfeifentabak zu verzeichnen.

Zu den ertragreichsten verbrauchsteuerpflichtigen Waren zählen die *Energieerzeugnisse*. Im Jahr 2008 wurden Steuern für Energieerzeugnisse in Höhe von 39,0 Mrd. Euro angemeldet. Gegenüber dem Vorjahr blieb das Steuersoll damit unverändert. Zu beachten ist, dass im vorliegenden Beitrag keine Angaben zum Erdgas gemacht werden. Grund ist die hier bestehende Option für eine jährliche Steueranmeldung bis zum 31. Mai des Folgejahres. Den höchsten Beitrag zum Energiesteueraufkommen leisten die Kraftfahrer. Benzin wurde im Jahr 2008 in Höhe von 18,2 Mrd. Euro versteuert, das Steuersoll ging damit gegenüber 2007 um 3,3 % zurück. Für Gasöl (Diesel) ergab sich ein Steuersoll von 16,9 Mrd. Euro, was einem Anstieg gegenüber 2007 um 4,0 % entspricht. Da die Steuersätze im Jahr 2008 unverändert geblieben sind, gelten die genannten Veränderungsraten auch für die abgesetzten Mengen. Der Absatz von Heizöl brachte dem Bund im Jahr 2008 ein Steuersoll von 1,7 Mrd. Euro ein und damit 41,9 % mehr als im Jahr 2007, das durch einen außergewöhnlich milden Winter gekennzeichnet war.

Für die verbrauchbesteuerten Waren, die in keiner eigenständigen statistischen Auswertung näher untersucht werden, liegen Angaben zum Steueraufkommen (Steuer-Ist) aus der Statistik über den Steuerhaushalt vor. Hier werden alle Steuereinnahmen nach den einzelnen Steuerarten gegliedert nachgewiesen. Aus den Verbrauchssteuern wurden im Jahr 2008 Steuereinnahmen in Höhe von 63,4 Mrd. Euro erzielt (2007: 63,8 Mrd. Euro). Neben den bereits genann-

ten verbrauchsteuerpflichtigen Waren wurden im Jahr 2008 über die Stromsteuer 6,3 Mrd. Euro, über die Branntweinsteuer 2,1 Mrd. Euro und über die Kaffeesteuer 1,0 Mrd. Euro in die Bundeskasse gezahlt.

Neuerscheinungen

Publikation „Gesundheit und Krankheit im Alter“ erschienen

Welche Bedingungen ermöglichen ein Älterwerden bei guter Gesundheit? Welche Rolle spielen gesundheitliche, medizinische und pflegerische Angebote für die Gesundheit älter werdender und alter Menschen? Wird die Gesundheitsversorgung immer teurer, wenn die Gesellschaft insgesamt immer älter wird? Verstärkt sich die Bedeutung sozialer Ungleichheit für die Gesundheit im Alter – oder schwächt sie sich ab? Der neu erschienene umfassende Beitrag zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes „Gesundheit und Krankheit im Alter“ versucht Antworten auf diese Fragen zu geben. Die rund 300 Seiten umfassende Veröffentlichung ist eine gemeinsame Arbeit dreier Institutionen – des Statistischen Bundesamtes, des Deutschen Zentrums für Altersfragen und des Robert Koch-Institutes –, die auf diesem Gebiet eng zusammenarbeiten.

Im ersten Teil „Wer sind die Alten?“ erläutern die Autoren unter anderem die Begriffe Alter und Altern sowie demografische Perspektiven. Im Teil „Alter=Krankheit?“ stehen Gesundheitszustand und Gesundheitsentwicklung im Mittelpunkt. Thema ist dabei nicht nur die somatische und psychische Gesundheit alter Menschen. Die Autoren gehen auch ein auf die funktionale Gesundheit, die Pflegebedürftigkeit und die subjektive Gesundheit. Die Ausführungen des zweiten Teils münden in der Frage, ob der demografische Wandel zu einer Kompression oder zu einer Expansion der Morbidität führen wird.

„Schicksal, Schichtzugehörigkeit oder Verhalten“ ist der Titel des Teils, der gesundheitsrelevante Lebenslagen und Lebensstile thematisiert. So ist zum Beispiel die Aussicht auf ein langes und gesundes Leben nach Merkmalen wie Einkommen, Bildung oder Berufsstatus ungleich verteilt. Themen sind auch die Inanspruchnahme ärztlicher Versorgungsangebote und die Bedeutung von Prävention im Alter, durch die Gesundheitsprobleme günstig beeinflusst werden können. Der Teil „Systeme mit Altersschwäche?“ nimmt die Angebote der ambulanten und stationären Versorgung unter die Lupe, die familiäre und ehrenamtliche pflegerische Versorgung sowie die Vernetzung in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Die Frage nach dem Warum der Vernetzung rundet den vierten Teil ab. Die Themen des fünften und letzten Teils „Wie teuer wird das Altern?“ sind die Finanzierung der Gesundheitsversorgung alter Menschen, die Krankheitskosten, die Bedeutung der demografischen Alterung für die Ausgaben im Gesundheitswesen sowie ältere Menschen als Kunden der Gesundheitswirtschaft und Anbietende von Gesundheitsleistungen. Sie führen zu der

Frage, ob Gesundheit unter den Bedingungen von Demografie und Fortschritt bezahlbar bleibt.

Die Forschung zu Gesundheit und Krankheit im Alter wird derzeit im Robert Koch-Institut verstärkt. Die Wissenschaftler entwickeln im Rahmen der sogenannten OMAHA-Studie insbesondere neue Methoden, mit denen sich die gesundheitliche Situation der relevanten Altersgruppen besser untersuchen lässt. Außerdem werden Infektionsrisiken und der Einsatz von Antibiotika in Pflegeheimen erstmals systematisch erforscht. Die Verstärkung der Forschung wird durch das Programm „RKI 2010“ möglich, mit dem das Institut in den nächsten Jahren schrittweise und nachhaltig ausgebaut wird.

Der Beitrag zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes „Gesundheit und Krankheit im Alter“ kann in gedruckter Form kostenlos bestellt werden (Robert Koch-Institut, General-Pape-Straße 62, 12101 Berlin, E-Mail: gbe@rki.de) und steht unter www.rki.de kostenlos zum Download zur Verfügung.

Neuer Regionalatlas online

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten ab sofort einen neuen interaktiven Regionalatlas als Gemeinschaftsveröffentlichung an. Der neue Regionalatlas löst den bisherigen „Online-Atlas zur Regionalstatistik“ ab und stellt über 80 Indikatoren für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands in Form von thematischen Karten dar. Für die Abfrage und Visualisierung der Informationen stehen zahlreiche Interaktionsmöglichkeiten zur Verfügung.

Das Informationsangebot erstreckt sich über eine Vielzahl von Themenbereichen. So ist zum Beispiel auf einen Blick zu erkennen, in welchen Regionen Deutschlands die Personenkraftwagen-Dichte, das verfügbare Einkommen oder die Arbeitslosenquote besonders hoch sind.

Der Regionalatlas ist über die Homepage des Statistischen Bundesamtes erreichbar (www.destatis.de/onlineatlas).

Kindertagesbetreuung regional 2008

Kindertagesbetreuung ist ein wichtiger Aspekt der Alltagswirklichkeit von Eltern. Ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen ist wesentliche Voraussetzung für eine zufriedenstellende Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Alleinerziehenden ermöglicht ein solches Betreuungsangebot häufig erst eine eigene Erwerbstätigkeit, ohne die nicht selten andere Leistungen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld I, oder staatliche Transferleistungen, wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II („Hartz IV“), in Anspruch genommen werden müssen. Über die Betreuungssituation in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und in öffentlich geförderter Kindertagespflege – u. a. über die Inanspruchnahme von Ganztagesbetreuung – für alle 429 Stadt- und Landkreise in Deutschland informiert eine neu erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des

Bundes und der Länder, „Kindertagesbetreuung regional 2008“.

Aber nicht nur in der Familien-, Frauen- und Sozialpolitik, auch in anderen Politikbereichen spielt Kindertagesbetreuung eine wichtige Rolle:

- arbeitsmarktpolitisch zur Nutzung des Arbeitsangebots gut qualifizierter Mütter und Väter,
- bevölkerungspolitisch als unterstützender Anreiz, bestehende Kinderwünsche zu realisieren,
- bildungspolitisch im Bereich der Elementarerziehung und -bildung als Konsequenz zum Beispiel der Ergebnisse der PISA-Studien.

Kindertagesbetreuung bedeutet dabei nicht nur die Versorgung von Kindern über einen Teil des Tages in einer Einrichtung oder in Tagespflege. Grundlegende Elemente sind auch die Aspekte Erziehung und Bildung, durch deren Einbeziehung der umfassende, ganzheitliche pädagogische Auftrag der Arbeit in Tageseinrichtungen deutlich wird. Außerdem vermittelt Tagesbetreuung Kindern, die heute häufig ohne oder nur mit einem Geschwister aufwachsen, wichtige Sozialisierungserfahrungen.

Kompakt

Spargelernte im Jahr 2008

Im Jahr 2008 wurden 92 700 Tonnen (t) Spargel von deutschen Spargelfeldern geerntet. Die Erntemenge war damit nahezu so hoch wie im bisherigen Rekordertejahr 2007 (94 300 t). Die diesjährige Spargelsaison hat wegen der warmen Frühjahrswitterung vor allem im Folienanbau regional bereits Ende März/Anfang April 2009 begonnen.

Die kontinuierliche Ausweitung der Flächen für den Spargelanbau in den letzten Jahren hat sich im Jahr 2008 nicht weiter fortgesetzt. Das Edelgemüse wurde im vergangenen Jahr in Deutschland auf einer Fläche von 21 600 Hektar (ha) angebaut, wovon 18 400 ha abgeerntet wurden. Damit wuchs aber immer noch auf einem Fünftel der gesamten Gemüseanbaufläche in Deutschland Spargel. Es wurde ein durchschnittlicher Ernteertrag von 50,3 Dezitonnen je ha (1 Dezitonne = 100 Kilogramm) erzielt, das war etwas weniger als bei der bisher größten Ernte 2007.

Die bundesweit bedeutendsten Spargelanbauländer sind Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg: In diesen drei Ländern liegt zusammen mehr als die Hälfte der ertragsfähigen Spargelanbauflächen. 2008 wurden hier entsprechend 57 % der deutschen Spargelernte erzeugt.

Hochschulausgaben 2007

33,3 Mrd. Euro gaben die deutschen Hochschulen im Jahr 2007 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus, 3,6 % mehr als im Vorjahr (2006: 32,1 Mrd. Euro).

Mit 19,2 Mrd. Euro waren die Personalaufwendungen wie in den Jahren zuvor der größte Ausgabeposten der öffentlichen und privaten Hochschulen. Das waren 57,5 % der gesamten Hochschulausgaben. Der laufende Sachaufwand betrug 11,5 Mrd. Euro. 2,7 Mrd. Euro wurden für Investitionen ausgegeben.

Auf die Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten) entfiel 2007 ein Ausgabevolumen von 13,4 Mrd. Euro, das waren 1,9 % mehr als 2006. Die Medizinischen Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten wendeten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 15,8 Mrd. Euro (+ 4,3 %) auf. Die Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) steigerten ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 7,2 % auf 3,4 Mrd. Euro.

Die Ausgabensteigerungen konnten die Hochschulen weitgehend über höhere eigene Einnahmen finanzieren. 2007 nahmen die Einnahmen aus Beiträgen der Studierenden gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. Euro auf rund 1,0 Mrd. Euro zu. Dies ist in erster Linie auf die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in sieben Bundesländern im Laufe des Jahres 2007 zurückzuführen. Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen, die zu über 90 % von medizinischen Einrichtungen als Entgelte für die Krankenbehandlung erwirtschaftet wurden, beliefen sich auf 11,3 Mrd. Euro (+ 4,3 %). Außerdem warben die Hochschulen im Jahr 2007 Drittmittel in Höhe von 4,3 Mrd. Euro (+ 10,5 %) ein. Die Drittmiteleinnahmen sind in erster Linie für Forschung und Entwicklung bestimmt. Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1,4 Mrd. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (1,1 Mrd. Euro) sowie der Bund (0,9 Mrd. Euro).

Ausführliche Ergebnisse zu den Finanzen der Hochschulen bietet die Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen 2007“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes kostenlos erhältlich ist (www.destatis.de/publikationen).

Gaststudierende im Wintersemester 2008/2009

An deutschen Hochschulen waren im Wintersemester 2008/2009 36 900 Gasthörer und -hörerinnen gemeldet. Damit ist die Zahl der Gaststudierenden innerhalb der letzten zehn Jahre um 7 % gestiegen. Dabei hat vor allem der Anteil der älteren Gasthörerinnen und -hörer immer mehr zugenommen. Betrug der Anteil der Gruppe der über 60-Jährigen an allen Gaststudierenden im Wintersemester 1998/1999 35 %, so machte er im Wintersemester 2008/2009 bereits 45 % aus. Dagegen sank der Anteil der jüngeren Gaststudierenden: Im Wintersemester 1998/1999 waren noch 39 % aller Gasthörer und -hörerinnen unter 40 Jahre alt gewesen, zehn Jahre später lag ihr Anteil bei 35 %.

In den vergangenen zehn Jahren erhöhte sich das Durchschnittsalter der Gaststudierenden von 48 auf 51 Jahre. Damit waren sie etwa doppelt so alt wie die übrigen Studierenden.

Im Wintersemester 2008/2009 waren 1 996 000 Studentinnen und Studenten ordentlich immatrikuliert. An allen Studierenden haben Gasthörer und -hörerinnen deshalb nur einen geringen Anteil von 2%. Gaststudierende können auch ohne formale Hochschulreife an einzelnen Kursen und Lehrveranstaltungen der Hochschulen teilnehmen. Zwar ist keine Abschlussprüfung möglich, dennoch gestattet das Gaststudium wissenschaftliche Weiterbildung und ist damit ein wichtiges Element im Kontext des „Lebenslangen Lernens“.

Weitere Auskünfte erteilt
Astrid Stroh, Telefon 06 11/75 41 13,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Pflegekräfte in Krankenhäusern 2007

Im Jahr 2007 waren in Deutschland 393 000 Pflegekräfte für die Versorgung von 17,2 Mill. vollstationär behandelten Krankenhauspatienten und -patientinnen im Einsatz.

Damit waren 46% des nichtärztlichen Krankenhauspersonals im Pflegedienst tätig. Zu den 393 000 Pflegekräften gehörten unter anderem 318 000 Krankenpfleger und -pflegerinnen, 38 000 Kinderkrankenpfleger und -pflegerinnen und 18 000 Krankenpflegehelfer und -helferinnen.

In der Krankenpflege sind überwiegend Frauen beschäftigt. Der Frauenanteil an den Pflegekräften insgesamt betrug 2007 86,4%, bei den Kinderkrankenpflegern und -pflegerinnen belief er sich sogar auf 98,4%.

Annähernd jeder zweite Krankenhausmitarbeiter im Pflegedienst (46,7%) war teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entsprechen die 393 000 Pflegekräfte 298 000 Vollkräften in der Krankenpflege. Eine Vollkraft im Pflegedienst versorgte 2007 im Durchschnitt 58 Patienten und Patientinnen. Im regionalen Vergleich betreute eine Pflegevollkraft in Mecklenburg-Vorpommern die meisten Fälle (63), die wenigsten in Bremen und Hamburg (52).

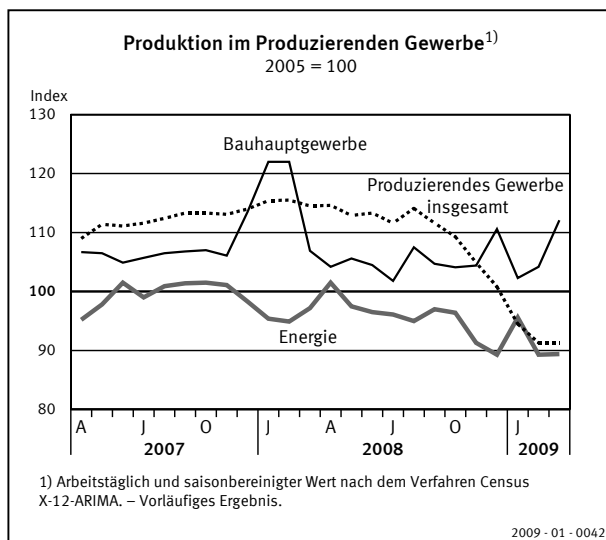
Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Graf, Telefon 06 11/75 81 69,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

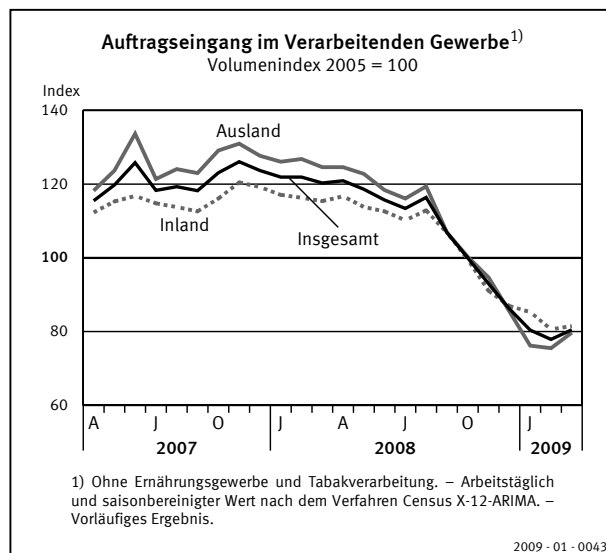
Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe blieb im März 2009 vorläufigen Angaben zufolge preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) gegenüber dem Vormonat unverändert (+0,0%). Zuvor war sie abwärts revidiert um 3,4% zurückgegangen. Während die Industrieproduktion im März 2009 weiter leicht um 0,4% zurückgefahren wurde, erhöhte sich die Erzeugung im Bauhauptgewerbe kräftig um 7,6%. Im Bereich der Industrie wurde die Pro-

duktion von Vorleistungsgütern und von Konsumgütern um 2,4 bzw. 2,0% eingeschränkt. Die Produzenten von Investitionsgütern weiteten dagegen ihre Produktion erstmals nach sechs Monaten um 2,5% aus. Dahinter steht ein kräftiger Anstieg der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+15,4%).



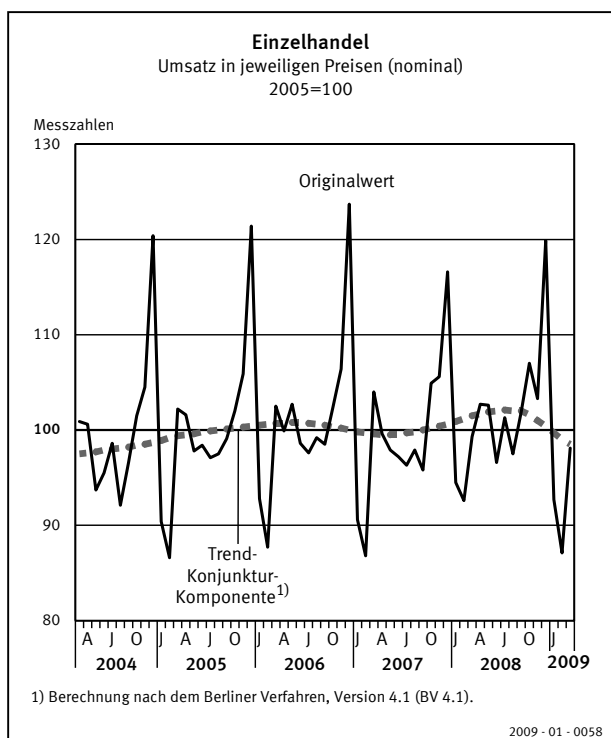
Die *Auftragseingänge* in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge im März 2009 preis- und saisonbereinigt um 3,3% angestiegen. Im Vormonat hatten sie leicht aufwärts revidiert um 3,1% abgenommen. Der Anteil an Großaufträgen war für einen März stark überdurchschnittlich. Die Auslandsnachfrage nahm, begünstigt durch die Großaufträge, kräftig um 5,6% zu. Die Inlandsnachfrage verbesserte sich ebenfalls, wenn auch weniger deutlich, um 1,1%. Alle drei industriellen Hauptgruppen verbuchten im März mehr Bestellungen als im Vormonat. Am stärksten fiel der Anstieg mit 4,9% bei den Investitionsgüterproduzenten aus. Die Bestelltätigkeit bei Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten legte um 1,6 bzw. 1,5% zu.



Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *März 2009* nominal 1,2% und real 0,8% weniger um als im März 2008. Dabei hatte der März 2009 mit 26 Verkaufstagen zwei Verkaufstage mehr als der März 2008.

Im Vergleich zum Februar 2009 sank der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,6% und real um 0,4%.



Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im März 2009 nominal 3,3% und real 3,9% weniger um als im März 2008. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten ging der Umsatz nominal um 3,3% und real um 3,6% zurück. Beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln lagen die Umsätze nominal um 3,4% und real um 5,1% niedriger als im Vorjahresmonat.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde im Berichtsmonat nominal 1,2% und real 1,4% mehr als im März 2008 umgesetzt. Nominale und reale Umsatzsteigerungen gab es im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal +1,8% und real +0,4%), im Einzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Erzeugnissen (nominal +4,9% und real +2,2%) und im Internet- und Versandhandel (nominal +8,6% und real +7,3%). In zwei Branchen gingen die Umsätze zurück: im Einzelhandel mit Büchern, Schreibwaren und Bürobedarf nominal um -3,5% und real um -3,8% und im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren nominal um -0,7% und real um -1,9%.

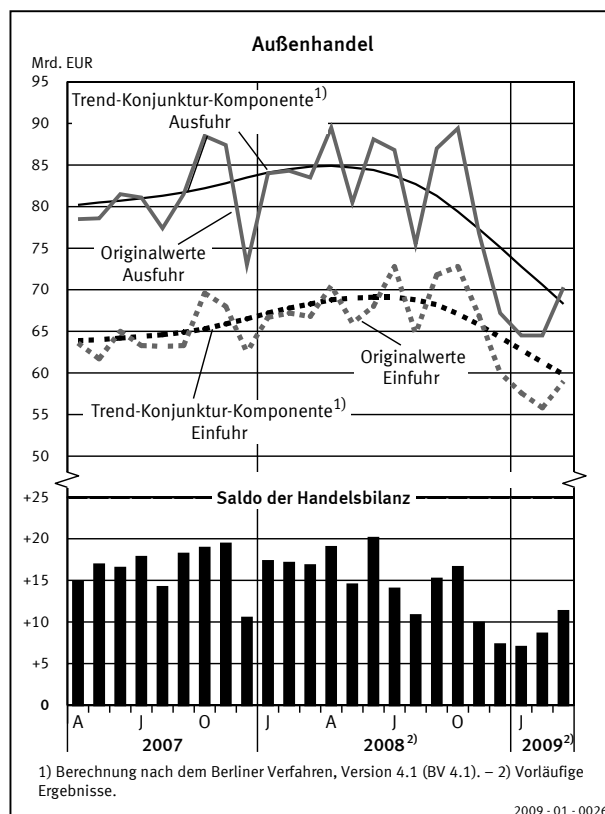
Im ersten Quartal des Jahres 2009 wurde im Einzelhandel nominal 2,9% und real 3,0% weniger umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Außenhandel

Die deutschen Ausfuhren sind im *März 2009* im Vorjahresvergleich erneut zurückgegangen, allerdings weniger stark als in den Vormonaten. Sie sanken um 15,8% auf 70,3 Mrd. Euro. Rückläufig waren auch die deutschen Einfuhren: Mit einem Minus von 11,6% fielen sie auf 59,0 Mrd. Euro. Zurückgegangen sind im gleichen Zeitraum auch die Preise der Außenhandelsgüter. Die Importgüter verbilligten sich im März 2009 um 7,1% gegenüber dem Vorjahresniveau. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölzeugnissen war ein Preisrückgang für Einfuhren von 1,8% zu verzeichnen. Die Ausfuhrpreise gaben gegenüber März 2008 um 1,7% nach.

Verglichen mit dem gleichen Vorjahresmonat (+16,8 Mrd. Euro) ist der Außenhandelsbilanzüberschuss im März 2009 ebenfalls stark zurückgegangen, und zwar auf 11,3 Mrd. Euro. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ergibt sich aus dem Außenhandelsüberschuss zusammen mit dem positiven Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,4 Mrd. Euro) und den negativen Salden der anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, der Dienstleistungsbilanz (-1,0 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-3,6 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (-0,9 Mrd. Euro) im März 2009 ein Leistungsbilanzüberschuss von +10,2 Mrd. Euro. Im März 2008 hatte der Aktivsaldo der Leistungsbilanz 17,6 Mrd. Euro betragen.

Gegenüber dem Vormonat Februar 2009 stiegen im März 2009 die Ausfuhren aus Deutschland nominal relativ stark



um +9,1%, die Einfuhren nominal um +5,8%. Saison- und kalenderbereinigt fiel der Anstieg geringer aus, die Exporte im März verzeichneten hier gegenüber Februar 2009 ein Plus von +0,7%, die Importe eines von +0,8%. [u](#)

Dipl.-Ökonomin Olga Pöttsch, Dipl.-Volkswirtin Bettina Sommer

Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich

Ergebnisse der laufenden Statistik der Geburten und der Erhebung „Geburten in Deutschland“

Der folgende Beitrag befasst sich mit den wichtigsten Entwicklungen im Geburtenverhalten der Frauen während der letzten sechzig Jahre in Deutschland. Dabei wird vergleichend auf die Ergebnisse aus einer Befragung von Frauen im Rahmen der Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ einerseits und aus der laufenden Statistik der Geburten andererseits eingegangen. Unterschiedliche Indikatoren – u. a. die durchschnittliche Kinderzahl und das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder – werden im Hinblick auf ihre Interpretation und Aussagefähigkeit erläutert.

Die laufende Statistik der Geburten beruht auf den Meldungen der Standesämter. Um die durchschnittliche Kinderzahl oder das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder zu ermitteln, wird mit den aggregierten Daten zu Geburten und Bevölkerung gerechnet und hierfür spezielle theoretische Konstrukte verwendet. Die im Herbst 2006 durchgeführte Sondererhebung „Geburten in Deutschland“¹⁾ liefert dagegen Angaben zum Geburtenverhalten für etwa 12 500 Frauen, die eine repräsentative Mikrodatengrundlage bieten. Anhand der Mikrodaten kann der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem Geburtenverhalten einer Frau und ihrem demografischen und sozioökonomischen Hintergrund nachvollzogen werden. Die ausführlichen Ergebnisse der im Herbst 2006 durchgeführten Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ wurden in einer Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes im Dezember 2007 präsentiert und in einem Berichtsband²⁾ beschrieben.

1 Durchschnittliche Kinderzahl der Frauenjahrgänge

1.1 Zwei zeitliche Dimensionen und zwei Wege, die durchschnittliche Kinderzahl zu ermitteln

Die auf Grundlage der Statistik der Geburten ermittelte zusammengefasste Geburtenziffer verharrt in Deutschland seit über 35 Jahren auf einem niedrigen Niveau. Im Jahr 2006 – dem Jahr der Erhebung „Geburten in Deutschland“ – lag sie bei durchschnittlich 1,3 Kindern je Frau, ein Jahr darauf stieg sie leicht auf rund 1,4 Kinder je Frau an.

Diese – auf Kalenderjahre bezogene – zusammengefasste Geburtenziffer ist der am meisten verwendete Indikator in der politischen und öffentlichen Diskussion über die Geburtenentwicklung. Bei ihrer Interpretation sollte allerdings ihr hypothetischer Charakter berücksichtigt werden. Die zusammengefasste Geburtenziffer des Jahres 2007 von 1,4 Kindern je Frau sagt Folgendes aus: Wenn das Geburtenverhalten einer Frau in den 35 Jahren zwischen ihrem 15. und 50. Geburtstag so wäre wie das durchschnittliche Geburtenverhalten aller 15- bis 49-jährigen Frauen im Jahr 2007, dann würde sie im Laufe ihres Lebens 1,4 Kinder bekommen. Das Geburtenverhalten des Jahres 2007 wird dabei anhand der altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren gemessen und abgebildet.³⁾ Diese Frauen

1) Zu Erhebungszielen und -design siehe Pöttsch, O.: „Neue Datenquelle zu Geburten und Kinderlosigkeit“ in WiSta 3/2007, S. 260 ff.

2) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Geburten und Kinderlosigkeit in Deutschland – Bericht über die Sondererhebung 2006 „Geburten in Deutschland““, Wiesbaden 2008. Der Bericht steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung (www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Fachveröffentlichungen → Bevölkerung).

3) Die Geburtenhäufigkeit kann für jedes Alter der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren ermittelt werden. Für die altersspezifischen Geburtenziffern werden die innerhalb eines Jahres geborenen Kinder von Müttern eines bestimmten Alters auf alle Frauen dieses Alters bezogen.

werden bei der Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer der Kalenderjahre als Angehörige eines hypothetischen Jahrgangs aufgefasst.

In der Realität verändert sich jedoch die altersspezifische Geburtenhäufigkeit im Lauf der Zeit, sodass von der auf die Kalenderjahre bezogenen zusammengefassten Geburtenziffer nicht unmittelbar auf die (durchschnittliche) endgültige Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt, geschlossen werden kann.⁴⁾ Wie viele Kinder ein Frauenjahrgang tatsächlich zur Welt bringt, kann auf zwei Wegen ermittelt werden. Zum einen liefert die Statistik der Geburten – neben den zusammengefassten Geburtenziffern der Kalenderjahre – die zusammengefassten Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge (Kohorten). Diese werden ebenfalls als Summe der für jedes Alter von 15 bis 49 Jahren berechneten altersspezifischen Geburtenziffern ermittelt. Dafür werden jedoch nicht die altersspezifischen Ziffern eines bestimmten Kalenderjahres herangezogen, wie im Fall der zusammengefassten Geburtenziffern der Kalenderjahre, sondern die auf einen Frauenjahrgang und alle Kalenderjahre, in denen dieser Jahrgang die Altersjahre zwischen seinem 15. und 50. Geburtstag durchlebt hat, bezogenen Ziffern.⁵⁾ Die zusammengefasste Geburtenziffer eines Frauenjahrgangs kann erst dann abschließend ermittelt werden, wenn die Frauen der entsprechenden Kohorte das 50. Lebensjahr erreicht haben. Zum Beispiel war dies im Jahr 2007 die Kohorte 1958, die Frauen dieser Kohorte brachten durchschnittlich 1,7 Kinder zur Welt.⁶⁾ Für jüngere Frauen können hilfsweise die sogenannten kumulierten altersspezifischen Geburtenzahlen bis zum jeweils erreichten Alter herangezogen werden; die Zahl der Kinder, die sie später eventuell noch bekommen werden, bleibt jedoch erst einmal unbekannt.

Beide Maßzahlen – die zusammengefassten Geburtenziffern der Kalenderjahre und der Kohorten – sind sogenannte synthetische Indikatoren: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau wird berechnet, indem die Zahlen der Geborenen und der Frauen unabhängig voneinander ermittelt⁷⁾ und dann je Kalenderjahr oder je Jahrgang – rechnerisch – zueinander in Verbindung gesetzt werden. Die Zahl der Kinderlosen bleibt in diesen Fällen unbekannt und zu den Müttern liegen nur wenige Merkmale vor, wie Alter, Familienstand oder Staatsangehörigkeit. Mit dieser Methode werden allerdings vom Altersaufbau der Bevölkerung unabhängige Maßzahlen bereitgestellt.

Der zweite Weg, die Geburten der Frauenjahrgänge zu erfassen, ist die Befragung der Frauen selbst. Diese Möglichkeit wurde im Jahr 2006 mit der Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ realisiert.⁸⁾ Die Angaben über die Gebur-

ten der Frauen wurden dabei zusammen mit den demografischen und sozioökonomischen Daten der Frauen erfasst. Auf diese Weise konnte eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau ermittelt werden, die sich auf reale aktuell in Deutschland lebende Frauenjahrgänge bezieht und aus einer Datenquelle kommt.

Ein Vergleich der zusammengefassten Geburtenziffer der synthetischen Frauenkohorten aus der laufenden Geburtenstatistik mit der durchschnittlichen Kinderzahl aus der Erhebung kann wichtige Hinweise bezüglich der Güte und Aussagefähigkeit beider Indikatoren liefern. Ist die Übereinstimmung gut bzw. können vorhandene Abweichungen begründet werden, dann sind die beiden Statistiken kohärent, sie können sich gegenseitig ergänzen und im Zusammenhang betrachtet werden. Weichen die Ergebnisse stark voneinander ab, müssen die Ursachen dafür herausgefunden werden und jede Datenquelle darf nur für sich betrachtet und ausgewertet werden.

Die Erhebung bildet die Situation der Frauenjahrgänge (Kohorten) im Herbst 2006 ab. Befragt wurden rund 12 500 Frauen im Alter zwischen 16 und 75 Jahren aus den Geburtsjahrgängen 1931 bis 1990. Die Frauen der Kohorten 1931 bis 1956 waren 2006 zwischen 50 und 75 Jahren alt. Sie stellen aus der Sicht der Geburtenstatistik sogenannte „abgeschlossene“ Jahrgänge dar, für die sich die Zahl der Kinder, das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt der Kinder und der Anteil der kinderlosen Frauen nicht mehr verändern werden. Die Frauen der Kohorten 1957 bis 1990 waren im Jahr 2006 16 bis 49 Jahre alt. Die Frauen dieser Geburtsjahrgänge haben ihre Familiengründung erst vor sich oder können noch Kinder bekommen. Für sie wird die vorläufige, zum Zeitpunkt der Erhebung erreichte Kinderzahl abgebildet. In den Schaubildern werden deshalb die Jahrgänge, die keine leiblichen Kinder mehr bekommen werden, von den noch nicht „abgeschlossenen“ Jahrgängen optisch durch eine Linie getrennt.

Um statistisch gesicherte Aussagen machen zu können, sind einige Einschränkungen in der Detailliertheit der dargestellten Ergebnisse erforderlich. Bei der Darstellung der Ergebnisse wird deshalb überwiegend auf Kohortengruppen aus fünf Geburtsjahrgängen eingegangen. Alte und neue Länder sind jeweils ohne Berlin zusammengefasst, was die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Geburtenstatistik ermöglicht. In den Ergebnissen für Deutschland ist Berlin enthalten.

Im Folgenden wird auf die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl eingegangen. Diese wird anhand der Erhebungsergebnisse für reale Frauenjahrgänge und anhand der

4) Deutlich werden die Unterschiede zwischen beiden Größen, wenn sich das Geburtenverhalten der Frauen verändert. Bekommen immer mehr Frauen ihre Kinder in immer höherem Alter, liegt die endgültige Kinderzahl der Frauenjahrgänge während dieses Prozesses normalerweise über dem Niveau der auf die Kalenderjahre bezogenen zusammengefassten Geburtenziffer. Bei einer Absenkung des durchschnittlichen Gebäralters ist es umgekehrt: Die endgültige Kinderzahl kann niedriger als die zusammengefasste Geburtenziffer liegen. Mehr dazu siehe z. B. Bongaarts, J./Feeney, G.: "On the quantum and tempo of fertility", *Population and Development Review* 24(2), S. 271 ff., 1998.

5) Siehe Pöttsch, O.: „Geburten in Deutschland“, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2007, S. 18.

6) Die bisher veröffentlichten Tabellen zur Kohortenfertilität wiesen das Niveau von etwa 1,6 Kindern je Frau auf. Diese enthielten die Angaben zu den Jahrgängen im früheren Bundesgebiet; die Geburten der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden darin erst seit 1990 berücksichtigt. Damit war der Jahrgang 1975 der erste komplette Jahrgang mit gesamtdeutschen Ziffern. Inzwischen wurden die Tabellen unter Berücksichtigung der ostdeutschen Frauenkohorten überarbeitet. Der erste gesamtdeutsche Jahrgang ist nun 1957. Aufgrund eines höheren Geburtenniveaus in den ostdeutschen Frauenkohorten stieg die gesamtdeutsche Ziffer auf rund 1,7 Kinder je Frau.

7) Die Quellen hierzu bilden Angaben der Standesämter zu den Geburten und die Bevölkerungsfortschreibung.

8) Zuletzt war im früheren Bundesgebiet bei der Volkszählung 1950 nach der Zahl der in der Ehe geborenen Kinder gefragt worden. Seit 2008 wird die Gesamtzahl der geborenen Kinder einer Frau alle vier Jahre im Mikrozensus erhoben.

zusammengefassten Geburtenziffer für synthetische Kohorten aus der laufenden Geburtenstatistik dargestellt. Im Abschnitt 1.3 werden die beiden demografischen Faktoren dargestellt, die die Höhe der durchschnittlichen Kinderzahl beeinflussen: die Kinderlosigkeit und die Zahl der Kinder, die Mütter zur Welt bringen. Abschließend beschäftigt sich Kapitel 2 mit dem durchschnittlichen Alter der Frauen bei der Geburt ihrer ersten und weiteren Kinder.

1.2 Durchschnittliche Kinderzahl der Frauenjahrgänge im Zeitverlauf

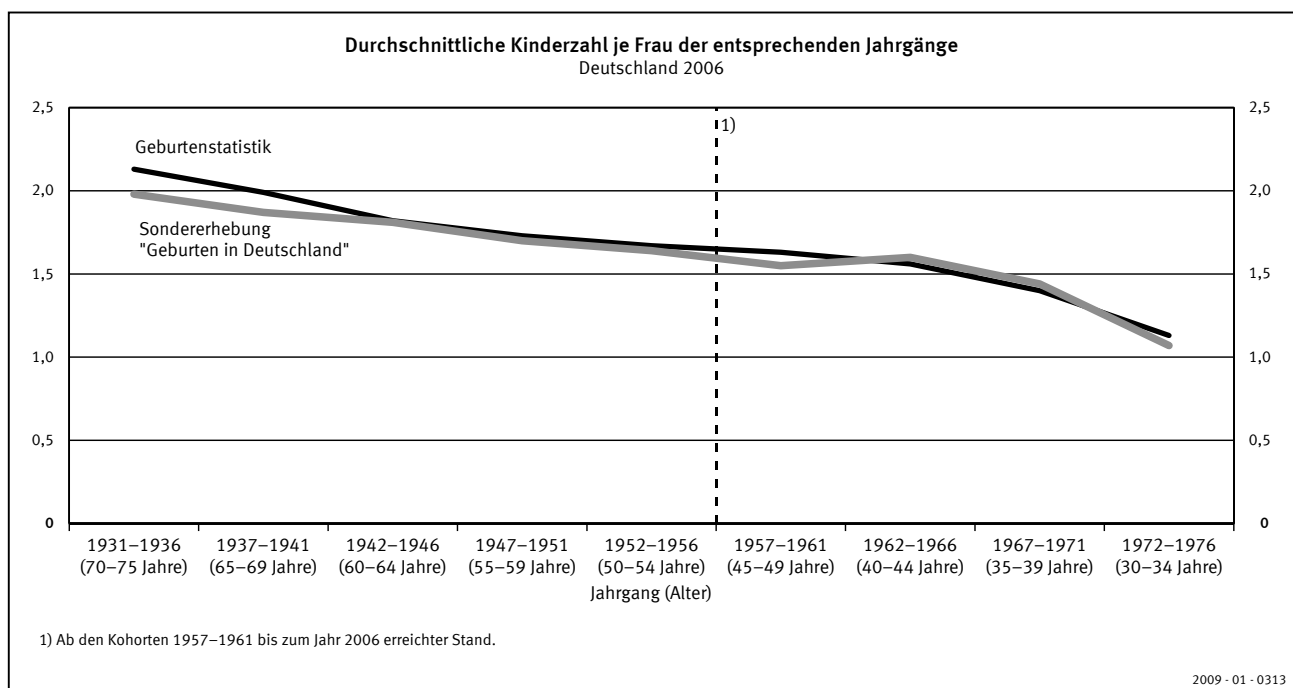
Die endgültige durchschnittliche Kinderzahl der Frauenkohorten entwickelt sich in der Regel deutlich stetiger als die auf die Kalenderjahre bezogene zusammengefasste Geburtenziffer. Bei den Frauen der Kohorten 1931 bis 1936 betrug sie etwa 2,0 Kinder je Frau. Danach sank sie auf 1,7 Kinder je Frau bei den Kohorten 1947 bis 1951 und blieb im Folgenden relativ stabil. Schaubild 1 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl, die sich zum einen aus den hochgerechneten Angaben der befragten Frauen und zum anderen aus den Daten der Geburtenstatistik ergibt (siehe auch Anhangtabelle „Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik“ auf S. 388 ff.).

Für die Kohorten ab 1942 ergibt sich insgesamt eine sehr gute Übereinstimmung der Werte. Für einige Kohortengruppen weichen die Erhebungsergebnisse von den Ergebnissen der laufenden Geburtenstatistik leicht ab. Ein Teil dieser Abweichungen kann durch den Stichprobenfehler erklärt werden⁹⁾, für einen anderen gibt es auch inhaltliche Gründe.

Die Gesamtheit der 1931 bis 1941 geborenen Frauen sieht im Jahr 2006 anders aus als vor dreißig oder fünfzig Jahren, als diese Frauen ihre Kinder zur Welt gebracht haben. In der Geburtenstatistik spiegelte sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der zum Zeitpunkt der Geburt lebenden Frauen dieser Jahrgänge wider. In der Erhebung „Geburten in Deutschland“ wurden dagegen retrospektive Angaben der im Jahr 2006 lebenden Frauen der entsprechenden Kohorten erfasst. Da sich die Gesamtheit der Frauen im Laufe der Jahrzehnte u. a. infolge von Sterblichkeit verändert hat (allein zahlenmäßig verloren diese Jahrgänge im Zeitraum zwischen 1966 und 2006 zwischen 7 und 25 % ihrer Personenzahl), kann die aktuelle „Bestandsaufnahme“ von den zum Zeitpunkt der Geburten erfassten Werten abweichen. Auch Veränderungen in der Zusammensetzung der Frauenkohorten als Folge von Wanderungen können zu leichten Abweichungen führen. Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der ausländischen Frauen, deren Kinder in Deutschland geboren wurden und in die Statistik der Geburten eingingen, in der Stichprobe oder in der aktuellen Bevölkerung nicht mehr vorhanden sind. Umgekehrt können auch Frauen, die nach Deutschland zugewandert sind und in der Befragung Angaben zu ihren Kindern machten, diese Kinder im Ausland, also vor ihrer Zuwanderung, bekommen haben, womit sie in der Geburtenstatistik nicht nachgewiesen wurden.

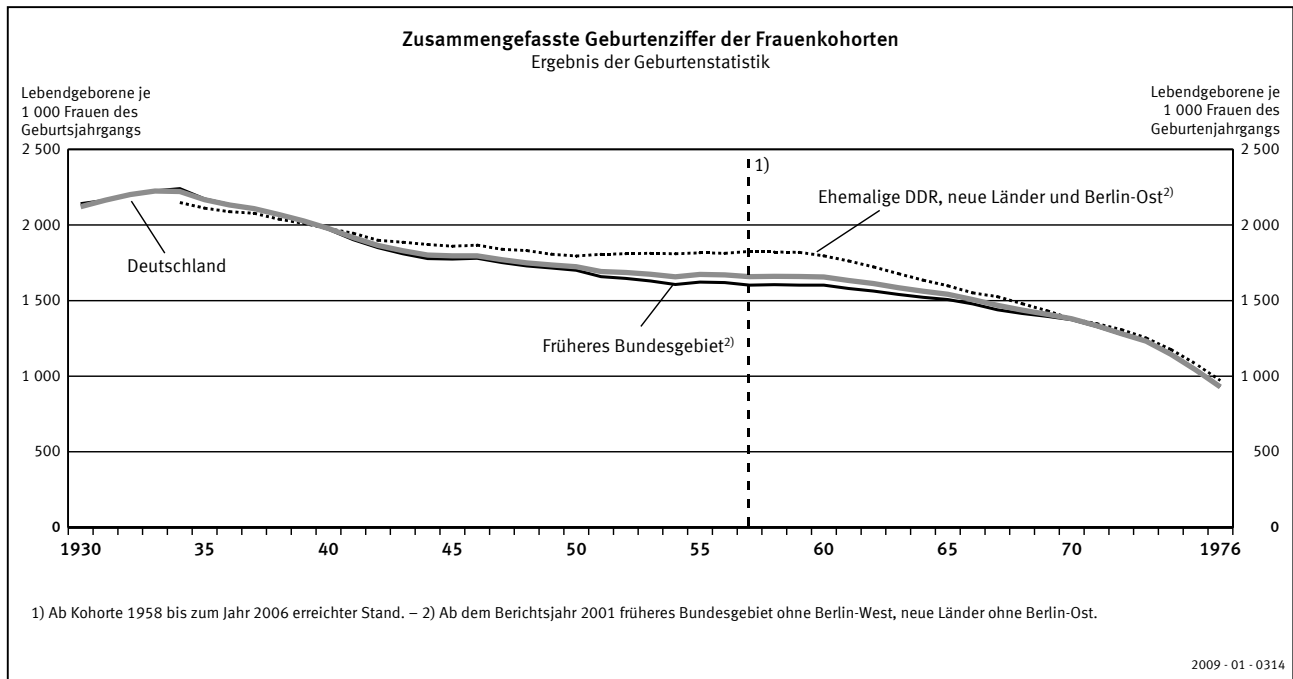
Im früheren Bundesgebiet (ab 2001 ohne Berlin-West) stimmt das Geburtenniveau mit dem gesamtdeutschen fast überein (siehe Schaubild 2). Wie aus den Daten der laufenden Geburtenstatistik ersichtlich, liegt es in den neuen Ländern (bis 2001 einschl. Berlin-Ost) bei den nach 1940 geborenen Frauen höher. Die Frauen der Jahrgänge 1952 bis

Schaubild 1



⁹⁾ Der relative Standardfehler beträgt für einige Kohortengruppen bis zu 7%.

Schaubild 2



1961 (das sind die im Jahr 2006 45- bis 54-Jährigen) haben in den neuen Ländern immer noch durchschnittlich etwa 1,8 Kinder zur Welt gebracht, während die gleichaltrigen Frauen in den alten Ländern durchschnittlich 1,6 Kinder je Frau haben. In den jüngeren Kohorten ab 1961 gehen die Unterschiede zunehmend zurück. Für diese jüngeren Frauen ist es noch zu früh, eine abschließende Aussage über ihre Kinderzahl zu treffen. Bis zum Alter von 30 Jahren weisen jedoch Frauen in beiden Teilen Deutschlands zumindest eine fast gleiche durchschnittliche Kinderzahl auf.

1.3 Zwei Faktoren, die das durchschnittliche Geburtenniveau beeinflussen

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bezieht sich auf alle Frauen eines Jahrgangs. Sie kann folglich einerseits von der Entwicklung der Kinderlosigkeit beeinflusst werden, das heißt von der Veränderung des Anteils der Frauen ohne Kind an allen Frauen. Andererseits kann sich die durchschnittliche Kinderzahl auch verändern, wenn die Zahl der Kinder je Mutter zu- oder abnimmt. Im Folgenden werden diese beiden Seiten der Geburtenentwicklung anhand der Erhebungsergebnisse dargestellt.

Anteil der kinderlosen Frauen steigt an

Der Anteil der Mütter an allen Frauen betrug bei den Jahrgängen 1931 bis 1951 etwa 86 % (siehe Schaubild 3). Bei den später geborenen Frauen ging er allmählich zurück und wird bei den Kohorten 1957 bis 1966 wahrscheinlich bei etwa 80 % liegen. Damit würde bei den im Jahr 2006 etwa 40- bis 49-jährigen Frauen jede fünfte dauerhaft kinderlos sein, während es bei den 55- bis 75-jährigen nur jede siebte war.

Der Anteil der Kinderlosen ist bei den Frauen der jüngeren Jahrgänge erwartungsgemäß höher: Im Jahr 2006 betrug er

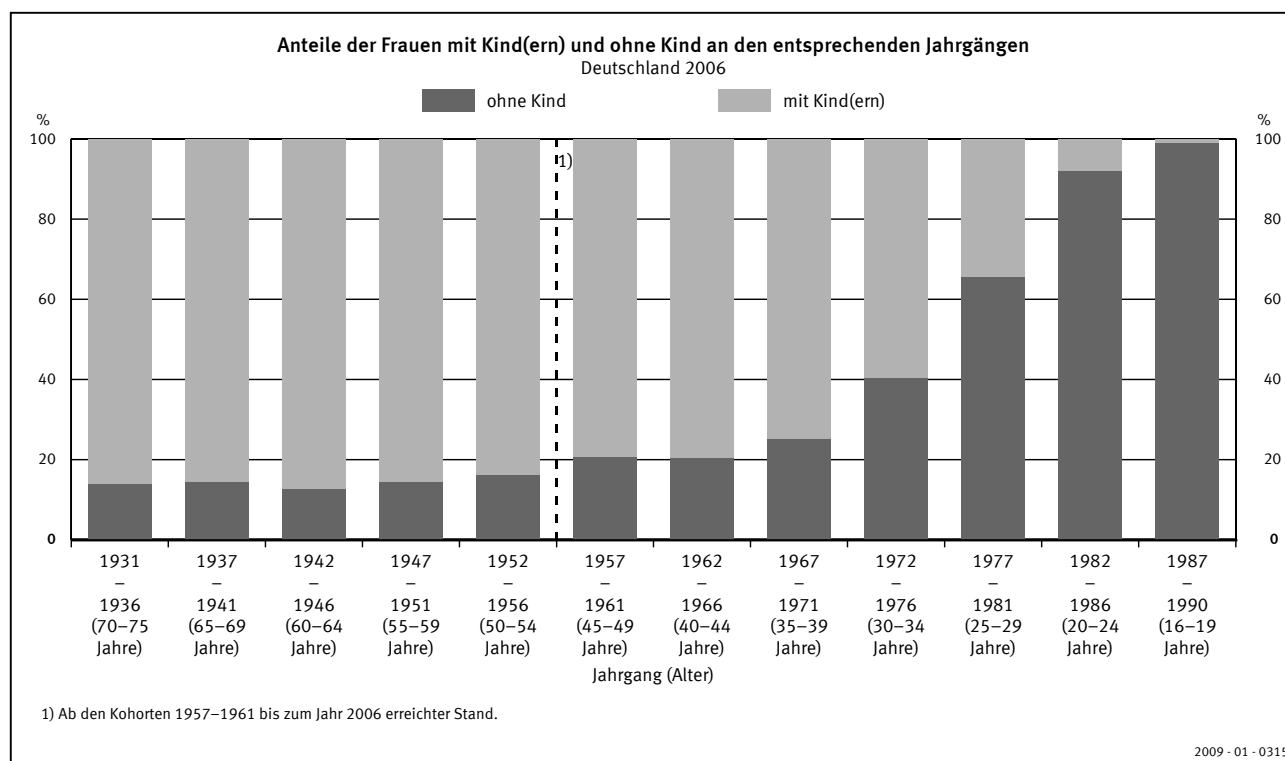
bei den Kohorten 1967 bis 1971 etwa 25 %, bei den Kohorten 1972 bis 1976 etwa 40 % und bei den Kohorten 1977 bis 1981 rund 66 %. Bei diesen Kohorten werden wahrscheinlich viele Frauen noch Kinder bekommen. Ausgehend von der Tatsache, dass die meisten Frauen ihr erstes Kind nach wie vor bis zum Alter von 30 Jahren bekommen, scheinen jedoch die Anteile der Kinderlosen bei den 25- bis 29-Jährigen sowie 30- bis 34-Jährigen zunächst einmal sehr hoch.

Um das Niveau der Kinderlosigkeit bei den jüngeren Kohorten einschätzen zu können, werden die Kinderlosenanteile bei Frauen unterschiedlicher Jahrgänge im gleichen Lebensalter verglichen. In Schaubild 4 auf S. 382 sind die Anteile der Frauen ohne Kind an allen Frauen der entsprechenden Jahrgänge zum Zeitpunkt dargestellt, als diese im Alter von 29, 34 und 39 Jahren waren.

Insgesamt zeigt sich, dass die Anteile der kinderlosen Frauen spätestens ab den Kohorten 1952 bis 1956 in allen betrachteten Altersstufen zugenommen haben. Der Kinderlosenanteil stieg bei den Frauen im 30. Lebensjahr von 25 % bei den Kohorten 1931 bis 1936 auf 50 % bei den Kohorten 1972 bis 1976, bei den Frauen im 35. Lebensjahr von 16 % bei den Kohorten 1931 bis 1936 auf 29 % bei den Kohorten 1967 bis 1971 und bei den Frauen im 40. Lebensjahr von 14 % bei den Kohorten 1931 bis 1936 auf 21 % bei den Kohorten 1962 bis 1966.

Da in den jüngeren Kohorten mehr Frauen ihr erstes Kind in einem höheren Alter bekamen als in den älteren Kohorten, vergrößerte sich gleichzeitig die Differenz in den Anteilen der kinderlosen Frauen zwischen den einzelnen Altersstufen. Ging der Kinderlosenanteil zwischen dem 30. und 35. Lebensjahr der Frauen der Kohorten 1931 bis 1956 (mit Ausnahme der Kohorten 1942 bis 1946) um etwa 9 Prozentpunkte zurück, betrug der Rückgang bei den Kohorten 1967

Schaubild 3



bis 1971 bereits 16 Prozentpunkte. Auch zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr sank der Kinderlosenanteil bei den jüngeren Kohorten stärker als bei den älteren. Das Niveau der Kinderlosigkeit im 40. Lebensjahr lag dagegen nah an der dauerhaften Kinderlosigkeit ab dem Alter von 50 Jahren. Damit sind nach dem 40. Lebensjahr eines Jahrgangs trotz der angestiegenen Zahl der Geburten bei den 40- bis 49-jährigen Frauen keine spürbaren Veränderungen des Kinderlosenanteils mehr zu erwarten.

Aus Schaubild 4 ist ebenfalls ersichtlich, dass ein zunehmender Anteil der kinderlosen Frauen im 30. Lebensjahr schließlich in einer höheren dauerhaften Kinderlosigkeit mündet. Eine stärkere Absenkung des Kinderlosenanteils im höheren gebärfähigen Alter, die bei jüngeren Frauenkohorten beobachtet wird, reicht offensichtlich nicht aus, um die bis zum 30. Lebensjahr nicht erfolgten Geburten zu kompensieren.

Bei den Frauen der Jahrgänge, die das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, zeichnet sich ab, dass diese Frauen auf jeden Fall im höheren Lebensalter Mutter werden, als es bei den Frauen der älteren Kohorten der Fall war. Die Frauen der Kohorten 1977 bis 1981 waren im Jahr 2006 zu 66% kinderlos. Diese Jahrgänge befinden sich gerade in der Lebensphase, in der viele Frauen ihre ersten Kinder bekommen. Um jedoch ihren Kinderlosenanteil bis zum 30. Lebensjahr auf das Niveau dessen der fünf Jahre älteren Kohorten 1972

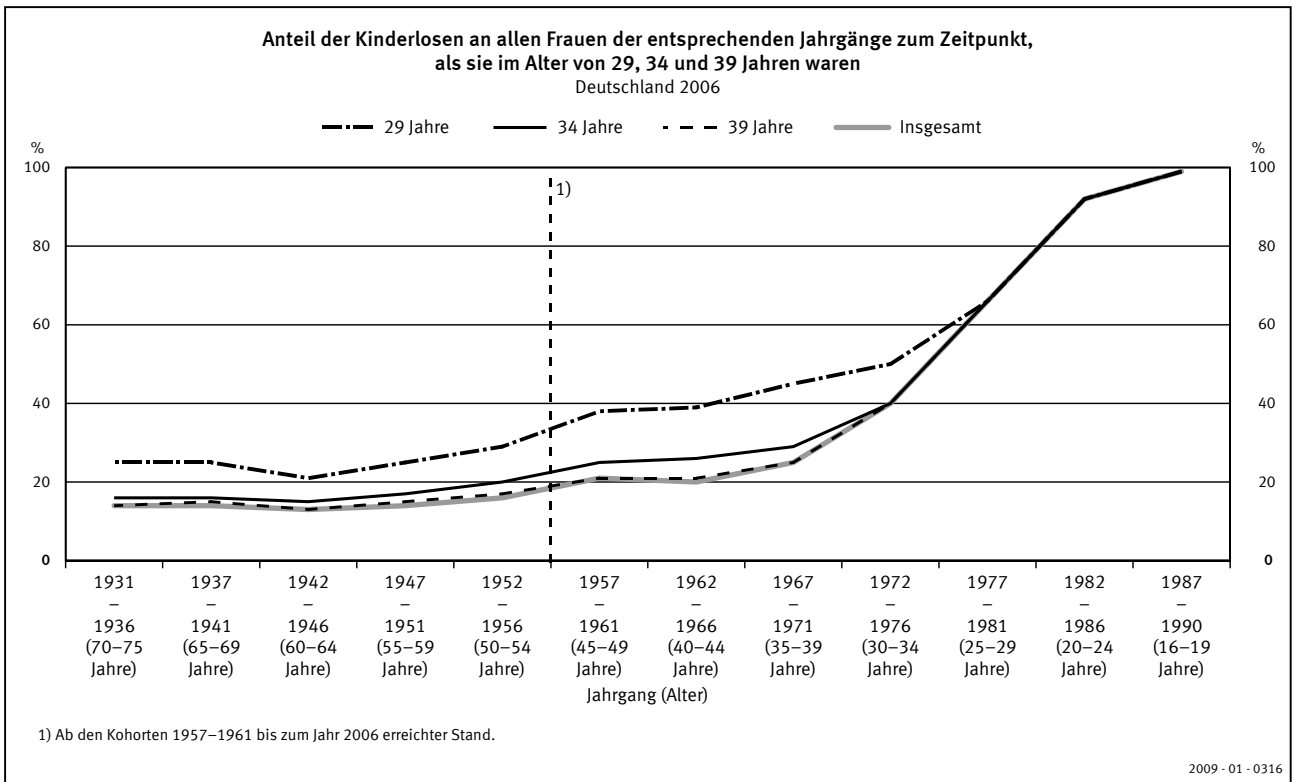
bis 1976 zu reduzieren (50%), müsste eine Differenz von 16 Prozentpunkten innerhalb von vier Jahren überwunden werden. Dabei waren wiederum unter den fünf Jahre älteren Frauen der Kohorten 1972 bis 1976 zum Zeitpunkt ihres 30. Lebensjahres deutlich mehr kinderlos als bei den Frauen der Kohorten 1967 bis 1971.

Der Trend zum Anstieg der dauerhaften Kinderlosigkeit könnte demzufolge nur gestoppt werden, wenn die Frauen der Jahrgänge 1972 bis 1981 deutlich mehr erste Kinder zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr zur Welt bringen würden. Angesichts der Angaben der Befragten in der Erhebung zum Kinderwunsch erscheint dies jedoch zumindest fraglich, auch wenn Aussagen zum Kinderwunsch schwanken können. Der Wunsch nach einem leiblichen Kind nimmt bei den kinderlosen Frauen mit zunehmendem Alter deutlich ab. Von allen Frauen zwischen 20 und 49 Jahren, die zum Zeitpunkt der Erhebung kinderlos waren und angaben, dass sie sich ein Kind wünschen, waren 43% im Alter von 20 bis 24 Jahren, 32% im Alter von 25 bis 29 Jahren, 15% im Alter von 30 bis 34 Jahren und lediglich 10% 35 Jahre und älter. Inwieweit die nach 2006 eingeführten und geplanten familienpolitischen Maßnahmen einen Einfluss haben werden, bleibt abzuwarten.¹⁰⁾

Zwischen den alten und neuen Ländern gibt es Unterschiede in der Verteilung nach Frauen mit Kind(ern) und ohne Kind, wie Schaubild 5 zeigt. In den älteren Frauenkohorten, die

10) Die Ergebnisse der laufenden Geburtenstatistik für das Kalenderjahr 2007 zeigen einen leichten Anstieg der Geburtenhäufigkeit, für den vor allem die 30- bis 35-jährigen Frauen gesorgt haben. Die absolute Zunahme an Geburten entfiel vor allem auf die ersten ehelichen Geburten sowie auf die Geburten nicht verheirateter Mütter, von denen leider nicht bekannt ist, ob es sich um die ersten oder weiteren Geburten handelte. Zu diesem leichten Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer für Kalenderjahre von 1,33 auf 1,37 Kinder je Frau hat möglicherweise auch die Einführung des Elterngeldes beigetragen, welche bei den unentschlossenen Paaren die Entscheidung für das Kind erleichtern und den Zeitpunkt der Familiengründung beeinflussen könnte. Ob mit dieser leichten Zunahme der durchschnittlichen Kinderzahl eine nachhaltige Veränderung des Geburtenverhaltens eingesetzt hat, kann erst nach einigen Jahren beurteilt werden.

Schaubild 4

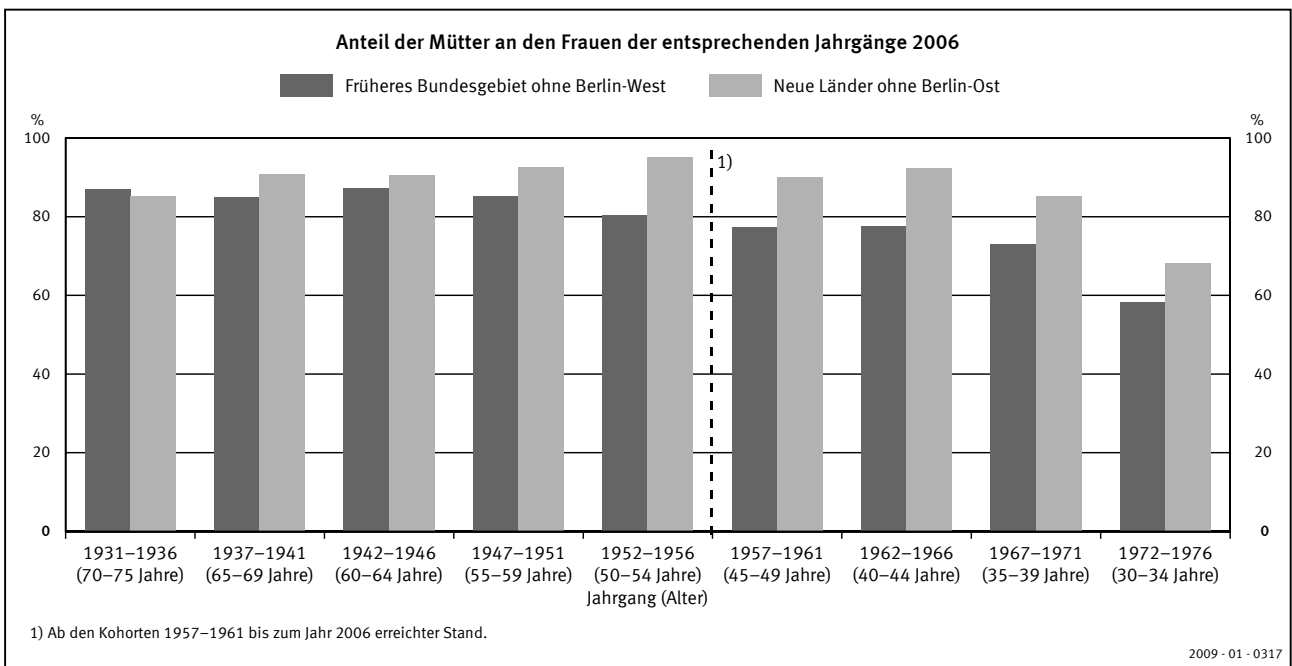


das 50. Lebensjahr abgeschlossen haben, liegt der Mütteranteil im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West bei etwa 85 %, in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost bei etwa 91 %. Die Kohorten 1931 bis 1946 wiesen im Westen und Osten noch einen ähnlichen Anteil der Frauen mit Kind(ern) auf. Mit den Kohorten 1947 bis 1951 beginnt im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West eine kontinuierliche Abnahme

des Mütteranteils. In den neuen Ländern ohne Berlin-Ost nimmt der Anteil der Frauen mit Kind(ern) dagegen bis zu den Kohorten 1952 bis 1956 zu.

Bei den Kohorten 1957 bis 1966, die bereits das 40. Lebensjahr erreicht haben und deren Mütteranteil sich wahrscheinlich kaum noch verändern wird, haben im früheren Bundes-

Schaubild 5



gebiet ohne Berlin-West deutlich weniger Frauen Kinder als der Durchschnitt der Kohorten der über 50-Jährigen.

In den neuen Ländern ohne Berlin-Ost lag der Mütteranteil dagegen auch bei den Jahrgängen 1957 bis 1966 ähnlich wie bei den älteren Frauen. Die 1967 bis 1971 geborenen Frauen sind bisher zu einem etwas geringeren Anteil Mütter. Ab den Kohorten 1972 bis 1976 zeichnet sich allerdings ein Rückgang des Mütteranteils ab, der sich auch auf die dauerhafte Kinderlosigkeit dieser Frauenjahrgänge auswirken könnte. Fast jede dritte Frau im Alter von 30 bis 34 Jahren war kinderlos. Betrachtet man den Kinderlosenanteil im 30. Lebensjahr, so liegt dieser bei den Kohorten 1972 bis 1976 um 65 % höher als bei den Kohorten 1967 bis 1971 und fast dreimal so hoch wie bei den Kohorten 1962 bis 1966. Eine der Ursachen dieser Entwicklung war sicherlich, dass auch in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost immer mehr Frauen erst im Alter von 30 Jahren und darüber ihr erstes Kind bekommen. Es bleibt jedoch offen, ob die bis zum 30. Lebensjahr nicht realisierten Geburten in einem höheren Alter weitgehend oder teilweise nachgeholt werden. Für das Kinderlosigkeitsniveau der Frauen der Kohorten 1972 bis 1976 und jünger wird deshalb nun auch in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost das Geburtenverhalten der Frauen im Alter von 30 bis 40 Jahren entscheidend sein.

Kinderzahl je Mutter bleibt in Deutschland relativ stabil

Bei den zwischen 1931 und 1951 geborenen Müttern hat sich ein deutlicher Trend zu kleineren Familien¹¹⁾ vollzo-

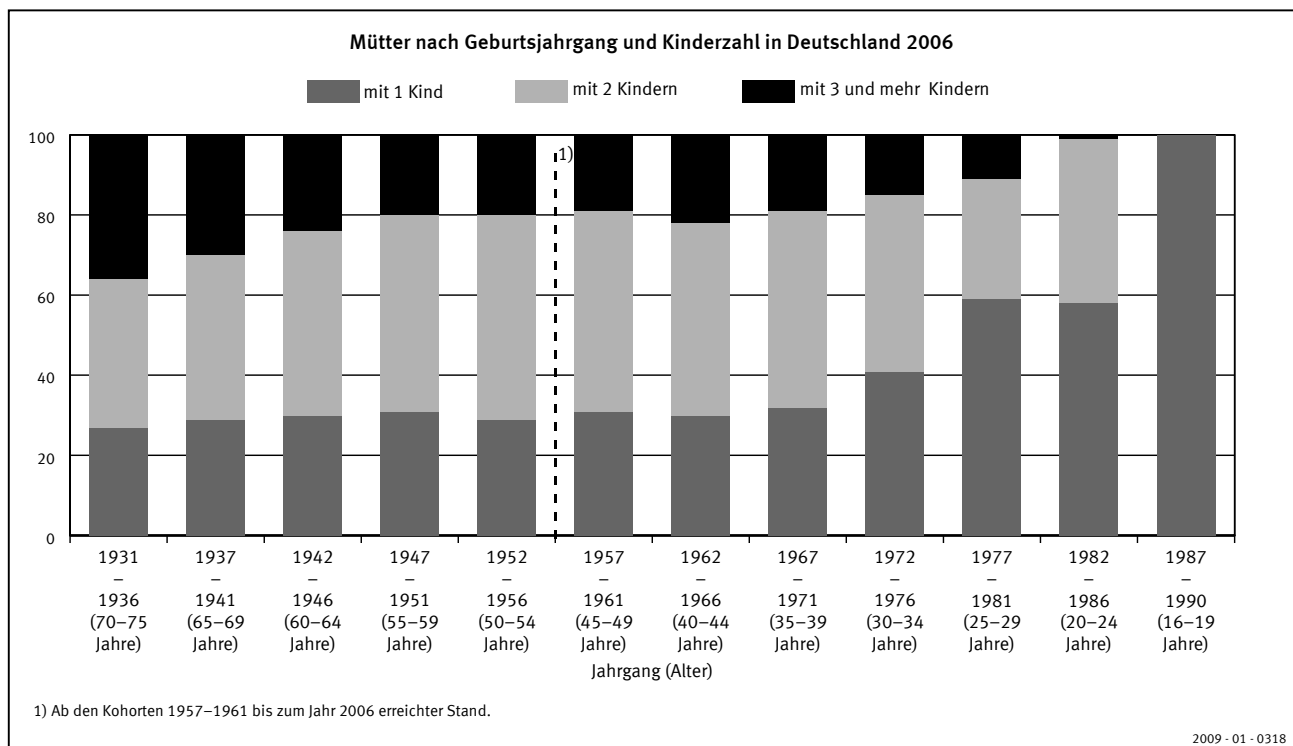
gen (siehe Schaubild 6). Familien mit mehr als zwei Kindern sind seltener geworden: Bei den Jahrgängen 1931 bis 1936 hatte mindestens jede dritte Mutter drei oder mehr Kinder, bei den Kohorten 1947 bis 1951 lediglich jede fünfte. Der Anteil der Mütter mit zwei Kindern bei diesen beiden Kohorten stieg gleichzeitig von 37 auf 49 % und der der Mütter mit einem Kind von 27 auf 31 %.

In den jüngeren Jahrgängen hat sich dann diese Familienstruktur nach der Zahl der Kinder verfestigt: Von den heute 35 bis 54 Jahre alten Müttern hat in Deutschland etwa jede dritte ein Kind, jede zweite zwei Kinder und jede fünfte drei oder mehr Kinder. Bei den Frauen unter 35 Jahren ist der Anteil der Mütter mit einem Kind erwartungsgemäß höher. Hier werden sich die Verhältnisse noch ändern, weil gerade die zweiten und weiteren Kinder in einem höheren Lebensalter der Mütter geboren werden.

In den alten und neuen Ländern haben nur Mütter der Jahrgänge 1931 bis 1941 vergleichbar viele Kinder. Bei den nach 1941 geborenen Frauen stimmt die Struktur im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West mit der für Deutschland insgesamt überein, in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost weist sie Besonderheiten auf.

So ist in den Kohorten 1962 bis 1971 im Osten der Anteil der Mütter mit nur einem Kind deutlich höher, der mit drei oder mehr Kindern dagegen niedriger als in den entsprechenden Kohorten im Westen. Bei diesen Jahrgängen kann sich zwar die Relation noch ändern, die Angaben zum Alter der Mütter bei der Geburt der zweiten und weiteren Kinder

Schaubild 6



11) Der Begriff „Familie“ wird hier nur im Hinblick auf die Zahl der geborenen Kinder einer Frau verwendet.

zeigen allerdings, dass bisher in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost nur wenige Frauen noch Kinder nach dem 35. Lebensjahr bekamen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass bei diesen Jahrgängen aufgrund der Turbulenzen der „Wendezeit“ ein Teil der Mütter auf ein zweites oder ein weiteres Kind verzichtet hat.

Bei den noch jüngeren Kohorten der 25- bis 34-Jährigen wird sich die Struktur der Mütter nach der Zahl der Kinder sicherlich noch ändern. Es fällt jedoch auf, dass die jungen Mütter in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost deutlich öfter nur ein Kind haben als die gleichaltrigen Mütter im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West. Ob dies ein Indiz für die Verfestigung eines spezifischen Musters mit einer niedrigeren Kinderlosigkeit bei einem höheren Anteil der Ein-Kind-Familien in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost ist, bleibt abzuwarten.

Fazit: Für das niedrige Geburtenniveau sorgt aktuell in Deutschland vor allem hohe Kinderlosigkeit

Eine vergleichende Betrachtung der Veränderungen in der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau im Zusammenhang mit den Veränderungen im Anteil der Mütter an allen Frauen einerseits und in der Zahl der Kinder je Mutter andererseits führt zu folgenden Schlussfolgerungen (siehe Schaubild 7). Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau war in den älteren Kohorten in erster Linie aufgrund des Rückgangs der Familiengröße, also der Zahl der von den Müttern geborenen Kinder, zurückgegangen. Die durchschnittliche Kinderzahl ist von etwa 2,3 Kindern je Mutter bei den Kohorten 1931 bis 1936 auf etwa 2,0 bei den Kohorten 1942 bis 1946 gesunken. Der Anteil der Mütter an allen Frauen blieb dagegen bei den zwischen 1931 und 1946 geborenen Frauen fast unverändert hoch bei über 85%.

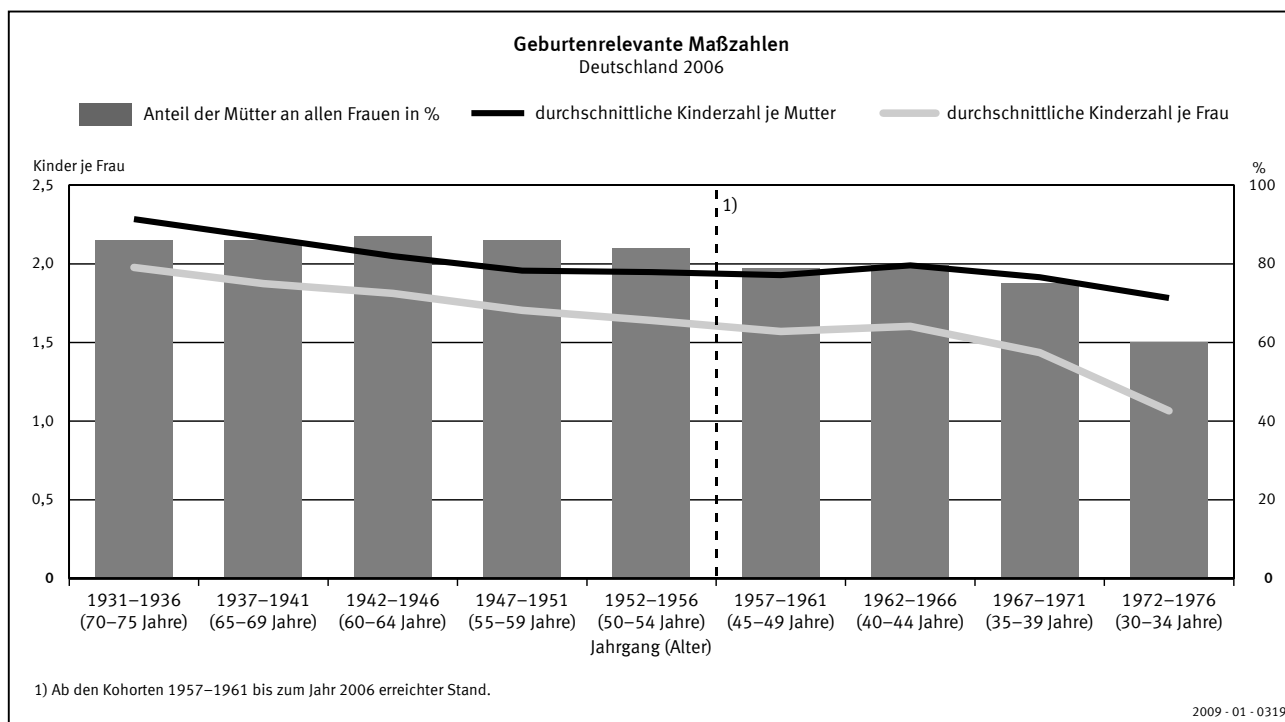
Bei den nach 1941 geborenen Frauen stabilisierte sich die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter bei etwa 1,9 bis 2,0 Kindern. Der Anteil der kinderlosen Frauen nahm dagegen zu: von etwa 13 % bei den 1942 bis 1946 geborenen Frauen auf etwa 20% bei den 1962 bis 1966 geborenen Frauen. (Da im Alter nach 40 Jahren nur noch wenige Frauen ihr erstes Kind bekommen, kann bei den 40- bis 44-Jährigen davon ausgegangen werden, dass sich der Anteil der Kinderlosen in dieser Kohortengruppe nicht mehr spürbar verändern wird.) Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau nahm infolgedessen weiter leicht ab.

Bei den noch jüngeren Müttern liegt die durchschnittliche Kinderzahl ebenfalls relativ hoch. Sogar bei den Müttern der Jahrgänge 1972 bis 1976, die mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weitere Kinder bekommen werden, beträgt die durchschnittliche Kinderzahl bereits im Alter von 30 bis 34 Jahren 1,8 Kinder je Mutter. Da aber etwa 40% der Frauen dieses Alters noch gar keine Kinder haben, liegt die durchschnittliche Kinderzahl je Frau insgesamt lediglich bei etwa 1,1.

2 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder

Das Alter, in dem eine Frau ihre Kinder bekommt, ist im Hinblick auf die Geburtenentwicklung ebenfalls von Bedeutung und dient als Indikator für das generative Verhalten. Besonders beachtet wird das Alter bei der Geburt des ersten Kindes, da eine Veränderung hier Auswirkungen auf die Zahl der Kinder einer Frau insgesamt anzeigen kann. Frauen, die ihr erstes Kind in höherem Alter bekommen, haben danach oft weniger Kinder als Frauen, die bereits in jüngerem Alter Mutter wurden. Wird die Entscheidung für ein Kind auf ein

Schaubild 7



höheres Alter verschoben, kann dies auch zu Kinderlosigkeit führen. Dazu tragen die biologischen Gegebenheiten bei – ab einem bestimmten Alter wird es immer schwieriger, Kinder zu bekommen. Gibt es ein Verhaltensmuster, nach dem sich die Geburt des ersten Kindes in immer höhere Altersjahre verschiebt, kann dies angesichts des aktuell niedrigen Geburtenniveaus zur weiteren Abnahme der Zahl der Kinder je Frau oder zu einer steigenden Zahl kinderloser Frauen führen.

Das Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder wird in der laufenden Geburtenstatistik ermittelt und wurde in der Erhebung „Geburten in Deutschland“ 2006 retrospektiv bei den Frauen der einbezogenen Geburtsjahrgänge erfasst.

In der laufenden Statistik der Geburten gehen in die Berechnung des durchschnittlichen Alters der Mütter die Frauen ein, die im Berichtsjahr ein Kind geboren haben. Das Durchschnittsalter beschreibt damit die aktuelle Situation. Verschieben sich im Zeitablauf die Besetzungszahlen der Frauenjahrgänge, so kann sich allein deswegen das Durchschnittsalter verändern, auch wenn keine Verhaltensänderung eingetreten ist.¹²⁾

2.1 Angaben aus der laufenden Geburtenstatistik

Der Nachweis des Alters der Mutter bei der Geburt des ersten oder weiteren Kindes ist in der laufenden Geburtenstatistik nur eingeschränkt möglich. Diese Statistik liefert bisher nur Angaben zur Geburtenfolge und damit zum ersten Kind innerhalb der bestehenden Ehe. Zu außerhalb der bestehenden Ehe geborenen Kindern gibt es bislang keine Angabe zur Geburtenfolge, sodass diese Kinder bei der Berechnung des Alters der Mütter nach der Reihenfolge ihrer Kinder fehlen. Damit wird ein inzwischen großer Anteil der Geburten nicht berücksichtigt. Bei 31% der 2007 geborenen Kinder waren die Eltern nicht miteinander verheiratet, 1970 waren es dagegen nur 7%. Über alle Kinder gerechnet sind die nicht verheirateten Mütter im Durchschnitt jünger als die verheirateten Mütter. Möglicherweise trägt dazu bei, dass zweite oder weitere Kinder häufiger in einer Ehe als außerhalb zur Welt kommen, erste Kinder dagegen öfter als folgende nichtehelich geboren werden. Dies kann aber nicht aus der laufenden Geburtenstatistik belegt werden. Bei den in einer Ehe geborenen Kindern ergibt sich zudem eine Verzerrung des Alters der Mutter beim ersten oder weiteren Kind: Hat eine geschiedene (oder verwitwete) Frau ein Kind aus ihrer ersten Ehe, heiratet erneut und bekommt noch ein Kind, so wird dieses als erstes Kind der jetzt bestehenden Ehe gezählt. Gleiches gilt, wenn eine Frau in einer Ehe ein erstes Kind zur Welt bringt, zuvor aber schon aus einer anderen Beziehung ein Kind hatte. Das bedeutet, dass der Mittelwert des Alters der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes der bestehenden Ehe deutlich höher ist als das tatsächliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes überhaupt.

Um diese Einschränkungen aufzuheben, werden ab 2008 in der Geburtenstatistik die Angaben zur Geburtenfolge aller Kinder der Mutter erhoben.

Langfristig gesehen ist das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes der bestehenden Ehe von Beginn der 1960er-Jahre bis Anfang der 1970er-Jahre um etwa ein halbes Jahr auf gut 24 Jahre (früheres Bundesgebiet) gesunken. Danach ist es angestiegen und betrug 1991 etwa 27 Jahre (früheres Bundesgebiet und Deutschland). Inzwischen liegt es bei fast 30 Jahren. 1991 war dieses Durchschnittsalter in den neuen Ländern noch über zwei Jahre niedriger als in den alten Ländern, 2007 betrug der Unterschied nur noch etwa ein halbes Jahr.

2.2 Entwicklung des Durchschnittsalters beim ersten Kind der Mutter

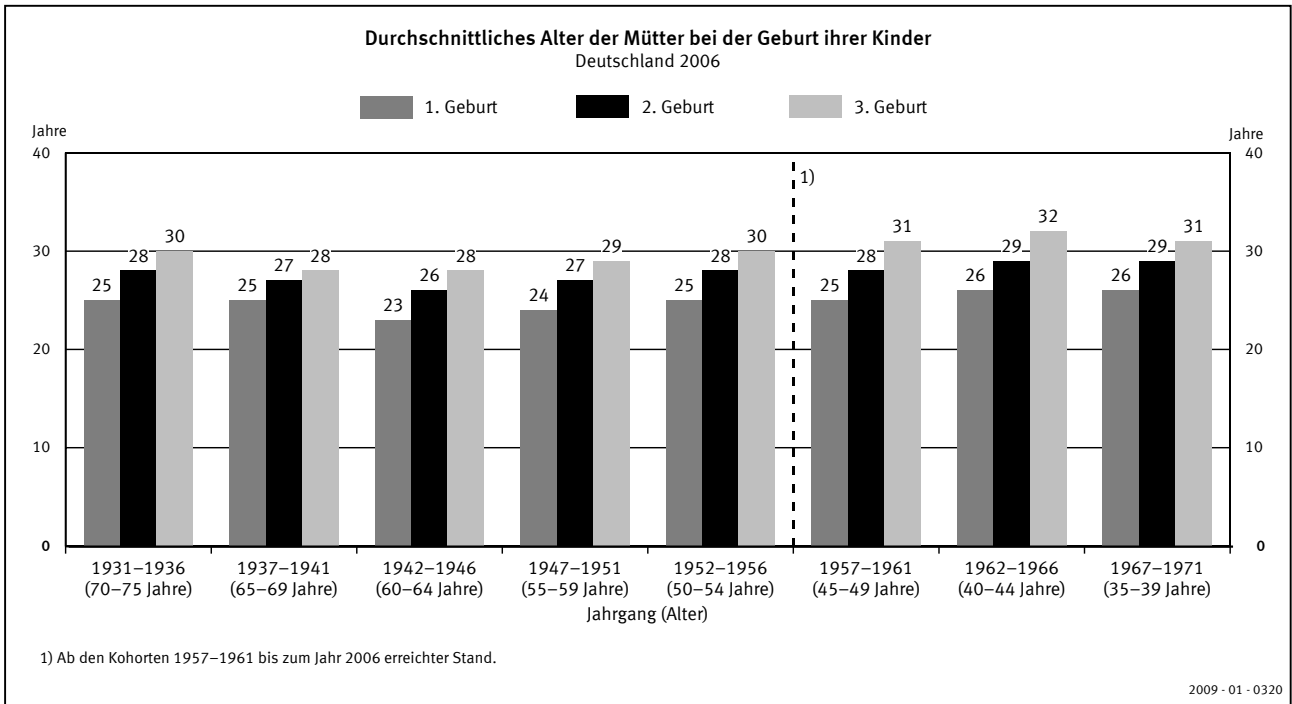
Mit den Daten der Erhebung „Geburten in Deutschland“ ist es nun möglich, das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes und weiterer Kinder nachzuweisen und aufzuzeigen, wie sich dieses Durchschnittsalter im Zeitverlauf verändert hat. Dabei wird allerdings ein Perspektivwechsel vollzogen. Von der in der Geburtenstatistik üblichen Betrachtung einzelner Kalenderjahre und des aktuellen Geburtengeschehens wird übergegangen auf die Betrachtung von Frauen aus bestimmten Jahrgangskohorten, die ihre Kinder in den letzten etwa 50 Jahren bekommen haben. Die Veränderungen im Geburtenverhalten dieser Kohorten werden deutlich.

Die Frauenjahrgänge, die in die Betrachtung des Durchschnittsalters bei der Geburt des ersten, zweiten und dritten Kindes einbezogen werden, reichen von den zwischen 1931 und 1936 geborenen Frauen bis hin zu den Frauen, die zwischen 1967 und 1971 geboren sind (siehe Schaubild 8).

Die ältesten hier untersuchten Frauenjahrgänge waren beim ersten Kind im Durchschnitt etwa 25 Jahre alt. Das Durchschnittsalter nahm dann bis zu den Kohorten 1942 bis 1946, die ihre ersten Kinder um Mitte bis Ende der 1960er-Jahre bekamen, auf 23 Jahre ab. Die 1947 bis 1951 geborenen Frauen, die Anfang der 1970er-Jahre ihre Kinder zur Welt brachten, waren im Durchschnitt bei der Geburt ihres ersten Kindes wieder etwas älter. Bei den folgenden Jahrgängen kam es zu einem deutlichen Anstieg des Alters der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes, der sich bei den jüngeren Frauenjahrgängen wieder etwas abflacht. Die 1962 bis 1971 geborenen Frauen brachten ihr erstes Kind mit durchschnittlich 26 Jahren zur Welt. Bei den jüngeren Kohorten sind noch Veränderungen möglich, da sie zum Teil bisher noch keine Kinder haben und voraussichtlich noch erste Kinder gebären werden. Insgesamt zeigt sich hier wie in der laufenden Geburtenstatistik – und beim durchschnittlichen Heiratsalter – zunächst ein Rückgang und dann ein Anstieg des Durchschnittsalters beim ersten Kind. Dieser Anstieg fällt aber deutlich geringer aus als der des Durchschnittsalters der Mütter beim ersten Kind der bestehenden Ehe.

12) Verschiebungen im Altersaufbau können ausgeschlossen werden, wenn das Durchschnittsalter aus den altersspezifischen Geburtenziffern berechnet wird.

Schaubild 8



Das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt der zweiten und dritten Kinder hat sich ähnlich entwickelt wie das bei der ersten Geburt. Der Abstand zwischen der Geburt des ersten und des zweiten Kindes blieb über die betrachteten Kohorten hinweg weitgehend stabil bei etwa drei Jahren. Die dritten Kinder wurden etwa zwei Jahre nach dem zweiten Kind geboren.

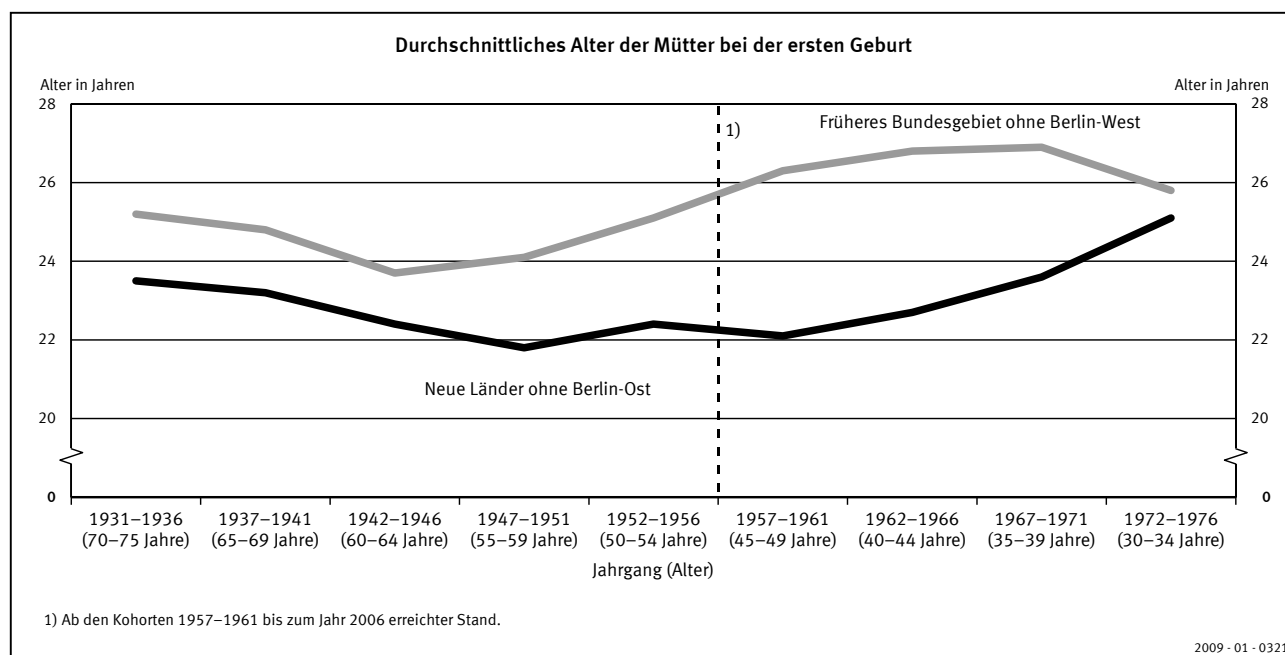
Wie bei der durchschnittlichen Kinderzahl zeigen sich auch beim Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern (siehe Schaubild 9). Die Frauen der Jahrgänge 1931 bis 1941 waren im Osten bei der Geburt ihres ersten Kindes etwa zwei Jahre jünger als die Frauen im Westen. Bei den Kohorten 1942 bis 1946 verringerte sich dieser Abstand etwas, bis zu diesen Jahrgängen war das Durchschnittsalter der Mütter bei der ersten Geburt sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern gesunken. Dann stieg im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West das Durchschnittsalter der Mütter deutlich an, während es für die Frauen aus den neuen Ländern ohne Berlin-Ost zunächst noch verharrte und danach langsamer zunahm. Bei den Frauen der Kohorten 1962 bis 1966 betrug das Durchschnittsalter bei der ersten Geburt im Westen 27 Jahre, im Osten dagegen 23 Jahre. Diese Entwicklung ging mit einer sinkenden Kinderzahl je Frau in den alten und einer eher stabilen Kinderzahl je Frau in den neuen Ländern einher. Bei den ab Ende der 1960er-Jahre geborenen Frauen stieg das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes in den neuen Ländern dann stark an. Dabei hat offenkundig der Umbruch, der mit der deutschen Vereinigung einherging, eine Rolle gespielt. Die Mitte der 1970er-Jahre geborenen Frauen in den neuen Ländern waren im Jahr 2006 bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt fast so alt wie diejenigen im früheren Bundesgebiet. Dort scheint sich inzwischen eine Stabilisierung

anzudeuten. Bei den zum Zeitpunkt der Erhebung 35 bis 39 Jahre alten Frauen (Kohorten 1967 bis 1971) hat das Durchschnittsalter beim ersten Kind nicht mehr zugenommen. Für die 1972 bis 1976 geborenen Frauen kann das Durchschnittsalter noch steigen, weil diese Frauen noch erste Kinder bekommen können.

2.3 Akademikerinnen werden später Mutter

Aus der Erhebung „Geburten in Deutschland“ ist auch zu erkennen, dass Frauen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss ihr erstes Kind später bekommen als die Frauen insgesamt. Für die Kohorten 1931 bis 1971 ist das Durchschnittsalter von Akademikerinnen bei der Geburt ihres ersten Kindes um zwei bis drei Jahre höher. Die 1931 bis 1941 geborenen Frauen insgesamt waren bei der Geburt ihres ersten Kindes durchschnittlich 25 Jahre alt, die Frauen mit Hochschulabschluss dagegen 27 Jahre. Bei den Frauen der Jahrgänge 1962 bis 1971 lag das Alter beim ersten Kind durchschnittlich bei 26 Jahren, bei den Hochschulabsolventinnen dagegen bei 29 Jahren. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Frauen in den alten und neuen Ländern. Bei der Geburt ihres ersten Kindes waren die Frauen mit Hochschulabschluss im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West um vier (Kohorten 1931 bis 1951) bis fünf (Kohorten 1952 bis 1971) Jahre älter als die Frauen in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost. Die 1962 bis 1971 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West haben ihr erstes Kind mit durchschnittlich 30 Jahren, die in den neuen Ländern mit durchschnittlich 25 Jahren zur Welt gebracht. Das bedeutet zugleich, dass der Abstand des Durchschnittsalters von Hochschulabsolventinnen bei der Geburt des ersten Kindes

Schaubild 9



gegenüber dem von Frauen mit anderen Bildungsabschlüssen im früheren Bundesgebiet größer ist als in den neuen Ländern. Auch in dieser Hinsicht unterscheidet sich somit das Geburtenverhalten der Frauen mit höherem Bildungsabschluss im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West stärker als in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost von dem der anderen Frauen.

Ausblick

Die neuen Daten zu Geburten und Kinderlosigkeit ermöglichen einen tieferen Einblick in nachhaltige Veränderungen im generativen Verhalten der Frauen. Sie bieten eine substantielle Datengrundlage für Familienpolitik, Forschung und Bevölkerungsvorausrechnungen. Die Novellierung des Bevölkerungsstatistikgesetzes und des Mikrozensusgesetzes 2007¹³⁾ hat für eine regelmäßige Erfassung der Kernmerkmale der Geburtenentwicklung gesorgt. Mit den Angaben des Mikrozensus 2008 wird die Genauigkeit der Datenanalyse nach der Kinderzahl aufgrund eines deutlich größeren Stichprobenumfangs erhöht. Die Angaben zum Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder werden künftig vollständig in der laufenden Statistik der Geburten erhoben. Eine Kombination des Alters der Frauen bei der Geburt der Kinder mit den sozioökonomischen Merkmalen der Frauen, wie dies im letzten Abschnitt am Beispiel des Bildungsstandes gezeigt wurde, wird nach wie vor nur anhand der Daten der Erhebung „Geburten in Deutschland“ möglich sein. Der anonymisierte Datensatz dieser Erhebung steht den Statistiknutzern in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung (www.forschungsdatenzentrum.de). [u](#)

13) Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes (MZGuBevStatGÄndG) vom 30. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2526).

Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1930		1931		1932		1933		1934		1935		1936	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
16	2,1	2	2,1	2	2,1	2	2,1	2	2,3	3	2,2	2	2,1	2
17	10,0	12	10,0	12	10,0	12	10,2	13	10,1	13	11,1	14	10,6	13
18	28,9	41	28,9	41	27,5	40	28,8	41	34,3	47	31,2	45	30,8	44
19	52,7	94	50,4	92	54,4	94	62,2	104	64,5	111	60,7	106	61,0	105
20	74,6	169	79,9	172	92,7	187	93,2	197	91,4	203	91,8	197	91,0	196
21	96,6	265	110,9	283	113,5	301	116,5	313	122,0	325	117,5	315	117,4	313
22	129,2	394	126,7	409	132,5	433	131,7	445	145,6	471	139,0	454	136,9	450
23	138,3	533	141,4	551	139,7	573	146,1	591	152,5	623	151,1	605	155,7	606
24	143,7	676	140,4	691	148,9	722	159,0	750	158,3	781	164,4	769	162,4	768
25	144,6	821	146,2	837	159,4	881	160,3	910	166,2	947	166,1	935	170,2	938
26	145,8	967	156,0	993	154,4	1036	163,9	1074	161,6	1109	166,9	1102	166,2	1105
27	145,0	1112	149,6	1143	154,8	1190	155,1	1229	158,9	1268	155,9	1258	160,8	1265
28	136,4	1248	145,2	1288	143,3	1334	148,6	1378	146,2	1414	148,5	1407	148,8	1414
29	130,7	1379	133,0	1421	136,0	1470	134,0	1512	137,0	1551	136,4	1543	132,9	1547
30	118,1	1497	122,3	1543	121,8	1591	124,8	1637	124,4	1676	121,1	1664	119,8	1667
31	107,6	1605	108,2	1652	111,3	1703	112,1	1749	108,3	1784	106,3	1770	102,4	1769
32	93,6	1698	98,0	1750	99,1	1802	96,7	1846	94,2	1878	89,6	1860	85,6	1855
33	84,8	1783	87,0	1837	84,7	1887	84,0	1930	79,5	1958	74,0	1934	70,6	1925
34	74,5	1858	73,3	1910	72,5	1959	70,3	2000	66,2	2024	61,2	1995	55,0	1981
35	62,3	1920	61,8	1972	60,4	2019	58,4	2058	54,3	2078	48,0	2043	44,3	2025
36	53,0	1973	51,3	2023	50,0	2069	47,2	2105	41,9	2120	38,4	2082	32,2	2057
37	42,0	2015	41,3	2064	39,4	2109	36,8	2142	33,2	2153	27,6	2109	23,5	2081
38	33,5	2048	32,7	2097	30,3	2139	28,3	2170	22,9	2176	18,9	2128	17,1	2098
39	25,4	2074	23,7	2121	22,9	2162	19,8	2190	16,3	2192	13,8	2142	12,4	2110
40	17,7	2092	17,1	2138	15,2	2177	13,0	2203	11,3	2204	9,5	2152	8,6	2119
41	12,6	2104	11,2	2149	9,7	2187	8,8	2212	7,3	2211	6,4	2158	5,7	2124
42	7,5	2112	6,7	2156	6,2	2193	5,5	2218	4,6	2216	4,0	2162	3,5	2128
43	4,4	2116	4,0	2160	3,6	2197	3,3	2221	2,8	2218	2,3	2164	2,0	2130
44	2,3	2118	2,1	2162	2,1	2199	1,8	2223	1,3	2220	1,2	2166	1,2	2131
45	1,1	2120	1,1	2163	1,1	2200	0,9	2224	0,7	2220	0,7	2166	0,7	2132
46	0,6	2120	0,5	2163	0,5	2200	0,5	2224	0,4	2221	0,4	2167	0,3	2132
47	0,3	2120	0,2	2164	0,2	2201	0,2	2224	0,2	2221	0,2	2167	0,2	2132
48	0,1	2121	0,1	2164	0,1	2201	0,1	2224	0,1	2221	0,1	2167	0,1	2132
49	0,1	2121	0,1	2164	0,1	2201	0,1	2224	0,0	2221	0,0	2167	0,0	2132

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

Hinweis: Oberhalb der Treppenlinie Ziffern für das frühere Bundesgebiet, unterhalb der Treppenlinie Deutschlandziffern. Ab dem Geburtsjahrgang 1937 komplett Deutschland.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1937		1938		1939		1940		1941		1942		1943	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
16	2,2	3	2,3	3	2,2	3	2,4	3	2,5	3	2,7	3	3,1	4
17	10,9	13	10,7	13	10,9	13	11,6	14	11,2	14	13,3	17	15,0	19
18	30,9	44	31,7	45	31,8	45	32,2	47	35,1	49	37,5	54	42,1	61
19	61,6	106	62,0	107	60,9	106	67,2	114	69,6	119	75,1	129	77,8	139
20	93,4	199	90,9	198	97,2	203	99,5	213	107,6	226	107,7	237	114,1	253
21	115,8	315	121,8	320	122,1	325	133,4	347	132,0	358	136,1	373	139,9	393
22	143,6	459	140,5	460	151,4	477	153,4	500	157,1	515	155,6	529	158,1	551
23	156,1	615	164,6	625	165,6	642	168,2	668	167,8	683	163,5	692	167,3	718
24	170,8	786	170,9	796	174,7	817	174,0	842	168,9	852	169,1	861	165,7	884
25	170,5	956	175,0	971	173,9	991	170,3	1013	168,5	1021	162,3	1024	153,1	1037
26	170,4	1126	170,1	1141	166,8	1158	164,9	1178	157,7	1178	148,2	1172	136,8	1174
27	161,4	1288	157,9	1299	157,3	1315	150,0	1328	141,1	1319	128,3	1300	117,3	1291
28	146,9	1435	146,2	1445	140,4	1456	131,7	1459	120,7	1440	108,4	1408	103,8	1395
29	132,7	1567	128,6	1573	121,8	1577	111,5	1571	100,2	1540	94,2	1503	84,3	1479
30	115,8	1683	109,4	1683	102,3	1680	90,7	1661	85,4	1626	74,3	1577	67,2	1546
31	97,3	1781	91,2	1774	81,8	1761	75,4	1737	65,1	1691	58,5	1635	57,8	1604
32	80,5	1861	71,9	1846	66,4	1828	57,0	1794	49,8	1741	49,0	1684	47,6	1652
33	62,7	1924	59,0	1905	50,4	1878	42,6	1837	41,1	1782	40,8	1725	41,0	1693
34	51,2	1975	43,6	1948	37,5	1916	35,3	1872	33,2	1815	33,6	1759	33,3	1726
35	37,6	2013	32,4	1981	29,5	1945	27,4	1899	26,8	1842	27,3	1786	26,6	1752
36	27,6	2040	25,0	2006	22,9	1968	21,8	1921	20,8	1862	21,0	1807	20,9	1773
37	20,9	2061	18,9	2025	17,6	1986	16,9	1938	15,9	1878	16,4	1823	17,1	1790
38	15,1	2076	14,5	2039	13,3	1999	12,3	1950	12,0	1890	13,2	1837	12,8	1803
39	11,6	2088	10,4	2050	9,5	2008	9,2	1959	9,1	1899	9,6	1846	9,4	1813
40	7,8	2096	7,1	2057	6,6	2015	6,7	1966	6,6	1906	6,9	1853	6,4	1819
41	4,9	2101	4,8	2061	4,5	2020	4,6	1971	4,3	1910	4,5	1858	4,4	1824
42	3,1	2104	3,2	2065	3,1	2023	2,9	1974	2,8	1913	2,7	1860	2,8	1826
43	2,0	2106	2,0	2067	1,8	2024	1,7	1975	1,6	1915	1,7	1862	1,6	1828
44	1,1	2107	1,1	2068	1,0	2025	0,9	1976	0,9	1916	1,0	1863	0,9	1829
45	0,6	2107	0,6	2068	0,5	2026	0,5	1977	0,4	1916	0,5	1864	0,5	1829
46	0,3	2108	0,3	2069	0,3	2026	0,3	1977	0,3	1916	0,3	1864	0,3	1830
47	0,2	2108	0,1	2069	0,1	2026	0,2	1977	0,1	1917	0,1	1864	0,1	1830
48	0,1	2108	0,1	2069	0,1	2026	0,1	1977	0,1	1917	0,1	1864	0,1	1830
49	0,1	2108	0,0	2069	0,0	2026	0,1	1977	0,1	1917	0,1	1864	0,0	1830

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1944		1945		1946		1947		1948		1949		1950	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,6	0,6	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
16	3,9	5	5,1	6	5,1	6	5,3	6	5,2	6	5,4	6	5,3	6
17	17,9	22	19,7	26	21,3	27	22,0	28	22,0	28	22,7	29	21,7	28
18	45,4	68	51,0	77	52,8	80	55,4	84	55,6	84	55,9	85	55,5	83
19	85,4	153	92,5	169	94,3	174	99,4	183	99,2	183	98,5	183	98,7	182
20	121,1	274	126,9	296	133,4	308	135,7	319	133,7	317	130,7	314	126,3	308
21	145,0	419	151,6	448	157,1	465	156,6	476	146,6	463	139,0	453	134,5	443
22	163,1	583	166,9	615	164,9	630	153,9	629	143,5	607	139,0	592	122,4	565
23	167,2	750	161,6	776	151,3	781	141,9	771	136,3	743	122,7	715	113,6	679
24	157,8	908	143,7	920	136,8	918	133,2	904	120,3	863	111,4	826	114,4	793
25	141,7	1049	129,6	1049	128,5	1047	115,6	1020	108,5	972	110,4	937	112,2	905
26	124,1	1173	120,1	1169	108,9	1155	101,8	1122	104,8	1077	105,6	1042	110,4	1016
27	111,6	1285	99,9	1269	94,9	1250	95,9	1218	97,0	1174	102,3	1144	105,9	1122
28	91,4	1376	84,0	1353	87,9	1338	87,6	1305	91,7	1265	95,0	1239	96,6	1218
29	75,1	1451	75,8	1429	77,7	1416	81,2	1387	84,5	1350	86,2	1326	87,4	1306
30	65,8	1517	67,6	1497	70,9	1487	71,8	1458	74,7	1425	76,8	1402	80,0	1386
31	56,5	1574	58,5	1555	61,5	1548	61,7	1520	64,5	1489	67,7	1470	68,4	1454
32	48,7	1622	50,0	1605	51,5	1600	52,8	1573	56,8	1546	58,1	1528	57,7	1512
33	40,0	1662	42,3	1648	43,1	1643	45,3	1618	47,0	1593	47,0	1575	46,1	1558
34	32,7	1695	34,9	1683	37,0	1680	37,4	1656	38,0	1631	37,0	1612	37,2	1595
35	26,7	1722	29,7	1712	30,6	1711	30,3	1686	29,9	1661	30,2	1642	31,3	1627
36	22,3	1744	23,4	1736	23,6	1734	22,9	1709	23,6	1684	24,3	1667	25,7	1652
37	17,2	1761	18,1	1754	17,9	1752	17,8	1727	18,4	1703	20,0	1687	20,8	1673
38	13,0	1774	13,2	1767	13,1	1765	13,3	1740	14,5	1717	15,2	1702	16,2	1689
39	9,0	1783	9,5	1776	9,7	1775	10,3	1750	10,9	1728	11,5	1713	11,4	1701
40	6,3	1790	6,8	1783	7,4	1782	7,6	1758	8,0	1736	8,3	1722	8,9	1710
41	4,4	1794	4,7	1788	5,3	1788	5,1	1763	5,4	1742	5,6	1727	5,9	1715
42	3,0	1797	3,3	1791	3,4	1791	3,2	1766	3,6	1745	3,5	1731	3,7	1719
43	1,8	1799	2,0	1793	2,1	1793	2,0	1768	2,1	1747	2,2	1733	2,2	1721
44	1,0	1800	1,2	1794	1,2	1794	1,1	1769	1,2	1748	1,1	1734	1,3	1723
45	0,5	1800	0,6	1795	0,6	1795	0,5	1770	0,6	1749	0,6	1735	0,7	1723
46	0,3	1801	0,3	1795	0,3	1795	0,3	1770	0,3	1749	0,3	1735	0,3	1724
47	0,1	1801	0,1	1795	0,2	1795	0,1	1770	0,1	1750	0,1	1735	0,2	1724
48	0,1	1801	0,0	1795	0,1	1795	0,0	1770	0,0	1750	0,1	1735	0,1	1724
49	0,0	1801	0,0	1795	0,0	1795	0,0	1770	0,0	1750	0,0	1735	0,0	1724

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1951		1952		1953		1954		1955		1956		1957	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,2	1,2	1,3	1,3
16	5,0	6	5,0	6	5,3	6	6,0	7	6,8	8	6,7	8	6,3	8
17	22,1	28	23,4	29	24,7	31	26,3	33	24,8	33	21,2	29	19,9	27
18	57,8	86	57,8	87	59,5	90	52,6	86	46,0	79	42,3	72	37,2	65
19	99,4	185	95,9	183	83,7	174	73,1	159	69,9	149	63,4	135	61,3	126
20	121,2	306	105,9	289	93,0	267	88,5	247	84,6	233	83,1	218	79,8	206
21	116,3	422	104,1	393	101,3	368	94,3	342	97,6	331	96,6	315	93,2	299
22	110,0	532	107,2	500	105,3	474	105,7	447	108,0	439	106,1	421	102,6	402
23	112,2	645	109,7	610	113,0	587	113,4	561	114,9	554	112,3	533	114,2	516
24	111,5	756	116,7	726	119,2	706	115,9	677	116,8	670	120,0	653	115,7	631
25	114,0	870	117,6	844	117,4	823	116,1	793	121,5	792	119,4	772	117,4	749
26	112,8	983	114,1	958	113,2	937	117,6	910	117,3	909	116,0	888	111,9	861
27	105,4	1088	106,3	1065	110,3	1047	108,5	1019	109,9	1019	105,9	994	104,8	966
28	97,5	1186	102,0	1167	100,6	1147	100,5	1119	97,8	1117	97,5	1092	98,4	1064
29	90,1	1276	90,8	1257	90,7	1238	87,0	1206	87,7	1205	89,6	1181	95,2	1159
30	79,5	1356	80,7	1338	77,4	1316	76,7	1283	79,7	1284	85,5	1267	88,4	1248
31	67,5	1423	66,0	1404	66,9	1382	68,2	1351	73,6	1358	76,9	1344	80,5	1328
32	55,1	1478	55,3	1459	57,1	1440	61,6	1413	65,3	1423	68,6	1412	67,8	1396
33	45,2	1523	47,3	1507	50,5	1490	53,6	1466	56,2	1479	57,3	1470	59,9	1456
34	38,1	1562	40,7	1547	44,0	1534	45,9	1512	46,0	1525	48,8	1518	47,1	1503
35	32,8	1594	35,2	1582	36,9	1571	37,1	1550	39,6	1565	38,3	1557	38,7	1542
36	27,0	1621	28,4	1611	29,4	1600	30,3	1580	30,0	1595	30,6	1587	31,1	1573
37	21,2	1642	22,4	1633	22,4	1623	23,2	1603	23,1	1618	23,7	1611	23,9	1597
38	16,4	1659	17,4	1651	16,8	1639	17,3	1620	17,2	1635	17,7	1629	18,6	1615
39	11,9	1671	12,2	1663	12,4	1652	12,5	1633	12,8	1648	13,5	1642	14,3	1630
40	8,4	1679	9,0	1672	8,7	1661	9,0	1642	9,0	1657	10,2	1652	10,8	1640
41	5,7	1685	5,7	1678	5,8	1666	6,0	1648	6,4	1664	7,2	1660	7,3	1648
42	3,5	1688	3,7	1681	3,7	1670	4,0	1652	4,4	1668	4,4	1664	4,9	1653
43	2,1	1690	2,2	1683	2,2	1672	2,6	1654	2,5	1670	2,7	1667	3,0	1656
44	1,1	1692	1,3	1685	1,2	1673	1,4	1656	1,4	1672	1,5	1668	1,5	1657
45	0,6	1692	0,7	1685	0,7	1674	0,6	1656	0,7	1673	0,8	1669	0,8	1658
46	0,3	1692	0,3	1686	0,3	1674	0,3	1657	0,3	1673	0,3	1669	0,4	1658
47	0,1	1692	0,1	1686	0,1	1675	0,2	1657	0,1	1673	0,2	1670	0,2	1658
48	0,1	1693	0,1	1686	0,0	1675	0,1	1657	0,1	1673	0,1	1670	0,1	1658
49	0,0	1693	0,0	1686	0,0	1675	0,0	1657	0,0	1673	0,1	1670	0,1	1659

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1958		1959		1960		1961		1962		1963		1964	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	1,2	1,2	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
16	5,7	7	5,0	6	4,6	6	4,0	5	3,8	4	3,5	4	3,7	5
17	16,5	23	15,4	21	14,4	20	12,9	18	12,6	17	12,1	16	10,7	15
18	34,3	58	32,6	54	31,8	52	28,8	47	29,1	46	25,9	42	24,2	39
19	58,1	116	56,9	111	55,4	107	55,8	102	51,9	98	47,3	89	41,6	81
20	78,1	194	77,6	189	80,7	188	75,7	178	71,8	170	63,7	153	57,8	139
21	91,6	286	96,5	285	92,1	280	87,7	266	79,7	250	72,4	225	67,6	206
22	106,2	392	103,8	389	100,6	381	92,5	358	85,5	335	80,2	306	78,4	285
23	110,8	503	108,9	498	103,2	484	96,0	454	92,2	427	90,6	396	89,1	374
24	114,4	617	110,0	608	104,0	588	101,6	556	101,2	528	101,1	497	98,8	473
25	112,9	730	109,6	717	108,1	696	110,8	667	109,6	638	109,1	606	103,7	576
26	109,6	840	109,8	827	113,0	809	113,1	780	115,3	753	110,6	717	109,9	686
27	106,2	946	110,6	938	113,0	922	113,7	894	110,0	863	111,0	828	100,1	786
28	104,8	1051	107,8	1045	109,3	1031	106,5	1000	109,4	973	99,4	928	97,0	883
29	98,9	1149	101,3	1147	100,0	1131	102,6	1103	94,7	1067	93,1	1021	93,9	977
30	92,7	1242	90,7	1237	93,8	1225	88,5	1191	87,3	1155	90,1	1111	88,8	1066
31	80,0	1322	83,0	1320	78,7	1304	78,5	1270	80,3	1235	79,1	1190	81,6	1148
32	71,3	1393	67,8	1388	68,9	1373	68,6	1338	69,0	1304	71,8	1262	77,2	1225
33	57,6	1451	56,7	1445	58,6	1431	58,6	1397	60,8	1365	65,1	1327	69,6	1295
34	48,3	1499	48,6	1494	48,6	1480	50,3	1447	53,6	1418	58,1	1385	59,5	1354
35	39,7	1539	39,1	1533	41,3	1521	43,9	1491	47,9	1466	48,9	1434	50,7	1405
36	31,1	1570	32,4	1565	35,1	1556	38,0	1529	38,8	1505	40,4	1474	42,0	1447
37	24,5	1595	26,4	1592	29,1	1585	29,7	1559	30,5	1536	32,2	1506	33,1	1480
38	19,8	1614	21,6	1613	22,0	1607	22,5	1581	24,1	1560	24,9	1531	25,7	1506
39	15,8	1630	15,8	1629	16,8	1624	17,8	1599	17,8	1577	18,8	1550	20,0	1526
40	11,2	1641	11,7	1641	12,6	1636	12,6	1612	13,4	1591	13,8	1564	15,2	1541
41	7,5	1649	8,0	1649	8,2	1645	8,8	1620	9,1	1600	9,5	1573	10,1	1551
42	4,9	1654	4,9	1654	5,3	1650	5,5	1626	5,8	1606	6,2	1580	6,7	1558
43	2,9	1657	3,0	1657	3,2	1653	3,3	1629	3,6	1609	3,9	1583	4,1	1562
44	1,7	1658	1,6	1658	1,7	1655	1,9	1631	2,0	1611	2,2	1586		
45	0,8	1659	0,9	1659	0,9	1656	1,0	1632	1,1	1612				
46	0,4	1660	0,4	1659	0,5	1656	0,5	1633						
47	0,2	1660	0,2	1660	0,2	1656								
48	0,1	1660	0,1	1660										
49	0,1	1660												

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1965		1966		1967		1968		1969		1970		1971	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
16	3,3	4	3,0	4	2,4	3	2,5	3	2,5	3	2,5	3	2,6	3
17	9,7	14	8,1	12	7,4	10	7,1	10	7,2	10	7,5	11	7,9	11
18	20,3	34	17,9	30	17,1	28	16,4	27	16,6	27	17,4	28	17,6	29
19	37,9	72	34,7	64	33,2	61	32,6	59	33,2	60	33,9	62	34,7	63
20	53,3	125	51,1	115	49,3	110	48,6	108	48,1	108	50,9	113	46,3	110
21	65,2	190	63,5	179	60,6	171	58,7	166	60,9	169	55,6	168	51,7	161
22	76,5	267	73,7	253	68,2	239	69,0	235	61,3	230	58,8	227	55,8	217
23	86,5	353	80,9	333	78,9	318	67,6	303	64,7	295	62,8	290	60,8	278
24	93,8	447	91,6	425	76,1	394	71,7	375	69,9	365	67,5	357	66,7	345
25	102,7	550	86,7	512	80,2	474	79,1	454	74,9	440	74,6	432	77,8	422
26	96,2	646	89,8	602	86,8	561	82,3	536	82,1	522	86,3	518	87,5	510
27	95,6	742	94,1	696	88,3	649	87,3	624	91,3	613	94,5	613	91,2	601
28	97,2	839	92,9	789	92,4	742	95,3	719	98,7	712	95,1	708	94,8	696
29	93,1	932	93,7	882	97,5	839	99,8	819	97,9	810	97,2	805	97,1	793
30	89,9	1022	94,9	977	98,8	938	96,7	915	95,7	906	96,4	901	93,8	887
31	88,0	1110	93,1	1070	91,0	1029	91,3	1007	91,8	998	89,5	991	90,7	978
32	82,8	1193	82,5	1153	83,8	1113	84,9	1092	83,2	1081	83,3	1074	84,7	1062
33	71,6	1264	72,7	1225	75,0	1188	74,3	1166	75,5	1156	77,0	1151	80,4	1143
34	62,1	1326	64,6	1290	64,6	1252	65,7	1232	67,0	1223	70,4	1221	71,7	1214
35	53,1	1379	53,7	1344	56,2	1309	58,2	1290	60,3	1283	60,9	1282	62,8	1277
36	43,4	1423	45,3	1389	47,2	1356	49,7	1339	50,9	1334	52,2	1335	56,9	1334
37	35,3	1458	36,6	1426	39,1	1395	39,6	1379	41,2	1376	45,4	1380		
38	27,3	1485	29,2	1455	30,8	1426	32,0	1411	34,3	1410				
39	21,8	1507	22,8	1478	24,2	1450	26,0	1437						
40	16,1	1523	17,1	1495	18,6	1469								
41	11,2	1534	12,3	1507										
42	7,4	1542												
43														
44														
45														
46														
47														
48														
49														

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1972		1973		1974		1975		1976		1977		1978	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,6	0,6	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
16	3,0	4	3,3	4	3,3	4	3,5	4	3,3	4	2,9	4	2,9	4
17	8,2	12	8,6	13	9,0	13	8,5	13	7,5	12	7,1	11	6,8	11
18	19,0	31	19,0	32	18,3	31	16,1	29	14,2	26	13,4	24	13,8	24
19	33,3	64	31,5	63	28,4	60	25,7	55	24,0	50	24,2	48	24,3	49
20	42,9	107	40,8	104	37,6	97	35,5	90	35,5	85	34,9	83	35,5	84
21	49,3	156	48,0	152	46,0	143	47,0	137	45,8	131	45,4	129	44,7	129
22	54,6	211	54,9	207	57,0	200	57,1	194	54,4	186	54,2	183	53,5	182
23	60,2	271	65,2	272	65,3	265	64,2	258	62,1	248	61,8	245	59,2	242
24	70,6	342	73,8	346	71,9	337	70,3	329	69,0	317	66,8	311	64,5	306
25	80,7	422	80,6	426	79,8	417	79,2	408	74,8	392	72,6	384	71,5	378
26	86,1	508	87,7	514	87,3	504	82,8	491	79,8	471	79,2	463	78,4	456
27	90,6	599	92,5	607	88,6	593	86,3	577	85,2	557	85,2	548	83,5	540
28	95,4	694	92,5	699	91,5	685	90,7	668	90,2	647	87,8	636	87,1	627
29	94,4	789	94,9	794	94,3	779	95,0	763	92,1	739	91,4	728	93,8	720
30	93,3	882	94,8	889	95,4	874	94,1	857	94,0	833	97,0	825		
31	91,4	973	94,2	983	94,0	968	93,3	950	96,6	929				
32	87,8	1061	88,5	1072	88,8	1057	92,3	1042						
33	80,7	1142	81,9	1153	87,4	1145								
34	71,9	1214	78,0	1232										
35	68,0	1282												
36														
37														
38														
39														
40														
41														
42														
43														
44														
45														
46														
47														
48														
49														

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge													
	1979		1980		1981		1982		1983		1984		1985	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter														
15	0,9	0,9	0,7	0,7	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9
16	2,8	4	2,9	4	2,7	4	2,7	3	2,8	4	2,8	4	3,1	4
17	6,9	11	6,9	11	6,8	10	6,8	10	7,0	11	7,5	11	7,7	12
18	13,9	24	14,0	25	13,9	24	13,9	24	14,1	25	13,6	25	13,1	25
19	24,4	49	24,2	49	24,9	49	24,6	49	23,1	48	22,1	47	20,9	46
20	35,2	84	35,2	84	34,3	83	32,2	81	30,6	78	29,2	76	29,1	75
21	45,0	129	43,4	127	41,7	125	39,2	120	37,5	116	36,6	113	34,9	110
22	51,8	181	48,8	176	47,9	173	45,7	166	43,1	159	41,7	154	40,6	150
23	57,3	238	54,5	231	53,1	226	51,0	217	48,4	207	47,7	202		
24	62,2	300	61,9	293	58,6	285	56,3	273	54,4	262				
25	70,3	371	67,5	360	65,2	350	64,1	337						
26	76,1	447	73,9	434	73,5	423								
27	80,8	527	81,8	516										
28	88,1	616												
29														
30														
31														
32														
33														
34														
35														
36														
37														
38														
39														
40														
41														
42														
43														
44														
45														
46														
47														
48														
49														

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

noch: Altersspezifische Geburtenziffern der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1991 aus der laufenden Geburtenstatistik

Alter in Jahren ¹⁾	Lebendgeborene je 1 000 Frauen der Geburtsjahrgänge											
	1986		1987		1988		1989		1990		1991	
	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum	im	bis zum
angegebenen Alter												
15	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
16	3,2	4	3,0	4	2,8	4	2,6	3	2,6	3,4	2,5	3,2
17	7,1	11	6,4	10	6,2	10	5,8	9	5,5	8,9		
18	12,3	24	11,2	22	10,6	20	10,3	20				
19	20,2	44	19,1	41	18,3	39						
20	27,7	71	26,5	67								
21	33,7	105										
22												
23												
24												
25												
26												
27												
28												
29												
30												
31												
32												
33												
34												
35												
36												
37												
38												
39												
40												
41												
42												
43												
44												
45												
46												
47												
48												
49												

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr.

Dipl.-Sozialwirtin Sabine Köhne-Finster, Gesine Güllner

Ergebnisse der Interviewerbefragung im Mikrozensus

Dieser Aufsatz dokumentiert die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung der Erhebungsbeauftragten im Mikrozensus und ist ein Auszug eines internen Berichts, mit dem die im Mikrozensus tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie die Erhebungsbeauftragten über die zentralen Ergebnisse der Befragung informiert wurden. Die Befragung wurde im Zeitraum von Dezember 2007 bis Januar 2008 mit einem standardisierten Fragebogen in 13 Statistischen Landesämtern durchgeführt.

Ein Ziel der Befragung war es, Erkenntnisse über besondere Schwierigkeiten und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Feldarbeit zu gewinnen. Darüber hinaus wurden die Erhebungsbeauftragten zu ihren Erfahrungen mit den vorbereitenden Schulungen, zur Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern sowie zum Einsatz und Nutzen der verwendeten Arbeits- und Hilfsmittel im Interview (z. B. Laptops, Informationsmaterialien u. Ä.) befragt. Ein weiterer Befragungsteil bezog sich auf das Frageprogramm im Mikrozensus. Hier wurden die befragten Interviewerinnen und Interviewer u. a. gebeten, die Verständlichkeit der Fragen vor dem Hintergrund ihrer Praxiserfahrung zu bewerten. Der überwiegende Teil der eingesetzten Erhebungsbeauftragten verfügt über langjährige Erfahrungen in der Mikrozensus-Befragung. Angeregt wurden Vereinfachungen bei den Frageformulierungen sowie in der Feldarbeit, vor allem in der Information der Haushalte über den Nutzen des Mikrozensus und durch eine verbesserte Handhabung bei der Verschlüsselung von Berufen und Wirtschaftszweigen.

Vorbemerkung

Mit der Einführung der Unterjährigkeit im Mikrozensus 2005 hat die bereits seit Jahren andauernde Diskussion über die Datenqualität im Mikrozensus und die Abweichungen zu anderen erwerbsstatistischen Datenquellen (z. B. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Erwerbstätigenrechnung, ILO-Telefonerhebung) an Dynamik gewonnen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben sich daher zum Ziel gesetzt, die Datenqualität im Mikrozensus – noch stärker als in der Vergangenheit – zu analysieren und Gesamtstrategien zur Qualitätssicherung und -entwicklung zu entwerfen. In komplexen Erhebungen wie dem Mikrozensus kann eine Reihe von Faktoren das Antwortverhalten der Befragten beeinflussen und somit Effekte auf die Ergebnisse haben. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Feldarbeit, deren Qualität sowohl von der Organisation der Erhebung in den Statistischen Landesämtern – beispielsweise dem Anwerben und Betreuen der Interviewer/-innen, der Durchführung von Schulungen, der technischen Organisation usw. –, als auch von der Tätigkeit der Interviewerinnen und Interviewer selbst beeinflusst wird.

Insgesamt sind in Deutschland über 1 740 Interviewerinnen und Interviewer¹⁾ für den Mikrozensus im Einsatz. Viele von ihnen führen bereits seit Jahren – zum Teil seit Jahrzehnten – die Mikrozensus-Erhebung für die Statistischen Landesämter durch. Sie sind Fachleute auf ihrem Gebiet und verfügen über wertvolles Wissen zum Entstehungsprozess der Daten. Die Erhebungsbeauftragten wurden über ihre Befragungspraxis, die Vorbereitung auf die Tätigkeit und

1) Stand: Januar 2008, Angaben ohne das Saarland.

über besonders schwierige Situationen bei der Durchführung der Mikrozensuserhebung befragt. Außerdem wurden sie gebeten, die Verlässlichkeit der Angaben in bestimmten Befragungssituationen (z.B. Auskünfte über abwesende Haushaltsmitglieder) einzuschätzen. Die Befragung der Erhebungsbeauftragten wurde im Zeitraum von Dezember 2007 bis Januar 2008 mit einem standardisierten, schriftlichen Fragebogen in 13 Statistischen Landesämtern durchgeführt.²⁾ Die hohe Rücklaufquote von über 80% (n = 1 384) weist auf eine große Bereitschaft der Interviewer/-innen hin, sich zu ihrer Tätigkeit sowie zur Qualität und Organisation des Mikrozensus zu äußern.

1 Der Interviewerstab des Mikrozensus

In den Statistischen Ämtern der Länder liegen in der Regel Einzelinformationen zu den Erhebungsbeauftragten vor. Bislang gab es allerdings keinen Überblick über die Gesamtstruktur der Erhebungsbeauftragten des Mikrozensus in Deutschland. Mit den Angaben der Interviewerbefragung lässt sich nun die Zusammensetzung des bundesweiten Interviewerstabs beschreiben.

Im Durchschnitt sind die Erhebungsbeauftragten in den alten Bundesländern seit etwa zwölf Jahren, in den neuen Ländern und Berlin seit etwa neun Jahren für den Mikrozensus tätig. Die längste Tätigkeitsdauer weisen die Interviewerinnen und Interviewer in Schleswig-Holstein auf (durchschnittlich 14,4 Jahre); die kürzeste die in Sachsen-Anhalt (6,2 Jahre). In allen Bundesländern gehören Neulinge, die

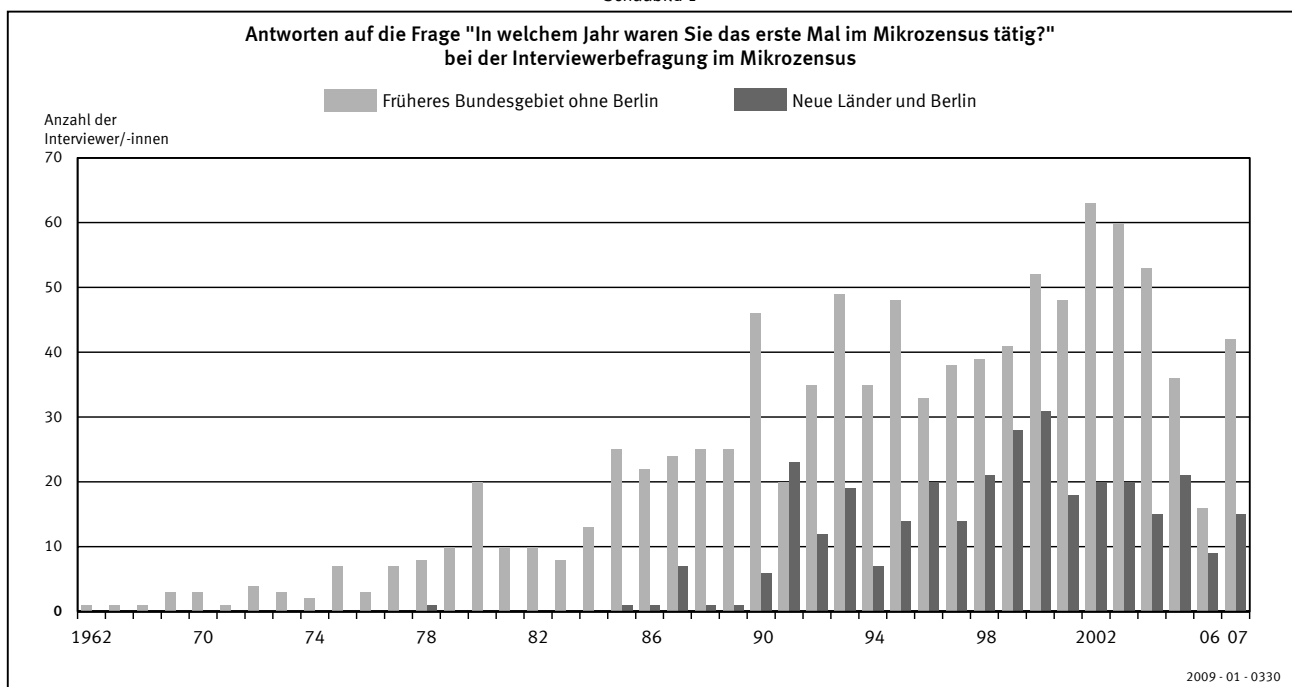
weniger als fünf Jahre Befragungspraxis haben, zu einer Minderheit (15% in den alten Bundesländern, 19% in den neuen Ländern und Berlin). Insgesamt weist die große Mehrheit der Interviewer/-innen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern eine langjährige Befragungspraxis auf und verfügt somit über ein hohes Maß an Erfahrung. Die geringe Fluktuation im Interviewerstab sowie die Kontinuität der Tätigkeit seit Einführung der Unterjährigkeit tragen insgesamt zur Professionalisierung der Erhebungsbeauftragten im Mikrozensus bei.

Etwa die Hälfte der Interviewer/-innen in den alten Bundesländern erfuhr über persönliche Kontakte von der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte(r) – entweder über Familienmitglieder, Freunde bzw. Bekannte oder über Arbeitskollegen. Demgegenüber wurden nur etwa 19% der Interviewerinnen und Interviewer über öffentliche Anzeigen in Zeitungen oder amtlichen Mitteilungen angeworben. Auch in den neuen Bundesländern wurde ein hoher Anteil der Erhebungsbeauftragten über persönliche Kontakte gewonnen (37%); die öffentliche Anwerbung hatte hier allerdings im Vergleich zu den alten Bundesländern mit 28% ein höheres Gewicht.

Für drei Viertel der Erhebungsbeauftragten ist die Tätigkeit für den Mikrozensus ein Nebenjob

Nur für jede vierte Erhebungsbeauftragte bzw. jeden vierten Erhebungsbeauftragten ist die Tätigkeit für den Mikrozensus die Haupttätigkeit; dies ist vor allem bei Rentnern und Rentnerinnen, Hausfrauen/-männern und Arbeitslosen

Schaubild 1



2) Im damaligen Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (heute: Information und Technik Nordrhein-Westfalen – IT.NRW) wurde ein eigener, erweiterter Fragebogen entwickelt, der eine detailliertere Einschätzung der Erhebungsbeauftragten zu einzelnen Fragen des Mikrozensusprogramms abfragt. Die Ergebnisse dieser Befragung wurden 2009 in „Statistische Analysen und Studien NRW, Band 55“ veröffentlicht.

der Fall. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Während im früheren Bundesgebiet 20 % der Erhebungsbeauftragten das Interviewen für den Mikrozensus als ihre Haupttätigkeit angaben, waren es in den neuen Bundesländern mit 38 % fast doppelt so viele. Am höchsten ist der Anteil von hauptbeschäftigten Interviewern und Interviewerinnen in Sachsen (52 %), am geringsten in Hamburg und Rheinland-Pfalz (jeweils 8 %).

Unterschiede zwischen West und Ost zeigen sich auch in der Zusammensetzung der Interviewerstäbe: Während in den alten Bundesländern die überwiegende Mehrheit der Interviewerinnen und Interviewer berufstätig ist und die Interviewertätigkeit als Nebenerwerb ausübt (72 %), sind in den neuen Bundesländern nur knapp die Hälfte der Erhebungsbeauftragten berufstätig (42 %). Am niedrigsten ist der Anteil der berufstätigen Erhebungsbeauftragten in Brandenburg (34 %), am höchsten in Hamburg und Rheinland-Pfalz (jeweils 85 %). In den neuen Bundesländern werden vergleichsweise häufig Rentnerinnen und Rentner für die Interviewertätigkeit eingesetzt. Sie stellen etwa ein Drittel des Interviewerstabs in den neuen Ländern und Berlin, während der entsprechende Anteil im früheren Bundesgebiet nur bei 13 % liegt. Am häufigsten ist der Einsatz von Rentnerinnen und Rentnern in Brandenburg (52 %). Auch Arbeitslose sind in den neuen Ländern mit 9 % aller Interviewerinnen und Interviewer stärker vertreten als in den alten Ländern (1 %). In Mecklenburg-Vorpommern ordnet sich sogar jede(r) sechste Interviewer(in) der Gruppe der Arbeitslosen zu. Darüber hinaus gaben 7 % der Befragten an, Hausfrauen oder -männer zu sein, nur 1 % der Interviewer/-innen waren zum Befragungszeitpunkt Schülerinnen und Schüler oder Studierende.

2 Arbeitsumfang und Zufriedenheit mit der Interviewertätigkeit

Arbeitsumfang und Zufriedenheit sind zwei wichtige Merkmale, die die Interviewertätigkeit kennzeichnen. Um einschätzen zu können, wie zufrieden die Interviewer/-innen mit der Mikrozensus-Tätigkeit sind, wurden verschiedene Fragen gestellt, die es ermöglichen, die Arbeitszufriedenheit zu analysieren.

Befragungsumfang je Interviewer/-in ist in den neuen Ländern etwas geringer

Die Zahl von Haushalten, die eine Interviewerin bzw. ein Interviewer durchschnittlich im Monat interviewt, ist unterschiedlich: Im Mittel befragt ein Erhebungsbeauftragter bzw. eine -beauftragte in einem Monat 21 Haushalte und ist hierzu an etwa acht Arbeitstagen unterwegs; somit werden an einem Arbeitstag durchschnittlich zwei bis drei Haushalte befragt. Das durchschnittliche Arbeitspensum der Interviewerinnen und Interviewer ist in den alten Bundesländern mit 22 befragten Haushalten je Monat etwas höher als

in den neuen Ländern mit 18 Haushalten je Monat.³⁾ Einen besonders hohen Arbeitsumfang mit 35 und mehr befragten Haushalten je Monat haben Mikrozensus-Interviewerinnen und -Interviewer in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg; besonders gering ist die Zahl der befragten Haushalte hingegen in Brandenburg (durchschnittlich 10 Haushalte je Monat und Interviewer/-in). Generell zeigt sich, dass die Zahl der befragten Haushalte je Monat bei einem Einsatz in ländlicheren Gebieten (vermutlich durch längere Anfahrtswege) geringer ausfällt als in großen Städten.

Fast keinen Einfluss auf den Arbeitsumfang hat dagegen, ob die Interviewertätigkeit im Mikrozensus als Haupt- oder Nebenbeschäftigung ausgeübt wird. Durchschnittlich einen Haushalt mehr je Monat befragen Interviewerinnen und Interviewer, die die Interviewertätigkeit nicht als Haupttätigkeit ausüben. Genauso gering zeigen sich die Differenzen zwischen Berufstätigen und anderen Gruppen. Ein(e) berufstätige(r) Interviewer/-in befragt durchschnittlich genauso viele Haushalte (22 Haushalte je Monat) wie eine Hausfrau bzw. ein Hausmann und sogar etwas mehr als die Gruppe der Rentner/-innen (20 Haushalte). Auch bei der aufgewendeten Zeit für die Tätigkeit im Mikrozensus, gemessen in Arbeitstagen je Monat, gibt es kaum nennenswerte Differenzen zwischen den Gruppen. Maßgeblich für das Befragungsvolumen je Interviewer/-in ist eher die Vergabepraxis der Statistischen Landesämter, die je nach organisatorischen Rahmenbedingungen und Zahl der eingesetzten Erhebungsbeauftragten den Umfang der Arbeitspakete sehr unterschiedlich gestalten können.

Interviewer/-innen sind mit ihrer Tätigkeit sehr zufrieden

Zu Beginn der Befragung wurden die Erhebungsbeauftragten gebeten, auf einer Skala zwischen 1 (sehr gut) und 5 (gar nicht) eine allgemeine Einschätzung abzugeben, wie ihnen die Tätigkeit als Interviewer/-in im Mikrozensus gefällt. Fasst man die Skalenwerte 1 und 2 zusammen und bewertet diese als Ausdruck hoher Zufriedenheit mit der Tätigkeit, zeigen sich in allen Bundesländern sehr hohe Anteilswerte der Zufriedenen. Sie variieren in den einzelnen Bundesländern zwischen 85 und 100 %. Auch einzelne Aspekte der Zufriedenheit werden durchgehend positiv bewertet: 96 % der Interviewer/-innen empfinden ihre Tätigkeit als abwechslungsreich und 99 % geben an, dass ihnen die Arbeit als Interviewer/-in Freude macht. Entsprechend gering ist die Zahl derjenigen, die sich durch die Aufgaben als Interviewer/-in überlastet fühlen (4 %). Auch die Arbeit der Statistischen Landesämter wird von fast allen Befragten positiv bewertet: Über 99 % der Befragten sind mit der Zusammenarbeit im Allgemeinen zufrieden. Bei der konkreteren Nachfrage, wie zufrieden die Erhebungsbeauftragten mit der Unterstützung beispielsweise bei technischen oder inhaltlichen Problemen durch ihre Ansprechpartner/-innen in den Landesämtern sind, bekunden die Befragten durchgehend sehr hohe Zufriedenheitswerte (95 bis 100 % sehr zufrieden oder zufrieden).

³⁾ Ohne die Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Ein weiterer Aspekt der hohen Arbeitszufriedenheit zeigt sich in der Bewertung der Entlohnung für die Interviewertätigkeit. Die überwiegende Mehrheit (früheres Bundesgebiet: 77 %, neue Länder und Berlin: 71 %) hält die Aufwandsentschädigung für angemessen oder eher angemessen.

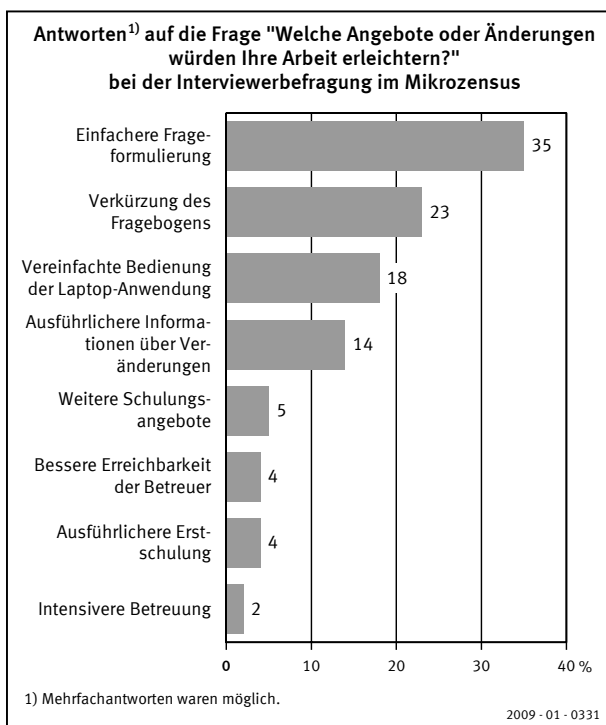
3 Die Feldarbeit im Mikrozensus

Die Feldarbeit im Mikrozensus kann aus zwei Perspektiven betrachtet werden: zum einen auf der institutionellen Ebene der Organisation, zum anderen auf der Ebene der konkreten Tätigkeit, bei der Befragungsinhalte und die Interaktion zwischen Interviewer/-in und Befragungspersonen im Vordergrund stehen. Um beide Dimensionen im Rahmen der Befragung ausreichend zu beleuchten, wurden sowohl Fragen zum Organisatorischen der Feldarbeit (z. B. Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern) als auch zur konkreten Interviewertätigkeit (z. B. Umgang mit komplizierten Frageformulierungen, Laptop-Anwendung) gestellt.

Einfachere Formulierungen der Fragen würden die Arbeit erleichtern

Was könnte die Arbeit als Interviewer/-in im Mikrozensus erleichtern? Hierzu wurden Antwortkategorien vorgegeben, gleichzeitig konnten die Befragten in einem offenen Feld eigene Verbesserungsvorschläge formulieren. Überhaupt keinen Optimierungsbedarf sahen insgesamt 39 % der Befragten (früheres Bundesgebiet: 35 %, neue Länder und Berlin: 50 %).

Schaubild 2



Verbesserungsmöglichkeiten wurden von den Erhebungsbeauftragten vor allem bei der methodischen Ausgestaltung der Befragung gesehen. Sowohl einfachere Frageformulierungen als auch eine Verkürzung des Fragebogens könnten nach Ansicht von 35 bzw. 23 % der Befragten die Arbeit als Interviewer/-in erleichtern. Eine einfachere Bedienung der Laptop-Anwendung wünschten sich 18 % der Befragten und weitere 14 % gaben an, dass mehr Informationen zu den Veränderungen im Frageprogramm ihre Arbeit erleichtern würden.

12 % der Befragten haben die offene Antwortkategorie genutzt, um eigene Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Die meisten Anregungen beziehen sich auf die Weiterentwicklung der Erhebungssoftware. Neben einer einfacheren Handhabung der Signierung von Berufen und Wirtschaftszweigen wurde gewünscht, dass die technische Ausrüstung verbessert wird. Andere Verbesserungsvorschläge beziehen sich auf die Organisation der Erhebung. Es wird angeregt, die Haushalte stärker über die Bedeutung des Mikrozensus zu informieren, die Anschreiben zu überarbeiten und den Interviewerinnen und Interviewern ein Feedback über die Qualität der eigenen Arbeit zu geben.

Neben dem persönlichen Laptop-Interview setzen die Interviewerinnen und Interviewer in vielen Fällen auch Papierfragebogen ein

In der Regel sollen die Interviews persönlich und mit Unterstützung des Laptops (CAPI⁴) durchgeführt werden. Allerdings ist dies nicht immer möglich, sodass die Erhebungsbeauftragten in Einzelfällen auf den Papierfragebogen zurückgreifen und/oder die Interviews telefonisch durchführen. Um abzuschätzen, wie häufig in der Praxis von CAPI abgewichen wird, sollten die Befragten angeben, welcher Anteil der Interviews mit Papierfragebogen oder durch Telefoninterviews durchgeführt wird. Die Befragten gaben an, in durchschnittlich 8 % der Fälle den Papierfragebogen zu verwenden und in 7 % der Fälle die Interviews telefonisch zu führen. Dabei kommt der Papierfragebogen in den neuen Bundesländern deutlich häufiger zum Einsatz: Hier wurden im Durchschnitt in 16 % der Fälle Papierfragebogen verwendet. Noch stärkere Praxisunterschiede zeigt ein Vergleich nach Bundesländern: In Berlin und Brandenburg wurde nach Angaben der befragten Erhebungsbeauftragten über ein Drittel der Interviews mit Papierfragebogen durchgeführt; in Bremen waren es im Durchschnitt sogar zwei Drittel. Auch der Einsatz von Telefoninterviews ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich: Am häufigsten führten die Erhebungsbeauftragten in Berlin und Hamburg das Mikrozensus-Interview am Telefon durch (jeweils 21 % der Interviews).

Der Einsatz der Papierfragebogen ist zum Teil auch auf Probleme im Umgang mit dem Laptop und der Erhebungssoftware zurückzuführen. So setzten Interviewerinnen und Interviewer, die angaben, Schwierigkeiten im Umgang mit dem

4) Computer Assisted Personal Interview (computergestütztes persönliches Interview).

Laptop zu haben⁵), durchschnittlich bei 20 % der Interviews Papierfragebogen ein und in 11 % der Fälle wurde die Befragung am Telefon durchgeführt. Und die Interviewer/-innen, die angaben, das Interview lieber mit dem Papierfragebogen durchzuführen⁶), nutzten diesen durchschnittlich auch in 35 % der Fälle. Besonders ältere Interviewerinnen und Interviewer (65 Jahre oder älter) aus den neuen Bundesländern verwendeten überdurchschnittlich häufig Papierfragebogen (durchschnittlich 30 % der Interviews), während in den alten Bundesländern ein Einfluss des Alters der Befragten auf die Häufigkeit der Verwendung von Papierfragebogen nicht erkennbar war.

Am häufigsten treten Schwierigkeiten bei der Verschlüsselung von Antworten auf

Neben der allgemeinen Frage, ob es Schwierigkeiten im Umgang mit dem Laptop und der Erhebungssoftware gibt, sollten die Befragten angeben, in welchen Bereichen solche Probleme bestehen und wie häufig diese Schwierigkeiten auftreten. Mit der Dateneingabe am Laptop kam der überwiegende Teil der Erhebungsbeauftragten gut zurecht. 44 % der Befragten hatten überhaupt keine Schwierigkeiten, bei weiteren 43 % war dies nur selten der Fall. Der Anteil derjenigen, die über häufige Schwierigkeiten berichteten, war mit unter 1 % äußerst gering. Auch Probleme mit Fehlermeldungen wurden nur selten berichtet. 32 % der Befragten hatten nie Schwierigkeiten damit und etwa die Hälfte gab an, selten mit Fehlermeldungen Schwierigkeiten zu haben.

Die Filterführung stellte ebenso für die Wenigsten ein ernst zu nehmendes Problem dar. 60 % hatten nie Schwierigkeiten damit und weitere 30 % nur gelegentlich. Demgegenüber traten bei der Verschlüsselung von Antworten, wie sie bei der Abfrage von Berufen und Wirtschaftszweigen erforderlich ist, häufiger Probleme auf. 15 % berichteten, dass sie häufig Schwierigkeiten hatten, Antworten zu verschlüsseln, und bei weiteren 43 % trat das Problem zumindest manchmal auf. Damit hatten über die Hälfte der Befragten oft oder gelegentlich Schwierigkeiten bei der Verschlüsselung von Berufen und Wirtschaftszweigen. Dementsprechend war der Anteil derjenigen, die angaben, nie Probleme mit der Verschlüsselung zu haben, mit 11 % nur gering. Konkrete Schwierigkeiten traten bei modernen Berufen auf und bei Berufen und Wirtschaftszweigen, die in der ehemaligen DDR existierten, aber in den aktuellen Systematiken nicht vorkommen. Zusätzlich wurde die Schlagwortsuche als zu langsam angesehen. Weniger problematisch war hingegen die technische Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern. So gab es bei der Mehrheit der Erhebungsbeauftragten keine nennenswerten Probleme beim Datentransfer oder beim Herunterladen von Arbeitspaketen und Updates.

4 Umgang mit dem Frageprogramm

Das Mikrozensus-Programm ist durch seine Konzeption als Mehrzweckstichprobe umfangreich und komplex. Fragefor-

mulierungen und Antwortkategorien orientieren sich an den Vorgaben der Europäischen Kommission (Arbeitskräftestichprobe) sowie für nationale Merkmale am Mikrozensusgesetz 2005 und sind für Befragte und Erhebungsbeauftragte nicht immer sofort nachzuvollziehen. Um Informationen darüber zu erhalten, wie das Frageprogramm in der Befragungspraxis von den Interviewerinnen und Interviewern sowie von den Befragten bewertet wird, wurden bei der Interviewerbefragung konkrete Fragen zum Mikrozensus-Frageprogramm gestellt.

Die Verständlichkeit der Fragen wird insgesamt positiv bewertet

Die Erhebungsbeauftragten konnten die Verständlichkeit der Fragen im Mikrozensus anhand einer fünfstufigen Skala von 1 (sehr verständlich) bis 5 (sehr schwer verständlich) bewerten. 20 % von ihnen hielten die Fragen für sehr verständlich (Skalenwert 1). Die meisten wählten den Skalenwert 2 (59 %). Weitere 20 % gaben den mittleren Skalenwert 3 an und nur 2 % wählten die Werte 4 oder 5. Das heißt die meisten Erhebungsbeauftragten sahen insgesamt keine nennenswerten Schwierigkeiten bei der Verständlichkeit des Fragenprogramms. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern und auch die Tätigkeitsdauer für den Mikrozensus hatte keinen Einfluss darauf, wie die Verständlichkeit der Fragen bewertet wurde. Entsprechend selten berichteten die Erhebungsbeauftragten, dass Antworten aufgrund von schwierigen Frageformulierungen verweigert wurden: 57 % hatten dies noch nie erlebt und 33 % bisher nur selten. 10 % erlebten Antwortverweigerungen manchmal und weniger als 1 % berichtete davon, dass diese Situation oft eintritt.

Manche Fragen erscheinen überflüssig, weil die Antwort aus Sicht der Befragten schon vorher gegeben wurde

Problematischer als die Formulierungen wurde bewertet, dass viele Fragen ähnlich erscheinen und die Unterschiede zwischen den Fragen nicht deutlich werden, wie zum Beispiel bei den Leitfragen zur Erwerbstätigkeit. 13 % der Erhebungsbeauftragten erlebten oft Situationen, in denen die Befragten den Eindruck hatten, dass überflüssige Fragen gestellt werden, weil die Antwort bereits an anderer Stelle gegeben wurde. 44 % erlebten diese Situation zumindest manchmal und nur eine Minderheit von 12 % hatte dies noch nie erlebt. In der Praxis werden demzufolge auch nicht immer alle Fragen gestellt. 26 % der Interviewer/-innen gaben an, nicht immer alle Fragen zu stellen, wenn sie glaubten, die Antwort aus dem Interviewverlauf bereits zu kennen. Etwas häufiger wurden dabei Fragen von Interviewern und Interviewerinnen übersprungen, die bereits zehn Jahre oder länger für den Mikrozensus tätig sind (28 %). Nach Themen differenziert sollten die Erhebungsbeauftragten angeben, wie häufig es vorkommt, dass sie Angaben eintragen, ohne expli-

5) Antwort auf Frage 21b) „Der Umgang mit dem Laptop bereitet mir oft Schwierigkeiten“, Zusammenfassung der Skalenwerte „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“.

6) Antwort auf Frage 21d) „Ich würde die Interviews lieber mit dem Papierfragebogen durchführen als mit dem Laptop“, Zusammenfassung der Skalenwerte „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“.

zit danach gefragt zu haben. Am häufigsten geschah dies bei Fragen zum Familienzusammenhang und zum Haushalt. 17 % der Erhebungsbeauftragten trugen Angaben zum Familienzusammenhang oft oder manchmal ein, ohne die entsprechenden Fragen gestellt zu haben; bei den Angaben zum Haushalt waren es 9 %. Bei den allgemeinen Fragen zur Erwerbstätigkeit gaben nur wenige (2 %) oft oder manchmal die Antwort ein, ohne explizit nachzufragen. Bei den Angaben zu Nebenjobs bzw. geringfügiger Beschäftigung kam das Auslassen von Fragen bei 5 % der Erhebungsbeauftragten oft oder manchmal vor. Bei den Fragen zur Arbeitsuche waren es 3%. Auch bei den Bildungsfragen trug eine kleine Minderheit der Erhebungsbeauftragten die Angaben ein, ohne sie explizit zu erfragen. Bei der Frage nach dem gegenwärtigen Besuch von Schule und Hochschule gaben 4 % der Erhebungsbeauftragten an, oft oder manchmal Angaben selbst einzutragen; bei den Angaben zur Weiterbildung waren es 2%. Am seltensten wurden Angaben zu Unterhalt und Einkommen nicht erfragt. Von 98 % der Erhebungsbeauftragten wurden diese Fragen immer gestellt.

Weitere Ergebnisse verdeutlichen, dass sich besonders die Rahmenbedingungen der Feldarbeit, wie Schwierigkeiten mit dem Laptop oder dem Erhebungsprogramm, negativ auf eine standardisierte Interviewführung auswirkten. Das Verhalten der Befragten, beispielsweise wie häufig Antworten verweigert oder Interviews abgebrochen wurden, spielte hingegen kaum eine Rolle im Hinblick auf das Auslassen von Fragen. Des Weiteren hatte die Bewertung der Schulungen und der zur Verfügung gestellten Schulungsmaterialien Einfluss darauf, ob immer alle Fragen gestellt wurden. Erhebungsbeauftragte, die sich durch die Schulung gut auf ihre Aufgaben vorbereitet fühlten und die Schulungsunterlagen als nützlich bewerteten, hielten sich eher an die Regeln der standardisierten Interviewführung.

In einem offenen Feld konnten die Interviewerinnen und Interviewer ihre Praxiserfahrungen frei formulieren. 25 von ihnen haben diese Möglichkeit genutzt. In der Praxis wurden bei Wiederholungsbefragungen die Angaben für die Situation vor einem Jahr vereinzelt von den Erhebungsbeauftragten ohne explizites Nachfragen eingetragen. Dabei wurden die Angaben von einigen Interviewerinnen und Interviewern laut vorgelesen, um den Befragten eine Korrektur zu ermöglichen.

Fragen werden zur besseren Verständlichkeit umformuliert

Viele Fragen im Laptop-Programm sind nicht für das mündliche Interview optimiert und orientieren sich an der schriftlichen Befragung. Die meisten der Erhebungsbeauftragten formulierten daher oft oder manchmal Fragen um, um sie für die Befragten verständlicher zu machen. Insgesamt 88 % gaben an, den vorgegebenen Wortlaut der Fragen zur besseren Verständlichkeit verändert zu haben, davon veränderten 83 % den Fragewortlaut nur geringfügig und nannten dabei die wichtigsten Begriffe, 65 % gaben eigene Beispiele an und 5 % formulierten die Fragen völlig neu.

Der Anteil derjenigen, die die Fragen so vorlasen, wie sie vorgegeben wurden, war in den neuen Ländern mit 17 % etwas

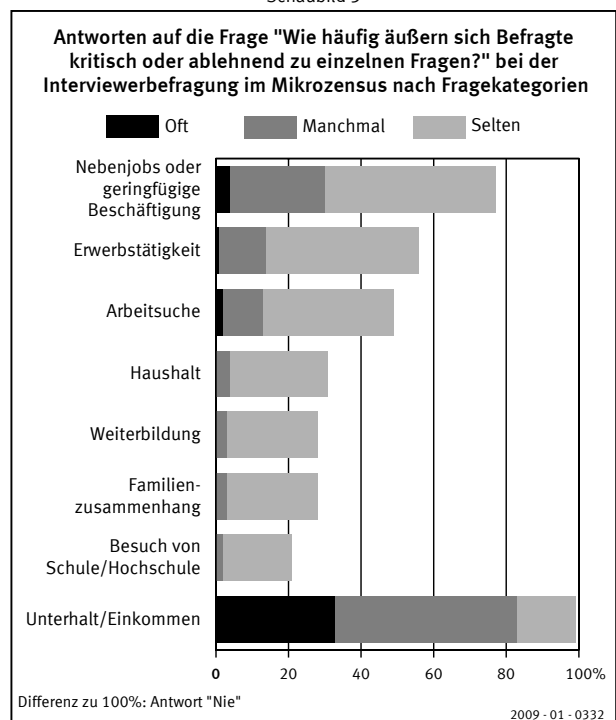
höher als in den alten Ländern (10%). Die Erfahrung im Umgang mit dem Frageprogramm spielte dabei überraschenderweise keine Rolle. So formulierten erfahrene Mikrozensus-Interviewer/-innen genauso selten oder häufig Fragen um wie Beauftragte, die erst seit wenigen Jahren im Mikrozensus beschäftigt sind. Allerdings zeigen weitere Analysen, dass das Alter der Erhebungsbeauftragten Einfluss darauf hat, ob die Fragen so gestellt wurden, wie sie vorgegeben waren. Im Vergleich zu den 45- bis unter 65-Jährigen formulierten die 25- bis unter 45-Jährigen öfter Fragen um.

Haushalte begegnen vor allem Angaben zum Einkommen kritisch

Der überwiegende Teil des Frageprogramms wird als unkritisch angesehen. Unproblematisch waren vor allem die Bildungsfragen. Eine große Mehrheit (79%) der Erhebungsbeauftragten hat noch nie erlebt, dass die Beantwortung der Frage nach Weiterbildungsaktivitäten abgelehnt wurde, und auch bei der Frage nach dem gegenwärtigen Schulbesuch haben die meisten (72%) noch keine kritischen Einwände erfahren. Ebenso wurden die Fragen zum Haushalt und zum Familienzusammenhang vom überwiegenden Teil der Erhebungsbeauftragten unkritisch gesehen. 69% von ihnen haben noch nie kritische Anmerkungen zu den Haushaltsfragen erlebt; bei den Fragen nach den verwandtschaftlichen Verhältnissen im Haushalt waren es 72%.

Immer wieder erfuhren die Erhebungsbeauftragten jedoch ablehnende oder kritische Anmerkungen bei den Fragen nach der Erwerbstätigkeit. Mehr als die Hälfte von ihnen konnte hier von gelegentlichen Einwänden der Haushalte berichten. Allerdings gaben weniger als 1% an, dass es

Schaubild 3



oft zu kritischen oder ablehnenden Anmerkungen kommt. Die meisten Erhebungsbeauftragten erlebten diese Situation nur selten (42%). Häufiger erfuhren die Erhebungsbeauftragten Kritik bei Fragen nach Nebenjobs und geringfügiger Beschäftigung. Drei Viertel von ihnen hatten bereits ablehnende oder kritische Anmerkungen in diesem Frageblock erlebt: 4% der Interviewer/-innen oft, 26% manchmal und 47% selten. Etwas geringer waren Kritik oder Ablehnung bei Fragen nach der Arbeitsuche. Etwa die Hälfte der Interviewerinnen und Interviewer (48%) erlebte hierzu kritische Haltungen der Haushalte, die meisten allerdings nur selten (36%). Der Anteil derjenigen, die von häufiger Kritik an den Fragen zur Arbeitsuche berichteten, lag unter 2%.

Am problematischsten sind aus der Erfahrung der Erhebungsbeauftragten die Fragen zu Einkommen und Unterhalt. Fast alle Interviewerinnen und Interviewer (99%) haben bei diesen Fragen schon den Unmut der Haushalte erfahren. Jede(r) Dritte berichtete davon, dass Kritik und Ablehnung bei den Fragen nach dem Einkommen oft vorkommen, und weitere 50% haben diese Situation schon manchmal erlebt.

In einem freien Antwortfeld konnten die Interviewerinnen und Interviewer weitere Probleme in der Befragung benennen. Häufig wurden Schwierigkeiten bei den Fragen zur Gesundheit genannt. Teilweise wurden diese Fragen kritischer als die Frage nach den Einkommen eingeschätzt. Außerdem wurde gelegentlich von Unverständnis bei den Fragen nach Mehrarbeit berichtet. Ablehnende Haltungen entstanden aber auch dadurch, dass bei Wiederholungsbefragungen alles erneut erfragt und nicht auf Informationen zurückgegriffen wird, die schon aus dem Vorjahr vorliegen.

70% der Interviewerinnen und Interviewer in den alten Bundesländern und 76% in den neuen Ländern und Berlin gaben an, noch kein Interview abgebrochen zu haben. Schwieriger ist die Situation in Berlin. Dort hatten nur 54% der Befragten noch keine Interviewabbrüche erlebt. Weitere 23% der Erhebungsbeauftragten (alte Bundesländer) bzw. 28% (neue Länder und Berlin) berichteten, dass Interviews nur selten vorzeitig beendet wurden. Am ehesten kommt es bei Fragen nach dem Einkommen zum Abbruch. Von allen Erhebungsbeauftragten, die schon erlebt hatten, dass ein Interview nicht zu Ende geführt werden konnte, berichteten 71% von Abbrüchen bei der Frage nach Unterhalt und Einkommen. In den Anmerkungen bei der offenen Frage, warum es zu Abbrüchen kam, berichteten viele Erhebungsbeauftragte von einer generellen Ablehnung der Befragungshaushalte, die sich zum Teil in Beschimpfungen äußerte und dann in manchen Fällen zum Abbruch führte.

5 Verbesserungsmöglichkeiten aus Sicht der Erhebungsbeauftragten

In einem freien Feld konnten die Interviewerinnen und Interviewer weitere Verbesserungsvorschläge für die Mikrozensus-Erhebung frei formulieren. Etwa 400 der Befragten haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Informationen aus dem Vorjahr speichern und verwenden

Die meisten Anmerkungen (77 Nennungen) bezogen sich auf Umfang und Gestaltung der Fragen. Sehr häufig wurde die Bitte geäußert, bei Folgebefragungen auf bereits vorhandene Vorjahresinformationen zurückgreifen zu können, um die Befragten weniger zu belasten. Das erneute Abfragen bereits im Vorjahr gegebener Informationen stieß bei vielen Befragten auf Unverständnis. Weitere Vorschläge bezogen sich konkret auf die Frageformulierungen, die aus Sicht einiger Erhebungsbeauftragter einfacher sein könnten. Andere Erhebungsbeauftragte berichteten von Schwierigkeiten, wenn ältere Personen (80 Jahre oder älter) nach Erwerbstätigkeit und Arbeitsuche gefragt werden. Bei manchen Befragten führten die Fragen „zu einem Lächeln“, bei anderen lösten sie auch Ärger aus und erschwerten den weiteren Interviewverlauf.

Anschreiben an die Haushalte überarbeiten und Öffentlichkeitsarbeit verbessern

Das Ankündigungsschreiben wurde von vielen Erhebungsbeauftragten als verbesserungswürdig eingestuft (45 Nennungen). Sie wünschten sich, dass die befragten Haushalte gezielter darauf vorbereitet werden, was sie in der Mikrozensus-Befragung erwartet. Einige vermissten Hinweise darauf, dass die Befragung bis zu vier Jahren dauert und dass jedes Jahr die gleichen Fragen gestellt werden. Nach Ansicht vieler Interviewerinnen und Interviewer sollte das Anschreiben insgesamt professioneller, informativer und ansprechender gestaltet werden. Weitere Anmerkungen bezogen sich auf Probleme im Umgang mit Haushalten, die die Auskunft verweigern. Einige Erhebungsbeauftragte bemängelten, dass sie nicht vorab informiert wurden, wenn Haushalte im Vorjahr die Auskunft verweigert hatten. Ein weiteres wichtiges Anliegen der Interviewerinnen und Interviewer ist eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Den meisten Haushalten ist der Mikrozensus unbekannt und sie wissen nicht, warum sie zu den Angaben verpflichtet sind. Angeregt wurde, den Mikrozensus über lokale und überregionale Medien bekannter zu machen und den Auskunftspflichtigen Beispiele zu geben, an welchen Stellen Befragungsergebnisse des Mikrozensus in die Arbeit der Regierungen einfließt. Einige Interviewerinnen und Interviewer wünschten sich, dass in der Kurzinformation auch nur die Daten dargestellt werden, die im aktuellen Jahr erfragt wurden; damit soll die Erhebung nachvollziehbarer und die Akzeptanz erhöht werden. Andere regten an, öffentliche Stellen wie Gemeindeämter und Polizeistationen über die Zeitpunkte der Befragung zu informieren, da sich manche Haushalte bei diesen Stellen über die Legitimität der Befragung rückversichern.

Schulungen zu speziellen Themen und Erfahrungsaustausch

Einige der Anmerkungen (39 Nennungen) bezogen sich auf eine Ausweitung der Schulungen. Teilweise wurde der Zeitabstand zwischen den Schulungen als zu groß empfunden

und häufigere Schulungen gewünscht. Andere Interviewerinnen und Interviewer benannten spezielle Themen, wie zum Beispiel Interviews in Gemeinschaftsunterkünften, Anwerbung für die Dauerstichprobe, Hintergrundwissen zu Arbeitslosengeld I und II und Ähnlichem, zu denen sie gerne intensivere oder gesonderte Schulungen erhalten würden. Außerdem wurde angeregt, auch psychologische Aspekte der Befragung stärker zu thematisieren und den Umgang mit den befragten Personen in Rollenspielen konkret zu üben. Eine Reihe der Erhebungsbeauftragten wünschte sich zudem, für den Erfahrungsaustausch in den Schulungen mehr Zeit zu haben oder über andere Wege für diesen Austausch nachzudenken, zum Beispiel freiwillige Schulungen, in denen sich mehr Zeit für den Erfahrungsaustausch unter den Interviewerinnen und Interviewern genommen werden könnte.

6 Zusammenfassung und Weiterentwicklungsprojekte

Nachstehend werden die wichtigsten Ergebnisse der Interviewerbefragung zusammenfassend dargestellt. Anhand einzelner Befunde wird zudem aufgezeigt, in welchen Bereichen bereits konkrete Weiterentwicklungsprojekte initiiert wurden.

Frageformulierungen werden ab dem Mikrozensus 2010 für das mündliche Interview angepasst

Neben der insgesamt positiven Bewertung der Frageformulierungen durch die Erhebungsbeauftragten zeigen die Ergebnisse auch Weiterentwicklungspotenziale auf. Obwohl die meisten Interviewerinnen und Interviewer die Frageformulierungen als sehr gut oder gut verständlich bewerteten, hielten sich nur wenige (12%) immer an die vorgegebenen Formulierungen. Häufig wurden Fragen frei umformuliert, um ihre Verständlichkeit zu erhöhen. Obwohl die Fragen im Laptop-Programm bereits gegenüber dem Papierfragebogen geändert wurden, damit sie sich besser für die mündliche Befragung eignen, orientieren sich viele Fragestellungen noch an der Schriftform und sind – zumal wenn sie vorgelesen werden – sperrig und zum Teil nur schwer verständlich.

Für die Mikrozensus-Erhebung 2010 wird das Laptop-Programm daher an das mündliche Interview angepasst. Durch leicht verständliche und gut vorzulesende Fragen soll die Akzeptanz der Interviewer/-innen gegenüber dem CAPI-Instrument erhöht werden, um zu erreichen, dass die Interviews möglichst einheitlich und standardisiert geführt werden. Das für das CAPI-Interview optimierte Frageprogramm wird vorab einem kognitiven Pretest unterzogen, der vor allem überprüfen soll, ob Fragen und Antwortvorgaben verständlich sind.

Signierhilfen für Berufe und Wirtschaftszweige im Mikrozensus

An mehreren Stellen hatten die Erhebungsbeauftragten auf Probleme bei der Erfassung moderner Berufe oder Berufe/

Wirtschaftszweige früherer Erwerbstätigkeiten in der ehemaligen DDR hingewiesen. Die schwierige Zuordnung behindert nicht nur den Befragungsablauf, sondern stellt auch ein ernst zu nehmendes methodisches Problem für die Datenqualität dar. Wenn Berufe und Wirtschaftszweige nicht in den aktuellen Systematiken gefunden werden, bleibt es dem Interviewer bzw. der Interviewerin überlassen, einen möglichst ähnlichen Begriff zu wählen.

Auch hier wird ein hoher Grad an Einheitlichkeit und Standardisierung angestrebt, um solchen Problemen zu begegnen. Die im Mikrozensus hinterlegten Stichwortverzeichnisse werden derzeit um moderne Berufe und Wirtschaftszweige sowie um Berufe und Wirtschaftszweige der ehemaligen DDR erweitert. Auch umgangssprachliche Bezeichnungen für Berufe sollen berücksichtigt werden, da den befragten Haushalten häufig die offiziellen Berufsbezeichnungen aus den Klassifikationen nicht geläufig sind. Eine aktualisierte Berufeliste soll in das Laptop-Programm für die Befragung 2010 integriert werden.

Informationsmaterialien für die Haushalte professioneller und informativer gestalten

Viele Erhebungsbeauftragte sehen in der Überarbeitung der Anschreiben eine Möglichkeit, die Haushalte besser zu informieren und damit die Akzeptanz der Befragung zu erhöhen. Derzeit werden die Informationsmaterialien hinsichtlich Inhalt und Gestaltung überarbeitet und als Vorlage den Statistischen Ämtern der Länder zur Verfügung gestellt. Eine Broschüre über den Mikrozensus mit aktuellen Ergebnissen, beispielsweise in Form abgedruckter Zeitungsberichte, soll den Befragten die Relevanz der Mikrozensus-Angaben näherbringen.

Schulungskonzepte weiterentwickeln

Die Inhalte und die Organisation der Schulungen entsprechen weitgehend den Erwartungen der Teilnehmer/-innen und wurden als gute bis sehr gute Vorbereitung auf die Interviewertätigkeit empfunden. 94% der Befragten fühlten sich sehr gut oder gut vorbereitet. Die positive Bewertung verweist auf ein hohes Engagement von Schulungsleitern und Teilnehmenden. Um die Schulungen weiterentwickeln bzw. zu verbessern wurden Rollenspiele, mehr Raum für psychologische Aspekte der Befragungen, konkrete Übungen und die Vertiefung einzelner Themen, wie beispielsweise Arbeitslosengeld I und II, angeregt. Wichtig für die Weiterentwicklung der Schulungen ist außerdem, dass die Erhebungsbeauftragten über erhebungsbedingte Besonderheiten des Mikrozensus noch besser informiert werden. Neben dem Verständnis für den Hintergrund der Mikrozensusfragen (z. B. Leitfragen, ILO-Konzept) sollte es Ziel der Schulungen sein, auch organisatorischen Aspekten des Mikrozensus ausreichend Platz einzuräumen. Das Klären oder Aufklären von Missverständnissen bzw. Unklarheiten kann die Motivation und Zufriedenheit der Erhebungsbeauftragten zusätzlich erhöhen.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder entwickeln derzeit ein computergestütztes Lernprogramm (E-Learning im Mikrozensus), das dem Interviewer oder der

Interviewerin interaktiv den gesamten Ablauf eines Interviews vermittelt. Das E-Learning-Programm gibt Argumentationshilfen beispielsweise für den Umgang mit schwierigen Haushalten und versucht mit Fallbeispielen viele konkrete Situationen aufzuzeigen. Die anschließenden Wissensfragen und ein Lernquiz ermöglichen es, das Verhalten in schwierigen Situationen im Vorfeld zu reflektieren.

Praxisberichte der Interviewer/-innen sind eine wichtige Informationsquelle

Die hohe Rücklaufquote und die zahlreichen Anmerkungen zeigen eine beachtliche Motivation der Erhebungsbeauftragten, sich aktiv am Entwicklungsprozess im Mikrozensus zu beteiligen. Insgesamt wird die Arbeit für den Mikrozensus von der großen Mehrheit der Interviewer/-innen sehr positiv bewertet. Die allgemeine Arbeitszufriedenheit ist außerordentlich hoch und die Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern aus Sicht der Erhebungsbeauftragten sehr gut. Die Feldarbeit wird insgesamt positiv bewertet. Die meisten Erhebungsbeauftragten sind gut vorbereitet, motiviert und führen die Interviewertätigkeit mit Freude aus. Dass viele Erhebungsbeauftragte bereits seit Jahren oder Jahrzehnten als Interviewer/-innen für den Mikrozensus tätig sind, ist ein starker Beleg für die guten Rahmenbedingungen.

Die Erfahrung der Interviewer/-innen, die eine Einschätzung der Praxis der Feldarbeit erlauben und mit der die eigene Arbeit überprüft werden kann, sowie die vielen konstruktiven Anregungen, von denen einige bereits umgesetzt werden, sollten Anlass sein, eine Befragung der Erhebungsbeauftragten des Mikrozensus regelmäßig (z. B. alle drei bis fünf Jahre) durchzuführen. [u](#)

Dr. Sandra Jung

Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren

Üblicherweise werden statistische Kennzahlen im Laufe der Zeit mehrmals neu berechnet, um später eingegangene Meldungen oder neue Erkenntnisse zu berücksichtigen. Dabei wird unterstellt, dass jede weitere Neuberechnung dazu dient, das erste Ergebnis an den „wahren“ (aber unbekannt) Wert anzunähern. Eine Analyse dieser Revisionen ist eine Möglichkeit, die Genauigkeit der ersten veröffentlichten Ergebnisse zu überprüfen und Aussagen über die Qualität der Daten zu treffen.

Die Anforderungen der Nutzer an monatliche Kennzahlen sind hoch: Die Zahlen sollen möglichst schnell veröffentlicht und danach nur wenig korrigiert werden. Allerdings sind geringe Revisionen nicht unbedingt ein Zeichen akkurater Berechnungsmethoden. Korrekturen sind notwendig und je nach Indikator unterschiedlich begründet. Der vorliegende Beitrag zeigt anhand von drei unterschiedlichen Konjunkturindikatoren, wie Revisionen aufgrund der verschiedenen statistischen Erhebungs- und Berechnungsmethoden entstehen. Dabei wird zwischen Revisionen von Originalwerten und Revisionen von saisonbereinigten Werten unterschieden.

Für Datennutzer ist es wichtig, das Revisionsausmaß bestimmter Kennzahlen zu kennen, um die aktuellen Ergebnisse entsprechend einordnen zu können. Das betrifft im besonderen Maße die konjunkturelle Analyse am aktuellen Rand. Wie der Beitrag zeigt, sind aufgrund unterschiedlicher Ursachen die ersten veröffentlichten Daten stets mit Vorsicht zu interpretieren. Auf lange Sicht sind dabei die

Unsicherheiten bei den saisonbereinigten Zahlen höher als bei den Originalwerten.

Vorbemerkung

In der Regel werden monatliche Konjunkturindikatoren rückwirkend revidiert, wenn neue Datenmeldungen eintreffen, neue Informationen bezüglich der Berechnungsmethode der zugrunde liegenden Statistik vorliegen oder wenn im Rahmen der Saisonbereinigung Anpassungen notwendig erscheinen. Für die Nutzer einer Statistik bedeuten Revisionen meist ein Ärgernis, da entsprechende Analysen angepasst werden müssen. Die Datenproduzenten betrachten Revisionen als ein normales Verfahren, das die Qualität und Genauigkeit der ersten (zum Teil noch vorläufigen) Ergebnisse erhöht. Grundsätzlich sollten Revisionen immer dem Ziel dienen, die ersten Ergebnisse qualitativ zu verbessern, und ein möglichst geringes Ausmaß haben.

Wie hoch sind die Revisionen? Diese Frage soll in der folgenden Untersuchung anhand von drei Indikatoren beantwortet werden¹⁾: für den Produktionsindex, den Bauproduktionsindex sowie die (realen) Umsätze des Einzelhandels. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Fragestellung gelegt werden, inwieweit Revisionen bei der Originalwertberechnung anfallen oder durch den Saisonbereinigungsprozess begründet sind. Im Rahmen der aktuellen Konjunkturanalyse ist die Saisonbereinigung unvermeidbar, um Aussagen am aktuellen Rand treffen zu können. Durch die Saisonbereinigung bedingte Revisionen können unter

1) Die Indikatoren gehören zu den sog. wichtigen europäischen Wirtschaftsindikatoren [Principal European Economic Indicators (PEEI)]. Siehe Klumpen, D.: „Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, Rechtsakte und Projekte“ in WiSta 7/2002, S. 550 ff., hier: S. 551.

schiedliche Ursachen haben, zum Beispiel dass die Saison- und Kalenderfaktoren neu geschätzt wurden, die Modellspezifikation oder die Extremwerte bereinigt oder geändert wurden, oder die Kalenderbereinigung angepasst wurde.²⁾ Insofern dienen Anpassungen im Rahmen der Saisonbereinigung auch immer dazu, Aussagen zu optimieren und an die „wahren“ Gegebenheiten modelltheoretisch anzupassen. Interessant ist jedoch, das Ausmaß dieser Anpassung zu kennen, um besser einschätzen zu können, wie präzise die aktuellen Ergebnisse sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, wie die Nutzer der Statistik über die Korrekturen informiert werden. Die Information sollte möglichst transparent und nachvollziehbar vermittelt werden. Im anschließenden Kapitel erfolgt daher zunächst eine Bestandsaufnahme der Veröffentlichungspraxis der ausgewählten Indikatoren im Hinblick auf anfallende Revisionen der Originalwerte.

1 Veröffentlichungspraxis der Indikatoren

In der Regel werden die Indikatoren monatlich durch Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Nach dieser ersten Veröffentlichung erfolgt die erste Korrektur zumeist, wenn die Ergebnisse für den Folgemonat veröffentlicht werden. Gründe für die erneute Berechnung sind zum Beispiel verspätete Meldungen von Unternehmen oder das Vorliegen kompletter (vollständiger) Datenlieferungen von Bundesländern, die bei einer Schnellschätzung nicht berücksichtigt wurden (z. B. im Einzelhandel). Beim Produktionsindex erfolgt diese Veröffentlichung mit einer entsprechenden Information zum Revisionsumfang des vorangegangenen Monats in der Pressemitteilung des Folgemonats.³⁾ Die Ergebnisse für die Umsätze des Einzelhandels werden zweimal im Monat veröffentlicht. Die Schnellschätzung (der sog. Vorbericht mit Daten aus sieben Bundesländern) wird mit einer Pressemitteilung veröffentlicht, die etwa zwei Wochen später vorliegende komplette und tiefer gegliederte Berechnung (der sog. Messzahlenbericht) wird in der monatlichen Fachserie publiziert (siehe auch Über-

sicht 1). Die Pressemitteilung des Einzelhandels für die Schnellschätzung enthält auch einen Hinweis auf den Revisionsbedarf.

Neben diesen schnellen Revisionen gibt es wichtige regelmäßig wiederkehrende unterjährliche Revisionen der Originalwerte, die hauptsächlich durch Besonderheiten der jeweiligen Statistiken begründet sind:

- Der monatliche Produktionsindex wird vierteljährlich an die (umfassende) Vierteljährliche Produktionserhebung angepasst.⁴⁾ Durch die zeitliche Verzögerung (time-lag) bei der Auswertung der Vierteljährlichen Produktionserhebung wird der monatliche Index immer mit einem Faktor vorab angepasst, der sich erst mit dem Vorliegen der Ergebnisse der entsprechenden Quartalerhebung rückwirkend verändert.
- Die monatlichen Fortschreibungsreihen für die Berechnung des Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe sind die Arbeitsstunden aus dem Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe. Da der Monatsbericht eine Erhebung mit Abschneidegrenze ist (die Abschneidegrenze liegt bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten), werden die monatlichen Fortschreibungsreihen mithilfe der Angaben aus der jährlichen Totalerhebung im Baugewerbe (erfasst werden alle Betriebe) einmal jährlich (zum Teil rückwirkend) angepasst. Zudem werden die Arbeitsstunden im Baugewerbe mit einem sogenannten Produktivitätsfaktor multipliziert, der jährlich neu bestimmt und bei der Jahreskorrektur berücksichtigt wird.
- Bei den Umsätzen des Einzelhandels kamen, neben den kurzfristigen Revisionen zwischen Vorbericht (nach etwa $t + 30$ Tagen) und Messzahlenbericht (nach etwa $t + 45$ Tagen), im betrachteten Untersuchungszeitraum (2006 bis 2008) wichtige fundamentale Revisionen hinzu. Da die Berechnung der Einzelhandelsumsätze auf einer Zufallsstichprobe beruht, ist es wichtig, dass diese möglichst aktuell ist, um die aktuellen Marktentwicklungen zeitnah wiederzugeben. Daher wurde im Januar 2006 und Januar 2007 eine sogenannte Neuzu-

Übersicht 1: Erstveröffentlichungszeitpunkt und folgende Revisionen je Indikator

Indikator	Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung	Gründe für die Korrektur der Originalwerte		
		nach einem Monat (schnelle Revisionen)	nach etwa 6 Monaten (mittelfristige Revisionen)	nach einem Jahr (längerfristige Revisionen)
Produktionsindex	$t + 38$	mehr Meldungen (seit 2006 keine extra Veröffentlichung mehr → erst mit nächstem Monat)	Anpassung an die Vierteljährliche Produktionserhebung (auch rückwirkend)	Jahreskorrektur
Bauproduktionsindex	$t + 38$	mehr Meldungen (seit 2006 keine extra Veröffentlichung mehr → erst mit nächstem Monat)	Anpassung an die Totalerhebung im Baugewerbe (auch rückwirkend)	Jahreskorrektur, neuer Produktivitätsfaktor
Einzelhandelsumsatz (reale Messzahl)	$t + 30$ (Vorbericht)	mehr Meldungen sowie komplette Ländermeldung (zweite monatliche Veröffentlichung nach $t + 45$)	laufende Korrekturen	Jährliche Neuzugangsstichprobe in den Jahren 2006 und 2007. Effekte durch Verkettung und Rückrechnung

2) Der Begriff „Saisonbereinigung“ steht in diesem Beitrag für arbeitstäglich und saisonbereinigte Werte nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA des US Census Bureau.

3) Die Produktionsindizes werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch eine Pressemitteilung veröffentlicht und u. a. monatlich in dieser Zeitschrift in den Kurznachrichten, Rubrik „Weitere wichtige Monatszahlen“, publiziert.

4) Für eine ausführliche Erläuterung siehe Herbel, N./Weisbrod, J.: „Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999“ in WiSta 4/1999, S. 293 ff.

gangsstichprobe eingeführt, um aktueller als bisher neu gegründete Unternehmen nachweisen zu können. Um die auftretenden Strukturbrüche in der Zeitreihe nachträglich zu beseitigen, wurde im Januar 2008 die Zeitreihe rückwirkend bis Januar 2006 verkettet.

Ab dem Berichtsjahr 2009 wird sich die Situation ändern, weil dann ein Teil des Berichtskreises (ein Drittel der Unternehmen in den Repräsentativschichten in den ersten drei Jahren, anschließend ein Sechstel) durch eine Stichprobenrotation ausgetauscht wird. Aus heutiger Sicht ist mit Revisionen zu rechnen, die durch Stichprobenzufallsfehler und Strukturveränderungen hervorgerufen werden. Grundlage für die Stichprobenrotation wird die jährliche Anpassung des Auswahlplans an das aktuell verfügbare Unternehmensregister sein.⁵⁾

2 Datenquelle und Einteilung der Revisionszeiträume

Notwendig für die Analyse war zunächst der Aufbau einer Datenbank mit den historischen Datenständen. Eine solide Quelle für die historischen Datenstände bilden die Lieferdateien an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die monatlich (zum Teil mehrfach) versendet werden.⁶⁾ Diese Dateien wurden als Datenquelle genutzt, soweit sie noch vorhanden waren. Für den Produktionsindex und den Bauproduktionsindex war dies vom Januar 2004 bis zum Oktober 2008 der Fall und für den Einzelhandelsumsatz für die Jahre 2007 und 2008 (monatlich zwei Dateien). Die Datenstände für 2006 stammen aus der Pressemitteilung (für $t + 30$) sowie aus den entsprechenden Fachserien (für $t + 45$) der Einzelhandelsstatistik. Als Konsequenz der unterschiedlichen Datenquellen variieren die Untersuchungszeiträume für die einzelnen Indikatoren.

Entscheidend für die Analyse ist außerdem die Einteilung der Revisionszeiträume bezogen auf die Originalwerte (siehe Übersicht 2). Für diese Untersuchung wurden folgende Revisionsintervalle gebildet: Die schnellen Revisio-

nen werden in der Regel mit der Veröffentlichung des Folgemonats sichtbar (Ausnahme Einzelhandel: hier schon bei $t + 45$) und bilden das *erste Revisionsintervall*. Das *zweite Revisionsintervall* vergleicht die Korrekturen nach einem Jahr mit denen nach den ersten zwei Monaten (bzw. mit $t + 45$). In dieser Zeitspanne liegen mittelfristige Korrekturen wie zum Beispiel die Anpassung an vollständige statistische Erhebungen. Schließlich gibt es noch einen letzten Stand der Daten, der mit den Werten ein Jahr nach der ursprünglichen Berechnung verglichen wird (*drittes Revisionsintervall*). In der Regel sollten hier die Originalwerte ihren Endstand erreicht haben.⁷⁾

3 Ergebnisse

Für diese Untersuchung werden Revisionen gemessen anhand der monatlichen Veränderungsrate für Originalwerte und saisonbereinigte Werte. Im Folgenden werden unterschiedliche Revisionsstatistiken⁸⁾ in tabellarischer Form getrennt für Originalwerte und saisonbereinigte Werte dargestellt und erläutert.⁹⁾ Eine grafische Darstellung veranschaulicht die Entwicklung des Revisionsaldos im Zeitablauf für die drei Revisionsintervalle getrennt für Originalreihen und saisonbereinigte Reihen.

3.1 Produktionsindex

In Tabelle 1 auf S. 410 ist als erstes der Mittelwert der Revisionen je Revisionsintervall dargestellt. Die durchschnittliche Revision liefert Informationen über den Nettoeffekt der Korrekturen. Ein positives Vorzeichen indiziert, dass im Durchschnitt die erste Veröffentlichung unterschätzt wurde (Revision nach oben). Allerdings hat dieses Maß den Nachteil, dass sich Revisionen mit entgegengesetzten Vorzeichen verkürzen; die Aussagekraft ist somit begrenzt.

Demnach wurde die monatliche Veränderungsrate des Produktionsindex im Beobachtungszeitraum im Schnitt leicht nach oben revidiert, und zwar um 0,038 Prozentpunkte zwischen der ersten Veröffentlichung und der Veröffentlichung

Übersicht 2: Erläuterung der einzelnen Revisionsintervalle und Revisionsgründe der Originalwerte

Indikator	Erstes Revisionsintervall	Zweites Revisionsintervall	Drittes Revisionsintervall
	1 Monat später gegenüber 1. Veröffentlichung	1 Jahr später gegenüber zwei Monate später	Letzter Stand gegenüber ein Jahr später
Produktionsindex	mehr Meldungen	Anpassung an Vierteljährliche Produktionserhebung, Jahreskorrektur	zum Teil Effekte der Jahreskorrektur für den Monat Januar
Bauproduktionsindex	mehr Meldungen	Anpassung an Totalerhebung, neuer Produktivitätsfaktor	Endstand
Einzelhandelsumsatz	($t + 30$ gegenüber $t + 45$) komplette Bundesländermeldung	(1 Jahr später gegenüber $t + 45$) laufende Korrekturen, jährliche Neuzugangsstichprobe	laufende Korrekturen, Rückrechnung und Verkettung

5) Zu diesem Thema ist ein Bericht von Wein, E./Kless, S.: „Projektbericht zur Reduzierung des Revisionsbedarfs bei der deutschen Einzelhandelsstatistik“ (Dezember 2008) auf Anfrage beim Statistischen Bundesamt erhältlich.

6) Die Lieferverpflichtung besteht aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162, S. 1).

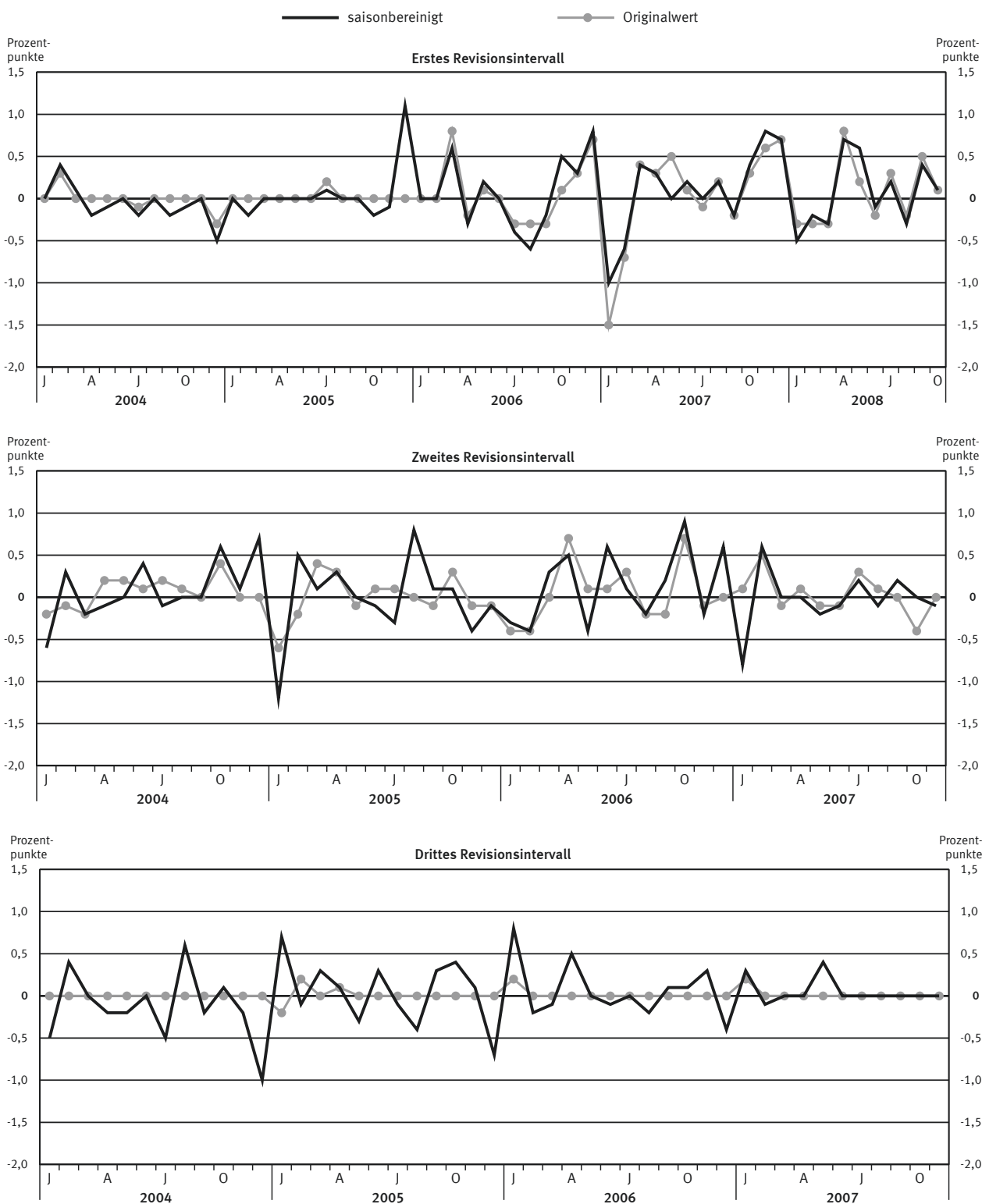
7) Der Begriff Endstand suggeriert, dass die Daten auf Dauer unverändert bleiben. Das ist insofern zu relativieren, da selbst Originalwerte im Einzelfall auch nach einer längeren Periode verändert werden können, beispielsweise im Fall einer Rückrechnung, wenn eine Klassifikation geändert wird, oder im Einzelhandel, um z. B. strukturelle Marktveränderungen adäquat zu berücksichtigen (d. h. zumindest die Veränderungsrate zum Vorjahr sollte abbildbar sein). Da die saisonbereinigten Daten das Ergebnis einer komplexen Berechnung sind, die sich mit jedem neu hinzukommenden Originalwert verändert, kann ein endgültiger Datenstand nur künstlich, z. B. durch Festhalten der Saison- und Kalenderfaktoren, herbeigeführt werden.

8) Die verwendeten Revisionsmaße werden im Anhang auf S. 415 formal dargestellt.

9) Weiterführende Statistiken sowie eine öffentlich zugängliche Realtime-Revisionsdatenbank bietet z. B. die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) auf ihrer Internetseite an; siehe <http://stats.oecd.org/mei/default.asp?rev=1> (Stand: 14. Mai 2009).

Schaubild 1

Revisionsaldo der Vormonatsveränderungsrate der Reihe Produktionsindex¹⁾



1) Reihe für das Produzierende Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe), Wirtschaftszweigen C bis E der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Monatliche Datenlieferung an Eurostat von 2004 bis 2008. Für 2004 und 2005 erfolgte monatlich zweimal eine Datenlieferung (vorläufige und berichtigte Ergebnisse). In dieser Untersuchung wurde nur die berichtigte Lieferdatei verwendet.

nach einem Monat (Grund hier: mehr Daten). In ähnlicher Größenordnung liegt die durchschnittliche Revision des zweiten Revisionsintervalls (0,036 Prozentpunkte) (Grund hier: Quartalsanpassung). Danach nehmen die Revisionen der Originalwerte allmählich ab (0,011 Prozentpunkte im dritten Revisionsintervall).

Das zweite Revisionsmaß, der Mittelwert der Summe der absoluten Revisionen, gibt die durchschnittliche Höhe der Revisionen an (ohne Berücksichtigung des Vorzeichens). Dieses Maß gibt Auskunft über das gesamte Ausmaß der Korrekturen, es sagt jedoch nichts über eine mögliche Verzerrung der ersten Berechnung aus. Beim Produktionsindex fallen demnach (absolut) die meisten Korrekturen relativ schnell nach der ersten Veröffentlichung (0,221 Prozentpunkte) und nach einem Jahr an (0,194 Prozentpunkte). Da in diesen Zeiträumen die Berechnung des berichtigten Index erfolgt (mehr Daten) bzw. die Quartalsanpassungskorrektur an die komplette statistische Erhebung stattfindet, ist dies plausibel.

Interessant ist außerdem die Information, ob eine Revision zu einem Wechsel des Vorzeichens bei der monatlichen Veränderungsrate geführt hat (eventuell ein Anzeichen für eine Verzerrung bei der Berechnung). Hierzu ist in der Tabelle ein Maß aufgeführt, das angibt, bei wie viel Prozent der Beobachtungen das spätere Vorzeichen (S=später) gleich dem vorherigen Vorzeichen (V=vorher) war. Demnach änderte sich das Vorzeichen am häufigsten aufgrund der Quartalskorrektur (d. h. bei rund 4 % der Beobachtungen im zweiten Revisionsintervall).

Im letzten Revisionsintervall ist davon auszugehen, dass sich die Originalwerte kaum noch verändern. Vereinzelt Effekte, die in diesem Intervall sichtbar werden (siehe auch drittes Revisionsintervall in Schaubild 1), kommen aufgrund der Jahreskorrektur (nach Auswertung der vierten Quartalerhebung) für einzelne Monate zustande. Entsprechend gering fallen die berechneten Revisionsstatistiken aus.

Tabelle 1: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Produktionsindex¹⁾, Originalwert

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2004 bis Okt. 2008	Jan. 2004 bis Nov. 2007	Jan. 2004 bis Nov. 2007
n	58	47	47
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	0,038	0,036	0,011
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,221	0,194	0,019
Vorzeichen (S) = Vorzeichen (V) (in %)	98,3	95,7	100,0
Min	-1,5	-0,6	-0,2
Max	0,8	0,7	0,2

1) Reihe für das Produzierende Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe), Wirtschaftszweigpositionen C bis E der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

Die monatliche Veränderungsrate hat bei den saisonbereinigten Werten naturgemäß eine größere Bedeutung als bei den Originalwerten. Sie dient als ein wichtiges Maß für die

aktuelle Konjunktüreinschätzung. Tabelle 2 zeigt die Revisionsmaße für die saisonbereinigte Veränderungsrate.

Tabelle 2: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Produktionsindex¹⁾, saisonbereinigt

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2004 bis Okt. 2008	Jan. 2004 bis Nov. 2007	Jan. 2004 bis Nov. 2007
n	58	47	47
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	0,045	0,049	0,006
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,269	0,300	0,240
Vorzeichen (S) = Vorzeichen (V) (in %)	93,1	95,7	91,5
Min	-1	-1,2	-1
Max	1,1	0,9	0,8

1) Reihe für das Produzierende Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe), Wirtschaftszweigpositionen C bis E der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

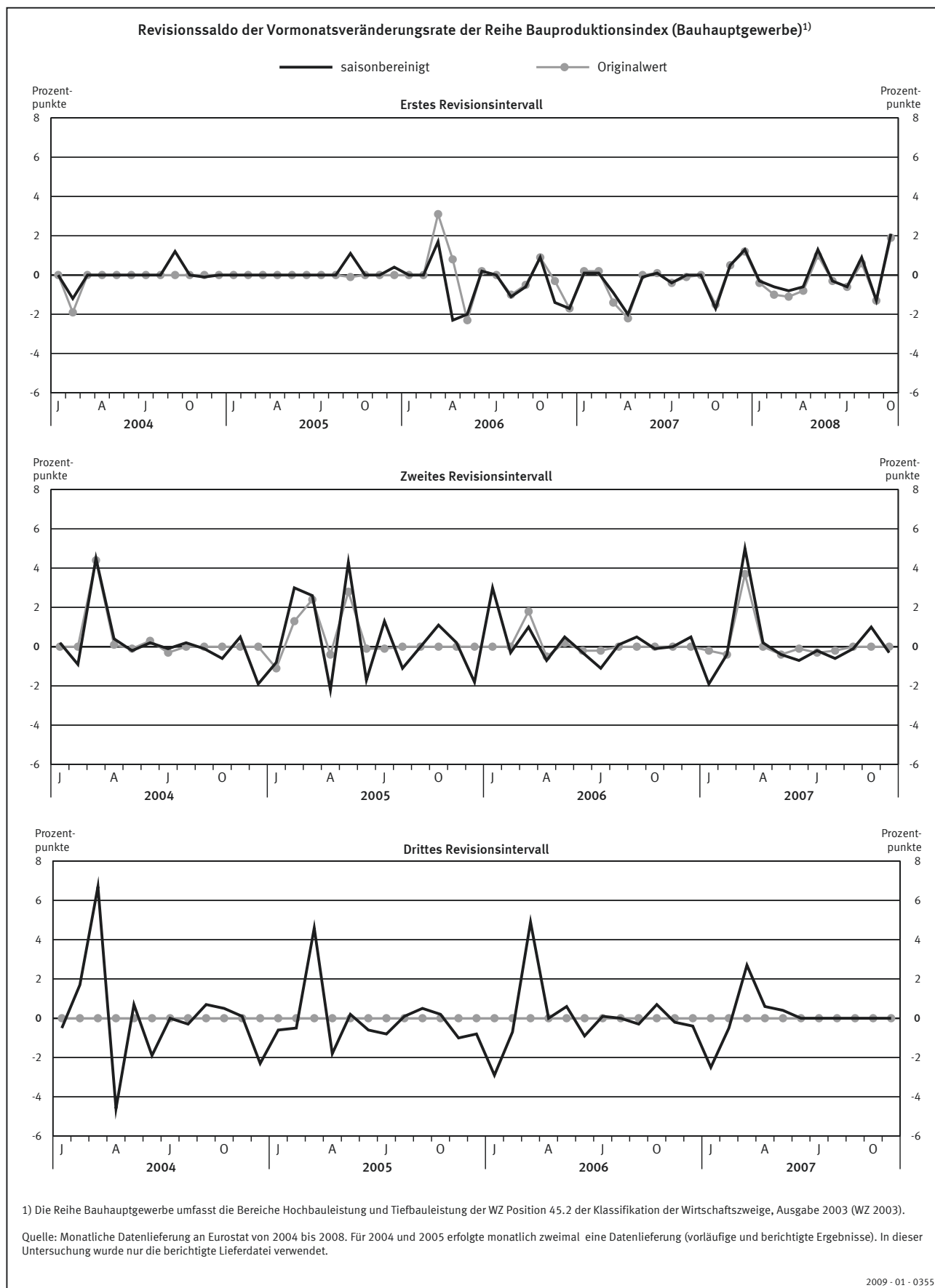
Insgesamt zeigt sich, dass das Ausmaß der Revisionen von Original- und saisonbereinigten Daten in den ersten beiden Revisionsintervallen ähnlich ist (siehe auch Schaubild 1 für eine Betrachtung im Zeitverlauf). Die Korrekturen der saisonbereinigten Daten sind etwas größer und schwanken mehr. Trotzdem kann vermutet werden, dass in den ersten beiden Untersuchungsintervallen die Korrekturen der saisonbereinigten Werte durch vorangegangene Korrekturen der Originalwerte (mit-)verursacht wurden. Allerdings gibt es Unterschiede bei den längerfristigen Revisionen zwischen Original- und saisonbereinigten Daten: Während die Originalwerte nach einem Jahr allmählich ihr Endstadium erreicht haben, werden die saisonbereinigten Werte noch verhältnismäßig stark revidiert. So beträgt die (absolute) durchschnittliche Revision der saisonbereinigten Werte nach einem Jahr noch 0,24 Prozentpunkte. Zudem wurde das Vorzeichen hier bei rund 8 % der Beobachtungen noch verändert.

In Schaubild 1 ist der Revisionssaldo je Intervall für Original- und saisonbereinigte Werte für den Produktionsindex im Zeitablauf dargestellt. Das dritte Revisionsintervall in Schaubild 1 zeigt die unterschiedliche Entwicklung der längerfristigen Revisionen von Original- und saisonbereinigten Werten.

3.2 Bauproduktionsindex

Das Ausmaß der Revisionen beim Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe ist deutlich größer als beim Index für die Industrieproduktion, und zwar sowohl bei den Originalwerten als auch bei den saisonbereinigten Werten. Die Richtung der Revisionen schwankt bei diesem Indikator ebenfalls stärker. Demnach wurde im Untersuchungszeitraum die erste Veröffentlichung noch um durchschnittlich 0,141 Prozentpunkte überschätzt (Revision nach unten). Nach einem Jahr kehrt sich die Richtung um und führt durchschnittlich zur Revision nach oben (um 0,264 Prozentpunkte).

Schaubild 2



Absolut gesehen wurde die erste Veröffentlichung der Ergebnisse für die Bauproduktion im Folgemonat im Schnitt um 0,51 Prozentpunkte revidiert (Grund hier: mehr Daten) und die mittelfristige Revision erreichte durchschnittlich 0,46 Prozentpunkte (Grund: Anpassung aufgrund der Auswertung der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe sowie Jahreskorrektur einschl. Anpassung des Produktivitätsfaktors). Danach erreichte der Originalwert den Endstand (keine nachweisbaren Revisionen mehr im dritten Untersuchungsintervall).

Tabelle 3: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Bauproduktionsindex¹⁾, Originalwert

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2004 bis Okt. 2008	Jan. 2004 bis Nov. 2007	Jan. 2004 bis Nov. 2007
n	58	47	47
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	-0,141	0,264	0,000
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,510	0,460	0,000
Vorzeichen (S) = Vor- zeichen (V) (in %)	100,0	100,0	100,0
Min	-2,3	-1,1	0,0
Max	3,1	4,4	0,0

1) Die Reihe Bauhauptgewerbe umfasst die Bereiche Hochbauleistung und Tiefbauleistung, die in der WZ-Position 45.2 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) zusammengefasst sind. – 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

Die Revisionsrichtung der Originalwerte, erst nach unten und dann wieder nach oben, findet sich auch bei den saisonbereinigten Werten wieder: Zunächst weist die durchschnittliche Revision ein negatives Vorzeichen auf, um dann zum positiven zu wechseln. Allerdings ist bei der saisonbereinigten Rate das Ausmaß der Korrekturen deutlich größer (durchschnittliche absolute Revision im zweiten Revisionsintervall 1,038 Prozentpunkte). Bemerkenswert ist außerdem, dass

Tabelle 4: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Bauproduktionsindex¹⁾, saisonbereinigt

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2004 bis Okt. 2008	Jan. 2004 bis Nov. 2007	Jan. 2004 bis Nov. 2007
n	58	47	47
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	-0,140	0,251	0,040
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,550	1,038	1,066
Vorzeichen (S) = Vor- zeichen (V) (in %)	96,6	93,6	85,1
Min	-2,3	-2,2	-4,6
Max	2,1	5,0	6,7

1) Die Reihe Bauhauptgewerbe umfasst die Bereiche Hochbauleistung und Tiefbauleistung, die in der WZ-Position 45.2 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) zusammengefasst sind.– 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

auch nach einem Jahr die durchschnittliche (absolute) Revision der saisonbereinigten Werte noch auffallend hoch ist (1,066 Prozentpunkte) und das Vorzeichen relativ oft wechselt (bei rund 15 % der Beobachtungen). Anscheinend führten hier außergewöhnliche Ereignisse (z.B. Wetter, Kurzarbeit) zu größeren Schwierigkeiten bei der Schätzung der (endgültigen) Saisonfigur.

Man sieht den Zusammenhang der Revisionen zwischen Originalwerten und saisonbereinigten Werten für den Bauproduktionsindex im Zeitablauf wieder anschaulich in Schaubild 2 anhand des Revisionssaldos.

3.3 Einzelhandelsumsatz

Was die Korrekturen der Umsätze im Einzelhandel anbelangt, so fallen diese für die Originalwerte absolut gesehen höher aus als bei den beiden vorangegangenen Indikatoren. Zunächst einmal war die Schnellschätzung des (realen) Einzelhandelsumsatzes im Beobachtungszeitraum überzeichnet (Revision nach unten um 0,114 Prozentpunkte im ersten Revisionsintervall).¹⁰⁾ Hierzu trägt sicherlich bei, dass die Schnellschätzung nur auf einem Teil der erforderlichen Daten beruht und der Schätzanteil noch relativ hoch ist. Das gesamte Ausmaß der (absoluten) Revisionen ist ebenfalls hoch und betrug im Beobachtungszeitraum durchschnittlich 0,783 Prozentpunkte.

Tabelle 5: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Einzelhandelsumsatz¹⁾, reale Messzahl, Originalwert

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2006 – Nov. 2008	Febr. 2006 – Dez. 2007	Febr. 2006 – Dez. 2007
n	35	23	23
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	-0,114	0,170	-0,004
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,783	0,630	0,057
Vorzeichen (S) = Vor- zeichen (V) (in %)	94,3	100,0	100,0
Min	-2,0	-1,1	-0,2
Max	1,9	1,7	0,3

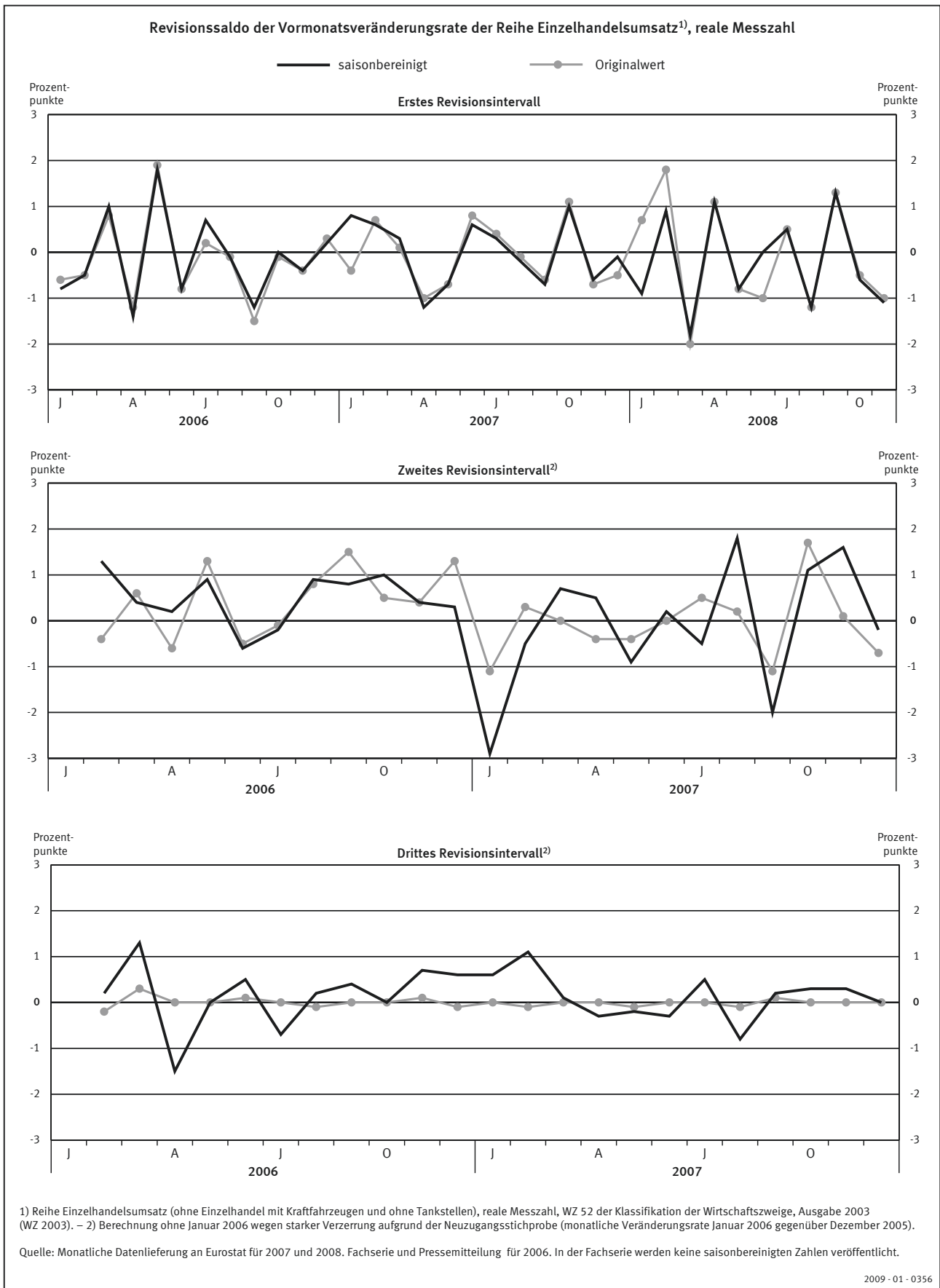
1) Reihe Einzelhandelsumsatz (ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), reale Messzahl, Position 52 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

Die absolute Höhe der Revision zwischen der Veröffentlichung im Messzahlenbericht und der nach einem Jahr beträgt 0,630 Prozentpunkte (im zweiten Revisionsintervall).¹¹⁾ Außerdem wurde im Durchschnitt leicht nach oben revidiert (0,17 Prozentpunkte). Im letzten Revisionsintervall gehen die Korrekturen der Originalwerte spürbar zurück, allerdings sind die Effekte der geänderten Stichprobe (einschl. Rückrechnung) sowie die (einmalige) Verkettung in den Ergebnissen noch spürbar.

10) Im Unterschied zur monatlichen Pressemitteilung bezieht sich die durchschnittliche Revision hier auf die Vormonatsrate der realen Messzahl (Presmitteilung: Vorjahresrate der nominalen Messzahl).

11) Berechnung ohne Januar 2006 wegen starker Verzerrung aufgrund der Neuzugangsstichprobe (monatliche Veränderungsrate Januar 2006 gegenüber Dezember 2005).

Schaubild 3



Das Ausmaß und die (absolute) Höhe der schnellen Revisionen (1. Revisionsintervall) sind bei den saisonbereinigten Werten fast identisch mit den Ergebnissen der Originalwerte (siehe Tabelle 6). Es gibt kein Indiz, dass die Revisionen in diesem Zeitabschnitt auf den Prozess der Saisonschätzung zurückzuführen wären. Darüber hinaus zeichnet sich auch hier ab, was sich schon bei den vorherigen Indikatoren andeutete: Die Revisionen der saisonbereinigten Werte fallen insgesamt gesehen etwas höher aus und bleiben auch nach der Periode, nach der die Originalwerte langsam ihren Endstand erreicht haben, in mehr oder weniger großem Ausmaß bestehen.

Tabelle 6: Revisionsstatistik für die Vormonatsveränderungsraten der Reihe Einzelhandelsumsatz¹⁾, reale Messzahl, saisonbereinigt

Revisionsmaße ²⁾	1.	2.	3.
	Revisionsintervall		
Zeitraum	Jan. 2006 – Nov. 2008	Febr. 2006 – Dez. 2007	Febr. 2006 – Dez. 2007
n	35	23	23
Durchschnittliche Revision (in Prozentpunkten) ...	-0,114	0,187	0,139
Durchschnittliche (absolute) Revision (in Prozentpunkten) ...	0,749	0,865	0,470
Vorzeichen (S) = Vorzeichen (V) (in %)	97,1	69,6	91,3
Min	-1,8	-2,9	-1,5
Max	1,8	1,8	1,3

1) Reihe Einzelhandelsumsatz (ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), reale Messzahl, Position 52 der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Zu den Revisionsmaßen siehe den Anhang auf S. 415.

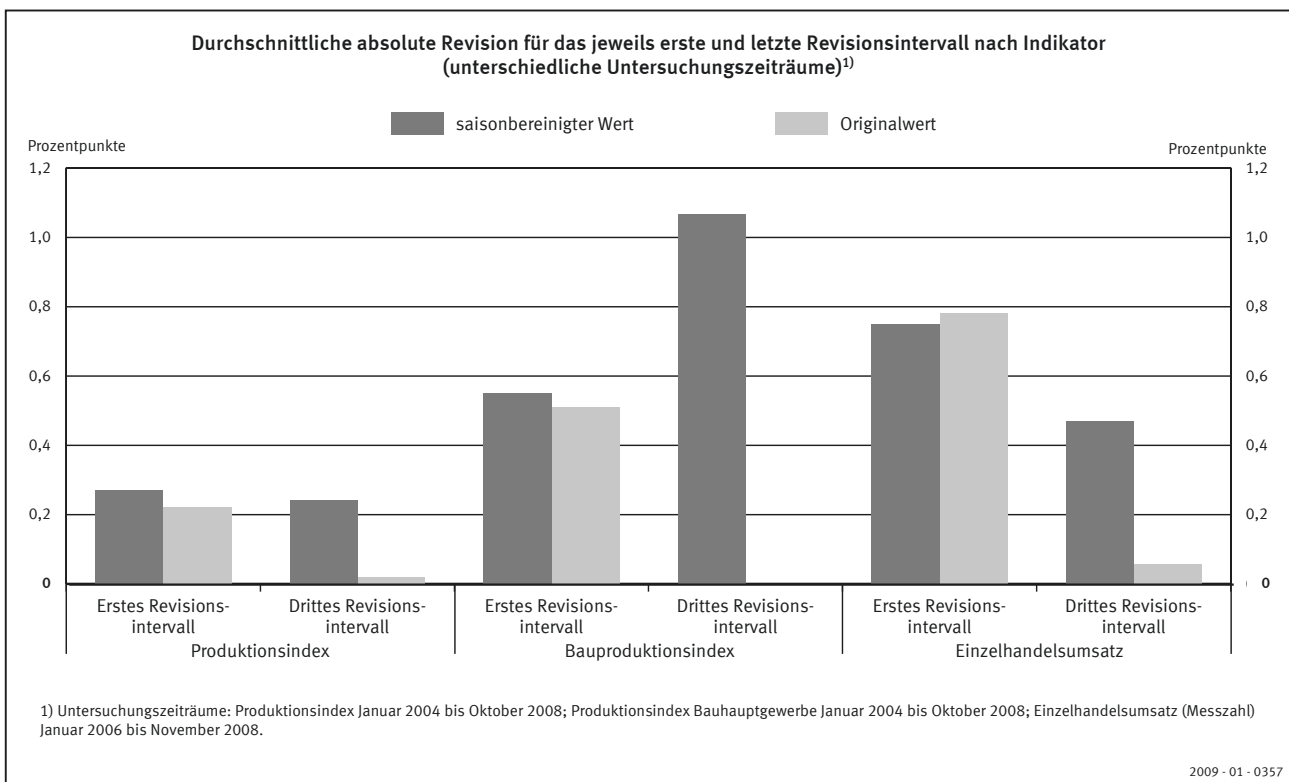
In Schaubild 3 ist der Revisionsaldo je Revisionsintervall für die Originalwerte und die saisonbereinigten Werte für den Einzelhandelsumsatz im Zeitablauf anschaulich dargestellt.

4 Fazit

Neben einer allgemeinen quantitativen Untersuchung des Ausmaßes und der Richtung der Revisionen war ein weiterer Schwerpunkt dieses Beitrags die Darstellung etwaiger Unterschiede zwischen den Revisionen von Originalwerten und saisonbereinigten Werten. Dabei zeigt sich im Ergebnis Folgendes: Trotz aller Unterschiede, die zwischen den einzelnen Indikatoren bestehen und die in der unterschiedlichen Berechnungsart und Erhebung der zugrunde liegenden Statistiken beruhen, werden im Laufe eines Jahres nach der ersten Veröffentlichung Original- und saisonbereinigte Werte in ähnlichem Maße korrigiert. Die Revisionen der saisonbereinigten Werte sind etwas höher und schwanken stärker als die der Originalwerte.

Die saisonbereinigten Werte werden allerdings auch nach einem Jahr, nachdem die Originalwerte langsam ihren „Endstand“ angenommen haben, noch relativ stark revidiert. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass die Erfordernisse am aktuellen Rand der Konjunktorentwicklung eine Anpassung des Saisonbereinigungsmodells notwendig machen können (Neuschätzen der Faktoren, Ändern der Parameter usw.). Entscheidend für die Glaubwürdigkeit der aktuellen monatlichen (saisonbereinigten) Veränderungsrate ist jedoch das Ausmaß der Korrekturen. Hier gibt es Unterschiede zwischen den untersuchten Indikatoren.

Schaubild 4



Wie Schaubild 4 zeigt, ist die durchschnittliche (absolute) Revision beim Bauproduktionsindex im letzten Revisionsintervall am höchsten. Während die Originalwerte hier ihren Endstand erreicht hatten, wurde die saisonbereinigte monatliche Veränderungsrate im Schnitt noch um (absolut) 1,066 Prozentpunkte revidiert. Verglichen mit den übrigen Indikatoren sind die Revisionen der saisonbereinigten Werte des Bauproduktionsindex, je länger sie von der Erstveröffentlichung zurückliegen, angestiegen. Anscheinend haben hier (grundsätzliche) Optimierungen bei der Saisonschätzung am aktuellen Rand größere Revisionen in der Vergangenheit zur Folge gehabt. Zwar sind diese (späten) Revisionen nach einer gewissen Periode für die Nutzer nicht mehr unmittelbar fühlbar. Aufgrund der Schätzunsicherheiten am aktuellen Rand sollten Veröffentlichungen der saisonbereinigten Daten jedoch grundsätzlich mit erhöhter Vorsicht interpretiert werden.

Die höchsten Korrekturen bei den schnellen Revisionen hat der Einzelhandelsumsatz, der allerdings mit $t + 30$ auch der aktuellste Indikator ist. Eine mögliche Ursache hierfür könnte sein, dass zum Zeitpunkt der Berechnung der Schnellmeldung der Schätzanteil in den Ergebnissen noch sehr hoch ist (was die Originalwertberechnung angeht).

Anhang: Revisionsmaße

1. Durchschnittliche Revision

$$\bar{R} = \frac{1}{n} \sum_{t=1}^n (S_t - V_t) = \frac{1}{n} \sum_{t=1}^n R_t$$

mit

$t = \text{Monat} = 1, \dots, n$

S_t = späterer (letzter) Berechnungsstand

V_t = erster Berechnungsstand

$R_t = S_t - V_t$

2. Durchschnittliche absolute Revision

$$MAR = \frac{1}{n} \sum_{t=1}^n |S_t - V_t| = \frac{1}{n} \sum_{t=1}^n |R_t|$$

Dieses Maß errechnet sich als Mittelwert der Summe der Revision vom ersten bis zum letzten Veröffentlichungsstand ohne Berücksichtigung des Vorzeichens.

3. % Vorzeichen (S) = % Vorzeichen (V)

Das Maß gibt an, bei wie viel Prozent der Beobachtungen das Vorzeichen der späteren Veröffentlichung (S) gleich dem Vorzeichen der früheren Veröffentlichung (V) ist.

4. Min und Max

Gibt den kleinsten (Min) bzw. den größten (Max) Wert innerhalb des Revisionsintervalls an. [uu](#)

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Bayer

Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland

Die Märkte für Erdgas verändern sich: Sie werden immer globaler und voneinander abhängiger. Deshalb widmen die internationalen Organisationen, allen voran die Internationale Energieagentur (IEA) und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), den Gasmärkten eine wachsende Aufmerksamkeit. Doch die Statistiken über Erdgas zeigen einige Defizite und Mängel. So passen oft Daten von Erdgas importierenden und Erdgas exportierenden Staaten nicht zusammen oder Daten einzelner Staaten sind nicht verfügbar. Häufig fehlt die Angabe, aus welchem Staat das Erdgas importiert wurde (Ursprungsland) oder in welchen Staat das Erdgas exportiert wird (Bestimmungsland). Das Kennen des jeweiligen Ursprungs- und Bestimmungslandes ist für eine Politik der sicheren Gasversorgung jedoch unerlässlich. Deshalb hat der Ausschuss Energiestatistik bei Eurostat beschlossen, die Datenerfassung der Einfuhren und Ausfuhren von Gas und Strom zu verbessern und das GETS-Projekt (Gas and Electricity Trade Statistics) initiiert, um die Gas- und Stromstatistiken zu optimieren. Der nachfolgende Beitrag informiert über die Arbeiten in Deutschland an diesem Projekt.

1 Einführung in das Projekt Gas and Electricity Trade Statistics (GETS)

Die Märkte für Erdgas verändern sich, sie werden immer globaler und voneinander abhängiger. Die internationalen Organisationen, allen voran die Internationale Energieagentur (IEA) und das Statistische Amt der Europäischen

Gemeinschaften (Eurostat), widmen daher den Gasmärkten eine wachsende Aufmerksamkeit.

Nach einer Untersuchung der Internationalen Energieagentur aus dem Jahr 2007 wuchs die Zahl der Importeure von Erdgas weltweit zwischen 1990 und 2005 von 42 auf 61 und die Zahl der Importquellen von 20 auf 30, eine Steigerung um 50%. Als weitere Herausforderungen für die amtliche Statistik kamen zum Beispiel die zunehmende Verwendung von verflüssigtem Erdgas (LNG – “liquefied natural gas”), die Zunahme der auf Spotmärkten gehandelten Gasmengen sowie die wachsende Bedeutung von Transitmengen hinzu. Bisher wurden Daten über Gaslieferungen auf freiwilliger Basis an die internationalen Institutionen geliefert. Erst im Jahr 2008 konnte eine verbindliche Rechtsgrundlage für die Datenlieferungen der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union (EU) geschaffen werden.¹⁾

Dennoch zeigen die verfügbaren Daten über Erdgas einige Defizite und Mängel. So passen zum Beispiel die Daten von Erdgas importierenden und Erdgas exportierenden Staaten oft nicht zusammen oder Daten einzelner Staaten sind nicht verfügbar. Häufig fehlt auch die Angabe, aus welchem Staat das Erdgas importiert wurde (Ursprungsland) oder in welchen Staat das Erdgas exportiert wird (Bestimmungsland). Zwischen der Exploration, das heißt dem Auffinden der Lagerstätten, und dem Verbrauch wird Erdgas in aller Regel mehrere Male zwischen verschiedenen Vertragspartnern gehandelt, nach Schätzung der Internationalen Energieagentur weltweit fünf- bis siebenmal. Bei dieser Umwälzung

1) Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die Energiestatistik (Amtsbl. der EU Nr. L 304, S. 1) sowie Berichtigung dazu (Amtsbl. der EU Nr. L 41 vom 12. Februar 2009, S. 34).

können Informationen über Ursprungs- und Bestimmungsland verloren gehen.

Das Kennen des jeweiligen Ursprungs- und Bestimmungslandes ist für eine Politik der sicheren Gasversorgung jedoch unerlässlich. Deshalb hat der Ausschuss Energiestatistik bei Eurostat im Juni 2006 beschlossen, die Erfassung der Einfuhren und Ausfuhren von Gas und Strom zu verbessern. Um die Gas- und Stromstatistiken zu optimieren, wurde das GETS-Projekt (Gas and Electricity Trade Statistics) initiiert.

Für alle Beteiligten standen zwei Annahmen im Vorfeld des Projektes fest: Erstens kann das Vorhaben nicht in einem Zug realisiert werden, weil die wirtschaftlichen Strukturen zu unterschiedlich und die für statistische Erhebungen zuständigen Dienststellen in den Mitgliedstaaten zu ungleich ausgestattet sind. Zweitens bedarf es einer finanziellen Unterstützung durch Eurostat, da die meisten statistischen Ämter von Einsparungen und Kapazitätsengpässen betroffen sind.

Im Jahr 2007 wurden die ersten Beihilfeübereinkommen mit den Mitgliedstaaten Italien, Niederlande und Vereinigtes Königreich abgeschlossen. In diesen drei Mitgliedstaaten sollten Lösungsansätze erarbeitet werden, um die Gas- und Stromstatistiken zu verbessern, insbesondere um die Ursprungs- und Bestimmungsländer bei Gas- und Stromimporten und -exporten zuverlässig zu ermitteln. Im Herbst 2008 startete Eurostat die zweite Phase des GETS-Projektes. Es richtete sich nun an alle übrigen Mitgliedstaaten und Norwegen. Inhaltlich wurde das Projekt jedoch auf den wesentlich schwieriger zu erfassenden Gasmarkt begrenzt.

1.1 Umfang der Untersuchung

Um die Sicherheit der Gasversorgung in den Mitgliedstaaten zu erhöhen, ist es erforderlich, Informationen über die Gaszuflüsse und -abflüsse bzw. die Ein- und Ausfuhren auf den nationalen Gasmärkten zu haben. Zunehmend notwendig ist es darüber hinaus, die Herkunfts- bzw. Zielländer zu kennen, um schnell auf Engpässe in der Versorgung oder auf Ausfälle von regionalen Lieferquellen reagieren zu können. Ziel der von Eurostat mitfinanzierten Untersuchung ist es, die Ursprungsländer, aus denen Erdgas nach Deutschland geliefert wird, sowie die Bestimmungsländer, in die Erdgas aus Deutschland geliefert wird, zu ermitteln und darzustellen. Dabei werden nur die physikalischen Mengen, nicht aber die in Geldeinheiten bewerteten Mengen betrachtet.

In einem ersten Schritt ist vorgesehen, die Ergebnisse der Energiestatistik und der Außenhandelsstatistik abzugleichen. Dabei werden nicht nur die ein- bzw. ausgeführten Mengendaten, sondern auch die jeweiligen Berichtskreise einbezogen. Es wird vermutet, dass sich schon hierbei Abweichungen ergeben können.

In einem zweiten Schritt sollen die Einheiten des Berichtskreises, bei denen Abweichungen aufgetreten sind, nach dem Grund dafür befragt und gegebenenfalls veranlasst werden, ihre Angaben zu korrigieren. Da es sich nur um wenige Einheiten handelt, ist zunächst eine telefonische Befragung vorgesehen. In Zweifelsfällen soll eine Befragung vor Ort stattfinden. Dies kann sich auch bei sehr großen Einheiten als notwendig erweisen. Als zu befragende Einheiten kommen nach derzeitigem Kenntnisstand infrage: Betreiber von Rohrleitungsnetzen und Gaslieferanten, soweit sie importieren und/oder exportieren. Ferner ist zu klären, inwieweit Einheiten, die sogenannte Transitmengen durch inländische Netze leiten, befragt werden können. Soweit es sich dabei um im Inland ansässige Firmen handelt, können diese leicht in die Untersuchung einbezogen werden. Bei Firmen mit Sitz im Ausland ist eine Einbeziehung problematisch, eine Auskunftspflicht kann aus nationalen Gesetzen nicht abgeleitet werden.

Parallel zu diesen Maßnahmen ist vorgesehen, den Regulator, die Bundesnetzagentur, mit einzubeziehen, um möglicherweise zusätzliche Informationen über die transportierten Mengen und über die Berichtskreise zu erhalten. Ferner sollen die Kontakte zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) intensiviert werden, um ein für die Untersuchung günstiges Umfeld in der Gaswirtschaft zu schaffen. Die nationale Fachaufsicht, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, wird ebenfalls regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten informiert und ist somit in das Vorhaben eingebunden. Untersucht werden die aus den verschiedenen Quellen stammenden Daten für Deutschland für das Jahr 2007 und – soweit verfügbar – Monatsergebnisse für das Jahr 2008.

Über die Ergebnisse der Untersuchung, die von Oktober 2008 bis Februar 2009 vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde, wird im Folgenden berichtet.

1.2 Rechtlicher Rahmen und politische Nebenbedingungen auf dem deutschen Gasmarkt

Bereits Anfang der 1990er-Jahre wurden die Weichen für einen künftigen europäischen Binnenmarkt für Erdgas gestellt. Die Richtlinie über den Transit von Erdgas über große Netze²⁾ und die Richtlinie zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise³⁾ werden heute allgemein als die erste Stufe auf dem Weg zur Vollendung eines Erdgasbinnenmarktes angesehen. Sechs Jahre später trat eine weitere Richtlinie⁴⁾ in Kraft; aufgrund dieser Richtlinie wurde in Deutschland das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft aus dem Jahr 1935 durch das Gesetz zur Neuordnung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998⁵⁾ abge-

2) Richtlinie 91/296/EWG des Rates vom 31. Mai 1991 über den Transit von Erdgas über große Netze (Amtsbl. der EG Nr. L 147, S. 37).

3) Richtlinie 90/377/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise (Amtsbl. der EG Nr. L 185, S. 16).

4) Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Amtsbl. der EG Nr. L 27, S. 20).

5) BGBl. I S. 730.

löst, dem noch weitere folgen sollten. In dieser umfassenden nationalen Neuregelung wurden die Vorgaben der EU umgesetzt. Hiervon war hauptsächlich der nationale Strommarkt betroffen; für den Gasmarkt trat im Wesentlichen die Bundestarifordnung Gas außer Kraft. Die auf europäischer Ebene getroffenen Regelungen gingen den europäischen Gremien aber nicht weit genug: Eineinhalb Jahre später erließen das Europäische Parlament und der Rat eine weitere Richtlinie⁶⁾.

Nachdem der Europäische Rat auf seiner Tagung am 23./24. März 2000 in Lissabon dazu aufgerufen hatte, zügig an der Vollendung des Binnenmarktes sowohl im Elektrizitäts- als auch im Gassektor zu arbeiten und die Liberalisierung in diesen Bereichen zu beschleunigen, beschlossen das Europäische Parlament und der Rat auf Vorschlag der Kommission neue Richtlinien für den Strom- bzw. den Gasmarkt, die sogenannten Beschleunigungsrichtlinien⁷⁾. Als Folge davon trat dann am 13. Juli 2005 das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)⁸⁾ in Deutschland in Kraft. Ziel dieses Gesetzes war die Schaffung eines diskriminierungsfreien Netzzugangs sowie die Regulierung der Netzentgelte. Damit sollte die Versorgung der Endkunden mit Strom und Gas möglichst sicher, preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich erfolgen. Ferner regelt es die Regulierung des Netzbetriebes auf dem deutschen Elektrizitäts- und Gasmarkt. Als Folge der Umsetzung der Beschleunigungsrichtlinien in nationales Recht wird der nationale Strom- und Gasmarkt völlig neu strukturiert. Mit Einführung des EnWG hat die Bundesnetzagentur die Regulierung der Strom- und Gasnetze in Deutschland übernommen.

Die Entflechtung („Unbundling“), also die rechtliche Trennung, die mit einer buchhalterischen und organisatorischen Entflechtung einhergeht, ist für die Übertragungs- bzw. Verteilernetzbetreiber bindend. Diese operationelle Unabhängigkeit der Netzbetreiber von allen anderen Aktivitäten des Unternehmens, wie zum Beispiel Erzeugung, Verteilung und Versorgung, war im Strombereich bei Inkrafttreten des EnWG schon weitgehend abgeschlossen. Auf dem Gasmarkt begann die Liberalisierung in großem Stil erst nach der Verabschiedung des EnWG. Sie musste bis Juli 2007 abgeschlossen sein. Besonders betroffen waren hier die Bereiche Fernleitung (=Transport), Speicherung sowie Vertrieb und Versorgung. Nach Feststellung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. gilt der Elektrizitäts- wie auch der Gasmarkt in Deutschland als liberalisiert.

Für die amtliche Statistik in Deutschland hatte die Neugestaltung des Elektrizitäts- und Gasmarktes erhebliche Auswirkungen. Die nach dem Erlass des Energiestatistikgesetzes⁹⁾ Anfang 2003 neu eingeführten Erhebungen konnten die Qualität der Daten für den Strom- und Wärmemarkt zwar deutlich steigern, die Gasstatistiken blieben davon jedoch nahezu unberührt. Da sich der Gesetzgeber bei der Formulierung des Energiestatistikgesetzes noch an den damaligen

Bedingungen orientierte, kommt es nach der Entflechtung auf dem Gasmarkt und dem nun ausgeprägten Gas-zu-Gas-Wettbewerb zu erheblichen Erfassungsproblemen. Dies betrifft insbesondere den erweiterten Berichtskreis mit neuen Marktteilnehmern sowie die Darstellung der physikalischen Gasströme. Eine Novellierung des Energiestatistikgesetzes wäre daher aus Sicht der Statistik dringend erforderlich.

2 Einige Kennzahlen zur Gaswirtschaft

Auf dem deutschen Gasmarkt sind derzeit 749 Unternehmen aktiv, darunter zehn Erdgasproduzenten und 16 Importeure. Die Zahl der Unternehmen hat sich als Folge der Liberalisierung leicht erhöht und wird voraussichtlich weiter zunehmen. In diesen Unternehmen sind rund 36 000 Personen beschäftigt. Der gesamte Gasabsatz an Letztverbraucher betrug im Jahr 2007 939,8 Terawattstunden (1 TWh = 1 Mrd. kWh).

Etwas mehr als 700 Unternehmen beliefern die Letztverbraucher. Manche beschränken sich auf die Belieferung von Großkunden in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich. Die überwiegende Zahl der Unternehmen versorgt jedoch Endkunden in allen Sektoren. Als reine Gasversorger werden auf regionaler oder lokaler Ebene rund 150 Unternehmen gezählt, es dominieren hier jedoch die rund 550 Querverbundunternehmen, die ihre Kunden nicht nur mit Gas, sondern häufig auch mit Strom, Fernwärme und Wasser beliefern. In keinem anderen europäischen Staat gibt es – absolut gesehen – so viele Gasversorgungsunternehmen wie in Deutschland.

Derzeit gibt es 717 Gasnetzbetreiber, darunter sind 20 Fernleitungsnetzbetreiber mit einem Netz von über 56 000 km Länge. Über diese Ferngastransportleitungen, die in das internationale Pipelinennetz integriert sind, wird das Gas in die nachgelagerten regionalen und lokalen Verteilernetze eingespeist. Die Gesamtlänge des von den Unternehmen betriebenen Transport- und Verteilernetzes beträgt über 430 000 km.

Deutschland hat zu allen Nachbarstaaten sogenannte Grenzübergabestellen. Die meisten davon werden für den großräumigen internationalen Gasaustausch genutzt. Lediglich vier von 31 Grenzübergabestellen dienen überwiegend der bilateralen grenznahen Versorgung.

3 Datenquellen

Energiestatistische Daten werden in Deutschland von verschiedenen Institutionen, teilweise mit unterschiedlichen Akzenten, erhoben und dargestellt. Wichtigste Rechts-

6) Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (Amtsbl. der EG Nr. L 204, S. 1).

7) Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG (Amtsbl. der EU Nr. L 176, S. 37) sowie Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG (Amtsbl. der EU Nr. L 176, S. 57).

8) Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 7. Juli 2005 [BGBl. I S. 1970 (3621)], zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2101).

9) Gesetz zur Neuregelung der Energiestatistik und zur Änderung des Statistikregistergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2867), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).

grundlage ist das Energiestatistikgesetz aus dem Jahr 2003. Weitere amtliche Statistiken mit Energiebezug sind im Rohstoffstatistikgesetz, im Mineralöldatengesetz sowie im Außenhandelsstatistikgesetz geregelt.

Nach dem Energiestatistikgesetz werden in der Gaswirtschaft monatliche und jährliche Erhebungen durchgeführt. Die monatliche Erhebung wendet sich an die 20 wichtigsten Produzenten und Gasversorgungsunternehmen. Sie werden über die „Gewinnung, Erzeugung und Abgabe von Gas sowie Inlandsbezügen, Einfuhren nach Herkunftsländern“ und nach den „Speichersalden“ befragt. Diese Merkmale sind erforderlich, um das verfügbare Gasaufkommen im Inland und dessen Verwendung als Bilanz darzustellen und Aussagen über die Entwicklung von Importabhängigkeiten treffen zu können.

Die Abgabe der Gasversorgungsunternehmen unterliegt im jahreszeitlichen Wechsel und je nach Konjunkturverlauf großen Schwankungen. Diesen starken Schwankungen bei der Gasabgabe stehen überwiegend kontinuierliche Bezüge gegenüber. Der saisonale Ausgleich erfolgt hauptsächlich mithilfe von Untertagespeichern. Die Erfassung des „Betriebs- und Eigenverbrauchs“ und der „Abgabe nach inländischen Abnehmergruppen und Ausfuhr“ geben Aufschluss darüber, wie die verfügbare inländische Gasmenge verwendet wird. Diese Daten tragen dem zunehmenden Interesse an Informationen über eine gesicherte Gasversorgung und über Änderungen der Abnehmerstruktur auf den regulierten Gasmärkten Rechnung.

In der jährlichen Erhebung werden auch jene Unternehmen befragt, die nicht zur monatlichen Statistik melden. Außerdem ist aufgrund der Liberalisierung der Gasmärkte und der damit einhergehenden Veränderungen auch die Einbeziehung von neuen Marktteilnehmern, sofern sie Letztverbraucher versorgen und keine eigenen Anlagen zur Verteilung betreiben, erforderlich. Daher ist ein Teil der Merkmale identisch mit denen der Monatsmeldung; Doppelbefragungen sind allerdings ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Unternehmen nach der „Einfuhr und Ausfuhr von Gas, jeweils untergliedert nach Staaten“ befragt. Ferner werden Angaben über die Gasabgabe nach Art der inländischen Endabnehmer und die daraus erzielten Erlöse erhoben. Diese Angaben ergänzen wiederum das rein mengenmäßige Gasflussbild um eine ökonomische Komponente. Die Kenntnis der Erlöse ist außerdem Grundlage für Entscheidungen nach der Konzessionsabgabenverordnung und um interne Verrechnungspreise zu bilden.

Die Außenhandelsstatistik erfasst monatlich den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit dem Ausland. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte unterscheidet man seit 1993 zwischen Warenverkehren mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Intrahandel) und Warenverkehren mit der übrigen Welt (Extrahandel). Die Außenhandelsstatistik wird zentral vom Statistischen Bundesamt

durchgeführt. Die Angaben basieren auf den Meldungen der Im- und Exporteure. Für die Ein- und Ausfuhr werden Mengen und Werte der Waren in tiefer fachlicher Gliederung nach Ursprungs-, Einkaufs-, Versendungs- und Zielland bzw. Bestimmungs- und Ursprungsland unter Angaben der Ein- und Ausfuhrarten (z. B. freier Verkehr, Veredelungsverkehr, Lagerverkehr) nachgewiesen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ermittelt monatlich im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie die Zugänge an Erdgas in Deutschland. Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten werden anhand der gemäß § 27a Außenwirtschaftsverordnung¹⁰⁾ abzugebenden Einfuhrkontrollmeldungen ermittelt. Zugänge aus Mitgliedstaaten der EU werden aus Kopien der Intrastat-Meldungen, die die Unternehmen auf freiwilliger Basis dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Verfügung stellen, entnommen. Eine Sonderregelung besteht für die Ermittlung der Einfuhren aus Norwegen. Dieser Staat ist nicht Mitglied der EU, somit müssen Importeure eine Einfuhrkontrollmeldung abgeben. Diese Angaben enthalten aber auch Transitmengen, die zum Beispiel für den Verbrauch in den Benelux-Ländern (Belgien, Niederlande und Luxemburg) bestimmt sind. Entsprechend den Anforderungen der internationalen Organisationen ermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die Einfuhren jedoch ohne Durchleitungsmengen. Bis Juli 2006 wurden die für den deutschen Inlandsverbrauch bestimmten Mengen von Erdgas aus Norwegen aufgrund von Angaben der Zollverwaltung berücksichtigt. Seit dem Inkrafttreten des neuen nationalen Energiesteuergesetzes¹¹⁾ am 1. August 2006 stehen diese Angaben nicht mehr zur Verfügung. Seit August 2006 werden deshalb die für den Verbrauch im Inland bestimmten Mengen von Erdgas aus Norwegen anhand von Meldungen der Betreiber der Infrastruktur für den Transport und die Verteilung des norwegischen Erdgases in Deutschland erhoben. Dieser Methodenwechsel ist der Hauptgrund, warum das Jahr 2006 nicht in die Untersuchung einbezogen wurde, sondern diese auf die Jahre 2007 und 2008 beschränkt wurde. Durch die geänderte Methodik ist nach Aussage des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle¹²⁾ ein Vergleich der Zeitreihe nur sehr eingeschränkt möglich.

Mit der Zweiten Novelle des EnWG im Jahr 2005 wurden der Bundesnetzagentur Regulierungsaufgaben auch für die Gaswirtschaft übertragen. Um diese Aufgaben wahrzunehmen, hat die Bundesnetzagentur ein Monitoring durchzuführen. Durch das Regulieren von Netzzugang und Netzentgelten soll der Wettbewerb in den Bereichen Erzeugung/Beschaffung, Großhandel und Belieferung von Endkunden gestärkt werden. Eine effiziente Regulierung setzt eine breite und verlässliche Datenbasis voraus.¹³⁾ So werden bei den Gasnetz- und Speicheranlagenbetreibern Angaben über Fernleitungs- und Verteilernetze, Speicheranlagen und über die Versorgungssicherheit erfragt. Der Berichtskreis und die

10) Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung – AWW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1993 (BGBl. I S. 1934, 2493), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. April 2009 (BGBl. I S. 770).

11) Energiesteuergesetz vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534; 2008, S. 660; 2008, S. 1007), zuletzt geändert durch Artikel 30 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794).

12) Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Referat 423: „Erläuterungen zum Grenzübergangspreis bei Erdgas“, Eschborn 2006.

13) Siehe Bundesnetzagentur (Hrsg.): „Monitoringbericht 2006“, Bonn 2006, S. 7.

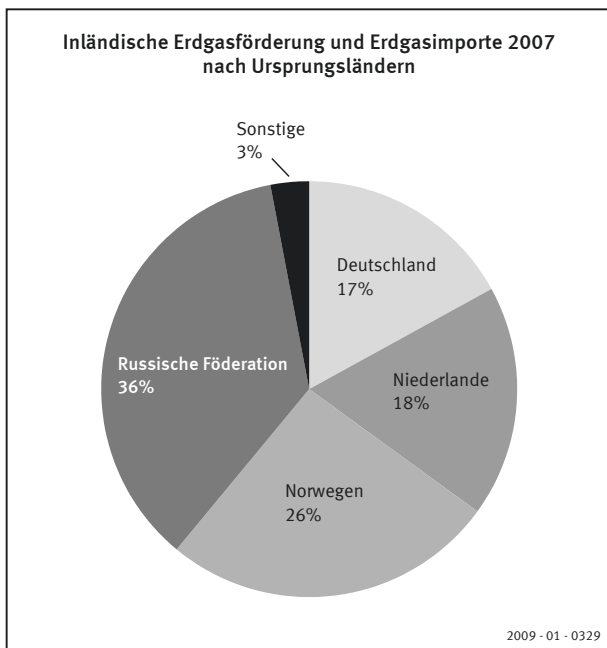
Merkmale dieser Erhebung sind nicht mit denen der amtlichen Statistik deckungsgleich, sondern gehen teilweise weit über Umfang und Programm der amtlichen Energiestatistik hinaus.

4 Ergebnisse

Für den vorliegenden Bericht wurden Daten aus den genannten Quellen untersucht und miteinander verglichen. Die Ergebnisse werden getrennt nach Einfuhren und Ausfuhren von Erdgas dargestellt. Alle Angaben werden in Terawattstunden (TWh) dargestellt und beziehen sich – wie in der Gaswirtschaft üblich – auf den oberen Heizwert (= Brennwert).

4.1 Erdgasaufkommen und Importe

Das Erdgasaufkommen in Deutschland betrug im Jahr 2007 nach den Daten der Energiestatistik (Jahreserhebung) 1123,9 TWh. Der überwiegende Teil davon, 83%, wurde aus dem Ausland importiert, 17% stammten aus inländischer Förderung.



Die Importe für den deutschen Gasmarkt stammten hauptsächlich aus fünf Ursprungsländern. Die Russische Föderation war mit 36% der mit Abstand größte Gaslieferant, gefolgt von Norwegen mit 26% und den Niederlanden mit 18%. Die Liefermengen aus dem Vereinigten Königreich und Dänemark wurden aus Gründen der Geheimhaltung zu „sonstige Staaten“ zusammengefasst.

Tabelle 1 enthält die kumulierten Daten aus der Monaterhebung und die Ergebnisse der Jahreserhebung bei allen Gasversorgungsunternehmen, ergänzt durch die ebenfalls kumulierten Ergebnisse der Außenhandelsstatistik und die Daten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkon-

Tabelle 1: Gesamtübersicht über das Erdgasaufkommen (Inlandsgewinnung und Einfuhr von Erdgas) 2007
Terawattstunden (TWh)

Gegenstand der Nachweisung	Energiestatistik		Außenhandel	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
	Monats-erhebung	Jahres-erhebung		
Inlandsgewinnung	186,0	186,0	X	166,3
Einfuhr	934,0	937,9	1057,8	923,2
Niederlande	193,9	199,2	201,3	204,9
Norwegen	289,5	290,8	410,7	289,1
Russische Föderation	411,4	406,7	395,0	398,9
Sonstige Länder ¹⁾ ...	39,2	41,2	50,8	30,3
Erdgasaufkommen insgesamt	1120,0	1123,9	X	1089,6

1) Vereinigtes Königreich, Dänemark u.a.

trolle. Dabei zeigen sich zum Beispiel bei der Gaseinfuhr insgesamt Schwankungen innerhalb einer gewissen Bandbreite in den Energiestatistiken und den Meldungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Ferner gibt es signifikante Abweichungen zwischen der Außenhandelsstatistik und allen anderen Datenquellen: So lag die Einfuhr nach der Außenhandelsstatistik mit 1057,8 TWh deutlich höher. Bei den Angaben nach einzelnen Ursprungsländern sind ebenfalls Abweichungen innerhalb einer gewissen Bandbreite festzustellen. Auffallend ist wiederum die wesentlich höhere Einfuhrmeldung der Außenhandelsstatistik für Gas aus Norwegen gegenüber den anderen Quellen. Bei den Lieferungen aus der Russischen Föderation liegen die Angaben der Energiestatistik leicht höher als die der Außenhandelsstatistik und die Daten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Für die Bezüge aus dem Vereinigten Königreich und Dänemark dürfte der Wert aus der Jahreserhebung der Energiestatistik den Mittelwert darstellen, die Abweichungen zu den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik und den Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle betragen jeweils 10 TWh. Wegen der geringen Bedeutung dieser Lieferstaaten für den deutschen Gasmarkt werden diese Abweichungen jedoch als vernachlässigbar angesehen.

Tabelle 2: Erdgasimporte 2007 nach Abgabestaaten
Terawattstunden (TWh)

Land	Energiestatistik Jahreserhebung ¹⁾	Außenhandel
Frankreich
Niederlande	199,2	201,3
Italien
Vereinigtes Königreich	9,6	.
Dänemark	20,6	.
Österreich	4,6	.
Belgien	2,6	.
Polen
Norwegen	290,8	410,7
Schweiz
Russische Föderation	406,7	395,0
Tschechische Republik
Nicht ermittelte Länder
Insgesamt ...	937,9	1057,8

1) Bei den Produzenten wurden die sonstigen Länder anhand der Monaterhebung ermittelt.

Tabelle 3: Erdgasaufkommen und Einfuhr 2008 nach Monaten
Terawattstunden (TWh)

Gegenstand der Nachweisung	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Inlandsgewinnung ..	16,8	15,1	16,2	13,2	11,5	11,1	12,2	12,4	12,7	14,6	14,7	14,6
Einfuhr	102,9	97,1	102,8	94,2	76,8	73,5	61,7	53,0	64,8	78,4	75,0	83,1
Niederlande	27,3	25,9	25,3	18,6	11,4	9,8	8,4	7,4	12,1	15,9	20,9	24,1
Norwegen	32,1	29,5	30,6	27,5	25,1	26,2	18,1	16,1	16,6	23,4	24,0	26,5
Russische Föderation	40,2	38,8	43,8	44,9	36,3	31,9	31,0	25,4	31,0	32,6	25,6	28,6
Sonstige Länder ¹⁾ .	3,2	3,0	3,1	3,2	4,0	5,6	4,2	4,0	5,0	6,4	4,5	4,0
Aufkommen ...	119,6	112,2	118,9	107,4	88,2	84,6	73,9	65,4	77,5	93,0	89,7	97,7
Einfuhr (Außenhandelsstatistik)	105,5	102,6	109,8	103,5	95,2	60,9	98,7	55,4	94,9	70,3	103,9	93,5
Frankreich
Niederlande	30,5	23,1	25,9	19,7	13,0	8,7	8,8	6,1	9,6	11,8	16,5	21,3
Italien
Vereinigtes Königreich
Dänemark
Österreich
Belgien
Polen
Norwegen	41,8	41,7	37,5	38,7	37,3	40,7	37,9	31,7	26,7	31,1	39,1	36,9
Schweiz
Russische Föderation	25,1	34,6	40,0	40,0	39,3	5,6	47,1	13,1	52,7	22,7	39,2	28,2
Tschechische Republik
Nicht ermittelte Länder
Summe gesperrter Länder	8,0	3,3	6,4	5,1	5,6	5,8	4,8	4,6	5,8	4,6	9,1	7,1

1) Vereinigtes Königreich, Dänemark u.a.

Ähnlich wie in der Stromwirtschaft erfolgt auch in der Gaswirtschaft bei einem Vertragsabschluss zwischen weit entfernten Gasversorgern und Letztverbrauchern ein Austausch von Gasmengen zwischen den großen Importeuren oder Versorgern, um die Transportwege zu minimieren.

Tabelle 2 zeigt die Gasflüsse aus den Abgabestaaten. Somit bezieht Deutschland nicht nur Erdgas aus den fünf vorgeannten Ursprungsländern, sondern auch – meist geringe Mengen – aus allen umliegenden Nachbarländern. Aus Gründen der Geheimhaltung mussten jedoch die meisten Positionen gesperrt werden.

Die unterjährige Entwicklung des Erdgasaufkommens und der Importe bis zum aktuellen Rand ist in Tabelle 3 dargestellt. Datenquellen sind die Energiestatistik und die Außenhandelsstatistik. Grundlegende Änderungen in den Lieferstrukturen gegenüber 2007 sind nicht zu erkennen. Nach wie vor ist die Russische Föderation der bedeutendste Lieferant für den deutschen Gasmarkt.

4.2 Gasexporte

Die Erdgasexporte von Unternehmen mit Sitz in Deutschland betragen im Jahr 2007 nach den Daten aus der Jahreserhebung der Energiestatistik 169,7 TWh. Dieser Wert liegt deutlich über dem Wert der Außenhandelsstatistik (127,0 TWh) und den Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (125,3 TWh).

Gemessen am gesamten Erdgasaufkommen in Deutschland betrug der Export etwa 15 % und ist damit vergleich-

bar mit dem Anteil der inländischen Förderung. Für die politische Diskussion wie auch für die statistische Betrachtung steht der Erdgasexport nicht im Vordergrund der Überlegungen und Analysen. Dennoch wird der Export bei den größeren Gasversorgungsunternehmen in Zukunft eine wichtigere Rolle bei der Diversifikation ihrer Absatzpolitik spielen.

Tabelle 4: Gesamtübersicht über die Abgabe/Verwendung von Erdgas (Ausfuhr) 2007
Terawattstunden (TWh)

Gegenstand der Nachweisung	Energiestatistik (Jahreserhebung ¹⁾)	Außenhandel kumuliert	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Ausfuhr von Erdgas insgesamt	169,7	127,0	125,3
Frankreich	X
Niederlande ...	36,7	34,5	X
Italien	9,5	.	X
Österreich	13,7	16,4	X
Belgien	32,1	25,5	X
Luxemburg	X
Polen	10,0	8,9	X
Tschechische Republik	X
Liechtenstein	X
Schweiz	25,1	24,2	X
Russische Föderation	–	X
Vereinigtes Königreich	X
Dänemark	X
Nicht ermittelte Länder	–	X

1) Bei den Produzenten wurden die sonstigen Länder anhand der Monatserhebung ermittelt.

Tabelle 5: Erdgasausfuhr 2008 nach Abnehmerstaaten
Energiestatistik
Ergebnisse der Monatserhebung bei Ferngasunternehmen und Produzenten
Terawattstunden (TWh)

Gegenstand der Nachweisung	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Erdgasausfuhr insgesamt	20,0	18,4	20,3	15,1	12,3	10,6	9,1	10,5	11,0	14,7	17,5	17,8
Frankreich
Niederlande	4,4	5,1	5,9	3,8	3,4	3,1	2,5	3,6	3,8	4,4	5,6	6,4
Italien
Österreich	1,0	0,6	0,9	1,0	0,9	0,8	0,6	0,5	1,2	1,4	1,6	1,3
Belgien
Luxemburg
Polen	0,9	0,8	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,9	0,9	0,9
Tschechische Republik
Liechtenstein
Schweiz	3,5	3,0	3,1	2,4	1,4	1,0	0,7	0,9	1,8	2,4	3,4	3,8
Russische Föderation
Vereinigtes Königreich
Dänemark
Summe gesperrter Länder	10,2	8,9	9,5	7,2	5,9	5,0	4,8	4,9	3,4	5,6	6,1	5,4

Aus den vorliegenden Daten ist derzeit jedoch nicht zu erkennen, ob sich der Export von Gas auf einzelne Staaten konzentriert und diese somit von deutschen Gaslieferungen abhängig wären.

Tabelle 5 zeigt die unterjährige Entwicklung der Exporte von Erdgas nach den Ergebnissen der Energiestatistik und Tabelle 6 stellt die unterjährigen Exportergebnisse aus der Außenhandelsstatistik bis zum aktuellen Rand dar.

Abgesehen von monatlichen Abweichungen lässt sich auch hier kein anderes Ergebnis für 2008 gegenüber dem Vorjahr erkennen, was die Struktur der Exporte anbetrifft.

4.3 Transitmengen

Bei den Transitmengen von Erdgas durch Deutschland handelt es sich um errechnete bzw. geschätzte Werte. Eine verlässliche Datenquelle existiert nicht. Aus der amtlichen Energiestatistik lässt sich für 2007 eine Transitmenge von 177 TWh errechnen. Die Bundesnetzagentur schätzt die durch Deutschland durchgeleiteten Mengen auf 370 bis 412 TWh. Ein Abgleich der beiden Datenquellen konnte nicht durchgeführt werden. Grund hierfür sind die durch die Entflechtung entstandenen unterschiedlichen Meldewege der Netzbetreiber und der Importeure bzw. Versorgungsunternehmen.

Tabelle 6: Erdgasausfuhr 2008 nach Abnehmerstaaten
Ergebnisse der Außenhandelsstatistik
Terawattstunden (TWh)

Gegenstand der Nachweisung	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Erdgasausfuhr insgesamt	13,1	13,8	13,9	11,9	8,7	13,8	6,4	5,6	8,7	12,4	9,9	10,9
Frankreich
Niederlande	3,2	4,6	4,3	3,1	2,4	3,8	2,0	1,0	1,4	3,9	0,9	1,1
Italien
Österreich	1,3	0,9	1,6	1,2	1,0	1,0	0,7	0,6	1,4	1,3	1,6	1,2
Belgien
Luxemburg
Polen	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8	0,0	1,7
Tschechische Republik
Liechtenstein
Schweiz	3,4	3,1	3,0	2,4	1,2	0,0	0,5	0,9	1,8	2,2	3,4	3,8
Russische Föderation
Vereinigtes Königreich
Dänemark
Summe gesperrter Länder	4,2	4,3	4,2	4,3	3,3	8,2	2,5	2,5	3,4	4,2	3,9	3,1

5 Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Im Rahmen der kurzfristigen Berichterstattung der Energiestatistik (Monatsbericht) wird bei den Ferngasunternehmen und Produzenten das Gasaufkommen ermittelt. Bei dieser Erhebung werden reine Handelsmengen angegeben. Diese müssen nicht unbedingt mit den physischen Mengen übereinstimmen. Zwischen dem Handelsgeschäft und den tatsächlichen Gaslieferungen bzw. Einspeisungen kann ein gewisser Zeitraum liegen. Die Handelsmengen werden in der jährlichen Gasstatistik korrigiert. Darüber hinaus vervollständigt die Befragung der regionalen und lokalen Gasversorgungsunternehmen (Ortsgasunternehmen) den Berichtskreis. Alle Angaben zu den Ein-/Ausfuhren sollen keine Transitmengen enthalten, diese werden ab 2009 jährlich separat erfragt.

Ausfuhren im Monatsbericht sind Bilanzmengen, die abgerechnet werden, aber nicht unbedingt mit der Ausfuhr bei der Außenhandelsstatistik identisch sind. Eine „Verschiebung“ findet zum Beispiel dann statt, wenn Gasmengen von einem Unternehmen ins Ausland verkauft werden, dessen Gasnetz aber nicht an die Grenze zum entsprechenden Land geht (Fremdnetznutzung). Liegen bei dem Handel noch Staaten dazwischen (z. B. Lieferungen über den Interconnector ins Vereinigte Königreich über Belgien), kann es auch zu Doppelerfassungen (im Handel) kommen.

Aus der Jahreserhebung in der Energiestatistik lassen sich zwar die Transitmengen von Erdgas errechnen; da den Versorgungsunternehmen aber keine vollständigen Informationen über diese Mengen vorliegen, sind diese Angaben unvollständig. Der Netzbetreiber transportiert zwar diese Mengen, hat aber wiederum nicht unbedingt die Information, ob es sich um reine Transit- oder um Handelsmengen (=Ausfuhren von inländischen Gasversorgern) handelt. Um eine genaue Bestimmung der Transitmengen vornehmen zu können, müssen die tatsächlichen Ein- und Ausfuhren erfasst werden; diese Angaben liegen aber derzeit nicht zweifelsfrei vor.

In der Außenhandelsstatistik werden bei der Einfuhr alle Anmelder erfasst, das heißt die Mengen der Unternehmen, die unmittelbar beim Grenzübergang die Gasmengen in Kilogramm und Terajoule anmelden, nachgewiesen. Hier sind auch Transitmengen enthalten. Ob diese vollständig erfasst sind, kann derzeit nicht geklärt werden. Die Einfuhrmenge der Netzbetreiber liegt nur um 1 % höher als die beim Monatsbericht der Energiestatistik, ist somit fast identisch. Da aber nicht alle Einfuhren (z. B. Gas aus Norwegen zum Transfer in die Niederlande über deutsche Leitungsnetze) erfasst sind, kann man aus den Meldungen der Netzbetreiber keine sicheren Schlüsse über die Transitmengen ziehen. Die Mengen tauchen jedenfalls bei der Ausfuhr der Netzbetreiber wieder auf, die jedoch nicht einführende Unternehmen sind.

Die Ausfuhren von Erdgas der Außenhandelsstatistik enthalten größtenteils keine Transitmengen. Die Mengen der

Anmelder unterscheiden sich auch hier deutlich von den Handelsmengen des Monatsberichtes der Energiestatistik, die Zahl der Anmelder ist geringer. Über die Zolldeklarationen hinaus werden der Außenhandelsstatistik von den deutschen Netzbetreibern auf freiwilliger Basis Angaben zu deren Ein- und Ausfuhr geliefert. Diese Meldungen sollten die Mengen enthalten, die unabhängig vom „Eigentümer des Gases“ an den deutschen Grenzen in das inländische Ferngasnetz ein- bzw. ausgespeist werden. Nach den Recherchen des Statistischen Bundesamtes scheint die Zahl der Betreiber nicht vollständig zu sein, sodass die Transitmengen nicht komplett erfasst sind. Der Außenhandelsaldo ist zu niedrig. Transitmengen werden bei den Netzbetreibern erfasst, sofern diese als Netzbetreiber erkannt werden. Die Ausfuhr der Netzbetreiber enthält Durchleitungen bzw. Transitmengen. Diese Meldungen dienen als Gegenkontrolle für die Zolldeklarationen und sollten alle importierten bzw. exportierten Mengen enthalten, wobei keineswegs sicher ist, ob diese vollständig erfasst sind. Doppelmeldungen können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Das Volumen der an der deutschen Energiebörse EEX in Leipzig gehandelten Gasmengen ist gering. Die Mengen sind aber in den monatlichen bzw. jährlichen Meldungen als Bezüge von anderen Unternehmen mitgehalten.

Insgesamt gesehen erschwert die strukturelle Vielfalt der Gasversorgung in Deutschland eine zügige und transparente Berichterstattung. Zu der daraus resultierenden unbefriedigenden Datenlage kommen weitere Beeinträchtigungen hinzu. Die – auch von der Europäischen Union geforderte – Entflechtung von gewachsenen Unternehmens- und Versorgungsstrukturen trägt nicht zur Transparenz bei. Die Einrichtung von „virtuellen Handelspunkten“ verursacht weitere Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Datenquellen. Hier verläuft der physische Gasfluss völlig anders als die vertraglichen Handelsbeziehungen.

Darüber hinaus ist es notwendig, die nationalen und internationalen Zielvorgaben aufeinander abzustimmen. Die grenzüberschreitenden Gasmengen, die Transitmengen und die Mengen nach Ursprungs- und Bestimmungsländern werden sich in der deutschen Gaswirtschaft nicht in einer einzigen Statistik erfassen lassen. Die Energiestatistik kann in erster Linie die Ursprungs- und Bestimmungsländer darstellen, sofern es sich um leitungsgebundene Gaslieferungen handelt. Die Außenhandelsstatistik kann vorrangig die grenzüberschreitenden Mengen abbilden. Offen bleibt, wie die Transitmengen vollständig erfasst werden können.

6 Ausblick

Die Gasstatistik in Deutschland muss verbessert werden. Da abzusehen ist, dass die verschiedenen Datenquellen erhalten bleiben werden, müssen diese besser aufeinander abgestimmt werden. Ferner muss in den Goodwill der Gaswirtschaft investiert werden. Diese Kooperations- und Koordinationsaufgaben müssen in erster Linie vonseiten des fachlich zuständigen Ressorts, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, angestoßen werden. Als ers-

ter Schritt zur Verbesserung könnte ein „runder Tisch“ eingeleitet werden, an dem einerseits die Gaswirtschaft, vertreten durch Importeure und den Wirtschaftsverband BDEW, andererseits die Vertreter der verschiedenen nationalen Erhebungsstellen (Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundesnetzagentur) sitzen. Möglicherweise werden auch Gesetzesänderungen erforderlich sein. [u](#)

Dr. Martin Szibalski

Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008

Ergebnisse der Monatserhebung im Tourismus

2008 war für die meisten Beherbergungsbetriebe in Deutschland wieder ein erfolgreiches Jahr: Insgesamt wurden 133,0 Mill. Gästeankünfte und 369,6 Mill. Übernachtungen registriert. Allerdings konnten viele Bereiche nicht an die überdurchschnittlichen Wachstumsraten der Vorjahre anknüpfen, da vor allem die Ergebnisse im letzten Quartal 2008 ungünstiger ausfielen. Diese Entwicklung zeichnete sich auch im internationalen Tourismus ab und ist vermutlich eine Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Mit einem Plus von 3,2% übertraf die Übernachtungszahl ausländischer Gäste, die einen Anteil von etwa 15,3% an allen Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben haben, deutlich das Vorjahresergebnis. Auch im Städtetourismus wurde 2008 eine Zunahme der Ankünfte von 2,3% im Vergleich zum Vorjahr erzielt. Seit 2006 ist hier allerdings ein abnehmendes Wachstum zu beobachten.

Mit 102,6 Mill. Ankünften (+ 1,9%) und 218,2 Mill. Übernachtungen (+ 1,7%) gegenüber 2007 dominierte – nach Betriebsarten betrachtet – weiterhin die Hotellerie deutlich gegenüber dem sonstigen Beherbergungsgewerbe sowie den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken. Auch der Campingtourismus entwickelte sich positiv und verzeichnete bei der Zahl der Übernachtungen eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 4,9%. Bei den Ankünften wurde ein beachtlicher Zuwachs von 8,9% erzielt.

Auch die Ankünfte und Übernachtungszahlen in den Gemeinden mit Prädikat sind 2008 im Vergleich zum Vorjahr mit Zunahmen von 2,4% bzw. 2,1% durchweg gestiegen. Besonders deutlich nahmen die Ankünfte in den Seebädern mit einem Zuwachs von 4,9% im Vergleich zum Vorjahr zu.

Der Blick auf die Bundesländer zeigt große Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung der Übernachtungszahlen im Jahr 2008. Danach konnten Bremen mit + 7,8% und Mecklenburg-Vorpommern mit + 4,5% die höchsten Wachstumsraten bei den Übernachtungszahlen der Bundesländer erzielen. Im Saarland stagnierten die Übernachtungszahlen, in Sachsen und Bayern erreichten die Wachstumsraten 2008 nicht die 1%-Marke.

Von den 141 Reisegebieten in Deutschland hatten im Jahr 2008 Regionen im Westen und Süden des Bundesgebietes für ausländische Besucher überdurchschnittliche Bedeutung. Dazu gehörten die wirtschaftlich starken Gebiete Köln und Region, Düsseldorf und Kreis Mettmann, die Städtereionen Nürnberg und München sowie die Region Main und Taunus und die eher für den Urlaubstourismus interessanten Regionen Rhein-, Mosel- und Saartal.

Bei der Tourismusintensität erreichte die für den Inländer-tourismus besonders wichtige Urlaubsregion Ostfriesische Inseln mit 295 682 Übernachtungen je 1 000 Einwohner im Jahr 2008 den Spitzenplatz. Mit 103 713 Übernachtungen je 1 000 Einwohner folgte auf dem zweiten Platz das für den Wellness-, Golf- und Kurtourismus bedeutende Reisegebiet Bayerisches Thermenland in Niederbayern. Weitere touristische Vorzugsgebiete waren die Mittelgebirge außerhalb der industriell geprägten Zonen und die klassischen Naherholungsgebiete im Flachland.

Vorbemerkung

In Deutschland ist die Monatserhebung im Tourismus die wichtigste amtliche Erhebung darüber, wie die Übernach-

tungsmöglichkeiten in Beherbergungsbetrieben in Anspruch genommen werden.¹⁾ Die Ergebnisse dieser Statistik basieren auf Angaben der Beherbergungsbetriebe zur Zahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland. Bei Gästen mit ständigem Wohnsitz im Ausland werden die Angaben zusätzlich nach den Herkunftsländern aufgegliedert.²⁾ Auch zu den angebotenen Betten der Beherbergungsstätten und den Stellplätzen bei Campingplätzen werden monatlich Daten von den Beherbergungsbetrieben übermittelt. Bei Betrieben der Hotellerie, zu denen Hotels und Hotels garnis sowie Gasthöfe und Pensionen gehören, wird zusätzlich die Zahl der angebotenen Gästezimmer zum 31. Juli eines jeden Jahres erhoben.

Die Befragung bei der Monatserhebung im Tourismus beschränkt sich auf Betriebe, die mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend aufnehmen können. Derzeit sind dies etwa 56.000 Unternehmen. Kleinere Betriebe mit einer geringeren Übernachtungskapazität, die zwar in großer Zahl existieren, aber nur einen geringen Anteil an allen Übernachtungen haben, werden auf diese Weise entlastet. Die Beschränkung auf die größeren Beherbergungsbetriebe erlaubt es aber durchaus, verlässliche Informationen über aktuelle Entwicklungen und langfristige Tendenzen im deutschen Beherbergungsgewerbe bereitzustellen. Die Gesamtzahl aller Übernachtungen von Touristen in Deutschland und seinen Regionen ist jedoch nicht bekannt, da nicht nur für die bereits erwähnten kleineren Beherbergungsbetriebe keine Angaben erhoben werden, sondern auch nicht zu Übernachtungen bei Freunden, Bekannten und Verwandten und zu Übernachtungen in selbst genutzten Zweitwohnsitzen.

Die Ergebnisse der Erhebung werden in der Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 7.1 „Tourismus – Ergebnisse der Monatserhebung im Tourismus“ veröffentlicht. Die Fachserie ist über die Internetseite des Statistischen Bundesamtes etwa sechs Wochen nach dem Ende des jeweiligen Monats abrufbar.³⁾ Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse eines Jahres erfolgt in der Publikation „Tourismus in Zahlen“, die etwa ab Mitte des Folgejahres auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download bereitsteht.⁴⁾

Rahmenbedingungen für den Tourismus 2008

Im Jahr 2008 hat sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland gegenüber dem Vorjahr insgesamt noch positiv entwickelt. Allerdings waren zum Jahresende die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise deutlich spürbar: So wuchs das Bruttoinlandsprodukt zwar real um 1,3 %, konnte jedoch die Zuwachsrate des Vorjahres (+ 2,5 %) nicht mehr erreichen. Die Zahl der Erwerbstätigen verzeichnete mit + 1,5 % gegenüber 2007 einen deutlichen Anstieg. Die privaten Haushalte profitierten außerdem von der höchsten

Zuwachsrate ihres verfügbaren Einkommens (Ausgabenkonzept) seit 2001. Das Haushaltseinkommen stieg im Betrachtungszeitraum nach Jahren zurückhaltender Lohnpolitik um 2,5 % und damit deutlich stärker als im Vorjahr, in dem eine Zunahme von 1,6 % im Vergleich zu 2006 realisiert wurde.

Im Durchschnitt war das Jahr 2008 eines der zehn wärmsten Jahre in Deutschland seit dem Beginn regelmäßiger Wetteraufzeichnungen. Es war recht warm und sonnig, im Vergleich zum Vorjahr aber ein wenig zu trocken. Die Monate Januar und Februar sowie generell der Winter 2007/2008 gehörten zu den schneeärmsten überhaupt. Erst der März und April brachten Schnee. Im Sommer lagen die Temperaturen durchweg leicht über dem Mittel, gefolgt von einem ziemlich durchschnittlichen Herbst.

Nach Angaben der Welttourismusorganisation (UNWTO) hat sich der weltweite Tourismusmarkt im Jahr 2008 wie schon in den Vorjahren gut entwickelt. Die Organisation meldete 924 Mill. internationale Touristenankünfte gegenüber 908 Mill. im Vorjahr. Dies entsprach einer Zunahme von nahezu 2 % im Vergleich zu 2007. Die überdurchschnittlichen Zuwächse der vier Vorjahre wurden jedoch nicht erreicht. Die Prognose für 2009 liegt zudem im negativen Bereich.

2008 geringere Zunahme bei Ankünften und Übernachtungen

Im Jahr 2008 wurde mit etwa 133,0 Mill. Gästeankünften in den Beherbergungsbetrieben erneut ein Rekordergebnis erzielt (siehe Tabelle 1). Die Zahl der Gästeankünfte lag

Tabelle 1: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben

Jahr	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾ Anzahl
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
1992	90 251	X	318 444	X	3,5
1993	88 033	-2,5	312 079	-2,0	3,5
1994	89 900	+2,1	314 227	+0,7	3,5
1995	93 957	+4,5	323 662	+3,0	3,4
1996	95 527	+1,7	321 245	-0,7	3,4
1997	98 013	+2,6	308 323	-4,0	3,1
1998	101 352	+3,4	314 411	+2,0	3,1
1999	107 202	+5,8	329 365	+4,8	3,1
2000	113 737	+6,1	347 423	+5,5	3,1
2001	112 845	-0,8	347 444	±0,0	3,1
2002	110 996	-1,6	338 522	-2,6	3,0
2003	112 578	+1,4	338 414	±0,0	3,0
2004	116 391	+3,4	338 723	+0,1	2,9
2005	120 553	+3,6	343 925	+1,5	2,9
2006	125 227	+3,9	351 185	+2,1	2,8
2007	129 857	+3,7	361 846	+3,0	2,8
2008	132 959	+2,4	369 580	+2,1	2,8

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte je Person.

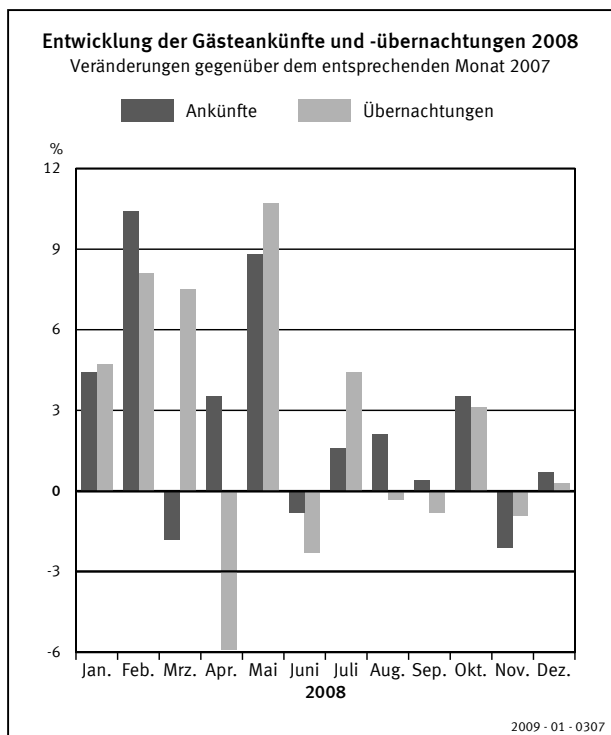
1) Die rechtliche Grundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1642), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399).

2) Durch die Zählung der Ankünfte in den Beherbergungsbetrieben werden Gäste, die in ihrem Urlaub in mehreren Unterkünften übernachten, zum Beispiel im Rahmen einer Rundreise, auch mehrfach gezählt. Die Zahl der Ankünfte ist daher nicht mit der Zahl der Gäste identisch.

3) www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Fachveröffentlichungen → Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus → Monatserhebung im Tourismus.

4) www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Fachveröffentlichungen → Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus → Tourismus in Zahlen.

Schaubild 1



damit um 2,4% über der des Vorjahres. Allerdings fiel die Wachstumsrate im Vergleich zu denen der letzten vier Jahre geringer aus. Im Mittel wurde in diesem Zeitraum bei den Ankünften eine Zunahme von 3,7% erreicht. Auch die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf rund 369,6 Mill. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,8 Nächte. Über einen Zeit-

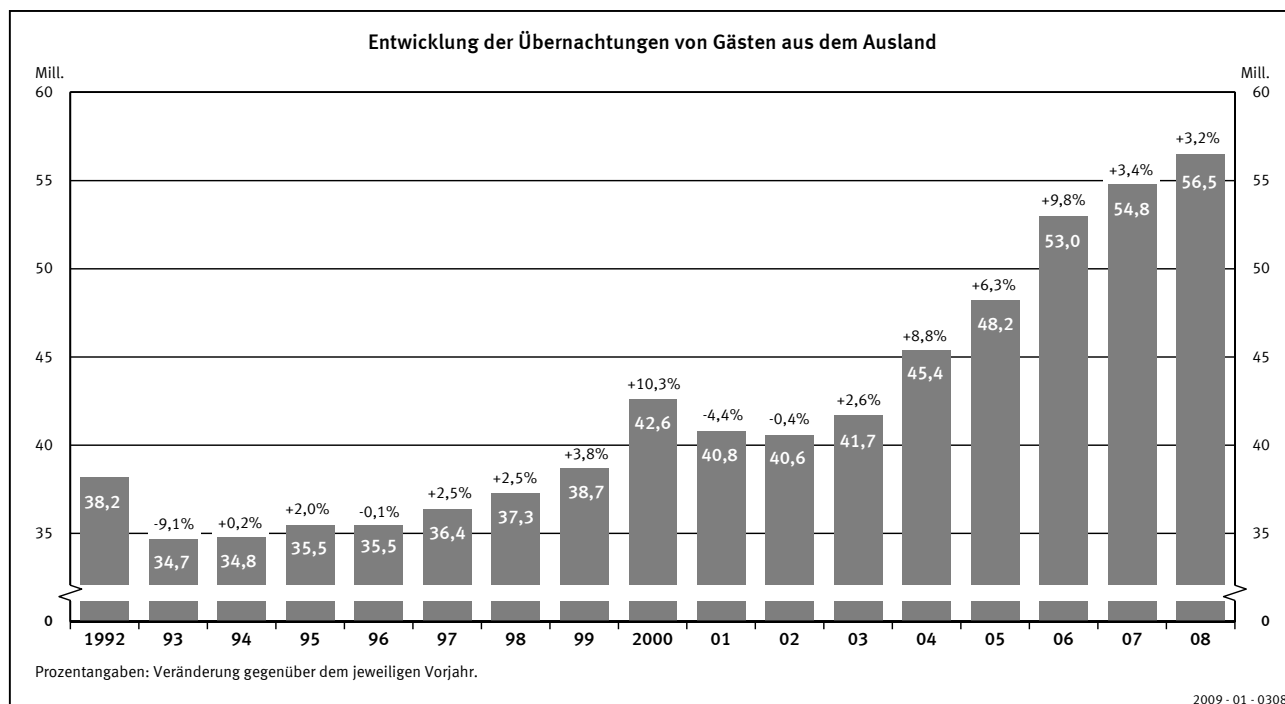
raum von 16 Jahren betrachtet hat die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,5 Nächten im Jahr 1992 bis zum jetzigen Stand fortlaufend abgenommen.

Der Vergleich der Monatsergebnisse für 2008 mit den Ergebnissen der jeweiligen Vorjahresmonate zeigt bei den Ankünften und Übernachtungen ein uneinheitliches Bild (siehe Schaubild 1). Die stärksten Zuwächse der Zahl der Ankünfte und Übernachtungen waren in den Monaten Januar, Februar und Mai zu verzeichnen, bei den Übernachtungen außerdem im März. Im Minus lagen die Monate Juni und November, bei den Ankünften außerdem der März, bei den Übernachtungen ferner der April und der September. Für dieses Ergebnis sind zum Teil kalendarische Effekte verantwortlich: Das Osterfest fiel 2008 in den März und das Pfingstfest in den Mai. Entsprechend fielen in allen Bundesländern die gesamten Osterferien, die üblicherweise für längere Ferientaufenthalte genutzt werden, in den Monat März, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Hessen (Ferien bis zum 5. April). Dies erklärt die starke Zunahme der Übernachtungen im März bei gleichzeitiger Abnahme der Ankünfte im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Zuwächse bei Übernachtungen und Ankünften ausländischer Gäste insgesamt moderat

Auch 2008 nahm die Zahl der Übernachtungen von ausländischen Gästen zu und erreichte mit 56,5 Mill. in deutschen Beherbergungsbetrieben verbrachten Nächten eine Steigerung von 3,2% gegenüber dem Vorjahr (siehe Schaubild 2). Seit 2003 haben die Übernachtungszahlen ausländischer Gäste stetig zugenommen, wobei die Zuwachsraten in die-

Schaubild 2



sem Zeitraum höher als diejenigen bei den Gästen aus dem Inland waren. Allerdings fällt der Zuwachs wie bereits im Jahr 2007 im Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2006 deutlich schwächer aus. Im Zeitraum von 2004 bis 2007 stiegen die Übernachtungszahlen durchschnittlich um 7,1%. Mit +9,8% wurde im Jahr 2006, in dem die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland stattfand, der höchste Wert seit dem historischen Hoch im Jahr der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover (+10,3% gegenüber 1999) erreicht.

Die Rückschau auf die letzten Monate des vergangenen Jahres zeigt außerdem, dass die Übernachtungszahlen der ausländischen Besucher im Oktober und November um 0,4% bzw. 2,1% zurückgingen und der Dezember lediglich ein Plus von 0,2% im Vergleich zum Vorjahr aufwies. Diese Entwicklung könnte mit möglichen Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Reisetätigkeit von Gästen aus dem Ausland zusammenhängen.

Der Blick auf die Herkunftsländer der ausländischen Gäste verdeutlicht, wie wichtig einzelne Nationalitäten für den Tourismus in Deutschland sind (siehe Tabelle 2). So waren, wie

schon in den vergangenen Jahren, Gäste aus den benachbarten Niederlanden hinsichtlich der Ankünfte (3,6 Mill.) und Übernachtungszahlen (9,7 Mill.) am stärksten vertreten. Sie hatten damit einen Anteil an allen Übernachtungen ausländischer Gäste von 17,1%.

Auch Gäste aus anderen Nachbarstaaten spielten bei den Ankünften eine große Rolle: aus der Schweiz mit 1,8 Mill. Ankünften, aus Österreich und Frankreich mit je 1,2 Mill. und aus Belgien mit 1,0 Mill. Über diese Nachbarländer hinaus konnten aber ebenso bei Gästen aus dem Vereinigten Königreich sowie den Vereinigten Staaten (jeweils 2,0 Mill.) und aus Italien (1,4 Mill.) hohe Ankunftsdaten registriert werden.

Bei den Übernachtungszahlen ist die Situation ähnlich. Betrachtet man hier die Veränderungen im Vergleich zu 2007, so findet man die höchsten Zuwachsraten bei Nationen, die bislang noch keine so große Rolle für den deutschen Tourismusmarkt spielten: Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus der Russischen Föderation stieg um 19,4%, die von Gästen aus der Tschechischen Republik um 12,2% sowie die von Gästen aus Indien um 11,8%. Die Übernachtungszahlen koreanischer und japanischer Gäste nahmen dagegen im Vorjahresvergleich ab. Ihr Anteil an allen Übernachtungen betrug lediglich 2,6%. Diese Entwicklung ist seit Mai 2008 zu beobachten: Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat gingen die Übernachtungszahlen von Gästen aus Japan und Korea teilweise sehr stark zurück. Die Vermutung liegt nahe, dass dies eine Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist. Deutlicher ins Gewicht fiel der Rückgang um 4,6% bei Übernachtungen von Gästen aus den Vereinigten Staaten und um 4,3% bei Touristen aus dem Vereinigten Königreich, die 2008 zusammen immerhin 15,4% der Übernachtungen ausländischer Gäste ausmachten.

Kontinental betrachtet dominierten in den Beherbergungsbetrieben wie schon in den Vorjahren Gäste aus dem europäischen Ausland mit etwa 19,0 Mill. Ankünften und 42,9 Mill. Übernachtungen. Das entsprach etwa drei Viertel aller Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland. Der Rest entfiel im Wesentlichen auf Gäste aus Amerika und Asien.

Tabelle 2: Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in Beherbergungsbetrieben 2008

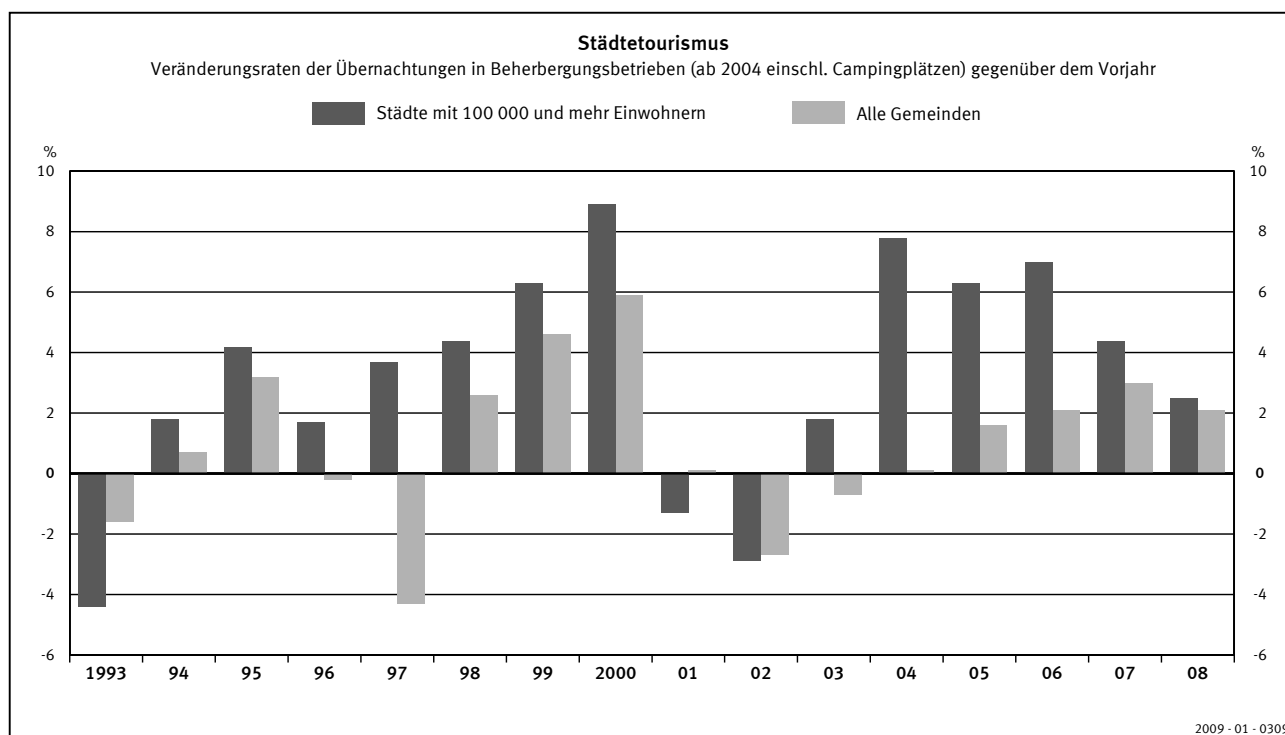
Ständiger Wohnsitz ¹⁾	Ankünfte	Übernachtungen			
		insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	
		1 000	%	1 000	%
Europa	18954	42946	76,0	+1889	+4,6
darunter:					
Belgien	1026	2473	4,4	+51	+2,1
Dänemark	1110	2296	4,1	+164	+7,7
Finnland	258	509	0,9	-9	-1,8
Frankreich	1220	2431	4,3	+80	+3,4
Griechenland	184	492	0,9	+27	+5,7
Italien	1422	3071	5,4	+33	+1,1
Luxemburg	187	455	0,8	+20	+4,6
Niederlande	3585	9689	17,1	+693	+7,7
Norwegen	349	653	1,2	+26	+4,1
Österreich	1205	2482	4,4	+95	+4,0
Polen	575	1347	2,4	+118	+9,6
Russische Föderation ...	498	1308	2,3	+213	+19,4
Schweden	854	1494	2,6	-6	-0,4
Schweiz	1774	3682	6,5	+79	+2,2
Spanien	809	1843	3,3	+9	+0,5
Tschechische Republik ..	309	656	1,2	+71	+12,2
Türkei	178	440	0,8	+29	+7,0
Ungarn	207	495	0,9	+32	+7,0
Vereinigtes Königreich ..	1968	4222	7,5	-190	-4,3
Afrika	160	463	0,8	-13	-2,8
Amerika	2573	5881	10,4	-169	-2,8
Kanada	256	557	1,0	+25	+4,8
Vereinigte Staaten	1974	4445	7,9	-214	-4,6
Übriges Amerika	343	879	1,5	+19	+2,3
Asien	2104	4980	8,8	+20	+0,4
darunter:					
Arabische Golfstaaten ..	242	777	1,4	+51	+7,1
Volksrepublik China und Hongkong	421	943	1,7	-8	-0,8
Indien	130	422	0,7	+44	+11,8
Israel	142	382	0,7	+13	+3,4
Japan	598	1130	2,0	-63	-5,3
Republik Korea	144	318	0,6	-29	-8,3
Australien und Ozeanien ..	271	597	1,1	+22	+3,8
Nicht näher bezeichnetes Ausland	823	1670	3,0	+20	+1,2
Insgesamt ...	24884	56537	100	+1753	+3,2

1) Grundsätzlich ist der ständige Wohnsitz der Gäste, nicht deren Staatsangehörigkeit (Nationalität) maßgebend.

Wachstum im Städtetourismus schwächt sich ab

Übernachtungen und Ankünfte in größeren Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern werden dem sogenannten Städtetourismus zugeordnet. In den letzten Jahren gab es in diesem Segment bemerkenswerte, über dem allgemeinen Trend liegende Wachstumsraten, die zum Teil durch Großereignisse (beispielsweise die Weltausstellung EXPO im Jahr 2000 und die Fußballweltmeisterschaft 2006) unterstützt wurden (siehe Schaubild 3). Allerdings ist seit 2006 ein abnehmendes Wachstum zu beobachten. 2006 wurde noch ein Plus von 7,0% erreicht, 2008 waren es lediglich 2,5%. Damit nahm die Zahl der Übernachtungen in Großstädten aber auch in diesem Jahr überdurchschnittlich zu.

Schaubild 3



2009 - 01 - 0309

Die weitere Differenzierung der Ergebnisse für Gemeindegrößenklassen nach dem ständigen Wohnsitz der Gäste liefert einen detaillierten Einblick in den Städtetourismus (siehe Tabelle 3). Zunächst fällt auf, dass bei den Übernachtungen sowohl in größeren (100 000 und mehr Einwohner) als auch in kleineren Gemeinden (weniger als 100 000 Einwohner) die Zuwachsraten bei Gästen aus dem Ausland im Vergleich zum Vorjahr mit 3,1 bzw. 3,3 % deutlich über diejenigen der Inländer mit 2,2 bzw. 1,8 % lagen. Die Veränderungsraten bei den Ankünften wiesen zwar auch in beiden Gemeindegrößenklassen einen deutlichen Anstieg auf. Hier wurden aber im Vergleich zu den Ankünften von Touristen aus Deutschland mit 2,4 % (größere Gemeinden) und 2,5 % (kleinere Gemeinden) bei den ausländischen Gästen mit +2,0 bzw. +1,8 % etwas geringere Zuwächse verzeichnet.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ausländischer Gäste im Städtetourismus (Gemeinden über 100 000 Einwohner) lag 2008 mit 2,1 Nächten geringfügig über derjenigen von deutschen Gästen (1,9 Tage). In kleineren Gemeinden verbrachten Gäste aus dem Ausland dagegen mit im Schnitt 2,5 Nächten deutlich weniger Nächte in einem Beherbergungsbetrieb als deutsche Touristen (3,4 Nächte).

Ankünfte und Übernachtungen in Gasthöfen rückläufig

In der Tourismusstatistik werden die Beherbergungsbetriebe nach sogenannten Betriebsarten gegliedert und zu Betriebsartengruppen zusammengefasst. In Anlehnung an

Tabelle 3: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2008 nach Gemeindegrößenklassen und ständigem Wohnsitz der Gäste

Gemeindegrößenklasse Ständiger Wohnsitz der Gäste	Ankünfte			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾ Anzahl
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	
	1 000	%		1 000	%		
Gemeinden insgesamt	132 959	100	+2,4	369 580	100	+2,1	2,8
Deutschland	108 075	100	+2,5	313 043	100	+1,9	2,9
Ausland	24 884	100	+1,9	56 537	100	+3,2	2,3
Gemeinden unter 100 000							
Einwohnern	84 418	63,5	+2,5	274 984	74,4	+2,0	3,3
Deutschland	73 192	67,7	+2,5	247 417	79,0	+1,8	3,4
Ausland	11 226	45,1	+1,8	27 567	48,8	+3,3	2,5
Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern	48 541	36,5	+2,3	94 595	25,6	+2,5	1,9
Deutschland	34 883	32,3	+2,4	65 626	21,0	+2,2	1,9
Ausland	13 658	54,9	+2,0	28 970	51,2	+3,1	2,1

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte je Person.

Tabelle 4: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2008 nach Betriebsarten

Betriebsart	Ankünfte			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	
	1 000	%		1 000	%		Anzahl
Hotels	70 592	53,1	+2,3	143 953	39,0	+2,1	2,0
Hotels garnis	19 712	14,8	+2,4	43 369	11,7	+2,1	2,2
Gasthöfe	8 232	6,2	-3,4	18 029	4,9	-3,1	2,2
Pensionen	4 105	3,1	+3,9	12 895	3,5	+2,2	3,1
Hotellerie zusammen ...	102 641	77,2	+1,9	218 246	59,1	+1,7	2,1
Jugendherbergen und Hütten ...	6 506	4,9	+4,2	16 417	4,4	+4,7	2,5
Campingplätze	6 319	4,8	+8,9	23 008	6,2	+4,9	3,6
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	7 931	6,0	+1,4	25 101	6,8	+1,1	3,2
Boardinghouses	352	0,3	+27,1	1 290	0,3	+24,0	3,7
Ferienzentren	2 143	1,6	+0,8	9 575	2,6	+1,7	4,5
Ferienhäuser, -wohnungen	4 873	3,7	+4,2	30 240	8,2	+1,6	6,2
Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen ...	28 124	21,2	+4,4	105 630	28,6	+2,9	3,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 194	1,6	+0,2	45 704	12,4	+2,6	20,8
Insgesamt ...	132 959	100	+2,4	369 580	100	+2,1	2,8

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte je Person.

die Klassifikation der Wirtschaftszweige⁵⁾ unterscheidet man bei den Beherbergungsbetrieben zwischen der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) und dem sonstigen Beherbergungsgewerbe (Jugendherbergen und Hütten, Campingplätze, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Boardinghouses, Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen) sowie den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Absolut betrachtet dominierte die Hotellerie mit 102,6 Mill. Ankünften und 218,2 Mill. Übernachtungen deutlich gegenüber allen anderen Betriebsartengruppen, in denen insgesamt nur ein Viertel der Ankünfte und vier von zehn Übernachtungen verzeichnet wurden. Innerhalb der Hotellerie konnten die klassischen Hotels und Hotel garnis deutliche Zuwächse, bei den Ankünften mit 2,3 bzw. 2,4% und bei den Übernachtungszahlen mit jeweils 2,1%, erzielen (siehe Tabelle 4). Den deutlichsten Zuwachs erreichten in dieser Gruppe jedoch die Pensionen mit einem Plus von 3,9% bei den Ankünften und 2,2% bei den Übernachtungen. Verlierer dieser Entwicklung waren die Gasthöfe, die im Vorjahresvergleich Einbußen von -3,4% bei den Ankünften und -3,1% bei den Übernachtungen hinnehmen mussten. Absolute Gewinner unter den Betriebsarten waren 2008 im Vergleich zum Vorjahr allerdings die Campingplätze (Ankünfte: +8,9%, Übernachtungen: +4,9%) sowie die Boardinghouses (Ankünfte: +27,1%, Übernachtungen: +24,0%), deren Anteil an den Ankünften und Übernachtungen insgesamt mit 0,3% allerdings sehr gering ist. In den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken nahm die Zahl der Ankünfte im Vorjahresvergleich nur geringfügig um 0,2% zu. Bei den Übernachtungszahlen wurde jedoch mit 2,6% im zweiten Jahr in Folge ein Zuwachs erzielt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste war mit 20,8 Nächten in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken

am höchsten, gefolgt von den Ferienhäusern und -wohnungen mit 6,2 Nächten. Im Durchschnitt lediglich 2,0 Nächte verweilten Gäste in Hotels. Generell ist festzustellen, dass Aufenthalte in Betrieben des sonstigen Beherbergungsgewerbes und in den Pensionen länger sind als in Hotels, Hotel garnis und Gasthöfen.

Aufenthalte im Kurtourismus in See-, Mineral- und Moorbäder am längsten

Heilbäder (Mineral- und Moorbäder, heilklimatische Kurorte und Kneippkurorte) sowie Seebäder, Luftkur- und Erholungsorte werden in der Tourismusstatistik als Gemeinden mit Prädikat bezeichnet. Ein kurtouristischer Aufenthalt in diesen Orten soll dazu dienen, die Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen. Im vergangenen Jahr waren in allen Gemeindegruppen mit Prädikat sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen Zunahmen zu verzeichnen (siehe Tabelle 5). Dabei nahmen die Ankünfte stärker zu als die Übernachtungen, sodass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Gemeinden mit Prädikat sank. Dies steht im Gegensatz zu den sonstigen Gemeinden, in denen 2008 die Zahl der Übernachtungen stärker wuchs als die der Ankünfte. Besonders deutlich nahmen die Ankünfte in den Seebädern mit einem Plus von 4,9% im Vergleich zum Vorjahr zu. Aber auch in Kneippkurorten stiegen die Ankünfte um 4,0%. Die Zunahmen der anderen Prädikatsgemeinden bewegten sich auf dem Niveau der Zunahmen in sonstigen Gemeinden ohne Prädikat. Bei den Übernachtungszahlen fällt auf, dass in den Gemeinden mit Prädikat die Zuwachsraten mit +1,2 bis +1,8% klar unter der der sonstigen Gemeinden mit +2,8% liegen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Prädikatsgemeinden übertrifft mit

5) Die Gliederung der Betriebsarten in diesem Aufsatz bezieht sich auf die 2008 noch gültig gewesene Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). Mittlerweile liegt diese Klassifikation in einer aktualisierten Fassung vor (Ausgabe 2008 – WZ 2008), die ab 2009 gültig ist und sich in einigen Punkten auf die Betriebsartengliederung auswirkt. Beide Klassifikationen sind kostenlos unter www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Grundlagen → Klassifikationen verfügbar.

Tabelle 5: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2008 nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	
	1 000	%	1 000	%	Anzahl
Mineral- und Moorbäder	7 525	+2,0	41 851	+1,3	5,6
Heilklimatische Kurorte	3 652	+2,2	16 132	+1,4	4,4
Kneippkurorte	2 264	+4,0	10 658	+1,4	4,7
Heilbäder zusammen ...	13 442	+2,4	68 641	+1,4	5,1
Seebäder	7 424	+4,9	41 150	+1,8	5,5
Luftkurorte	6 868	+2,3	25 174	+1,3	3,7
Erholungsorte	11 523	+2,0	37 622	+1,2	3,3
Sonstige Gemeinden	93 703	+2,3	196 992	+2,8	2,1
Insgesamt ...	132 959	+2,4	369 580	+2,1	2,8

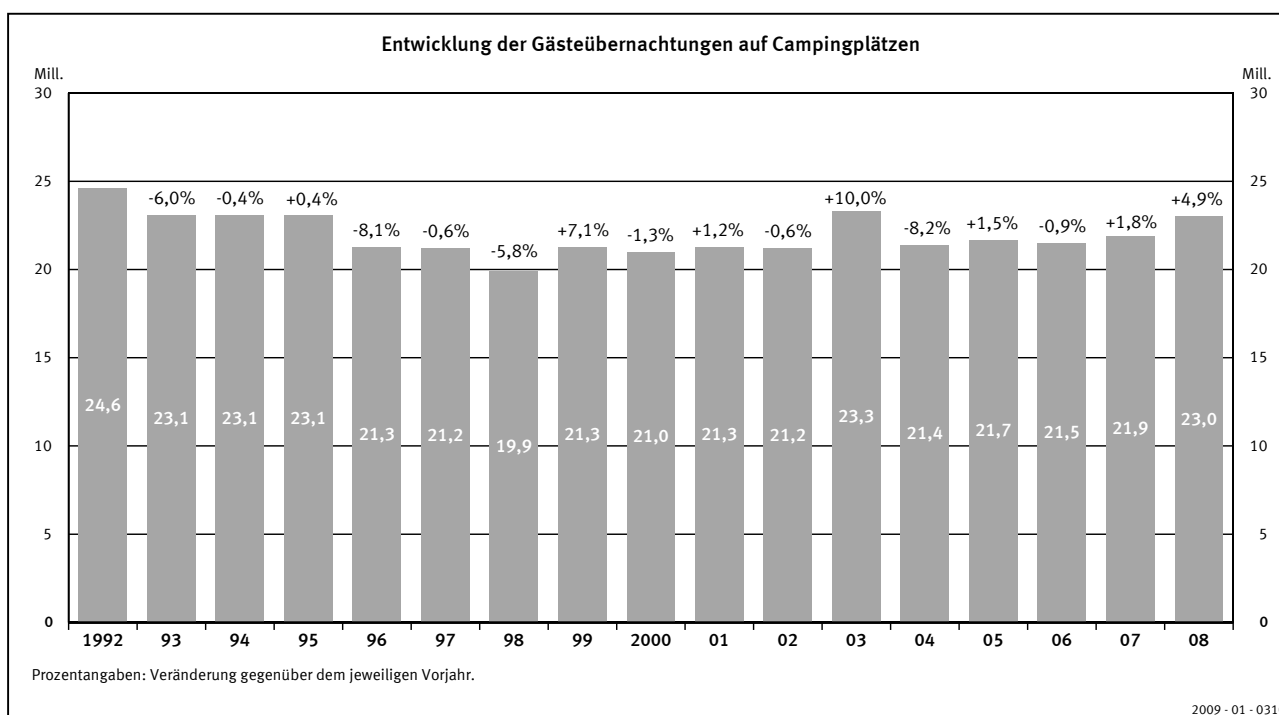
1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte je Person.

3,3 bis 5,6 Tagen jedoch nach wie vor diejenige in den sonstigen Gemeinden mit 2,1 Tagen deutlich. Die längste Zeit verbringen Gäste in Mineral- und Moorbädern mit im Durchschnitt 5,6 Tagen.

Campingtourismus entwickelt sich auch 2008 positiv

2008 nahmen die Gästeübernachtungen auf Campingplätzen nach einer eher mäßigen Entwicklung in den Vorjahren wieder deutlich zu. Mit insgesamt 23,0 Mill. Übernachtungen stiegen sie gegenüber 2007 um 4,9% (siehe Schaubild 4). Dies ist der drittstärkste Zuwachs seit 1992, dem ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Ergebnisse zu den Übernachtungszahlen auf Campingplätzen vorliegen und das mit 24,6 Mill. Übernachtungen die bislang höchsten Übernachtungszahlen aufwies. Im Jahr 2003, das eine ausgesprochen heiße und trockene Periode von Ende Mai bis Anfang September aufwies, wurde mit 10,0% die bisher höchste Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr erreicht; allerdings war 2002 mit 21,2 Mill. Übernachtungen im langjährigen Vergleich auch ein relativ schwaches Jahr für den Campingtourismus. Zu beachten ist außerdem, dass in den letzten Jahren zunehmend auch Reisemobilstellplätze in die Erhebung einbezogen werden und sich so auf die Wachstumsraten auswirken. Diese Campingform erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie Zahlen einer Grundlagenuntersuchung des Deutschen Tourismusverbands e. V. zum Campingtourismus als Wirtschaftsfaktor in Deutschland zeigen.⁶⁾

Schaubild 4



6) Siehe www.deutschtourismusverband.de/content/files/grundlagenuntersuchungcampinglangfassung.pdf (Stand: 30. April 2009).

Nutzung des vorhandenen Bettenangebots im Vergleich zu 2007 unverändert

Die Nutzung des vorhandenen Bettenangebots wird in der Tourismusstatistik für alle Beherbergungsbetriebe – mit Ausnahme von Campingplätzen, die kein reguläres Bettenangebot haben – ermittelt. Dieser Kennwert wird auch als Kapazitätsauslastung bezeichnet und bezieht sich auf die Nutzung der tatsächlich angebotenen Betten im Jahresdurchschnitt.

Seit 1992, dem Beginn der Zeitreihe, entwickelte sich im gesamten Beherbergungsgewerbe die Kapazitätsauslastung recht uneinheitlich (siehe Schaubild 5). Der Spitzenwert von 42,8% Auslastung im Jahr 1992 wurde in den Folgejahren nicht mehr erreicht. Die Kenngröße nahm vielmehr ab und erreichte 1997 mit 34,9% einen Tiefpunkt. Bis zum Jahr 2000 stieg sie dann wieder bis auf 37,6%, nahm in den folgenden Jahren wieder leicht ab und steigt seit dem Jahr 2004 erneut an. In den Jahren 2007 und 2008 lag sie bei 38,0%. In der Hotellerie allein betrachtet zeichnet sich dieser Verlauf der Kapazitätsauslastung sehr genau nach, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau. So wurde der Höchststand mit 38,9% ebenfalls 1992 verzeichnet. Der Abstand zur Kapazitätsauslastung im gesamten Beherbergungsgewerbe betrug in diesem Jahr 3,9 Prozentpunkte. Über die Jahre verringerte sich diese Differenz allmählich und lag 2008 bei nur noch 1,5 Prozentpunkten.

Bremen und Mecklenburg-Vorpommern bei Übernachtungszuwächsen an der Spitze

Im Jahr 2008 verlief die Entwicklung der Übernachtungszahlen vor allem für den Stadtstaat Bremen und das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern außerordentlich positiv (siehe Schaubild 6). Bremen erreichte im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 7,8% bei den Übernachtungen, Mecklenburg-Vorpommern konnte sich um 4,5% steigern. Aber auch die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin konnten mit +4,4 bzw. +2,8% überdurchschnittliche Zuwächse erzielen. Den Bundesschnitt von +2,1% übertrafen auch noch die Flächenländer Baden-Württemberg (+2,9%), Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (jeweils +2,8%) und Brandenburg (+2,4%). Weniger günstig sah die Entwicklung in den übrigen Bundesländern aus. Im Saarland konnte keine Steigerung der Übernachtungszahlen erzielt werden. Aber auch in Bayern und Sachsen lag der Zuwachs der Gästeübernachtungen unter der 1%-Marke.

Hinsichtlich der Bedeutung des Beherbergungsgewerbes stand Bayern 2008 mit 76,9 Mill. Übernachtungen und einem Anteil an allen Übernachtungen von 20,8% nach wie vor an der Spitze aller Bundesländer (siehe Tabelle 6). Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erreichten jeweils rund die Hälfte dieser Werte. Auf Platz 5 war in diesem Jahr Mecklenburg-Vorpommern zu finden, das erstmals mehr Übernachtungen aufwies als Hessen.

Interessant ist ein Ländervergleich der Zuwachsraten der Übernachtungszahlen seit 1992. Deutlicher Gewinner ist

Schaubild 5

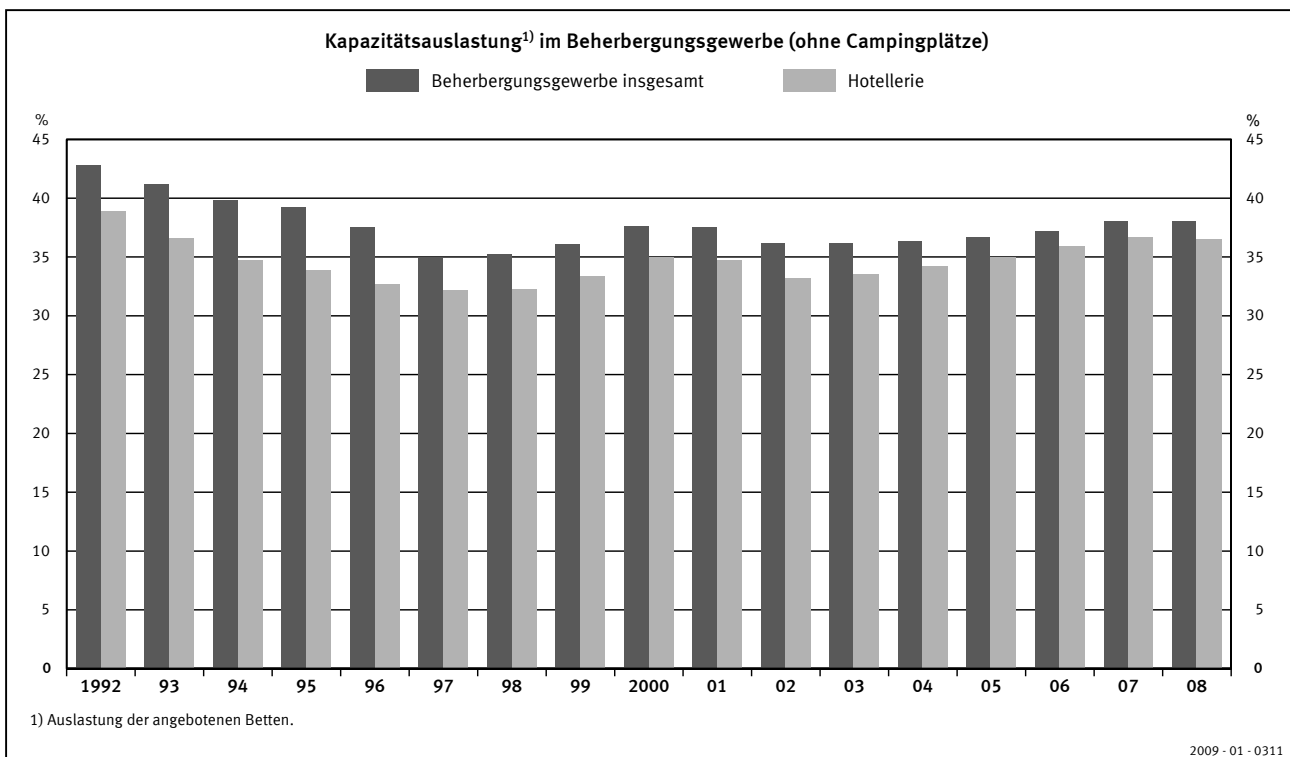
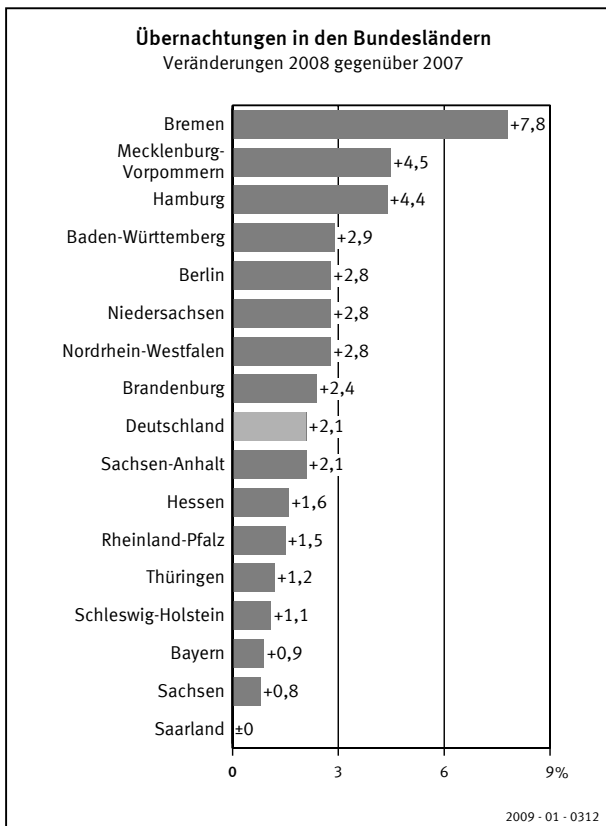


Schaubild 6



hier Mecklenburg-Vorpommern mit einer Steigerung von 191,8%. Aber auch in Sachsen, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben die Übernachtungen teilweise um deutlich mehr als 100% zugenommen. Schlechter sah die Entwicklung in Schleswig-Holstein, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz aus. Diese Länder mussten im betrachteten Zeitraum von 16 Jahren einen Rückgang der Übernachtungs-

Tabelle 6: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2008 nach Bundesländern

Land	Insgesamt		Veränderung gegenüber	
	1 000	%	2007	1992
Baden-Württemberg ...	43 617	11,8	+2,9	+1,0
Bayern	76 910	20,8	+0,9	-5,6
Berlin	17 770	4,8	+2,8	+126,3
Brandenburg	10 172	2,8	+2,4	+119,5
Bremen	1 651	0,4	+7,8	+54,3
Hamburg	7 728	2,1	+4,4	+88,0
Hessen	27 326	7,4	+1,6	-5,9
Mecklenburg-Vorpommern ...	27 502	7,4	+4,5	+191,8
Niedersachsen ...	36 902	10,0	+2,8	+1,0
Nordrhein-Westfalen	41 521	11,2	+2,8	+11,5
Rheinland-Pfalz ..	20 233	5,5	+1,5	-0,2
Saarland	2 264	0,6	±0,0	+14,2
Sachsen	16 182	4,4	+0,8	+124,2
Sachsen-Anhalt ..	6 700	1,8	+2,1	+105,3
Schleswig-Holstein	23 855	6,5	+1,1	-6,3
Thüringen	9 247	2,5	+1,2	+61,9
Deutschland ...	369 580	100	+2,1	+16,0

zahlen hinnehmen, wobei Schleswig-Holstein mit -6,3% die stärkste Abnahme verzeichnete.

Ergebnisse der Tourismusstatistik in kleinräumiger Betrachtung

Regionale Gliederung nach Reisegebieten

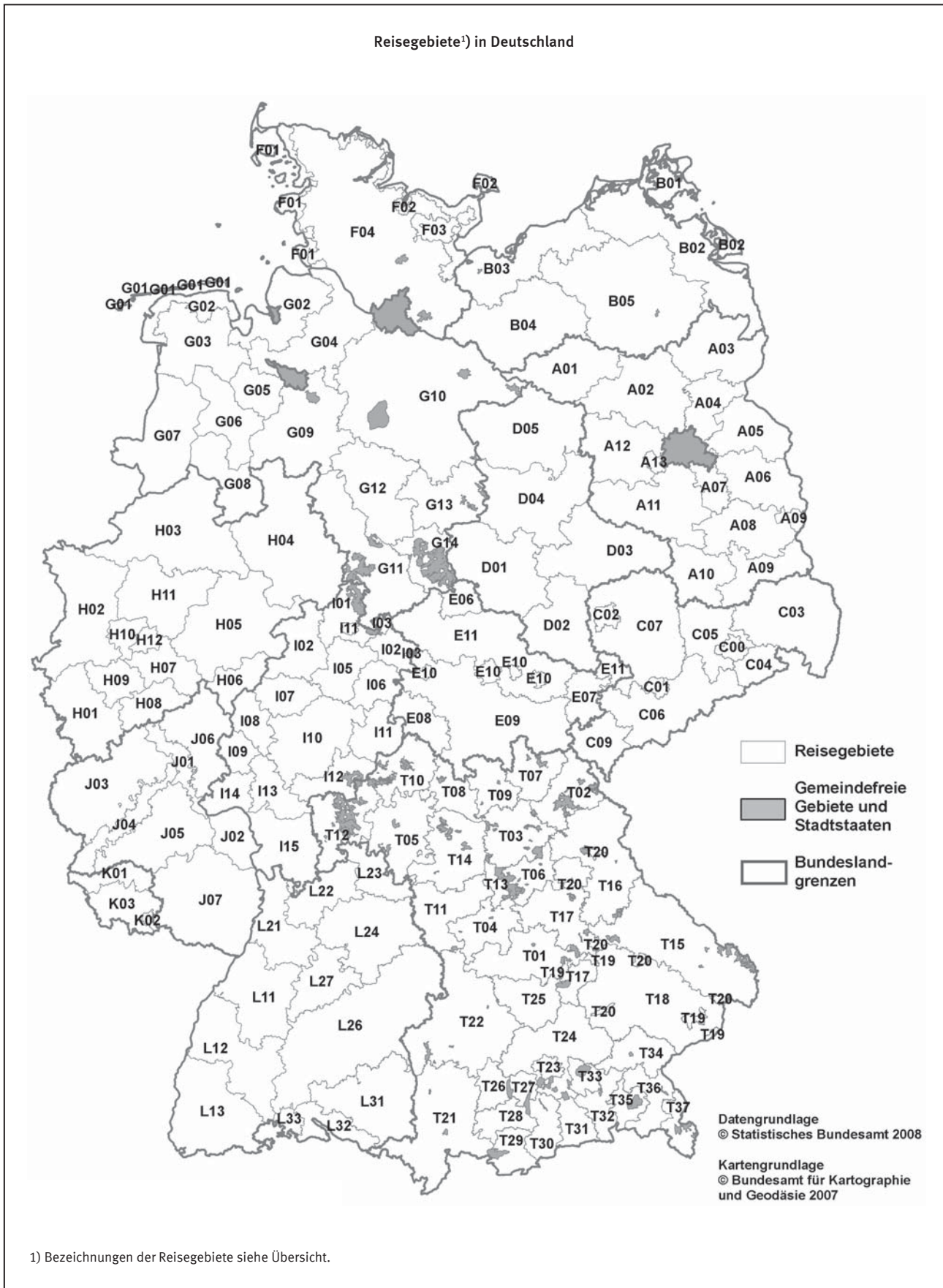
Die sogenannten Reisegebiete der Bundesländer sind geeignet, räumliche Schwerpunkte oder Unterschiede einzelner Merkmale der Tourismusstatistik kartografisch für das Bundesgebiet darzustellen. Die Abgrenzung der Reisegebiete erfolgt landesspezifisch auf Basis der Gemeindefläche. Meist werden dazu naturräumliche Kriterien herangezogen. Landschaftlich prägende Elemente, wie zum Beispiel Gebirge oder Gewässer, sind hierbei maßgebend. Aber auch größere Städte oder Industrieregionen werden als Reisegebiete klassifiziert. Touristisch weniger bedeutsame Bereiche werden als „übrige Bundeslandfläche“ zusammengefasst. Regelmäßig definieren einzelne Bundesländer Teile ihrer Reisegebiete neu, um sie so an veränderte touristische oder politische Rahmenbedingungen anzupassen.

Jedes Reisegebiet besitzt einen Schlüssel und eine textliche Bezeichnung (siehe Schaubild 7 auf S. 434 und Liste der Reisegebiete auf S. 435). Nicht das gesamte Bundesgebiet ist in Reisegebiete untergliedert. Sogenannte gemeindefreie Gebiete, zum Beispiel größere Waldgebiete oder militärische Sicherheitsbereiche, sind von dieser Klassifizierung ausgenommen und in den folgenden Schaubildern 8 und 9 weiß dargestellt. Gleiches gilt für die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, für die ebenfalls keine Reisegebiete definiert sind.

Anteil ausländischer Gäste im Westen, Süden und um Berlin am höchsten

Insbesondere für Regionen im Westen und Süden des Bundesgebietes waren ausländische Besucher 2008 von überdurchschnittlicher Bedeutung (siehe Schaubild 8 auf S. 436). Dazu gehörten die wirtschaftlich starken Gebiete Köln und Region, Düsseldorf und Kreis Mettmann, die Städtereigionen Nürnberg und München sowie Main und Taunus und die eher für den Urlaubstourismus interessanten Regionen Rhein-, Mosel- und Saartal. Hier erreichte der Anteil ausländischer Gäste an allen Übernachtungen Spitzenwerte von mehr als 28,5% bis 46,6%. Stark frequentiert wurden aber auch viele Mittelgebirgsregionen sowie Gebiete, die an die Niederlande, Luxemburg, Belgien und Frankreich grenzen. Dort wiesen Besucher aus dem Ausland Anteile von über 18,9% bis zu 28,5% an allen Übernachtungen auf. In den östlich gelegenen Reisegebieten waren viele Stadtregionen ebenfalls wichtige Ziele ausländischer Gäste mit Anteilen von mehr als 11,8% bis 18,9%, aus denen die Stadt Leipzig durch entsprechend höhere Übernachtungszahlen hervorsteicht. Schließlich waren auch die touristisch attraktiven Gebiete südlich von Berlin sowie um Hannover und Braunschweig interessant für Besucher aus dem Ausland (Anteil an allen Übernachtungen: über 11,8% bis 18,9%). Klassi-

Schaubild 7



Liste der Reisegebiete (Schlüssel und textliche Bezeichnung) nach Bundesländern
Stand: 2008

Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Brandenburg
F01 Nordsee	L11 Nördlicher Schwarzwald	A01 Prignitz
F02 Ostsee	L12 Mittlerer Schwarzwald	A02 Ruppiner Land
F03 Holsteinische Schweiz	L13 Südlicher Schwarzwald	A03 Uckermark
F04 Übriges Schleswig-Holstein	L21 Weinland zwischen Rhein und Neckar	A04 Barnimer Land
	L22 Neckartal-Odenwald-Madonnenländchen	A05 Märkisch Oderland
Niedersachsen	L23 Taubertal	A06 Oder-Spree-Seengebiet
G01 Ostfriesische Inseln	L24 Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald	A07 Dahme-Seengebiet
G02 Nordseeküste	L26 Schwäbische Alb	A08 Spreewald
G03 Ostfriesland	L27 Mittlerer Neckar	A09 Niederlausitz
G04 Unterelbe-Unterweser	L31 Württembergisches Allgäu- Oberschwaben	A10 Elbe-Elster-Land
G05 Oldenburger Land	L32 Bodensee	A11 Fläming
G06 Oldenburger Münsterland	L33 Hegau	A12 Havelland
G07 Emsland-Grafschaft Bentheim		A13 Potsdam
G08 Osnabrücker Land	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern
G09 Mittelweser	T01 Naturpark Altmühltal	B01 Rügen/Hiddensee
G10 Lüneburger Heide	T02 Fichtelgebirge	B02 Vorpommern
G11 Weserbergland-Süd-niedersachsen	T03 Fränkische Schweiz	B03 Mecklenburgische Ostseeküste
G12 Hannover-Hildesheim	T04 Fränkisches Seenland	B04 Westmecklenburg
G13 Braunschweiger Land	T05 Fränkisches Weinland	B05 Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte
G14 Harz	T06 Frankenalb	
Nordrhein-Westfalen	T07 Frankenswald	Sachsen
H01 Eifel und Region Aachen	T08 Haßberge	C00 Stadt Dresden
H02 Niederrhein	T09 Oberes Maintal-Coburger Land	C01 Stadt Chemnitz
H03 Münsterland	T10 Rhön	C02 Stadt Leipzig
H04 Teutoburger Wald	T11 Romantisches Franken – vom Rangau zur Romantischen Straße	C03 Oberlausitz-Niederschlesien
H05 Sauerland	T12 Spessart-Main-Odenwald	C04 Sächsisches Burgen- und Heideland
H06 Siegerland-Wittgenstein	T13 Städteregion Nürnberg	C05 Sächsisches Elbland
H07 Bergisches Land	T14 Steigerwald	C06 Erzgebirge
H08 Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	T15 Bayerischer Wald	C07 Sächsische Schweiz
H09 Köln und Region	T16 Oberpfälzer Wald	C09 Vogtland
H10 Düsseldorf und Kreis Mettmann	T17 Bayerischer Jura	Sachsen-Anhalt
H11 Ruhrgebiet	T18 Niederbayern zwischen Donau und Inn	D01 Harz und Harzvorland
H12 Bergisches Städtedreieck	T19 Bayerisches Thermenland	D02 Halle, Saale, Unstrut
Hessen	T20 Ostbayerische Städte	D03 Anhalt-Wittenberg
I01 Kassel-Land	T21 Allgäu	D04 Magdeburg, Elbe-Börde-Heide
I02 Waldecker Land	T22 Bayerisch-Schwaben	D05 Altmark
I03 Werra-Meißner-Land	T23 München	Thüringen
I05 Kurhessisches Bergland	T24 Münchener Umland	E06 Südharz
I06 Waldhessen (Hersfeld-Rotenburg)	T25 Oberbayerns Städte	E07 Thüringer Vogtland
I07 Marburg-Biedenkopf	T26 Ammersee-Lech	E08 Thüringer Rhön
I08 Lahn-Dill	T27 Starnberger Fünf-Seen-Land	E09 Thüringer Wald
I09 Westerwald-Lahn-Taunus	T28 Pfaffenwinkel	E10 Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar
I10 Vogelsberg und Wetterau	T29 Zugspitz-Region	E11 Übriges Thüringen
I11 Rhön	T30 Tölzer Land	Saarland
I12 Spessart-Kinzigtal-Vogelsberg	T31 Alpenregion Tegernsee-Schliersee	K01 Nordsaarland
I13 Main und Taunus	T32 Rosenheimer Land	K02 Bliesgau
I14 Rheingau-Taunus	T33 Ebersberger Grünes Land	K03 Übriges Saarland
I15 Odenwald-Bergstraße-Neckartal	T34 Inn-Salzach	
Rheinland-Pfalz	T35 Chiemsee	
J01 Rheintal	T36 Chiemgau	
J02 Rheinhessen	T37 Berchtesgadener Land	
J03 Eifel/Ahr		
J04 Mosel/Saar		
J05 Hunsrück/Nahe/Glan		
J06 Westerwald/Lahn-Taunus		
J07 Pfalz		

sche Reisegebiete des deutschen Urlaubstourismus, wie die Küstenregionen, Teile des Voralpenlandes sowie Mecklenburg-Vorpommern und angrenzende Regionen, hatten dagegen nur geringere Anteile an Gästen aus dem Ausland zu verzeichnen. Diese seit Jahren zu beobachtende Tendenz, dass ausgewählte Regionen in Deutschland besonders stark von ausländischen Gästen profitieren, blieb auch 2008 unverändert.

Die Ursachen dafür sind unter anderem in der Erreichbarkeit, dem touristischen Charakter sowie der wirtschaftlichen Bedeutung (Stichwort „Geschäftsreisen“) der jeweiligen Reisegebiete zu suchen. Beispielsweise waren 2008 in Baden-Württemberg Besucher aus der benachbarten Schweiz mit einem Anteil von 16,7% an allen Übernachtungen ausländischer Gäste vertreten (siehe Tabelle 7). Auch das Saarland kann leicht von Frankreich und Luxemburg aus erreicht

Schaubild 8

Anteil ausländischer Gäste an allen Übernachtungen 2008 in den Reisegebieten
Prozent

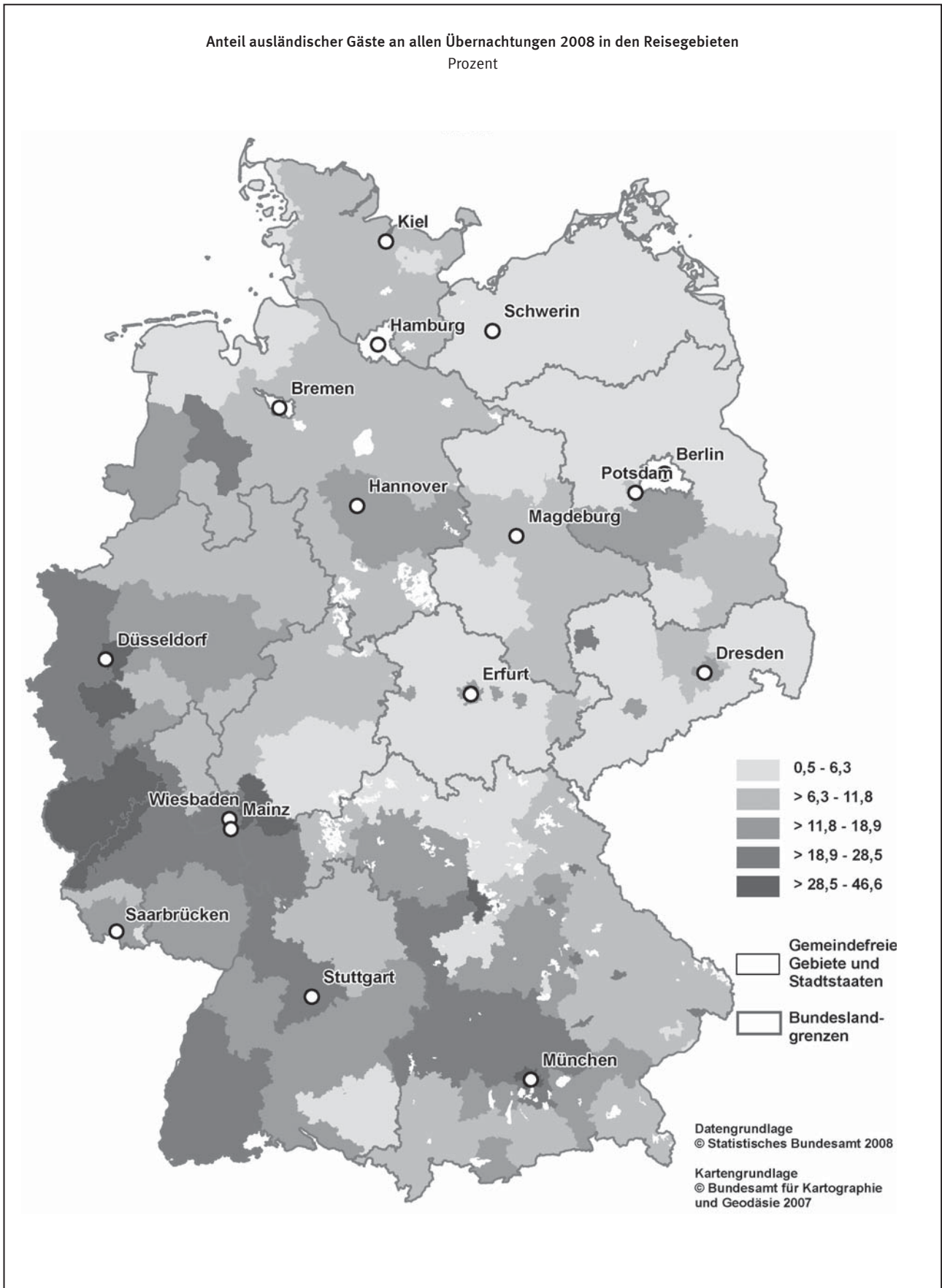


Tabelle 7: Die drei wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Gäste in den Bundesländern mit Reisegebieten 2008

Herkunftsland	%
Baden-Württemberg	
Schweiz	16,7
Niederlande	14,3
Vereinigte Staaten	8,1
Bayern	
Niederlande	11,0
Vereinigte Staaten	9,9
Italien	8,3
Brandenburg	
Niederlande	19,4
Polen	9,3
Dänemark	5,3
Hessen	
Vereinigte Staaten	12,8
Niederlande	10,8
Vereinigtes Königreich	8,3
Mecklenburg-Vorpommern	
Niederlande	18,4
Schweden	16,2
Dänemark	14,4
Niedersachsen	
Niederlande	27,1
Dänemark	9,9
Vereinigtes Königreich	5,3
Nordrhein-Westfalen	
Niederlande	23,0
Vereinigtes Königreich	9,4
Belgien	6,0
Rheinland-Pfalz	
Niederlande	47,5
Belgien	15,4
Vereinigtes Königreich	7,6
Saarland	
Frankreich	13,8
Luxemburg	11,2
Niederlande	9,3
Sachsen	
Niederlande	12,7
Vereinigte Staaten	10,9
Österreich	7,3
Sachsen-Anhalt	
Niederlande	21,0
Dänemark	9,8
Polen	6,5
Schleswig-Holstein	
Dänemark	33,6
Schweden	18,2
Niederlande	7,2
Thüringen	
Niederlande	25,0
Schweiz	6,3
Österreich	5,8

werden und wies mit 13,8 bzw. 11,2% entsprechend hohe Übernachtungszahlen von Gästen aus diesen Ländern auf. Im Norden des Bundesgebietes ist die Anziehungskraft grenznaher Reisegebiete für ausländische Besucher ebenfalls erkennbar. So waren in Schleswig-Holstein Gäste aus den skandinavischen Ländern Dänemark (33,6%) und Schweden (18,2%) 2008 die beiden wichtigsten Gruppen ausländischer Übernachtungsgäste in diesem Bundesland.

Für Hessen insgesamt und regional betrachtet vor allem für das Reisegebiet Main und Taunus (siehe Schaubild 8) sind Reisende aus den Vereinigten Staaten besonders wichtig. Dies verdeutlicht der Spitzenwert von 12,8% an allen Übernachtungen ausländischer Besucher in Hessen. Eine große Rolle spielt dabei der Frankfurter Flughafen, da anzunehmen ist, dass aus den Vereinigten Staaten eingereiste Gäste vor einer eventuellen Weiterreise zunächst in Flughafennähe übernachten und auch das Bordpersonal amerikanischer Fluggesellschaften zur hohen Zahl der Übernachtungen beiträgt.

Die bedeutendste Gästegruppe im gesamten Bundesgebiet waren 2008 wie schon in den Vorjahren Besucher aus den Niederlanden, die in neun der 13 Bundesländer mit Reisegebieten hinsichtlich der Übernachtungszahlen bei den ausländischen Gästen dominierten, in zwei weiteren Bundesländern an zweiter Stelle standen und in den restlichen beiden Ländern mit Reisegebieten den dritten Platz einnahmen. Mit einem Anteil von 27,1% an allen ausländischen Gästen in Niedersachsen und 23,0% in Nordrhein-Westfalen, die beide direkt an die Niederlande angrenzen, sowie mit 47,5% in Rheinland-Pfalz, das ebenfalls leicht von den Niederlanden zu erreichen ist, bildeten sie dort die bei weitem dominierende Gästegruppe. Im letztgenannten Bundesland war vor allem das nördlich gelegene Reisegebiet Eifel/Ahr, das einen sehr hohen Anteil ausländischer Besucher aufwies (siehe Schaubild 8), für Gäste aus den Niederlanden attraktiv. Aber auch in allen neuen Bundesländern, die von den Niederlanden nicht so schnell zu erreichen sind, erreichten die Übernachtungszahlen der Gäste aus diesem Land mit einem durchschnittlichen Anteil von 19,3% an allen ausländischen Gästen die höchsten Werte.

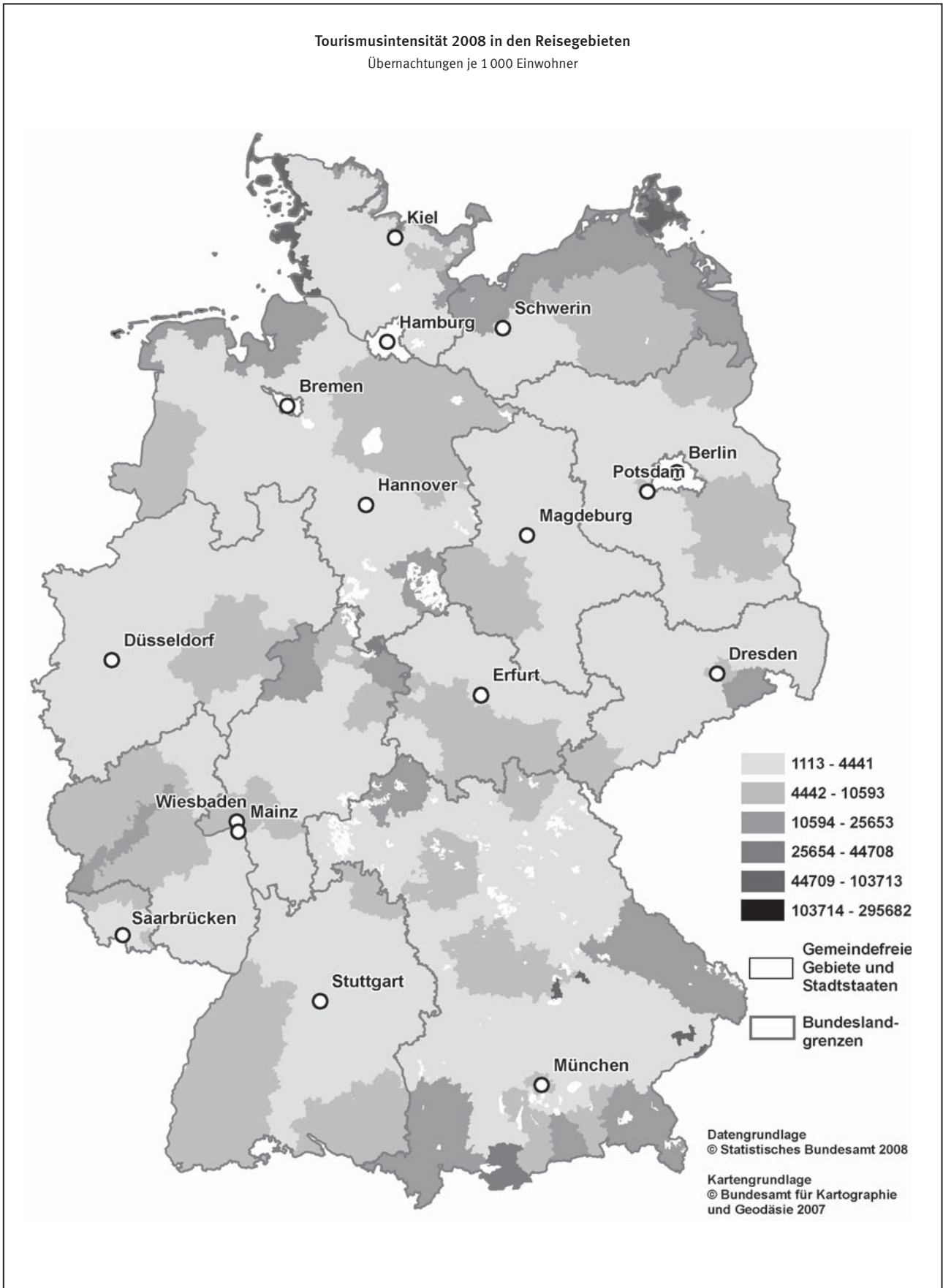
Küsten, Mittelgebirge und die Voralpen sind die tourismusintensivsten Regionen

Die Bedeutung des Tourismus für eine Region kann mit der sogenannten Tourismusintensität beschrieben werden. Sie ist definiert als Quotient aus der Zahl der Übernachtungen je 1000 Einwohner in einer Region. Schaubild 9 zeigt die Tourismusintensität für die Reisegebiete der Bundesländer im Jahr 2008 in klassifizierter Darstellung⁷⁾. Demnach ist an den Küsten eine Tendenz abnehmender Tourismusintensität zum Landesinnern hin zu erkennen. Darüber hinaus weisen die Mittelgebirge außerhalb der industriell geprägten Zonen und klassische Naherholungsgebiete im Flachland eine hohe Tourismusintensität auf.

Der Blick auf die einzelnen Reisegebiete zeigt, dass 2008 die für den Inländertourismus besonders wichtige Urlaubsregion Ostfriesische Inseln den absoluten Spitzenplatz bei der Tourismusintensität mit 295 682 Übernachtungen je 1 000 Einwohner aufwies. Mit 103 713 Übernachtungen je 1 000 Einwohner lag das für den Wellness-, Golf- und Kurtourismus bedeutende Reisegebiet Bayerisches Thermenland in Niederbayern auf dem zweiten Platz. Danach folgten die schleswig-holsteinische Nordseeküste und Rügen/

7) Die Klassengrenzen wurden mit einem in der Kartografie weit verbreiteten Verfahren festgelegt, das in einer aufsteigenden Wertefolge sogenannte „Natürliche Unterbrechungen“ identifiziert. Es eignet sich besonders für stark uneinheitlich verteilte Daten, wie sie den Schaubildern 8 und 9 zugrunde liegen. Räumliche Unterschiede werden so optimal hervorgehoben und der visuelle Erkenntniswert der kartografischen Darstellung erhöht.

Schaubild 9



Hiddensee sowie das Werra-Meißner-Land mit Werten zwischen 44 709 bis 91 125 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Eine mittlere Position nahmen die sonstige Nord- und Ostseeküste sowie einige Mittelgebirgsregionen (zum Beispiel Waldecker Land, Sächsische Schweiz, Allgäu und Bayerischer Wald) ein. Außerhalb der touristischen Vorzugsgebiete weisen vor allem solche Regionen eine niedrigere Tourismusintensität auf, die einen wirtschaftlichen Verdichtungsraum darstellen, landschaftlich eine geringere Attraktivität aufweisen oder eher für den Tagestourismus interessant sind. [u](#)

Dipl.-Ing. Kristina Walter

Eisenbahnverkehr 2008

Wachstum des Güterverkehrs verlangsamte sich – Personenverkehr verzeichnet Zuwächse

Das Jahr 2008 verlief für den Schienenverkehr sowohl im Güter- als auch im Personenbereich positiv. So wurden 2008 insgesamt 371 Mill. Tonnen (t) Güter befördert und dabei eine Transportleistung von 115,7 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) erbracht. Während sich das Wachstum bei der Beförderungsmenge mit einer Zunahme um 2,8% leicht abschwächte (Zunahme 2007: 4,3%), gab es bei der Beförderungsleistung einen stärkeren Einbruch. Hier lag der Zuwachs nur noch bei 0,9%, im Vorjahr war die Transportleistung noch um 7,1% gestiegen. Im unterjährigen Vergleich zeigt sich vor allem im vierten Quartal ein deutlicher Einbruch. Während in den ersten drei Quartalen die Vorjahresergebnisse noch gehalten wurden, sind im vierten Quartal sowohl Transportmenge als auch Transportleistung zurückgegangen. Besonders betroffen waren der grenzüberschreitende Versand und Empfang mit Rückgängen der Transportleistung um 2,7 bzw. 1,6%, während sich der Binnenverkehr mit +4,0% deutlich positiver entwickelte. Der kombinierte Verkehr erwies sich mit +8,3% (bezogen auf die Transportleistung) für das Gesamtjahr wiederum als Wachstumsträger, aber auch hier kam es gegen Jahresende zu Wachstumseinbrüchen (viertes Quartal 2008 gegenüber Vorjahresquartal: +2,1%, Dezember 2008 gegenüber Vorjahresmonat: -11,2%).

Der Personenverkehr hingegen scheint von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu profitieren: Insgesamt nutzten Fahrgäste 2 330 Mill. Mal die Eisenbahn (einschl. S-Bahnen). Die Beförderungsleistung lag bei 81,8 Mrd. Personenkilometern (Pkm). Sowohl die Zahl der beförderten Personen (+4,6%) als auch die Beförderungsleistung (+3,4%) zeigten eine wesentlich bessere Entwicklung als in den Vorjahren. Diese positive Entwicklung sowohl in Bezug auf die Transportmenge

Methodik der Eisenbahnstatistik

Der Berichtskreis der Eisenbahnstatistik ist funktional abgegrenzt, das heißt es melden alle Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs, die Eisenbahnverkehr als Haupt-, Neben- oder Hilfstätigkeit betreiben. Zur monatlichen Güterverkehrsstatistik meldeten Ende 2008 insgesamt 40 Unternehmen, die jeweils mehr als 10 Mill. Tonnenkilometer im gesamten Schienengüterverkehr bzw. 1 Mill. Tonnenkilometer im kombinierten Verkehr auf der Schiene erbrachten. Hinzu kommen etwa 100 kleinere Unternehmen, die zu ihrem Gütertransport jährlich befragt werden. Ergebnisse der Statistik des Güterverkehrs werden monatlich bzw. jährlich in der Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 2 „Eisenbahnverkehr“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

Monatlich werden die transportierte Menge in Tonnen (t) und die dabei erbrachte Transportleistung in Tonnenkilometern (tkm) erfragt. Tonnenkilometer sind das Produkt aus transportierten Tonnen und der beim Transport zurückgelegten Entfernung. Sie stellen die Gesamtleistung präziser und umfassender dar.

Bei der Analyse der Daten ist beim Vergleich mit den Vorjahresergebnissen zu beachten, dass sich der Berichtsfirmenkreis geändert hat. Daher beziehen sich die Veränderungsraten auf nicht identische Berichtsfirmenkreise.

Für die Statistik des Personenfernverkehrs, die zentral vom Statistischen Bundesamt aufbereitet wird, wurden 2008 insgesamt acht Unternehmen befragt. Diese Befragung findet vierteljährlich und jährlich statt. Grundsätzlich werden hier sämtliche Unternehmen erfasst, die Fahrgastbeförderungen im Fernverkehr anbieten. Im Eisenbahn-Nahverkehr (Erhebungsmodus: dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder) hingegen rekrutiert sich der Berichtsfirmenkreis aus Unternehmen, deren Aufkommen den Schwellenwert von 250 000 Fahrgästen pro Jahr überschreitet. Die so abgegrenzte Erhebung umfasst derzeit 50 berichtspflichtige Unternehmen, die vierteljährlich befragt werden. Für die jährliche Erhebung wurden die Ergebnisse um die Daten 15 weiterer kleinerer Unternehmen ergänzt. Aus erfassungstechnischer Sicht gilt als Abgrenzungskriterium zwischen Fern- und Nahverkehr nicht die Kilometerdistanz je Zugfahrt, sondern ein produktbezogenes Erhebungskonzept: Differenziert wird dabei nach Zuggattungen; nach der Aufteilung der Deutschen Bahn AG zum Beispiel ICE (Intercity-Express) für den Fernverkehr und RE (Regionalexpress) für den Nahverkehr.

als auch auf die Transportleistung teilten sich Eisenbahnverkehr und -fernverkehr mit Zuwächsen zwischen 2,9 und 4,7%. Auch im unterjährigen Vergleich ist eher ein Aufschwung als eine Krise festzustellen. Lagen im ersten Quartal die Zuwächse für die personenkilometrische Leistung noch bei 0,4%, stiegen sie im vierten Quartal auf 6,8%.

Bedeutung des Eisenbahnverkehrs

Der Eisenbahnsektor ist ein wichtiges Element des Verkehrssystems in Deutschland. Die Stärken dieses Verkehrsträgers liegen in der Umweltfreundlichkeit und der Verkehrssicherheit. Der Schienenverkehr erfüllt damit wesentliche Ziele des Masterplans für Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung.¹⁾ In diesem Masterplan werden die wichtigsten Maßnahmen zur künftigen Entwicklung des Güterverkehrs aufgeführt. Ein Maßnahmenpaket soll „mehr Verkehr auf Schiene und Wasserstraße“ bringen. Danach sollen allein die Mittel für den kombinierten Verkehr von 62,5 Mill. auf 115 Mill. Euro pro Jahr aufgestockt werden. Nicht nur das absolute Wachstum des Verkehrsträgers steht im Fokus, steigen soll auch der Anteil des Schienenverkehrs am gesamten Personen- und Güterverkehr. Bezogen auf die Beförderungsmenge lag der Anteil des Schienengüterverkehrs an allen transportierten Gütern im Jahr 2008 bei 8,4%.

Die Entwicklung des Schienengüterverkehrs in den letzten beiden Jahren ist vor allem von der Öffnung des europäischen Schienennetzes geprägt: Seit dem 1. Januar 2007 können europäische Eisenbahnverkehrsunternehmen ihre Transporte auch in anderen europäischen Ländern anbieten. So waren 2008 neben der Deutschen Bahn AG nicht nur 33 weitere deutsche Eisenbahnunternehmen meldepflichtig, sondern auch sechs ausländische Unternehmen lagen oberhalb der Meldeschwelle von 10 Mill. tkm bzw. 1 Mill. tkm im kombinierten Verkehr. Ihre Werte für Transportmenge und -leistung sind in den nachfolgend dargestellten Angaben enthalten.

Der Schienenpersonenverkehr wird im Fernverkehr von wenigen Unternehmen betrieben (derzeit fünf), für die kommenden Jahre ist aber auch hier eine Marktbelebung zu erwarten, da ab 2010 auch im Personenverkehr ausländische Unternehmen ihre Dienstleistungen in Deutschland anbieten können. Der Nahverkehr wird heute schon von 65 sowohl öffentlichen als auch privaten Unternehmen organisiert.

Schienengüterverkehr

Rückgang im vierten Quartal 2008

In den letzten zehn Jahren hat die Transportleistung des Schienengüterverkehrs bis auf eine Unterbrechung im Jahr 2001 kontinuierlich zugenommen, auch für die Transportmenge war in diesem Zeitraum ein stetiger Anstieg – von Unterbrechungen in den Jahren 2001 und 2005 abgesehen – zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich

das Wachstum aber 2008 deutlich abgeschwächt. So ist die Transportleistung im Jahr 2008 mit 115,7 Mrd. tkm nur noch um 0,9% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. 2007 hatte die Zunahme gegenüber dem Vorjahr noch 7,1% und im Jahr 2006 sogar 12,1% betragen. Die Transportmenge belief sich 2008 auf insgesamt 371,3 Mill. t. Auch hier schwächte sich die Wachstumsrate mit +2,8% ab; in den Vorjahren wurden noch Zunahmen von +4,3% (2007) bzw. +9,1% (2006) erreicht.

Da das Wachstum der Transportleistung schwächer ausfiel als das der Transportmenge, nahm die durchschnittliche Transportweite ab. Güter wurden im Jahr 2008 durchschnittlich nur noch 311,5 Kilometer weit auf dem deutschen Schienennetz befördert (-1,9%).

Tabelle 1: Eisenbahnverkehr 2008

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007 in %
Güterverkehr				
Beförderungsmenge ..	Mill. t	361,1	371,3	+2,8
Binnenverkehr	Mill. t	226,3	239,3	+5,7
Versand in das				
Ausland	Mill. t	56,4	54,3	-3,7
Empfang aus dem				
Ausland	Mill. t	59,1	57,6	-2,6
Durchgangsverkehr .	Mill. t	19,3	20,1	+4,5
Beförderungsleistung .	Mrd. tkm	114,6	115,7	+0,9
Binnenverkehr	Mrd. tkm	53,8	55,9	+4,0
Versand in das				
Ausland	Mrd. tkm	25,0	24,3	-2,7
Empfang aus dem				
Ausland	Mrd. tkm	23,0	22,6	-1,6
Durchgangsverkehr .	Mrd. tkm	13,0	12,8	-0,6
Personenverkehr				
Beförderte Personen insgesamt	Mill.	2 227	2 330	+4,6
Fernverkehr	Mill.	119	124	+3,9
Nahverkehr ¹⁾	Mill.	2 108	2 206	+4,7
Beförderungsleistung insgesamt	Mill. Pkm	79 098	81 765	+3,4
Fernverkehr	Mill. Pkm	34 195	35 555	+4,0
Nahverkehr ¹⁾	Mill. Pkm	44 903	46 196	+2,9

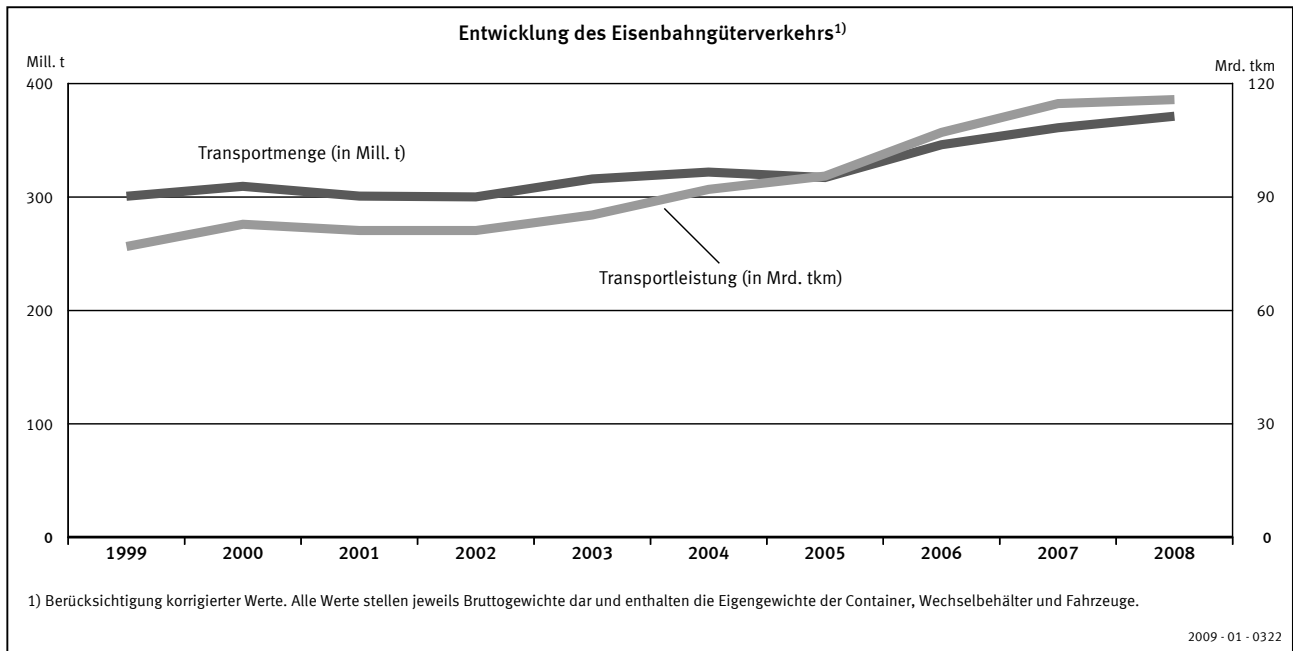
1) Ergebnisse der Vierteljahreserhebung.

Auch im unterjährigen Vergleich hat das Wachstum deutlich abgenommen. Wurden im ersten Halbjahr Zunahmen bei der Transportleistung von 3,7% und bei der Transportmenge von 5,4% verzeichnet, verringerte sich das Wachstum im dritten Quartal auf +1,6% bei der Transportleistung und auf +3,8% bei der Transportmenge. Im vierten Quartal konnten die Vorjahresergebnisse nicht mehr erreicht werden: Hier ging die Transportleistung um 4,4% zurück, die Transportmenge verringerte sich um 0,6%. Diese Tendenz verstärkte sich im Dezember noch: Transportleistung und Transportmenge gingen um 9,9 bzw. 4,8% zurück.

Beim Quartalsvergleich ist zu berücksichtigen, dass sich ein längerer Streik im vierten Quartal 2007 auch auf den Güter-

1) Siehe Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter <http://www.bmvbs.de/Verkehr/Gueterverkehr-Logistik-,2829/Masterplan.htm> (Stand: 15. Mai 2009).

Schaubild 1



verkehr ausgewirkt hatte und zu Wachstumseinbrüchen führte. Die Zunahme der Transportleistung im vierten Quartal 2007 gegenüber dem entsprechenden Quartal 2006 lag deshalb nur noch bei 0,5%. Auf das Jahr 2007 bezogen hatte sich die Transportleistung insgesamt mit +7,1% gegenüber dem Vorjahr wesentlich positiver entwickelt. Die Rückgänge im vierten Quartal 2008 wären ohne den Bahnstreik im Vorjahr demnach wesentlich stärker gewesen.

Zunahme des Binnenverkehrs, Rückgang beim grenzüberschreitenden Versand

Zu dem positiven Gesamtjahresergebnis trug 2008 vor allem der Binnenverkehr bei. Hier wurden mit 239,3 Mill. t 5,7% mehr Güter als im Vorjahr befördert, die Transportleistung (55,9 Mrd. tkm) hat mit +4,0% deutlich weniger zugenommen. Dagegen mussten die grenzüberschreitenden Verkehre zum Teil deutliche Rückgänge hinnehmen: Der Versand in das Ausland verzeichnete mit 54,3 Mill. t beförderten Gütern den stärksten Rückgang (-3,7%). Die Transportleistung ist hier mit -2,7% weniger stark zurückgegangen. Auch der grenzüberschreitende Empfang konnte bei der Beförderungsmenge seinen Vorjahreswert nicht erreichen (57,6 Mill. t, -2,6%). Die Transportleistung ist für diese Hauptverkehrsbeziehung um 1,6% zurückgegangen. Die Transportmenge im Durchgangsverkehr stieg im Vergleich zum Vorjahr um +4,5% auf 20,1 Mill. t, die Transportleistung hat hingegen leicht abgenommen (-0,6%).

Unterschiedliche Entwicklungen der Verkehrsmenge und -leistung sind zum einen darauf zurückzuführen, dass nur die auf deutschem Gebiet zurückgelegte Strecke erfasst wird. Zum anderen kann dies auch durch Änderungen bei den transportierten Gütern verursacht werden.

Die unterjährige Betrachtung zeigt eine überdurchschnittlich gute Entwicklung der grenzüberschreitenden Verkehre im ersten Halbjahr und einen stärkeren Wachstumsein-

bruch im dritten Quartal (siehe Schaubild 3). Im vierten Quartal wurde für diesen Bereich der stärkste Rückgang der Transportleistung verzeichnet: Mit -8,6% war er fast doppelt so hoch wie der für den Gesamttransport (-4,4%). Die Transportmenge im grenzüberschreitenden Verkehr (ohne Durchgangsverkehr) ist im vierten Quartal sogar um 11,1% zurückgegangen.

Schaubild 2

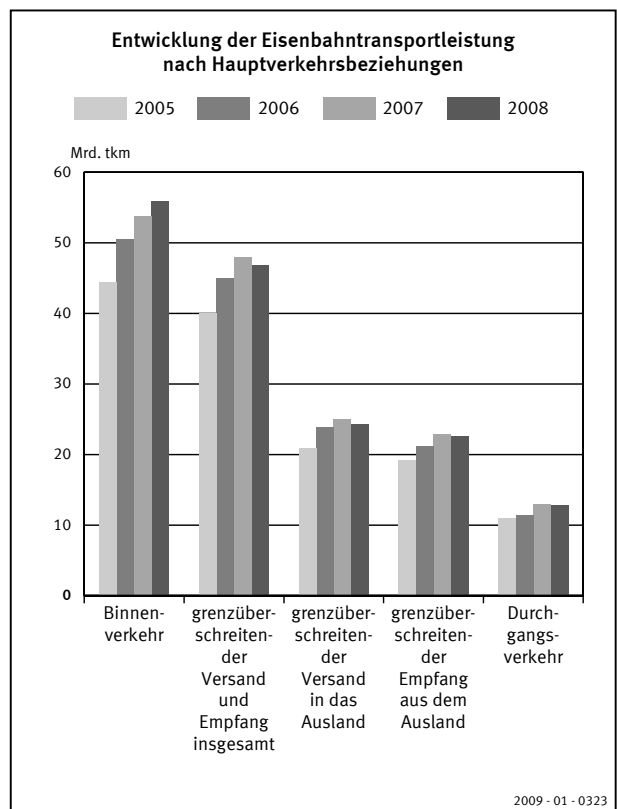


Schaubild 3

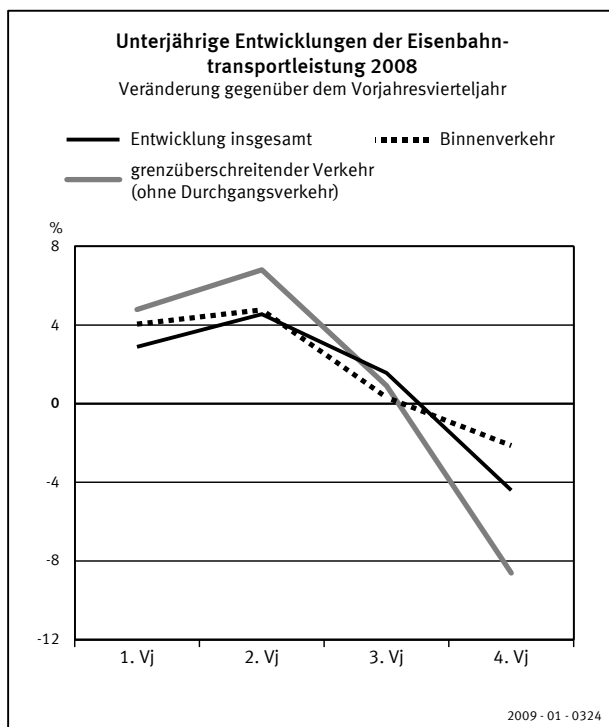


Tabelle 2: Eisenbahngüterverkehr im Jahr 2008 nach Güterabteilungen

Güterabteilungen	Beförderungsmenge		Beförderungsleistung	
	1 000 t	% ¹⁾	Mill. tkm ²⁾	% ¹⁾
Insgesamt	371 298	+2,8	115 652	+0,9
Landwirtschaftliche Erzeugnisse ..	10 073	-17,0	4 546	-25,9
Andere Nahrungsmittel	3 511	+0,2	1 607	+0,4
Feste mineralische Brennstoffe ..	49 618	-3,4	8 145	+5,1
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	38 052	+9,4	11 227	+7,4
Erze, Metallabfälle	36 130	+15,8	8 122	+0,1
Eisen, Stahl und NE-Metalle	64 515	+5,0	14 563	-1,2
Steine und Erden	41 912	+2,3	9 113	+0,9
Düngemittel	7 292	-7,4	1 982	-10,2
Chemische Erzeugnisse	26 500	+1,0	9 637	-4,2
Andere Halb- und Fertigerzeugnisse	21 520	-5,1	10 230	-7,4
Besondere Transportgüter	72 177	+5,5	36 479	+9,0

1) Veränderung gegenüber 2007. – 2) Tonnenkilometer.

ter mineralischer Brennstoffe überdurchschnittlich (1. Vj: +10,2%; 2. Vj: +12,5%), im dritten Quartal stagnierte sie (-0,2%) und ging im vierten Quartal schließlich um -1,6% zurück. Bei der Transportmenge stand diese Güterabteilung mit 49,6 Mill. t auf Rang 3 aller Güterabteilungen. Die Transportmenge ging im Jahr 2008 um insgesamt 3,4% zurück.

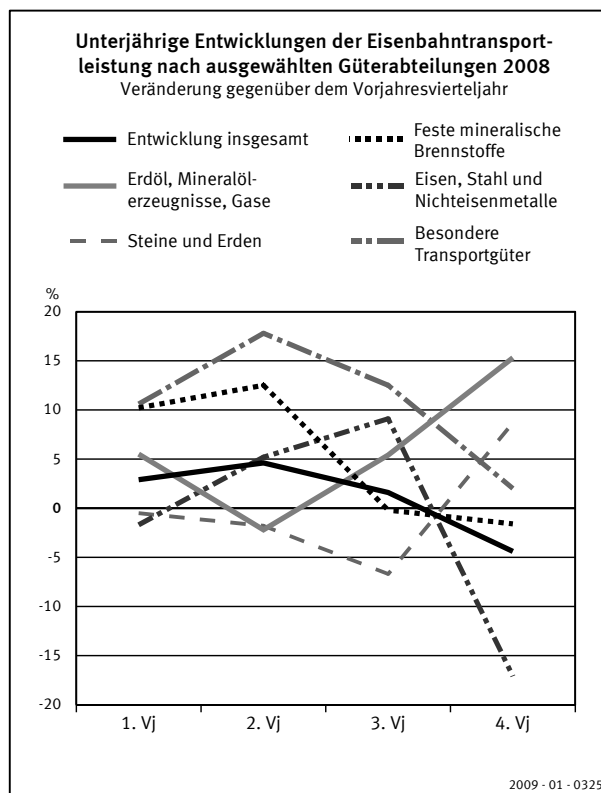
Rückgang der Transporte fester mineralischer Brennstoffe

Der größte Anteil des Gütertransports der Eisenbahnen entfiel auf die Güterabteilung besondere Transportgüter, die auch beim kombinierten Verkehr eine wichtige Rolle spielt. An der gesamten Beförderungsleistung hatte diese Güterabteilung mit 36,5 Mrd. tkm einen Anteil von 31,5%, gleichzeitig verzeichnete sie die größte Zunahme der Transportleistung gegenüber dem Vorjahr (+9,0%) unter allen Güterabteilungen. Die unterjährige Entwicklung zeigt für diese Güterabteilung zweistellige Wachstumsraten der Transportleistung für die ersten drei Quartale (+10,6%, +17,8%, +12,5%). Im vierten Quartal nahm die Beförderungsleistung von besonderen Transportgütern nur noch um 2,0% zu. Die Transportmenge besonderer Transportgüter belief sich auf 72,2 Mill. t (+5,5%). Da diese Güter vor allem über lange Distanzen befördert wurden, lag der Anteil dieser Güterabteilung an der gesamten Beförderungsmenge bei nur 19,4%.

Die Transportleistung für die zweitwichtigste Güterabteilung Eisen, Stahl und sonstige Metalle ist um 1,2% auf 14,6 Mrd. tkm zurückgegangen. Der unterjährige Vergleich zeigte für die Transportleistung dieser Güterabteilung nach einem schlechten ersten Quartal (-1,7%) ein gutes zweites (+5,2%) und drittes Quartal (+9,1%). Im vierten Vierteljahr ist die Transportleistung dieser Güterabteilung besonders stark eingebrochen (-17,1%). Insgesamt wurden 64,5 Mill. t Eisen, Stahl und sonstige Metalle befördert (+5,0%).

Für feste mineralische Brennstoffe wurde 2008 eine Transportleistung von 8,1 Mrd. tkm erbracht (+5,1%). Im ersten Halbjahr 2008 entwickelte sich die Transportleistung fes-

Schaubild 4



Die Transporte von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen (Transportmenge: +9,4%; Transportleistung: +7,4%) haben sich mit Ausnahme des zweiten Quartals überdurchschnittlich entwickelt. Insgesamt wurde eine Transportleistung von 11,2 Mrd. tkm erbracht und eine Transportmenge von

38,1 Mill. t befördert. Während nur das zweite Quartal von Rückgängen (-2,2%) für diese Güterabteilung geprägt war, nahm die Transportleistung in anderen Quartalen deutlich zu (1. Vj: +5,5%; 3. Vj: +5,4%; 4. Vj: +15,3%).

Kombinierter Verkehr bisher weniger stark von Rückgängen betroffen

Im kombinierten Verkehr wurde auf Schienen im Jahr 2008 eine Beförderungsmenge von insgesamt 73,8 Mill. t transportiert, mit 66,0 Mill. t entfiel der überwiegende Anteil (89,5%) dabei auf den Transport von Containern und Wech-

selbehältern. In 20-Fuß-Einheiten wurden hier 6,0 Mill. TEU befördert. Auf den unbegleiteten Transport von Sattelzuganhängern entfielen 6,9 Mill. t (Anteil: 9,4%), im begleiteten kombinierten Verkehr (sog. „Rollende Landstraße“) wurden lediglich 0,9 Mill. t (1,2%) transportiert.

Die Transportmenge des kombinierten Verkehrs ist mit +5,2% insgesamt wesentlich stärker gewachsen als der Gesamttransport. Zu diesem Wachstum trug vor allem die Entwicklung der Container- und Wechselbehältertransporte bei; hier stieg die Transportmenge im Vergleich zu 2007 sogar um 9,6%. Auch die Transportleistung im kombinierten Verkehr entwickelte sich mit +8,3% (Container

Tabelle 3: Kombiniertes Verkehr¹⁾ auf der Schiene im Jahr 2008

Transportart Behälterart	Einheit	Insgesamt	Davon im			
			Binnenverkehr	Versand in das Ausland	Empfang aus dem Ausland	Durchgangsverkehr
Beförderte Einheiten						
Container/Wechselbehälter zusammen	1 000	4 223	1 989	874	859	502
Kraftfahrzeuge zusammen	1 000	287	62	106	94	25
Sattelzuganhänger	1 000	253	62	78	88	25
Lkw/Sattelzug	1 000	33	0	28	6	-
TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) ²⁾						
Container/Wechselbehälter zusammen	1 000	6 023	2 810	1 239	1 181	792
Transportmenge						
Kombinierter Verkehr insgesamt ..	1 000 t	73 808	29 840	18 705	14 645	10 618
Container/Wechselbehälter zusammen	1 000 t	66 022	28 215	15 765	12 118	9 924
Kraftfahrzeuge zusammen	1 000 t	7 786	1 625	2 940	2 527	695
Sattelzuganhänger	1 000 t	6 934	1 625	2 179	2 436	695
Lkw/Sattelzug	1 000 t	852	0	761	91	-
Transportleistung						
Kombinierter Verkehr insgesamt ..	1 000 tkm	37 428 605	14 630 784	8 977 903	7 476 516	6 343 403
Container/Wechselbehälter zusammen	1 000 tkm	33 020 581	13 773 002	7 370 500	6 019 129	5 857 950
Kraftfahrzeuge zusammen	1 000 tkm	4 408 024	857 782	1 607 403	1 457 387	485 453
Sattelzuganhänger	1 000 tkm	4 026 762	857 760	1 233 757	1 449 792	485 453
Lkw/Sattelzug	1 000 tkm	381 263	22	373 645	7 596	-
Veränderung gegenüber 2007						
Beförderte Einheiten						
Container/Wechselbehälter zusammen	%	+6,9	+7,3	+6,8	+6,3	+6,3
Kraftfahrzeuge zusammen	%	-17,1	+29,7	-22,1	-31,9	+2,5
Sattelzuganhänger	%	+1,3	+29,7	-11,4	-1,8	+2,6
Lkw/Sattelzug	%	-65,1	-	-	-	-
TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) ²⁾						
Container/Wechselbehälter zusammen	%	+7,5	+8,5	+6,0	+4,5	+11,2
Transportmenge						
Kombinierter Verkehr insgesamt ..	%	+5,2	+11,9	-0,6	-2,5	+10,0
Container/Wechselbehälter zusammen	%	+9,6	+11,0	+6,7	+9,7	+10,2
Kraftfahrzeuge zusammen	%	-21,3	+31,1	-27,2	-36,3	+7,9
Sattelzuganhänger	%	+3,5	+31,1	-11,0	+2,9	+8,0
Lkw/Sattelzug	%	-73,3	-	-	-	-
Transportleistung						
Kombinierter Verkehr insgesamt ..	%	+8,3	+14,6	+3,5	+2,6	+9,0
Container/Wechselbehälter zusammen	%	+9,1	+13,9	+4,3	+4,7	+9,1
Kraftfahrzeuge zusammen	%	+3,0	+27,3	-0,3	-5,5	+7,5
Sattelzuganhänger	%	-0,3	+27,3	-17,4	+2,1	+7,6
Lkw/Sattelzug	%	+58,7	-	-	-	-

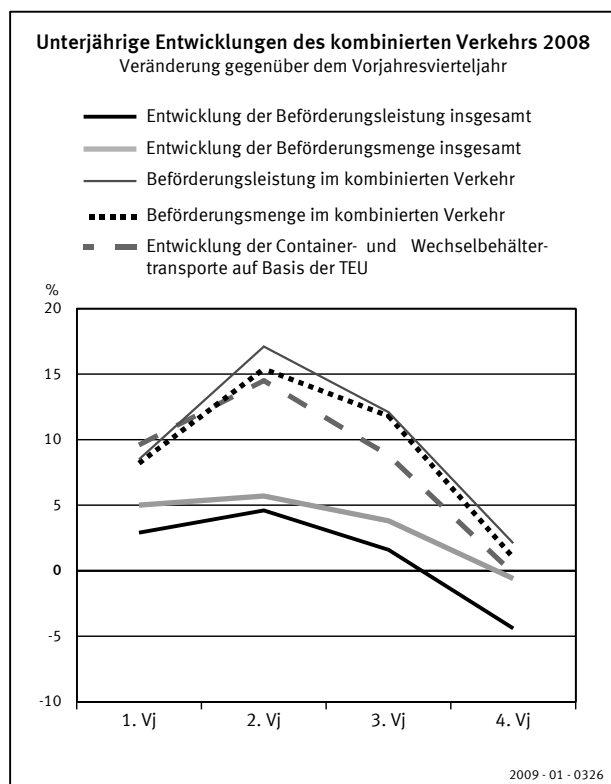
1) Beladene und unbeladene Einheiten. - 2) Maßeinheit: Ein Fuß entspricht 30,48 cm.

und Wechselbehälter: +9,1%) wesentlich besser als die im Gesamttransport.

Das Wachstum erfolgte auch beim kombinierten Verkehr vor allem im Binnenverkehr, hier lag die Zunahme der Transportmenge mit +11,9% sogar im zweistelligen Bereich. Grenzüberschreitender Versand und Empfang hingegen konnten ihre Vorjahreswerte mit Rückgängen von 0,6 bzw. 2,5% nicht halten.

Auch die unterjährige Betrachtung zeigt für den kombinierten Verkehr durchweg bessere Ergebnisse als für den Gesamtverkehr. Die Tonnage des kombinierten Verkehrs ist in allen vier Quartalen gestiegen, auch wenn gegen Jahresende ein Wachstumseinbruch beobachtet wurde. Bei der Transportleistung lagen die Zunahmen in den ersten drei Quartalen zwischen 8,5 und 17,1%, im vierten Quartal hingegen nur noch bei 2,1%. Auf Basis von TEU²⁾ ist der Transport im vierten Quartal sogar mengenmäßig um 0,2% zurückgegangen – im Dezember 2008 hat sich der Rückgang mit -13,6% deutlich verstärkt.

Schaubild 5

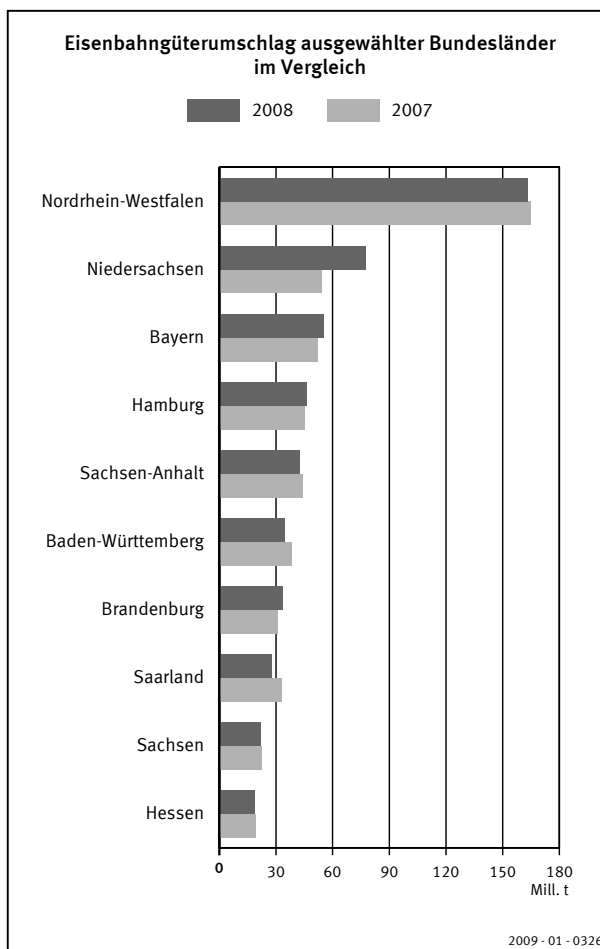


Nordrhein-Westfalen umschlagstärkstes Land vor Niedersachsen und Bayern

In Nordrhein-Westfalen wurden 2008 mit 163,3 Mill. t die meisten Güter im Eisenbahngüterverkehr ein- und ausgeladen. Auf Platz 2 kam Niedersachsen; mit 77,7 Mill. t entspricht der Umschlag hier weniger als der Hälfte des Güter-

umschlags Nordrhein-Westfalens. In Bayern wurden 2008 insgesamt 55,3 Mill. t Güter umgeschlagen. Während die Menge der umgeschlagenen Güter in Nordrhein-Westfalen gegenüber 2007 um 1,1% zurückging, nahm sie in Niedersachsen und Bayern um 43,0 bzw. 6,1% zu. Die überdurchschnittliche Zunahme in Niedersachsen ist dabei ausschließlich auf den Binnenverkehr zurückzuführen: Hier stieg der Versand um 61,0% und der Empfang um 43,0%.

Schaubild 6



Im grenzüberschreitenden Verkehr wurden die meisten Güter zwischen Italien und Deutschland transportiert

Im grenzüberschreitenden Verkehr (ohne Durchgangsverkehr) wurde 2008 mit 111,9 Mill. t fast jede dritte Tonne befördert (30,1%). Der Anteil des grenzüberschreitenden Verkehrs an der Beförderungsleistung insgesamt ist aufgrund der längeren Distanzen ins Ausland mit 40,5% noch deutlich höher (46,9 Mrd. tkm). Wichtigstes Land im grenzüberschreitenden Verkehr war wie schon im Vorjahr Italien: Dorthin wurden 13,9 Mill. t Güter befördert, aus Italien nach Deutschland gelangten 8,2 Mill. t Güter auf der Schiene.

2) TEU = Twenty Foot Equivalent Unit, 20-Fuß-Einheit, ein Fuß entspricht 30,48 cm.

Tabelle 4: Eisenbahn-Güteraustausch zwischen den 20 aufkommensstärksten Staaten im Verkehr mit Deutschland¹⁾

Rang	Versandland	Empfangsland	1 000 t	1 000 tkm ²⁾
1	Niederlande	Deutschland	17 400	5 447
2	Deutschland	Italien	13 888	6 791
3	Deutschland	Österreich	9 750	5 765
4	Italien	Deutschland	8 233	3 859
5	Polen	Deutschland	7 254	2 454
6	Österreich	Deutschland	6 515	3 877
7	Deutschland	Schweiz	5 297	2 250
8	Belgien	Deutschland	4 900	1 455
9	Deutschland	Polen	4 493	1 444
10	Deutschland	Niederlande	3 872	1 188
11	Tschechische Republik	Deutschland	3 707	1 655
12	Deutschland	Tschechische Republik	3 408	1 571
13	Deutschland	Frankreich	3 204	1 034
14	Deutschland	Belgien	2 450	842
15	Schweden	Deutschland	2 225	998
16	Frankreich	Deutschland	2 057	595
17	Belgien	Italien	2 037	1 179
18	Niederlande	Italien	1 818	1 138
19	Deutschland	Schweden	1 647	802
20	Deutschland	Ungarn	1 436	703
		Übrige Verbindungen ...	26 443	14 678
		Insgesamt ³⁾ ...	132 032	59 724

1) Einschl. Durchgangsverkehr; Sortierung nach dem Verkehrsaufkommen in Tonnen. – 2) Tonnenkilometer. – 3) Nur Auslandsverkehr.

Knapp hinter Italien stellten die Niederlande das zweitwichtigste Land im grenzüberschreitenden Verkehr dar. Dorthin wurden 3,9 Mill. t Güter versendet und von dort – überwiegend im Seehafenhinterlandverkehr von Rotterdam und Amsterdam – 17,4 Mill. t Güter empfangen. Nach Österreich – dem drittwichtigsten Land – wurden wiederum mehr Güter versendet (9,8 Mill. t) als von dort empfangen (6,5 Mill. t).

Der Durchgangsverkehr hat für Deutschland zunehmende Bedeutung: Zwei der 20 wichtigsten Länderverbindungen finden sich im Durchgangsverkehr und nicht im grenzüberschreitenden Verkehr. Dabei handelte es sich um die Relationen Belgien – Italien und Niederlande – Italien (siehe Tabelle 4).

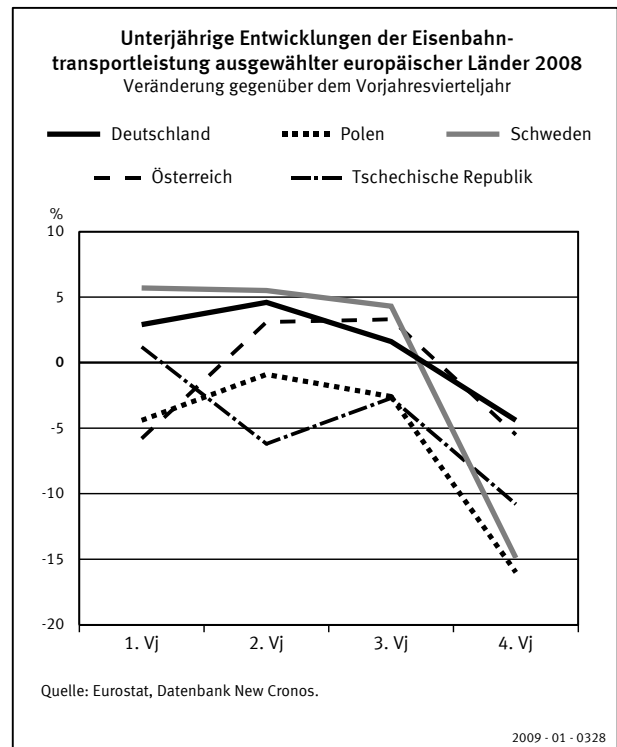
Andere europäische Länder teilweise noch stärker von Rückgängen betroffen

Aufgrund seiner zentralen Lage und einer starken Handelsverflechtung mit anderen Ländern ist Deutschland das bedeutendste Land im europäischen Eisenbahngüterverkehr. Nach Deutschland wurden 2008 in Polen die meisten Güter per Eisenbahn transportiert (48,7 Mrd. tkm). Länder mit einer Beförderungsleistung von mehr als 20 Mrd. tkm waren außer Polen und Deutschland noch Schweden (23,2 Mrd. tkm) und das Vereinigte Königreich (21,9 Mrd. tkm).³⁾ Während sich der Schienengüterverkehr in Deutschland im Jahr 2008 noch positiv entwickelte, waren für Polen (-6,0%), Schweden (+0,0%) und das Vereinigte Königreich (-1,5%) Rückgänge bzw. eine Stagnation des Wachstums zu verzeichnen.

Der unterjährige Vergleich bestätigt diese Entwicklung: Während sich die Transportleistung in Deutschland und in Schweden im ersten Halbjahr 2008 noch positiv entwickelte, mussten Polen (-4,4%) und Österreich (-5,8%)

bereits im ersten Vierteljahr 2008 Rückgänge hinnehmen (siehe Schaubild 7). Das zweite Quartal verlief für diese beiden Länder positiver, auch wenn in Polen mit -0,9% der Vorjahreswert nicht erreicht wurde. Auch das dritte Quartal verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich: Während in Deutschland (+1,6%), Schweden (+4,3%) und Österreich (+3,3%) die Vorjahreswerte noch überboten wurden, gingen die Schienengütertransporte in Polen (-2,6%) und

Schaubild 7



3) Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), Datenbank New Cronos.

in der Tschechischen Republik (– 2,7%) zurück. Die Entwicklung im vierten Quartal 2008 verlief in keinem der genannten Länder positiv: Hier lagen die Rückgänge zwischen 4,4% (Deutschland) und 16,0% (Polen).

Überdurchschnittliche Entwicklung des Eisenbahngüterverkehrs im Verkehrsträgervergleich

Im Vergleich mit den anderen Verkehrsträgern verzeichnete der Eisenbahngüterverkehr die beste Entwicklung. Während im Straßengüterverkehr für das Jahr 2008 nur noch mit einer Zunahme der Transportleistung um 1,6% gerechnet wird⁴⁾, ist der Gütertransport mit Binnenschiffen um 1,3% zurückgegangen.⁵⁾

Auch die Transportmengen spiegeln diese Entwicklung wider: Im Straßenverkehr, auf den mit einer Beförderungsmenge von 3,4 Mrd. t 77,0% des gesamten Güterverkehrs entfallen, wurden 2008 2,3% mehr Güter als im Vorjahr transportiert. Die Beförderung mit Binnenschiffen (245,7 Mill. t) sank um 1,3%, auf Seeschiffen wurden mit 316,7 Mill. t 1,8% mehr Güter als im Vorjahr befördert.⁶⁾ Binnen- und Seeschifffahrt hatten 2008 am Modal-Split einen Anteil von 5,4 bzw. 7,1%, auf den Schienenverkehr entfielen 8,4%, die verbleibenden 2,0% sind den Rohrleitungen (Rohöl) zuzurechnen.

Erzeugerpreise für den Schienengüterverkehr stiegen um 3,0%

Für den Schienengüterverkehr werden seit 2007 auch Erzeugerpreise erhoben.⁷⁾ Im Jahr 2008 sind die Erzeugerpreise für den Schienengüterverkehr um 3,0% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Preisanstieg hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (+ 3,6%) leicht abgeschwächt.⁸⁾

Transporte im Einzelwagen- und Ganzzugverkehr haben sich mit einem Preisanstieg von 4,2% am stärksten verteuert, während die Preise bei Traktionsleistungen und im kombinierten Verkehr um 0,3% zurückgegangen sind. Die Preise für Bauzug- und Rangierleistungen und in der Gleisbaulogistik sind um 1,6% gestiegen.

Ausblick auf das Jahr 2009

Starke Rückgänge für den Eisenbahngüterverkehr weisen die Ergebnisse für den Januar 2009 aus: Während sich die Transportleistung um 29,0% verringerte, ging die Transportmenge um 27,9% zurück. Auch alle Güterabteilungen – mit Ausnahme der Mineralölzeugnisse, die um 1,2% zulegen – blieben um zweistellige Prozentbeträge hinter ihren Vorjahreswerten zurück. Den kombinierten Verkehr trifft dieser Rückgang etwas abgeschwächt, das transportierte Volumen in TEU ging um 20,1% zurück.

Auch im Februar 2009 konnten die Vorjahresergebnisse bei weitem nicht gehalten werden. Jedoch haben sich die Rückgänge der Transportleistung mit – 22,2% und der Transportmenge mit – 20,6% im Vergleich zum Januar 2009 leicht abgeschwächt. Bei der Betrachtung der Veränderungsrate ist zu berücksichtigen, dass der Februar 2008 einen Tag länger als der Vorjahresmonat war.

Personenverkehr

Den Schienenpersonenverkehr nutzten Fahrgäste im Jahr 2008 insgesamt 2,3 Mrd. Mal. Dieser erreichte damit sein bestes Ergebnis seit der Novellierung des Verkehrsstatistikgesetzes im Jahr 2004 und den damit verbundenen Änderungen der Statistik des Schienenverkehrs. Im Vergleich zum Jahr 2007 hat sich die Zahl der beförderten Personen um 4,6% erhöht, 2007 gegenüber 2006 war sie um 0,1% zurückgegangen. Der weitaus größte Teil aller Fahrgäste (2,2 Mrd. Fahrgäste, 95%) war im Nahverkehr unterwegs, die Zunahme der Zahl der beförderten Personen lag im Nahverkehr mit + 4,7% leicht über der Gesamtentwicklung. Im Fernverkehr reiste jeder 20. Fahrgast (0,1 Mrd. Fahrgäste, Anteil an allen beförderten Personen: 5%), die Zahl der beförderten Personen stieg hier um 3,9% (siehe Tabelle 1).

Auch bei der Beförderungsleistung wurde 2008 das bislang beste Ergebnis verzeichnet (81,8 Mrd. Pkm); sie ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,4% gestiegen. Der Anteil des Nahverkehrs an der Beförderungsleistung insgesamt (in Personenkilometern – Pkm) lag aufgrund der kürzeren zurückgelegten Distanzen bei 56,5%. Mit 46,2 Mrd. Pkm (+ 2,9%) entwickelte sich die Beförderungsleistung im Nahverkehr weniger positiv als die gesamte Beförderungsleistung (+ 3,4%). Im Fernverkehr wurde eine Beförderungsleistung von 35,6 Mrd. Pkm erbracht, er erreichte damit einen Anteil von 43,5% an der gesamten Transportleistung (+ 4,0% gegenüber 2007).

Der unterjährige Vergleich zeigt für den Personenverkehr vor allem einen Aufschwung im vierten Quartal: Lag die Zuwachsrate für die personenkilometrische Leistung im ersten Quartal noch bei 0,4%, stieg sie im vierten Quartal auf 6,8%. Zu berücksichtigen bleibt allerdings, dass der bereits erwähnte Bahnstreik im Jahr 2007 möglicherweise Auswirkungen auf die Beförderungszahlen im vierten Quartal 2007 hatte.

Im grenzüberschreitenden Personenverkehr waren insgesamt 10,7 Mill. Passagiere unterwegs (+ 13,4%). Aus dem Ausland kamen mit dem Zug insgesamt 4,9 Mill. Passagiere. Die Zahl der Passagiere aus dem Ausland ist mit + 7,6% schwächer gestiegen als die Gesamtzahl der grenzüberschreitenden Passagiere. Ins Ausland reisten 5,8 Mill. Passagiere, dies entspricht einer Zunahme von 18,8% (siehe Tabelle 5).

4) Siehe Pressemitteilung Nr. 015 des Statistischen Bundesamtes vom 13. Januar 2009: „Anstieg des Güterverkehrs auch im Jahr 2008“ (www.destatis.de).

5) Siehe Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell“.

6) Siehe Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell“.

7) Siehe Goldhammer, B.: „Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik“ in WiSta 11/2007, S. 1097 ff., hier: S. 1107 ff.

8) Siehe Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr im Überblick“, Tabelle 1.1.6.

Tabelle 5: Grenzüberschreitender Schienenpersonenfernverkehr
1 000

Ziel-/Herkunftsland	2007		2008	
	Aussteiger aus ...	Einsteiger nach ...	Aussteiger aus ...	Einsteiger nach ...
Schweiz	1 425	1 656	1 551	1 842
Österreich	928	929	900	951
Niederlande	584	706	721	861
Frankreich	279	396	448	626
Italien	358	278	252	320
Polen	263	226	261	247
Tschechische Republik ..	207	273	203	269
Dänemark	134	198	211	249
Übrige Länder	263	408	311	437
Personenfernverkehr insgesamt	4 443	5 072	4 857	5 801

Beliebtstes Eisenbahnreiseland war auch 2008 wie in den Vorjahren die Schweiz. Mit 1,6 Mill. Aussteigern aus der Schweiz (+8,8%) und 1,8 Mill. Einsteigern in Richtung Schweiz (+11,2%) ist die Zahl der Reisenden hier besonders stark gestiegen. Zweitwichtigstes Eisenbahnreiseziel war Österreich. Die Zahl der Personen, die aus Österreich nach Deutschland reisten, ist um 3,0% zurückgegangen, während die Zahl der Zugreisenden nach Österreich um +2,4% zunahm. An dritter Stelle standen die Niederlande mit 0,9 Mill. Aus- und 0,7 Mill. Einsteigern.

602 Unfälle im Schienenverkehr 2007

Auf dem deutschen Schienennetz wurden 2007 insgesamt 602 Unfälle registriert. Dies waren 3,2% weniger als 2006. Die Zahl der bei solchen Unfällen Getöteten hat sich um 7,5% auf 200 Personen erhöht. Die Zahl der Verletzten hat sich hingegen um 8,1% auf 689 verringert.⁹⁾

2007 kam es zu zwölf Entgleisungen, bei denen eine Person getötet und 22 Menschen verletzt wurden. Bei insgesamt 28 Zusammenstößen von Zügen wurden eine Person getötet und 40 Menschen verletzt. 36-mal kam es zum Aufprall auf Gegenstände, hierbei gab es insgesamt zwei Getötete und 71 Verletzte.

Ein Drittel aller Unfälle passierte beim Zusammenprall von Schienenfahrzeugen mit Wegebenutzern auf Bahnübergängen (205), dabei starben 80 Personen und 315 Menschen erlitten Verletzungen.

Die meisten Unfälle ereigneten sich mit Personen, die nicht als Wegebenutzer gelten, wie beispielsweise Gleisarbeitern oder Personen, die von oder auf einen Zug ab- bzw. aufspringen: Bei insgesamt 304 Unfällen wurden 116 Personen getötet und 224 Menschen verletzt. Bei 17 sonstigen Unfällen wurden 17 Verletzte gezählt. [uu](#)

9) Todesfälle durch Selbsttötung sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Dipl.-Volkswirtin Kristina Kott, Dipl.-Verwaltungswirtin Sylvia Behrends

Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden alle fünf Jahre private Haushalte in Deutschland zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern und ihrer Wohnsituation, zu ihrer Vermögensbildung sowie zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt.¹⁾ Im Jahr 2008 fand die EVS zum zehnten Mal statt. Die Auswertung der Daten aus dem ersten Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ ist abgeschlossen, sodass – basierend auf den Angaben von 58 984 Haushalten – die Ergebnisse zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern sowie zu ihrer Wohnsituation am Stichtag 1. Januar 2008 nachfolgend präsentiert werden können.²⁾ Die Ergebnisse werden sowohl in zeitlicher und regionaler Sicht als auch für ausgewählte Haushaltsgruppen dargestellt.

Das erste Kapitel befasst sich mit den Strukturen der Haushalte, wie sie anhand der sozioökonomischen und -demografischen Daten der EVS erkennbar werden.

Im Anschluss daran wird ausführlich die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrzeugen, Geräten der Unterhaltungselektronik, der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Haushalts- und Sportgeräten beschrieben. Die Ausstattung mit Gebrauchsgütern bildet einen Baustein, wenn es um Aussagen zur materiellen Versorgung der privaten Haushalte in Deutschland geht.

Eine Grundlage für Aussagen zum Lebensstandard in Deutschland sind die Ergebnisse zu den Wohnverhältnissen

der Privathaushalte, die im dritten Kapitel dargestellt werden. Für die verschiedenen Haushaltsgruppen wird aufgezeigt, ob die Haushalte mehrheitlich im Eigentum oder zur Miete wohnen, wie viele Räume und wie viele Quadratmeter Wohnfläche den Haushalten bzw. den darin lebenden Personen zur Verfügung stehen. In die Darstellung einbezogen sind auch Alter und Art der Wohngebäude, die Heizsysteme und die überwiegend verwendete Heizenergieart der Haushalte sowie die Verfügbarkeit von Zweit- und Freizeitwohnungen, Garagen und Stellplätzen.

Vorbemerkungen zur Methodik

Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union. Seit Anfang der 1960er-Jahre findet die EVS in fünfjährlichem Turnus statt; im Jahr 2008 wurde sie zum zehnten Mal durchgeführt. Die Durchführung erfolgt in enger Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder. Organisatorisch und technisch bereitet das Statistische Bundesamt die EVS vor, während die Haushalte von den Landesämtern angeworben und befragt werden. Die Erhebung wird durch das Statistische Bundesamt aufbereitet, ebenso werden die Ergebnisse zentral ermittelt und bereitgestellt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig. Die Auswahl der Erhebungseinheiten erfolgt anhand eines Quotenplanes. Dieser für die EVS 2008 auf der Grundlage des Mikrozensus 2006

1) Rechtsgrundlage für die Erhebung ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. III, Gliederungsnummer 708-6), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846).

2) Ergebnisse aus den „Allgemeinen Angaben“ der EVS 2008 sind ebenfalls zu finden in Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Heft 1 „Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern“ (erschienen im Dezember 2008), in Fachserie 15, Sonderheft 1 „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnsituation privater Haushalte“ (erschienen im April 2008) sowie im Themenheft „Zuhause in Deutschland – Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte – Ausgabe 2009“ (erschienen im März 2009). Die Veröffentlichungen stehen über die Homepage des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Thema „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets“) kostenlos als Downloads zur Verfügung.

erstellte Plan berücksichtigt zahlreiche regionale und soziodemografische Faktoren, um repräsentative, differenzierte und aussagekräftige Ergebnisse zu ermöglichen.

Der Gesamtstichprobenumfang wurde – angelehnt an den vorgesehenen Wert von etwa 0,2% der Grundgesamtheit – mit 81 533 Erhebungseinheiten veranschlagt (Stichprobensoll). Mit einem tatsächlichen Stichprobenumfang von 58 984 Haushalten zeigte sich auch bei der EVS 2008, dass es zunehmend schwieriger ist, teilnahmebereite Haushalte für freiwillige Erhebungen zu gewinnen. Die Daten zum Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ wurden 2008 nahezu ausschließlich auf postalischem Weg erhoben. Interviewerinnen und Interviewer wurden nur noch von zwei Statistischen Landesämtern eingesetzt.

Der Merkmalskatalog des Erhebungsteils „Allgemeine Angaben“ umfasst Angaben zur Größe und Zusammensetzung des Haushalts³⁾, zu Alter und sozialer Stellung der einzelnen Haushaltsmitglieder, zur Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens nach Einkommensklassen⁴⁾, zur Wohnsituation sowie zur Ausstattung des Haushalts mit Gebrauchsgütern. Das Fragenprogramm blieb im Vergleich zur EVS 2003 inhaltlich unverändert. Die Fragen wurden lediglich an aktuelle Gegebenheiten und Entwicklungen angepasst sowie präziser gefasst und Verbesserungsvorschläge aus der Erhebung 2003 berücksichtigt. Neuen Konsumtrends wurde Rechnung getragen, indem die Liste der Ausstattungsgegenstände um Flachbildfernseher, DVB-T-Geräte, Pay-TV-Decoder, MP3-Player, Spielkonsolen und Navigationssysteme erweitert wurde. Güter, deren Verbreitungsgrade in den Haushalten stagnieren (z. B. Bügelmaschine, Waschmaschine) oder die für die Haushaltsausstattung unüblich werden (z. B. Minidisc-Player, Videorecorder, Radiorecorder), sind dafür nicht mehr erfragt worden.

Die Erhebungsunterlagen zur EVS 2008 sind nach den Leitlinien zur einheitlichen Erstellung von Erhebungsunterlagen in der amtlichen Statistik erstellt worden. Erstmals in der EVS bekamen die Haushalte die Gelegenheit, die Fragen zum Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ mittels eines Online-Fragebogens elektronisch zu beantworten; davon machten rund 22% der teilnehmenden Haushalte Gebrauch.

1 Soziodemografische Daten der privaten Haushalte

Die in den Allgemeinen Angaben erfragten soziodemografischen und -ökonomischen Merkmale über die teilnehmenden Haushalte und deren Mitglieder dienen vor allem dazu, Struktur und Zusammensetzung der Haushalte aufzuzeigen. Auf diese Weise können Ergebnisse differenziert nach Anzahl der Haushaltsmitglieder, Alters- und Einkommensklassen, sozialer Stellung sowie Haushaltstypen dargestellt werden. Ferner sind diese Angaben für die Hoch- und Fehlerrechnung der Erhebungsdaten unabdingbar.

1.1 Haushaltsgröße und Haushaltstyp

Die Haushaltsgröße und der Haushaltstyp sind Faktoren, die ganz wesentlich die Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern sowie deren Wohnsituation bestimmen. Durch die Kenntnis des Verwandtschaftsgrades bzw. der persönlichen Verhältnisse der Haushaltsmitglieder untereinander können bestimmte Haushaltstypen gebildet werden. Wichtige Haushaltstypen sind die Alleinlebenden, die Alleinerziehenden sowie die Paare mit Kind(ern) und ohne Kind. Erkenntnisse über die Lebenssituation dieser Haushaltstypen sind vor allem unter sozialpolitischen Gesichtspunkten von großer Bedeutung.

Die Ergebnisse der EVS 2008 zeigen weiterhin einen Trend zum Einpersonenhaushalt. Anfang 2008 betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte 38,4%, im Jahr 2003 hatte er bei 36,2% und 1998 bei 34,8% gelegen (siehe Tabelle 1). Damit sind von den 39,1 Mill. privaten Haushalten in Deutschland mittlerweile rund 15 Mill. Einpersonenhaushalte. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist mit 34,2% im Vergleich zu 2003 (34,0%) nahezu unverändert geblieben (1998: 33,2%). In 27,5% der privaten Haushalte lebten drei und mehr Personen. Der Anteil dieser Mehrpersonenhaushalte hatte im Jahr 2003 noch bei 29,8% und 1998 bei 32,0% gelegen. Hier ist also ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Entwicklung zu kleineren Haushalten zeigt sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost in noch stärkerem Maße als im früheren Bundesgebiet: Im Osten erhöhte sich der Anteil der Einpersonenhaushalte von 35,4% Anfang 2003 auf 39,7% im Jahr 2008. Demgegenüber sank der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen von 29,8 auf 27,5%. Nach den Ergebnissen der EVS lebten Anfang 2008 im Bundesdurchschnitt 2,1 Personen in jedem Haushalt (1998 waren es 2,2 Personen).

Die bei den Haushaltsgrößen festgestellten Strukturen spiegeln sich auch bei näherer Betrachtung der auf die unterschiedlichen Haushaltstypen entfallenden prozentualen Anteile wider (siehe Tabelle 1). Die Alleinlebenden stellen mit 38,4% die größte Haushaltsgruppierung. Mehrheitlich handelt es sich hierbei um Frauen (23,5% aller Haushalte; Männer: 14,8%). Paare ohne Kind waren mit 28,7% die zweitgrößte Haushaltsgruppierung. Nimmt man die Alleinlebenden und die Paare ohne Kind zusammen, dann lebten Anfang 2008 in mehr als zwei Dritteln (67,0%) aller Privathaushalte in Deutschland keine Kinder unter 18 Jahren. Der Anteil der Paare mit Kind(ern) unter 18 Jahren betrug rund 15,3%. Auf Paare mit einem Kind entfielen 6,3%, auf Paare mit zwei Kindern 6,8% und auf Paare mit drei und mehr Kindern 2,2% aller Haushalte. Die Anteile dieser Kategorien sind gegenüber 2003 zurückgegangen (Paare mit einem Kind 2003: 7,6%; Paare mit zwei Kindern: 7,7%; Paare mit drei und mehr Kindern: 2,3%). Der Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden war 2008 mit 3,2% ebenfalls rückläufig (2003: 3,5%).

3) Nicht erfasst werden in der EVS Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

4) Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17895 Euro und mehr (1998) bzw. 18000 Euro und mehr (ab 2003) werden in der EVS nicht erfasst, da die Zahl der teilnahmebereiten Haushalte in dieser Einkommensklasse so gering ist, dass die Ergebnisse statistisch nicht sicher genug sind.

Tabelle 1: Struktur der Haushalte am 1. Januar des jeweiligen Jahres
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008	1998	2003	2008
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	59 713	58 984	54 928	48 227	45 652	13 935	11 486	13 332
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	37 931	39 077	29 921	30 861	31 771	6 783	7 070	7 306
Prozent									
nach der Haushaltsgröße									
mit ... Person(en)									
1	34,8	36,2	38,4	35,7	36,4	38,1	30,9	35,4	39,7
2	33,2	34,0	34,2	32,8	33,6	33,7	34,5	35,1	36,3
3	15,3	14,5	13,5	14,8	13,9	13,2	17,2	16,8	14,8
4	12,4	11,4	10,3	11,9	11,7	11,0	14,7	10,6	7,4
5 und mehr	4,4	4,0	3,6	4,7	4,4	4,1	2,7	2,1	1,8
nach dem Haushaltstyp									
Alleinlebende	34,8	36,2	38,4	35,7	36,4	38,1	30,9	35,4	39,7
Frauen	22,5	23,1	23,5	22,6	22,8	22,8	21,6	25,4	26,5
Männer	12,4	13,1	14,8	13,1	13,6	15,2	9,3	10,0	13,2
Alleinerziehende ²⁾	3,1	3,5	3,2	2,8	3,3	3,2	4,1	4,3	3,6
Paare ³⁾	47,1	46,5	44,0	46,7	46,9	44,6	48,5	44,8	41,1
ohne Kind	28,0	29,0	28,7	27,9	28,9	28,4	28,6	29,4	30,0
mit Kind(ern) ⁴⁾	19,0	17,5	15,3	18,8	18,0	16,2	19,9	15,4	11,2
Sonstige Haushalte ⁵⁾	15,1	13,8	14,4	14,7	13,4	14,2	16,5	15,5	15,6
nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen									
Selbstständige	7,0	7,1	7,6	7,5	7,5	7,9	4,8	5,2	6,4
Landwirte/Landwirtinnen	0,7	0,6	0,6	0,8	0,7	0,7	(0,3)	(0,2)	(0,2)
Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige	6,3	6,5	7,0	6,7	6,8	7,2	4,5	(5,1)	6,2
Beamte/Beamtinnen	4,8	4,3	4,2	5,4	4,6	4,5	2,2	2,8	3,1
Angestellte	26,5	28,4	29,5	26,9	29,4	30,6	24,9	24,6	24,9
Arbeiter/-innen	20,9	18,6	18,1	20,4	18,1	17,6	23,1	20,0	20,1
Arbeitslose	6,1	6,0	8,1	5,3	4,9	7,2	9,6	10,7	11,9
Nichterwerbstätige	34,7	35,7	32,5	34,6	35,5	32,3	35,4	36,7	33,6
darunter:									
Rentner/-innen	28,3	29,2	26,2	27,1	28,1	25,0	33,6	34,5	31,2
Pensionäre/Pensionärinnen	3,1	3,4	3,3	3,8	4,0	4,1	/	0,1	(0,2)
nach dem Alter der Haupteinkommensbezieher/-innen									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 25	3,6	3,1	4,5	3,5	2,9	4,4	3,9	3,1	5,2
25 – 35	18,0	12,1	12,0	18,9	12,7	12,2	15,2	9,7	11,3
35 – 45	20,5	22,6	22,8	20,2	22,8	23,2	22,0	22,1	21,1
45 – 55	16,6	20,0	19,1	16,5	19,5	19,0	16,9	22,2	19,5
55 – 65	18,4	16,4	13,7	18,0	16,5	13,6	19,7	16,6	14,2
65 – 70	6,3	8,0	8,5	6,3	7,8	8,3	5,7	8,5	9,5
70 – 80		13,5	14,9		13,2	14,6		14,5	16,0
80 und mehr	} 16,7	4,3	4,4	} 16,7	4,5	4,7	} 16,6	3,4	3,3

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 und 2008) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieher/-innen oder der Ehepartner- bzw. Lebenspartner/-innen. – 5) U. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahre, „Mehrgenerationenhaushalte“, Wohngemeinschaften usw.

1.2 Soziale Stellung der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen

Werden die Haushalte nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen aufgegliedert, so zeigt sich, dass diese Personen in 51,8 % aller Haushalte in Deutschland Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen waren (siehe Tabelle 1). Bei 32,5 % aller Haushalte ordneten sie sich der Kategorie „Nichterwerbstätige“ zu; zum weit überwiegenden Teil (29,5 % aller Haushalte) handelte es sich hierbei um Rentner und Rentnerinnen sowie Pensionäre und Pensionärinnen. 8,1 % aller Haushalte waren Arbeitslosen Haushalte (2003: 6,0 %). Hier war der Anteil im Osten mit 11,9 % deutlich höher als im Westen mit 7,2 %. Anfang 2008 waren 7,6 % der privaten Haushalte Selbstständigen Haushalte. Zu dieser Gruppierung zählen neben den Gewerbetreibenden und Freiberuflern (zusammen 7,0 % aller Haushalte) auch die selbstständigen Landwirte und Land-

wirtinnen (0,6 %). Verglichen mit 2003 (7,1 %) ist der Anteil der Selbstständigen Haushalte leicht gestiegen. Die Gesamtzahl der Haushalte mit selbstständigen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher lag im Jahr 2008 bei rund 3 Mill. Haushalten. Im Vergleich zum Jahr 2003 ist das ein Plus von knapp 300 000 Haushalten.

1.3 Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen

Die kontinuierlich steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und der damit verbundene Prozess des sogenannten „demografischen Alterns“ der Gesellschaft zeigen sich auch in den Ergebnissen der EVS. Anfang 2008 waren in 27,8 % der Haushalte die Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen 65 Jahre und älter, verglichen mit 25,7 % im Jahr 2003 (1998: 23,0 %) (siehe Tabelle 1). Allein die Gruppe mit Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen im Alter

von 70 und mehr Jahren stellte einen Anteil von 19,3%, verglichen mit 17,8% im Jahr 2003 (1998: 16,7%). Mit 22,8% die zweitgrößte Gruppe bildeten Anfang 2008 die Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen von 35 bis unter 45 Jahren. „Junge“ Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher/-innen unter 25 Jahre bzw. 25 bis unter 35 Jahre alt waren, stellten hingegen nur Anteile von 4,5 bzw. 12,0% an allen privaten Haushalten.

2 Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern

Wie viele Haushalte verfügen über Personal Computer (PC)? Wie viele Mobiltelefone gibt es in deutschen Haushalten? Haben manche Haushalte mehr als ein Auto? Solche und andere interessante Fragen zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern können anhand der Ergebnisse aus dem ersten Erhebungsteil der EVS, den Allgemeinen Angaben, beantwortet werden.

Zum einen wird eine aktuelle Bestandsaufnahme der Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen, Geräten der Unterhaltungselektronik, der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Haushalts- und Sportgeräten zum 1. Januar 2008 durchgeführt. Für einige „traditionelle“ Güter, wie zum Beispiel Kühlschränke und Kraftfahrzeuge, kann zum anderen die Entwicklung sogar über einen längeren Zeitraum – zum Teil bis in die 1960er-Jahre zurück – beschrieben werden. Aber auch die technische Entwicklung vieler Güter wird anhand der Ergebnisse der EVS erkennbar: Von analogen zu digitalen Geräten, von stationären PC und Telefonen hin zu mobilen Geräten und von Röhren- zu Flachbildfernsehern. Erstmals kann auch im Rahmen der EVS die Ausstattung privater Haushalte mit MP3-Playern, Pay-TV-Decodern, Spielkonsolen und Navigationsgeräten aufgezeigt werden.⁵⁾

2.1 Ausstattung in zeitlicher und regionaler Sicht

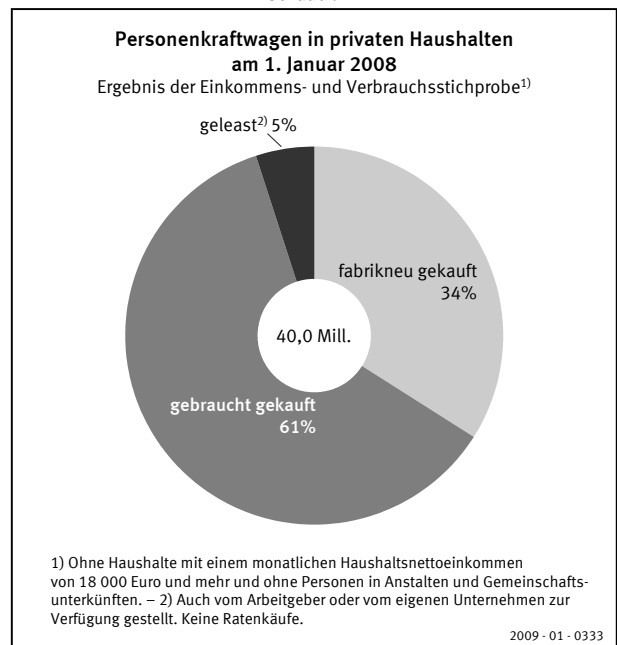
Während bei einigen Ausstattungsgütern, wie zum Beispiel den Fahrzeugen, die Entwicklungen in den letzten zehn Jahren weniger stark ausgeprägt waren, gab es insbesondere bei Gebrauchsgütern der Informationstechnik und der Unterhaltungselektronik sprunghafte Veränderungen (siehe Anhangtabelle 1 auf S. 471).

Fahrzeuge

Insgesamt verfügten 77,1% der Privathaushalte Anfang 2008 über mindestens einen Personenkraftwagen. Im Vergleich zu 2003 ist der Ausstattungsgrad – weniger als in den Zeiträumen zwischen früheren Einkommens- und Verbrauchsstichproben – nur um 0,2 Prozentpunkte gestiegen. Während der Anteil der Haushalte mit Personenkraftwagen im früheren Bundesgebiet mit 77,9% gegenüber 2003 praktisch unverändert geblieben ist (-0,1 Prozentpunkte), hat sich der Anteil der Haushalte mit Personenkraftwagen in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 2003 um 1,4 Pro-

zentpunkte auf 73,3% erhöht. Anfang 2003 betrug die Ausstattungsdifferenz zwischen West und Ost 6,1 Prozentpunkte, Anfang 2008 waren es nur noch 4,6 Prozentpunkte. Der Trend zum Gebrauchtwagen setzte sich – im Westen ebenso wie im Osten – weiter fort: Anfang 1998 verfügten 43,8% aller Privathaushalte über gebraucht gekaufte Pkw, zehn Jahre später war es bereits mehr als die Hälfte (50,3%) der Haushalte. Im gleichen Zeitraum ging der Ausstattungsgrad mit fabrikneu gekauften Wagen von 37,0% (1998) auf 31,3% (2008) zurück. Das ist der niedrigste Wert seit der ersten Befragung nach dem Besitz von Neuwagen vor 35 Jahren (1973: 32,7%). Der Anteil der Haushalte mit geleasteten Fahrzeugen ist von 3,4% (2003) auf 4,3% (2008) leicht gestiegen. Insgesamt gibt es in den Privathaushalten 40,0 Mill. Fahrzeuge (siehe Anhangtabelle 2 auf S. 472). Davon wurden 24,5 Mill. Autos gebraucht gekauft, gefolgt von 13,7 Mill. neu gekauften und 1,9 Mill. geleasteten Personenkraftwagen.

Schaubild 1



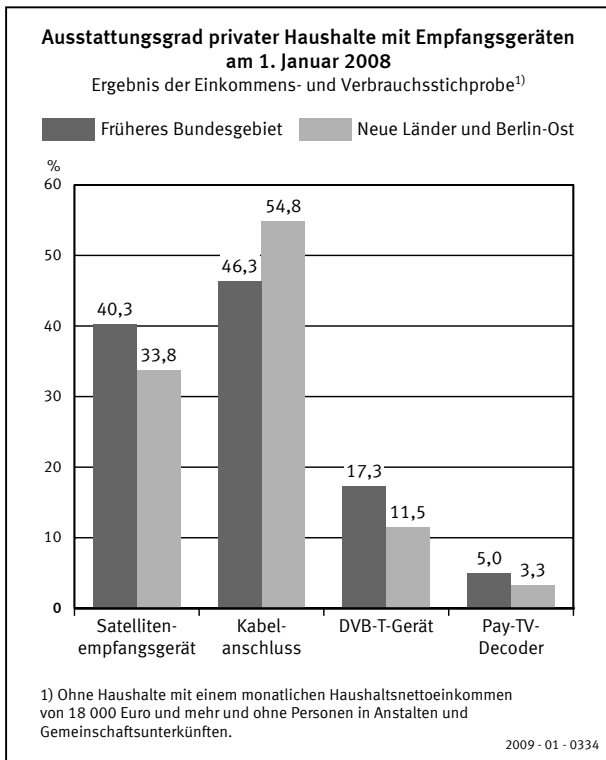
Anfang 2008 befanden sich insgesamt 5,5 Mill. Krafträder, zu denen in der EVS auch Roller und Mofas zählen, in den privaten Haushalten. Der Anteil der Haushalte mit Krafträdern ist vergleichsweise niedrig: Etwa jeder neunte Haushalt in Deutschland (11,6%) verfügte über mindestens ein motorisiertes Zweirad. Mit 70 Mill. gab es wesentlich mehr Fahrräder als Krafträder in den privaten Haushalten. Vier von fünf Haushalten (79,5%) verfügten über mindestens ein Fahrrad. Die Ausstattungsgrade im Osten lagen leicht unter denen im Westen.

Unterhaltungselektronik

Seit Anfang 1998 haben sich die Ausstattungsgrade bei den „klassischen“ Gütern der Unterhaltungselektronik kaum verändert, auch zwischen West und Ost gibt es nur geringe

5) Bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen gehören die genannten Güter zum Teil bereits seit 2005 zu den erfragten Gebrauchsgütern.

Schaubild 2



Unterschiede. Anfang 2008 verfügten 94,1 % aller privaten Haushalte über Fernseher, 85,2 % über Fotoapparate und 19,5 % über Camcorder (Videokameras). Die Ausstattung der privaten Haushalte mit den „neueren“ Gütern der Unterhaltungselektronik hat dagegen stark zugenommen. 69,1 % der Haushalte besaßen Anfang 2008 einen DVD-Player; das waren mehr als doppelt so viele Haushalte wie 2003 (27,1 %). Flachbildfernseher, nach deren Vorhandensein Anfang 2008 erstmalig gefragt wurde, fanden sich in 15,7 % aller Haushalte. Rund 6,8 Mill. der 57,6 Mill. Fernseher in den privaten Haushalten sind damit der neuen Technologie zuzurechnen. Auch bei der Ausstattung mit diesen Geräten waren kaum Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen. Beim Fernsehempfang dagegen gibt es größere Ausstattungsunterschiede zwischen Ost und West. Die Ausstattung mit Kabelanschluss ist im Vergleich zu 1998 zwar um 5,6 Prozentpunkte gesunken, stand aber mit 47,8 % noch an erster Stelle bei den Empfangsgeräten. Mit einem Anteil von 54,8 % war der Ausstattungsgrad in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet mit 46,2 %. Umgekehrt stellt sich die Situation bei den Satellitenempfangsgeräten dar, mit denen 39,1 % aller Haushalte ausgestattet waren (1998: 28,8 %): Westdeutsche Haushalte waren mit 40,3 % häufiger mit solchen Empfangsgeräten ausgestattet als ostdeutsche Haushalte (33,8 %). Mittlerweile verfügt in Deutschland nahezu jeder sechste Privathaushalt (16,2 %) über einen Receiver für den digitalen terrestrischen Empfang (DVB-T). Auch ein DVB-T-Gerät besaßen Haushalte im Westen häufiger (17,3 %) als Haushalte im Osten (11,5 %).

Zum Stichtag 1. Januar 2008 hatten 79,7 % der privaten Haushalte einen oder mehrere CD-Player bzw. -Recorder.

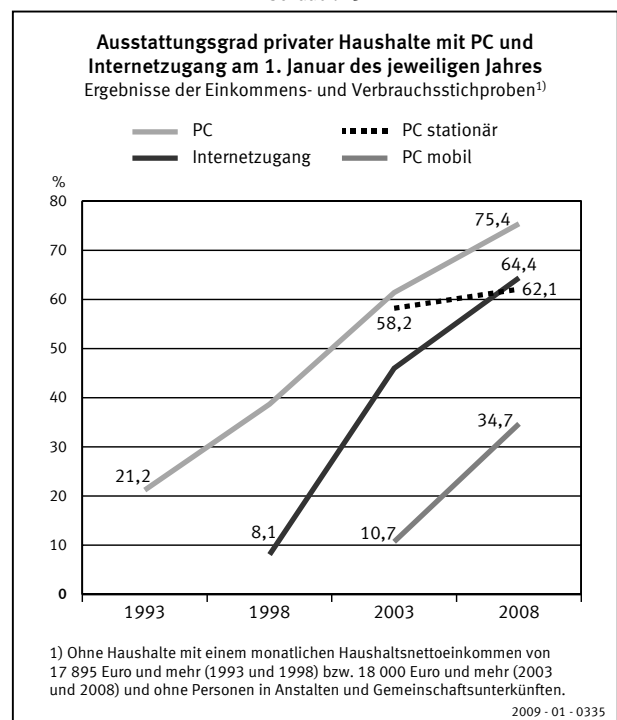
Erstmalig konnten die privaten Haushalte auch Angaben über den Besitz von MP3-Playern und Spielkonsolen machen: 37,3 % der Haushalte besaßen mindestens einen MP3-Player und 19,4 % eine Spielkonsole.

Informations- und Kommunikationstechnik

Rasante Entwicklungen hat es in den vergangenen Jahren bei der Ausstattung mit Gütern der Informationstechnik gegeben: Standen 1998 gerade mal in 38,7 % aller privaten Haushalte ein oder mehrere Personal Computer (PC), so verfügten Anfang 2008 bereits drei Viertel (75,4 %) aller Haushalte über PC. Stark zugenommen hat der Anteil der Haushalte mit mobilen PC: Anfang 2003 besaßen nur 10,7 % der Haushalte ein Notebook, einen Lap- oder einen Palm-top, Anfang 2008 waren es bereits 34,7 %. Gleichzeitig hat sich die Anzahl mobiler PC vervierfacht: von 4,4 Mill. im Jahr 2003 auf 16,2 Mill. Anfang 2008. Nur leicht erhöht hat sich im gleichen Zeitraum der Ausstattungsgrad mit stationären PC (von 58,2 auf 62,1 %); die Zahl dieser Geräte ist von 27,8 Mill. (2003) auf 31,3 Mill. (2008) gestiegen. 2008 verfügten die Haushalte in den neuen Bundesländern seltener über PC (71,5 %) als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (76,3 %), auch wenn die Unterschiede nicht mehr so groß waren wie 1998 (Ost: 33,9 %, West: 39,9 %).

Wer einen PC hat, geht meist auch ins Internet: Konnten vor zehn Jahren nur 8,1 % der Privathaushalte das Internet nutzen, so war es fünf Jahre später (2003) fast die Hälfte (46,0 %) aller Haushalte. Anfang 2008 verfügten dann sogar 64,4 % der Haushalte über einen Internetzugang. Noch deutlicher wird diese rasante Entwicklung bei der Betrachtung der Zahl der Internetzugänge: 1998 waren 3,1 Mill. Zugänge vorhanden, zehn Jahre später hatte sich deren Anzahl mit 27,0 Mill. fast verneunfacht. Wer heute einen PC hat, geht damit auch

Schaubild 3



fast immer ins Internet. So lag der Anteil der Haushalte mit Internetzugang Anfang 2008 nur 11,0 Prozentpunkte unter dem der Haushalte mit PC; vor zehn Jahren betrug diese Differenz noch 30,6 Prozentpunkte.

Ähnlich rasant wie die Ausstattung mit PC hat sich die mit Mobiltelefonen entwickelt, die den Festnetztelefonen zunehmend den Rang ablaufen. Das heißt der Zuwachs bei den Mobiltelefonen geht mit sinkenden Ausstattungsgraden bei Festnetztelefonen einher. Anfang 1998 verfügten 96,8% aller Haushalte über ein Festnetztelefon, aber nur 11,2% konnten mobil, also per Handy, telefonieren. Dieses Bild hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt: Mittlerweile verfügen 86,3% aller Privathaushalte über ein oder mehrere Mobiltelefone. Das ist nahezu die gleiche Anzahl von Haushalten wie die, die ein „klassisches“ Festnetztelefon besitzen (89,7%). Noch markanter ist diese Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost: Dort sank der Ausstattungsgrad mit stationären Telefonen von 94,3% (1998) auf 86,0% (2008) und damit um 8,3 Prozentpunkte. Im früheren Bundesgebiet war der Rückgang von 97,3% (1998) auf 90,5% (2008) mit 6,8 Prozentpunkten nicht so stark. Immerhin 9,4% der Haushalte verfügten Anfang 2008 ausschließlich über ein Mobiltelefon und verzichteten auf einen Festnetzanschluss; Anfang 2003 wurde nur in 4,2% der privaten Haushalte ausschließlich mobil telefoniert. Der technologische Wandel zeigt sich noch deutlicher in der Entwicklung des Ausstattungsbestandes, das ist die Anzahl des jeweiligen Gebrauchsgutes in einhundert Haushalten. Kamen 1998 auf durchschnittlich 110 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 12 Mobiltelefone, so hatten sich die Ausstattungsbestände mit 120 Festnetztelefonen und 114 Handys je 100 Haushalte im Jahr 2003 nahezu ange-

glichen. Anfang 2008 hat sich das Ausstattungsverhältnis dann umgekehrt: Auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone kamen 154 mobile Telefone.

31,5% aller Privathaushalte verfügten Anfang 2008 über einen ISDN-Anschluss. Damit hat sich der Ausstattungsgrad seit 1998 (5,6%) vervielfacht. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost. Während im Westen jeder dritte Haushalt (33,9%) Anfang 2008 über einen digitalen Festnetzanschluss verfügte, war es in den neuen Ländern nur jeder fünfte Haushalt (20,9%). Stationäre Anrufbeantworter waren Anfang 2008 in rund der Hälfte aller Haushalte (49,4%) vorhanden. Ein Telefaxgerät besaßen 20,7% der privaten Haushalte.

Erstmals wurde 2008 nach dem Vorhandensein von Navigationsgeräten gefragt: 20,7% der privaten Haushalte gaben an, ein solches Gerät zu besitzen. Der Ausstattungsgrad in den neuen Ländern und Berlin-Ost war hier mit 17,3% niedriger als im früheren Bundesgebiet (21,4%).

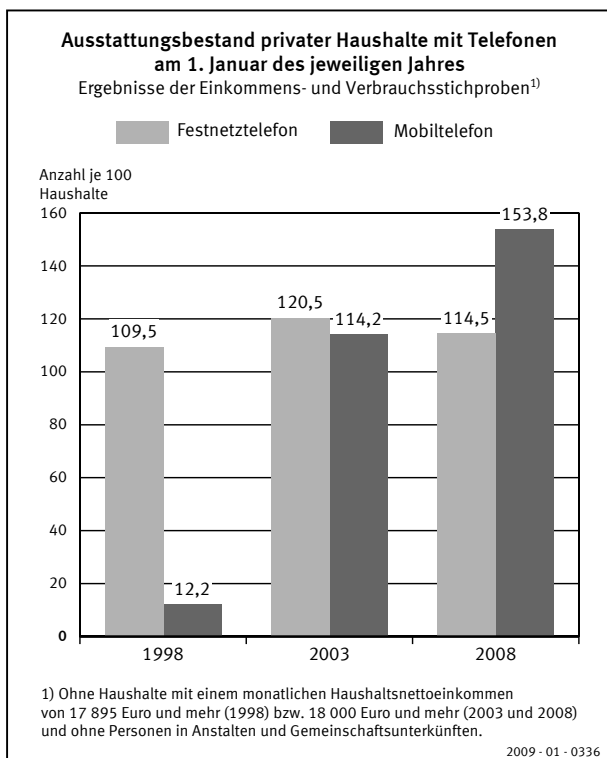
Haushalts- und Sportgeräte

Der Kühlschrank gehört zu den „traditionellen“ elektrischen Haushaltsgeräten und steht – seit vielen Jahren unverändert – in nahezu jedem Haushalt (98,6%). Gefrierschränke dagegen waren Anfang 2008 nur noch in etwas mehr als der Hälfte aller Haushalte (52,4%) zu finden, der rückläufige Trend hat sich hier weiter fortgesetzt: Seit 1998 hat sich der Ausstattungsgrad um 25 Prozentpunkte verringert. Das dürfte sicherlich nicht am nachlassenden Interesse an Gefrierkost liegen, sondern vielmehr daran, dass die Haushalte zunehmend mit den moderneren Kombinationsgeräten zum Kühlen und Gefrieren ausgestattet sind. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war im gleichen Zeitraum sogar eine Abnahme um 37 Prozentpunkte zu verzeichnen: Besaßen 1998 noch 80,0% der Haushalte einen Gefrierschrank, hatte sich der Ausstattungsgrad Anfang 2008 mit 43,0% fast halbiert.

Andere elektrische Großgeräte waren Anfang 2008 im Vergleich zu 1998 vermehrt in Privathaushalten zu finden: In 69,6% aller privaten Haushalte gab es Mikrowellengeräte (+ 18,8 Prozentpunkte), in 62,5% der Haushalte Geschirrspülmaschinen (+ 17,7 Prozentpunkte) und in 38,5% der Haushalte Wäschetrockner (+ 9,1 Prozentpunkte). Während es bei Kühlschränken und Mikrowellengeräten kaum regionale Unterschiede in der Ausstattung gab, sind bei Geschirrspülern und Wäschetrocknern deutliche Unterschiede in der Ausstattung west- und ostdeutscher Haushalte damit feststellbar. In den neuen Ländern verfügten Anfang 2008 nur 55,0% der Haushalte über Geschirrspülmaschinen und 22,1% über Wäschetrockner, die entsprechenden Ausstattungsgrade im früheren Bundesgebiet beliefen sich auf 64,2 bzw. 42,3%.

Über Sportgeräte verfügten 27,5% der Haushalte, das war ein leichter Anstieg gegenüber 2003 mit 24,3%.

Schaubild 4



2.2 Ausstattung nach dem Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen

Entscheidend für das Vorhandensein der meisten Gebrauchsgüter ist das Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen. Lediglich bei den „Ausstattungsklassikern“ Fernseher, Telefon und Kühlschrank waren Anfang 2008 über alle Altersklassen hinweg nahezu gleich hohe Ausstattungsgrade festzustellen (siehe Tabelle 2). Bei allen anderen Gütern zeigten sich ausgeprägte altersspezifische Unterschiede in deren Verfügbarkeit. Bezogen auf die Person mit dem Haupteinkommen sind die Ausstattungsgrade in der jüngsten Altersklasse unter 25 Jahren bei vielen Gütern, zum Beispiel Personenkraftwagen, Haushaltsge-

räten, PC und Navigationssystemen, zunächst niedrig. In den Haushalten der 25- bis unter 35-Jährigen nehmen die entsprechenden Anteile dann stark zu und erreichen meist bei den 35-bis unter 45-Jährigen ihre Höchstwerte. Danach werden die Ausstattungsgrade mit zunehmendem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher geringer, bis sie in den Haushalten der über 80-Jährigen meist ihre Tiefstwerte erreichen.

Fahrzeuge

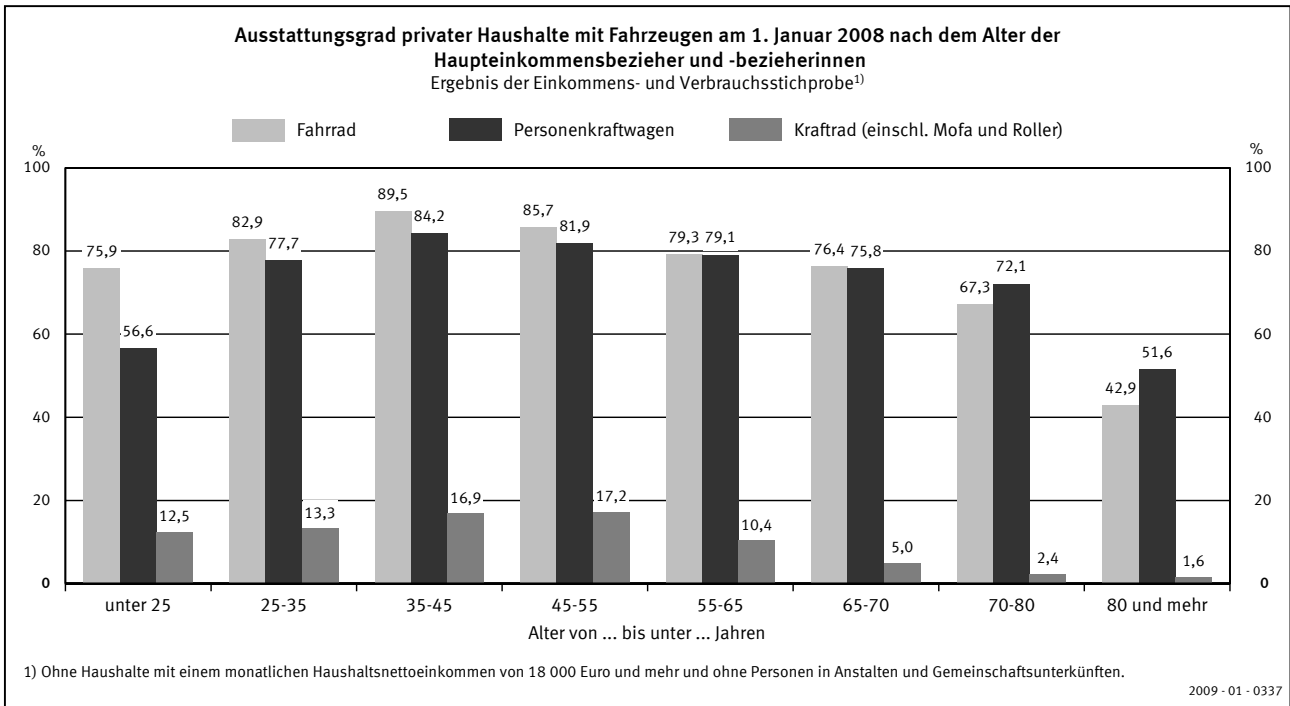
Bei der Ausstattung mit Personenkraftwagen gibt es zwar altersspezifische Unterschiede, grundsätzlich ist die Spanne aber hier nicht so groß wie bei anderen Gütern. Anfang 2008 waren in mindestens der Hälfte der Haushalte jeder Altersklasse Personenkraftwagen vorhanden. Bezogen auf

Tabelle 2: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 nach dem Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Alter der Haupteinkommensbezieher/-innen von ... bis unter ... Jahren							
	unter 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	1163	6627	13068	14492	10231	5259	6399	1745
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1766	4707	8901	7464	5368	3341	5810	1721
	Prozent							
Fahrzeuge								
Personenkraftwagen	56,6	77,7	84,2	81,9	79,1	75,8	72,1	51,6
fabrikneu gekauft	9,3	19,1	28,3	31,7	35,1	39,9	43,0	32,4
gebraucht gekauft	48,7	61,7	61,3	58,0	50,6	38,7	30,4	19,6
geleast ²⁾	(2,3)	4,8	6,6	5,8	4,6	2,1	(1,3)	/
Krafttrad (einschl. Mofa und Roller)	12,5	13,3	16,9	17,2	10,4	5,0	2,4	(1,6)
Fahrrad	75,9	82,9	89,5	85,7	79,3	76,4	67,3	42,9
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton								
Fernseher	86,4	90,7	93,2	94,9	96,0	95,6	96,4	95,5
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	11,0	14,8	16,5	17,5	18,1	14,8	14,2	10,3
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	24,3	34,8	46,2	42,3	39,9	37,3	34,6	31,3
Kabelanschluss	54,2	47,9	41,0	46,5	49,9	50,7	52,9	53,0
DVB-T-Gerät (Decoder)	16,6	17,7	17,1	17,0	17,3	16,0	13,4	10,2
Pay-TV-Decoder	(3,4)	6,5	6,4	5,0	4,9	3,1	2,3	(1,4)
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	82,4	87,0	85,5	79,0	66,5	51,8	38,8	22,6
Camcorder (Videokamera)	11,4	19,5	27,2	22,9	20,1	14,6	11,8	7,1
Camcorder analog	(4,4)	7,8	14,0	14,4	13,1	9,5	7,9	5,5
Camcorder digital	(7,4)	12,1	14,8	10,4	9,0	6,0	5,0	(2,0)
Fotoapparat	79,8	88,6	91,3	88,3	85,3	84,1	78,4	62,2
Fotoapparat analog	31,2	46,3	62,2	64,2	66,7	69,9	69,4	58,5
Fotoapparat digital	68,2	74,7	74,4	67,4	55,8	42,8	29,8	14,2
MP3-Player	67,9	56,3	52,8	49,4	26,8	12,1	7,5	(4,0)
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	82,6	87,5	91,1	86,9	79,0	72,7	61,6	43,0
Spielkonsole	34,1	30,7	32,0	25,0	10,3	3,5	2,3	/
Informations- und Kommunikationstechnik								
Personalcomputer (PC)	87,6	91,1	91,5	86,5	76,2	60,7	43,6	21,8
PC stationär	56,3	64,8	76,8	76,0	66,3	51,5	36,6	18,0
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	53,8	53,3	43,4	40,1	31,4	20,9	13,1	6,2
Internetzugang, -anschluss	70,3	79,1	82,8	75,7	63,6	48,5	32,7	13,8
ISDN-Anschluss	24,7	32,5	39,9	39,7	35,1	25,5	16,6	8,0
Telefon	99,2	99,2	99,4	99,1	98,7	99,2	98,8	98,4
Telefon stationär (auch schnurlos)	64,7	80,0	89,9	90,4	92,2	95,0	96,1	96,9
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	97,2	97,2	95,4	92,0	86,1	78,2	69,5	47,2
Anrufbeantworter stationär	25,6	43,0	57,7	52,1	54,0	55,2	44,6	26,5
Telefaxgerät stationär	(5,4)	14,3	23,6	24,1	25,8	23,8	18,4	8,9
Navigationssystem	14,7	23,5	25,4	24,1	22,5	18,1	13,1	(4,2)
Haushalts- und sonstige Geräte								
Kühlschrank	96,3	99,0	98,9	98,7	98,6	98,4	98,7	98,3
Gefrierschrank, Gefriertruhe	24,9	34,7	52,1	58,3	57,7	57,9	59,2	55,2
Geschirrspülmaschine	34,0	58,1	73,3	68,9	65,4	61,5	54,2	40,2
Mikrowellengerät	70,5	73,5	73,8	73,9	71,5	66,0	60,4	50,0
Wäschetrockner	15,6	29,5	46,4	44,2	42,8	37,3	33,9	25,3
Sportgeräte (Hometrainer)	14,5	21,0	28,2	30,9	31,1	30,6	28,2	20,9

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Schaubild 5



die Person im Haushalt mit dem Haupteinkommen wiesen die Haushalte der unter 25-Jährigen und der über 80-Jährigen mit 56,6 bzw. 51,6 % hier die niedrigsten Ausstattungsgrade auf. In den Altersklassen der 25- bis unter 70-Jährigen war jeweils in wenigstens 75 % der Haushalte mindestens ein Personenkraftwagen vorhanden. Am häufigsten mit Personenkraftwagen ausgestattet waren mit 84,2 % die Haushalte der 35- bis unter 45-Jährigen. Mit steigendem Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen stieg der Anteil der Haushalte mit Fahrzeugen, die als Neuwagen angeschafft wurden: Nur 9,3 % der Haushalte der unter 25-Jährigen hatten einen Neuwagen, dafür gab es in 48,7 % dieser Haushalte Gebrauchtwagen. Den höchsten Anteil an Haushalten mit neu gekauften Personenkraftwagen gab es mit 43,0 % in der Gruppe der 70- bis unter 80-Jährigen; dort standen nur in 30,4 % der Haushalte gebraucht gekaufte Autos. Obwohl sich der Ausstattungsgrad mit Personenkraftwagen in den letzten zehn Jahren insgesamt nur geringfügig verändert hat, sind heute auch in den Haushalten mit älteren Haupteinkommensbezieherinnen häufiger Personenkraftwagen vorhanden als vor einigen Jahren: Anfang 2003 betrug der Anteil der Haushalte der 70- bis unter 80-jährigen Haupteinkommenspersonen mit Personenkraftwagen noch 57,3 %. Anfang 2008 waren es bereits 72,1 %. Auch in den Haushalten der Altersklasse ab 80 Jahren hat sich der Ausstattungsgrad erhöht, und zwar von 37,6 % (2003) auf 51,6 % (2008).

Für den Besitz von Krafträdern ist das Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen ebenfalls entscheidend. Anfang 2008 wiesen Haushalte der Altersklassen von unter 25 bis unter 55 Jahren über dem Durchschnitt (11,6 %) liegende Ausstattungsgrade auf. Mit einem Anteil von 17,2 % waren Krafträder am häufigsten in den Haushalten der 45- bis unter 55-Jährigen vorhanden. Demgegenüber

hatten nur 10,4 % der Haushalte der 55- bis unter 65-Jährigen und nur noch 5,0 % der Haushalte der 65- bis unter 70-Jährigen ein Kraftrad.

Überdurchschnittlich mit Fahrrädern ausgestattet waren Anfang 2008 die Haushalte mit Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen in den Altersgruppen 25 Jahre bis unter 55 Jahre. Mit einem Ausstattungsgrad von 89,5 % war der Anteil in der Altersklasse der 35- bis unter 45-Jährigen am größten. Selbst in den Haushalten mit Haupteinkommenspersonen im Alter von 70 bis unter 80 Jahren betrug der Anteil der Haushalte mit Fahrrädern noch 67,3 %. Und in immerhin 42,9 % der Haushalte der über 80-Jährigen gab es noch Fahrräder – wobei der Ausstattungsgrad nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Unterhaltungselektronik

Anders als bei der Ausstattung mit Fahrzeugen waren bei den meisten Gütern der Unterhaltungselektronik deutliche altersspezifische Unterschiede in den Ausstattungsgraden zu erkennen. Sowohl MP3-Player und Spielkonsolen als auch DVD- und CD-Player/-Recorder sowie Fotoapparate waren in den Altersklassen bis unter 55 Jahre überdurchschnittlich vorhanden. MP3-Player und Spielkonsolen waren Anfang 2008 am häufigsten in den Haushalten der jüngsten Altersklasse zu finden: 67,9 % dieser Haushalte hatten MP3-Player und 34,1 % Spielkonsolen. In Haushalten mit über 70-jährigen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen waren MP3-Player und Spielkonsolen dagegen kaum vorhanden. Insbesondere DVD-Player halten seit einiger Zeit verstärkt Einzug in die Haushalte von über 70-Jährigen: Fanden sich vor fünf Jahren nur in 7,4 % der Haushalte von 70- bis unter 80-Jährigen und in 4,2 % der Haushalte von über 80-Jährigen DVD-Player/-Recorder,

verfügten Anfang 2008 mit 38,8 bzw. 22,6% deutlich mehr dieser Haushalte über solche Geräte. Bei Flachbildfernsehern ist der Unterschied in den Ausstattungsgraden zwischen den Altersklassen gering: Die Ausstattungsgrade liegen zwischen 18,1% (55- bis unter 65-Jährige) und 10,3% (80-Jährige und Ältere).

Informations- und Kommunikationstechnik

Auch die Ausstattung mit IKT-Gütern ist je nach Alterklasse sehr unterschiedlich: Überdurchschnittlich häufig verfügten Anfang 2008 die Haushalte in allen Altersklassen bis unter 55 Jahre über PC und Internetzugang. Die höchsten Ausstattungsgrade zeigten sich hier in den Haushalten der 35- bis unter 45-Jährigen (91,5 bzw. 82,8%). In den Haushalten der Altersklassen ab 45 Jahren nahmen die Ausstattungsgrade dann wieder ab. Immerhin besaßen aber 21,8% der Haushalte der ab 80-Jährigen einen PC. Die Generation der unter 35-Jährigen zieht mobile Geräte den stationären vor: In 53,8% der Haushalte mit Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen unter 25 Jahren gab es Anfang 2008 Notebooks, Lap- und Palmtops; der Ausstattungsgrad mit stationären PC lag mit 56,3% nur knapp darüber. In den Haushalten der 25- bis unter 35-Jährigen war der Ausstattungsgrad mit mobilen PC mit 53,3% fast genau so hoch wie in der Altersklasse darunter, dafür gab es hier mit 64,8% mehr Haushalte mit stationären PC.

Grundsätzlich herrscht in den privaten Haushalten aller Altersklassen Vollausrüstung bei Telefonen. Deutliche Ausstattungsunterschiede nach der Altersstruktur zeigen sich Anfang 2008 bei mobilen und stationären Telefonen: Während der Anteil der Haushalte mit Festnetztelefon mit zunehmendem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen leicht ansteigt – 64,7% der Haushalte mit unter 25-Jährigen besaßen ein Festnetztelefon und 96,9% der Haushalte von über 80-Jährigen –, sinkt die Mobiltelefonausstattung mit zunehmendem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen. Handys waren in 97,2% der Haushalte mit unter 25-Jährigen zu finden und in knapp der Hälfte (47,2%) der „ältesten“ Haushalte. In 34,5% der Haushalte der unter 25-Jährigen hat das Handy den Festnetzanschluss sogar vollständig verdrängt. Auch der Anteil der ausschließlichen „Handy-Nutzer-Haushalte“ nimmt mit steigendem Alter der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen ab. Bei den 25- bis 34-Jährigen waren es noch 19,1% der Haushalte, die ausschließlich Mobiltelefone und keinen festen Telefonanschluss mehr besaßen, bei den 55- bis unter 65-Jährigen 6,4% und bei den über 70-Jährigen 2,4% der Haushalte.

Navigationssysteme waren Anfang 2008 überdurchschnittlich häufig (mit Ausstattungsgraden zwischen 22,5 und 25,4%) in den Haushalten der Altersklassen von 25 bis unter 65 Jahre(n) zu finden. 14,7% der Haushalte der unter 25-Jährigen besaßen ein Navigationssystem. Nur geringfügig niedriger war der Ausstattungsgrad in den Haushalten der 70- bis unter 80-Jährigen mit einem Anteil von 13,1%. Schlusslicht waren die Haushalte mit über 80-jährigen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen mit einem Anteil von 4,2%.

Haushalts- und Sportgeräte

Anders als bei den meisten „modernen“ Gütern der Unterhaltungselektronik bzw. der Informations- und Kommunikationstechnik verhält es sich bei der Ausstattung mit Haushaltsgeräten. Haushalte mit jüngeren Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen unter 35 Jahren waren – mit Ausnahme von Mikrowellengeräten – nicht nur unterdurchschnittlich mit elektrischen Haushaltsgeräten ausgestattet, zum Teil wiesen diese Altersklassen auch die niedrigsten Anteile im Gesamtvergleich auf. Überdurchschnittlich häufig waren elektrische Haushaltsgroßgeräte in den Haushalten der Altersklassen von 35 bis unter 65 Jahre(n) vorhanden. In den Haushalten der über 70-Jährigen lagen die Ausstattungsgrade mit Haushaltsgeräten zwar unter dem Durchschnitt, dennoch verfügten diese häufiger über Geschirrspülmaschinen und Wäschetrockner als die „jungen“ Haushalte. Anfang 2008 besaßen nur 34,0% der Haushalte mit Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen unter 25 Jahren und 58,1% der Haushalte von 25- bis unter 35-Jährigen eine Geschirrspülmaschine. Dagegen konnten 54,2% der Haushalte der 70- bis unter 80-Jährigen und immerhin 40,2% der Haushalte von 80-Jährigen und Älteren eine Spülmaschine ihr Eigen nennen. Die meisten Geschirrspüler fanden sich mit 73,3% in den Haushalten der Altersklasse von 35 bis unter 45 Jahre(n). Bei den Mikrowellen lagen die Ausstattungsgrade in allen Altersklassen bis unter 65 Jahre über dem Durchschnitt von 69,6%. Selbst jeder zweite Haushalt von über 80-jährigen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieherinnen verfügte über ein Mikrowellengerät.

Sportgeräte bzw. Hometrainer waren in den Haushalten der 80-Jährigen und Älteren häufiger anzutreffen (20,9%) als bei den unter 25-Jährigen (14,5%). Mit einem Anteil von 21,0% lagen die Haushalte von 25- bis unter 35-Jährigen unter dem Durchschnittswert von 27,5%. Überdurchschnittlich viele Haushalte in den Altersklassen von 35 bis unter 80 Jahre(n) konnten auf Hometrainern trainieren: Mit Werten zwischen 28,2 und 31,1% waren die Unterschiede in den Ausstattungsgraden aber nicht sehr groß.

2.3 Ausstattung nach dem Haushaltstyp

Die Anzahl der in den Haushalten vorhandenen Güter hängt häufig vom Haushaltstyp ab. Haushalte von Alleinlebenden – das sind zu 61,3% Haushalte alleinlebender Frauen – wiesen fast durchgängig die niedrigsten Ausstattungsgrade mit Gebrauchsgütern auf (siehe Tabelle 3 auf S. 458).

Fahrzeuge

In 94,1% der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) gab es mindestens einen Personenkraftwagen, während 89,6% der Paare ohne Kind über Autos verfügten. Haushalte von Alleinerziehenden waren mit 67,2% unterdurchschnittlich mit Personenkraftwagen ausgestattet, und nur 56,9% der Haushalte von Alleinlebenden besaßen ein Auto.

Krafträder waren mit 20,4% am häufigsten in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) zu finden. Dagegen besa-

Tabelle 3: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 nach dem Haushaltstyp
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende	Davon		Alleinerziehende ²⁾	Paare ³⁾	Davon		Sonstige Haushalte ⁵⁾
		Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern) ⁴⁾	
Erfasste Haushalte (Anzahl)	15 967	6 105	9 862	1 869	31 087	19 903	11 184	10 061
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	14 988	5 801	9 187	1 265	17 186	11 210	5 975	5 638
Prozent								
Fahrzeuge								
Personenkraftwagen	56,9	62,4	53,4	67,2	91,2	89,6	94,1	89,9
fabrikneu gekauft	21,2	20,7	21,5	13,5	39,6	44,0	31,4	36,5
gebraucht gekauft	34,2	40,0	30,5	51,3	58,1	51,1	71,2	69,3
geleast ⁶⁾	2,0	2,7	1,6	(2,6)	5,8	4,7	7,8	6,4
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)	5,4	10,3	2,4	(5,1)	14,2	10,9	20,4	21,4
Fahrrad	67,0	71,6	64,1	90,0	85,9	81,6	94,1	90,7
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton								
Fernseher	89,5	88,0	90,5	93,1	96,8	97,0	96,4	98,2
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	9,7	12,6	7,8	8,3	19,8	20,0	19,5	21,0
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	25,3	28,4	23,4	32,7	47,9	43,1	56,8	50,2
Kabelanschluss	54,4	52,2	55,7	50,0	43,4	48,1	34,4	43,6
DVB-T-Gerät (Decoder)	13,2	15,9	11,4	13,4	18,5	18,6	18,3	18,0
Pay-TV-Decoder	2,7	5,3	1,1	(1,8)	6,0	5,5	7,1	6,4
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	52,9	64,0	45,8	83,2	76,7	68,7	91,8	86,0
Camcorder (Videokamera)	7,9	12,8	4,8	16,6	27,3	19,1	42,5	27,4
Camcorder analog	4,7	7,5	2,9	9,6	14,7	11,6	20,5	17,5
Camcorder digital	3,6	6,2	2,0	7,6	14,2	9,0	24,2	12,8
Fotoapparat	72,8	76,3	70,6	86,6	93,4	91,3	97,5	93,0
Fotoapparat analog	53,1	50,5	54,7	56,9	67,2	68,0	65,8	67,1
Fotoapparat digital	37,5	48,4	30,7	62,3	69,4	60,7	85,8	78,6
MP3-Player	22,2	27,4	18,8	54,7	38,4	27,3	59,3	70,3
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	71,2	73,5	69,7	87,8	83,4	78,2	93,2	89,4
Spielkonsole	7,1	10,5	4,9	42,8	22,3	10,7	44,1	38,1
Informations- und Kommunikationstechnik								
Personalcomputer (PC)	60,1	69,3	54,3	84,4	82,0	74,4	96,4	94,0
PC stationär	43,4	54,7	36,3	69,7	69,8	61,9	84,6	86,7
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	25,9	29,9	23,4	30,0	37,4	33,0	45,6	51,0
Internetzugang, -anschluss	46,7	55,7	41,0	71,1	72,4	63,4	89,4	85,2
ISDN-Anschluss	19,2	23,8	16,4	29,0	36,8	31,7	46,3	48,6
Telefon	98,5	97,8	99,0	99,0	99,4	99,3	99,6	99,3
Telefon stationär (auch schnurlos)	83,5	78,2	86,8	82,7	94,0	94,1	93,7	94,5
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	76,2	82,4	72,3	95,2	91,4	88,6	96,8	95,7
Anrufbeantworter stationär	43,7	42,7	44,4	46,9	54,6	51,9	59,8	48,8
Telefaxgerät stationär	12,9	18,3	9,6	14,3	25,7	24,5	27,9	27,4
Navigationssystem	9,8	16,3	5,8	6,8	28,2	26,6	31,0	29,6
Haushalts- und sonstige Geräte								
Kühlschrank	97,9	96,9	98,5	98,9	99,0	98,9	99,3	99,0
Gefrierschrank, Gefriertruhe	33,2	29,6	35,4	42,5	64,2	63,0	66,4	70,0
Geschirrspülmaschine	38,4	35,5	40,2	63,7	77,6	71,4	89,2	80,0
Mikrowellengerät	58,1	61,4	55,9	74,9	75,5	72,5	81,2	81,2
Wäschetrockner	20,7	19,6	21,4	37,7	49,4	42,9	61,5	52,9
Sportgeräte (Hometrainer)	17,6	17,4	17,7	16,2	33,6	34,7	31,6	37,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) der Haupteinkommensbezieher/-innen oder der Ehe- bzw. Lebenspartner/-innen unter 18 Jahren. – 5) U. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, Mehrgenerationenhaushalte, Wohngemeinschaften usw. – 6) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Ben nur 10,9% der Haushalte von Paaren ohne Kind motorisierte Zweiräder. Alleinlebende Frauen hatten mit 2,4% am seltensten ein Kraftrad, alleinlebende Männer lagen mit einem Ausstattungsgrad von 10,3% deutlich darüber.

Gehören Kinder zum Haushalt, steigt der Ausstattungsgrad mit Fahrrädern: Zu Beginn des Jahres 2008 besaßen 90,0% der Haushalte von Alleinerziehenden und 94,1% der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) ein Fahrrad oder mehrere Fahrräder. Der Ausstattungsgrad von Paarhaushalten ohne Kind lag mit 81,6% darunter. Nur 67,0% der Haushalte von Alleinlebenden verfügten über Fahrräder.

Unterhaltungselektronik

Sind Kinder im Haushalt, so steigen die Ausstattungszahlen mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Das gilt auch für Güter der Unterhaltungselektronik, insbesondere für MP3-Player und Spielkonsolen. 22,2% der Alleinlebenden und 27,3% der Paare ohne Kind besaßen Anfang 2008 MP3-Player. Mehr als doppelt so hoch war dagegen der Ausstattungsgrad bei den Alleinerziehenden (54,7%) und bei den Paaren mit Kind(ern) (59,3%). Spielkonsolen sind zwar auch in Paarhaushalten ohne Kind vorhanden (10,7%), bei Paaren mit Kind(ern) war der Anteil mit 44,1% aber vier Mal so

hoch. Mit einem Anteil von 42,8% lag der Ausstattungsgrad bei den Alleinerziehenden nur knapp niedriger. Dagegen gab es nur in 7,1% der Haushalte von Alleinlebenden Spielkonsolen. Ähnliche Strukturen – wenn auch nicht so ausgeprägt wie bei MP3-Playern und Spielkonsolen – lassen sich für die Ausstattung mit DVD-Playern erkennen: Diese gab es nur in rund der Hälfte der Haushalte (52,9%) von Alleinlebenden und in 68,7% der Haushalte von Paaren ohne Kind. Weit überdurchschnittlich mit DVD-Playern ausgestattet waren dagegen die Haushalte von Alleinerziehenden mit 83,2% und die Haushalte von Paaren mit Kind(ern) mit 91,8%.

Mit Flachbildfernsehern waren Haushalte mit Kind(ern) nicht besser ausgestattet als kinderlose Haushalte. Der niedrigste Ausstattungsgrad fand sich mit einem Anteil von 8,3% in den Haushalten von Alleinerziehenden. Grundsätzlich verfügten Paarhaushalte (19,8%) doppelt so häufig über Flachbildfernseher wie Alleinlebende (9,7%). Pay-TV-Decoder fanden sich am häufigsten in Paarhaushalten mit Kind(ern) (7,1%); am seltensten waren sie in den Haushalten von Alleinlebenden (2,7%) vorhanden. Haushalte, in denen Kinder leben, verfügten Anfang 2008 häufiger über Satellitenempfangsdecoder als Haushalte ohne Kind: Der Ausstattungsgrad für Satellitenempfang war bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) mit 56,8% am höchsten, Alleinlebende hatten mit 25,3% den niedrigsten Ausstattungsgrad. Beim Kabelanschluss war das Verhältnis umgekehrt: Die Haushalte von Alleinlebenden waren damit am häufigsten (54,4%) und die Paarhaushalte mit Kind(ern) am seltensten (34,4%) ausgestattet.

Informations- und Kommunikationstechnik

Auch mit PC, Internetzugang und Mobiltelefonen sind die Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren überdurchschnittlich gut ausgestattet. 96,4% der Haushalte von Paaren mit Kind(ern) und 84,4% der Haushalte von Alleinerziehenden besaßen Anfang 2008 mindestens einen PC. Mit 60,1% lag dieser Anteil bei den Haushalten von Alleinlebenden unter dem Durchschnitt. Bei den Haushalten von Männern und Frauen gab es hier – wie bei den meisten Gütern der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik – größere Unterschiede: Nur in knapp der Hälfte der Haushalte von alleinlebenden Frauen (54,3%) gab es einen PC, bei den „Männerhaushalten“ waren es immerhin 69,3%, die einen PC besaßen. Etwa drei Viertel (74,4%) der Haushalte von Paaren ohne Kind hatten einen oder mehrere PC. Diese Struktur findet sich auch beim Internetzugang: 46,7% der Haushalte von Alleinlebenden und 63,4% der Paarhaushalte ohne Kind verfügten Anfang 2008 über einen Internetzugang. Bei den Haushalten von Alleinerziehenden betrug der Ausstattungsgrad 71,1% und von den Paarhaushalten mit Kind(ern) hatten sogar 89,4% Zugang zum Internet.

Die Ausstattung mit Mobiltelefonen war bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) und den Haushalten von Alleinerziehenden mit 96,8 bzw. 95,2% fast gleich hoch. 88,6% der Paarhaushalte ohne Kind besaßen Handys. Den niedrigsten Ausstattungsgrad (76,2%) hatten hier die Einpersonenhaushalte. Anders ist die Ausstattungssituation bei den Navigationssystemen: Nur 6,8% der Haushalte von Alleinerziehenden

besaßen Anfang 2008 ein Navigationssystem. Das war ein geringerer Ausstattungsgrad als der bei den Alleinlebenden von 9,8%. Mit 31,0% waren Navigationssysteme in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) am häufigsten zu finden. Mit 26,6% war der Ausstattungsgrad bei den Haushalten von Paaren ohne Kind nicht viel geringer.

Haushalts- und Sportgeräte

Anders als der Kühlschrank gehören elektrische Großgeräte wie Spülmaschinen und Wäschetrockner nicht zur Standardausstattung der Haushalte. Maßgeblich für die Anschaffung dieser Geräte ist vielmehr die Anzahl der Personen im Haushalt bzw. der Haushaltstyp. So weisen Haushalte von Paaren mit Kind(ern) weit überdurchschnittliche Ausstattungsgrade bei Spülmaschinen (89,2%) und Wäschetrocknern (61,5%) auf. Demgegenüber finden sich diese beiden Haushaltsgeräte nur in 38,4 bzw. 20,7% der Haushalte von Alleinlebenden. Sportgeräte sind dagegen in Haushalten mit Kind(ern) eher seltener zu finden: So verfügten Anfang 2008 durchschnittlich 17,6% der Haushalte von Alleinlebenden über Sportgeräte – hier gibt es so gut wie keinen Unterschied zwischen Männer- und Frauenhaushalten –, aber nur 16,2% der Haushalte von Alleinerziehenden; 34,7% der Paare ohne Kind, aber nur 31,6% der Paarhaushalte mit Kind(ern) konnten zu Hause trainieren.

2.4 Ausstattung nach dem Haushaltsnettoeinkommen

Das dem Haushalt zur Verfügung stehende monatliche Nettoeinkommen hat entscheidenden Einfluss auf den Besitz und die Anzahl der verschiedenen Gebrauchsgüter. Mit steigendem Haushaltseinkommen nehmen die Ausstattungsgrade fast ausnahmslos zu (siehe Tabelle 4 auf S. 460). Bis auf die „Ausstattungsclassiker“ Fernseher, Telefon, Kühlschrank sind bei den anderen Gebrauchsgütern die Unterschiede in der Ausstattung zwischen den einkommensschwächsten und einkommensstärksten Haushalten besonders ausgeprägt. Dies zeigt sich insbesondere bei der Betrachtung der jeweiligen Ausstattungsbestände. Diese liegen in den höheren Einkommensklassen meist um ein Vielfaches über denen in den Haushalten mit geringerem Einkommen.

Fahrzeuge

Mit einem Anteil von 36,2% verfügten Anfang 2008 die einkommensschwächsten Haushalte (unter 900 Euro) mit Abstand am seltensten über einen Personenkraftwagen. In der monatlichen Nettoeinkommensklasse von 900 bis unter 1300 Euro betrug der Anteil der Haushalte mit Personenkraftwagen immerhin schon 59,7%. Erst in Haushalten mit einem monatlichen Einkommen ab 2000 Euro lagen die Pkw-Ausstattungsgrade über 90%. Die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens eines Haushaltes hat auch entscheidenden Einfluss auf die Entscheidung, ob ein neuer oder ein gebrauchter Personenkraftwagen gekauft wird. Der Neuwagenanteil lag Anfang 2008 in den beiden untersten Einkommensklassen (unter 900 Euro und 900 bis unter 1300 Euro) bei nur 8,7 bzw. 18,3%. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt der Ausstattungsgrad an Neuwagen zu. Mehr als die Hälfte (56,6%) der Haushalte der höchsten Einkommensklasse (5000 bis unter 18000 Euro) hat-

Tabelle 4: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR ²⁾							
	unter 900	900 – 1 300	1 300 – 1 500	1 500 – 2 000	2 000 – 2 600	2 600 – 3 600	3 600 – 5 000	5 000 – 18 000
Erfasste Haushalte (Anzahl)	4 277	6 028	3 733	9 202	10 661	13 311	8 036	3 426
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	5 450	6 514	3 300	6 739	6 135	5 957	3 089	1 667
	Prozent							
Fahrzeuge								
Personenkraftwagen	36,2	59,7	73,2	82,8	92,4	95,8	97,5	98,7
fabrikneu gekauft	8,7	18,3	26,8	33,1	39,1	42,5	47,9	56,6
gebraucht gekauft	27,0	40,9	45,9	50,9	59,0	64,6	63,6	58,3
geleast ³⁾	(1,0)	(1,4)	(2,2)	2,7	3,9	6,1	11,4	19,8
Krafttrad (einschl. Mofa und Roller)	4,4	5,8	7,6	9,9	15,0	19,4	18,7	17,6
Fahrrad	62,6	69,9	75,9	80,1	85,9	89,8	92,1	91,7
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton								
Fernseher	87,3	91,8	93,8	94,9	96,8	96,9	97,2	96,7
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	5,5	8,3	12,4	14,6	19,5	21,6	26,6	34,3
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	23,9	29,4	33,5	38,7	46,4	50,1	49,3	49,2
Kabelanschluss	51,7	53,5	52,6	49,3	44,5	41,8	43,4	45,3
DVB-T-Gerät (Decoder)	12,9	12,1	14,1	15,1	17,9	19,9	21,5	23,3
Pay-TV-Decoder	(1,8)	2,2	3,6	4,3	5,8	7,2	7,8	9,5
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	50,0	56,6	63,3	67,5	76,6	83,6	86,8	87,1
Camcorder (Videokamera)	6,7	10,5	12,4	17,8	26,1	29,6	31,9	34,7
Camcorder analog	3,9	6,3	7,7	10,5	14,6	16,3	17,7	18,9
Camcorder digital	3,2	4,7	5,4	8,3	12,9	15,3	17,3	20,3
Fotoapparat	65,0	75,0	82,5	87,3	93,7	95,7	92,5	97,8
Fotoapparat analog	46,3	54,2	58,8	62,6	67,3	68,4	71,6	73,8
Fotoapparat digital	32,6	39,1	47,1	55,5	69,5	78,3	85,0	88,1
MP3-Player	23,0	25,4	30,1	32,7	40,6	51,9	57,9	61,5
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	65,3	71,5	75,8	78,3	84,7	89,9	92,6	93,9
Spielkonsole	9,3	12,6	15,3	17,0	24,6	29,6	28,3	25,9
Informations- und Kommunikationstechnik								
Personalcomputer (PC)	56,0	60,4	67,7	72,9	83,8	91,5	95,4	96,8
PC stationär	42,2	48,0	52,5	58,7	70,9	79,0	82,1	82,9
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	21,4	22,3	28,5	30,5	35,4	45,6	58,5	70,9
Internetzugang, -anschluss	39,5	47,4	55,5	61,6	73,2	83,7	89,2	91,9
ISDN-Anschluss	14,8	18,3	23,0	26,3	34,5	44,9	56,2	67,8
Telefon	97,4	98,8	99,1	99,2	99,4	99,6	99,5	99,6
Telefon stationär (auch schnurlos)	74,0	85,9	87,8	91,7	94,2	96,4	96,3	96,6
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	71,6	77,6	83,4	87,4	92,4	95,0	96,6	97,2
Anrufbeantworter stationär	33,2	42,4	44,7	48,4	54,1	58,1	63,3	67,9
Telefaxgerät stationär	10,5	13,1	14,7	17,3	22,8	26,7	34,3	47,7
Navigationssystem	4,8	7,5	12,3	16,8	25,1	32,6	41,6	57,3
Haushalts- und sonstige Geräte								
Kühlschrank	97,2	98,1	98,5	98,8	99,2	99,2	99,2	99,1
Gefrierschrank, Gefriertruhe	28,8	38,8	44,8	52,4	62,8	66,6	69,5	72,5
Geschirrspülmaschine	26,6	42,1	51,3	61,8	76,4	85,6	90,5	95,3
Mikrowellengerät	55,9	62,6	68,6	70,0	75,4	78,2	77,3	75,9
Wäschetrockner	15,6	22,6	27,5	35,7	47,2	55,8	61,7	68,8
Sportgeräte (Hometrainer)	13,5	18,6	22,1	27,1	31,9	36,7	40,9	45,9

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Selbsteinstufung des Haushalts am 1. Januar 2008. Ohne Haushalte von Landwirten/Landwirtinnen. – 3) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

ten neu gekaufte Personenkraftwagen; dieser Wert lag weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte von 31,3%. Noch deutlicher treten diese einkommensabhängigen Unterschiede bei der Betrachtung der Anzahl der Personenkraftwagen hervor. Während in einhundert der einkommensschwächsten Haushalte 38 Personenkraftwagen zu finden waren, besaßen die einkommensstärksten Haushalte mit 190 Personenkraftwagen fünf Mal so viele Autos.

Unterhaltungselektronik

In den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2 000 Euro lagen die Ausstattungsgrade für die meisten Güter der Unterhaltungselektronik unter den Durchschnittswerten. Ab der Einkommensklasse 2 000 bis

unter 2 600 Euro steigen die Ausstattungszahlen von Flachbildfernsehern, DVD- und MP3-Playern sowie digitalen Fotoapparaten sprunghaft an. Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro verfügten bei den meisten nachgewiesenen Gebrauchsgütern bis auf wenige Ausnahmen über die höchsten Ausstattungsgrade. Die Ausstattung mit Spielkonsolen bei den Haushalten der höchsten Nettoeinkommensklasse lag mit 25,9% deutlich unter dem Ausstattungsgrad der Haushalte der Einkommensklassen von 2 600 bis unter 5 000 Euro. Während nur 9,3% der Haushalte am untersten Ende der Einkommensskala (unter 900 Euro) Spielkonsolen besaßen, verfügten die Haushalte in der Klasse von 2 600 bis unter 3 600 Euro mit einem Anteil von 29,6% am häufigsten darüber.

Informations- und Kommunikationstechnik

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nehmen die Ausstattungsgrade für PC und Internetzugang kontinuierlich zu. Während 56,0% der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 900 Euro einen PC und 39,5% Zugang zum Internet hatten, verfügten von den Haushalten der Einkommensklasse von 5 000 bis unter 18 000 Euro 96,8% über einen oder mehrere PC und 91,9% über einen Internetzugang.

Mit Abstand am niedrigsten (74,0%) war bei den Haushalten der untersten Einkommensklasse der Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen. Gegenüber 2003 ist der Anteil der Haushalte mit stationären Telefonen bei den Haushalten dieser Einkommensklasse weitaus stärker zurückgegangen (-9,5 Prozentpunkte) als bei den Haushalten mit höherem monatlichen Nettoeinkommen (-2,3 Prozentpunkte). Nicht viel niedriger als der Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen war bei den Haushalten der untersten Einkommensklasse der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen (71,6%). Bei den Haushalten mit geringem monatlichen Nettoeinkommen war auch der Anteil der Haushalte, die ausschließlich Mobiltelefone und keinen Festnetzanschluss nutzen, am höchsten. In der untersten Einkommensklasse bis 900 Euro lag dieser Anteil bei 23,4% gegenüber 3,2% in den Einkommensklassen ab 2 600 Euro.

Obwohl Navigationssysteme inzwischen auch preiswert beispielsweise bei Lebensmitteldiscountern angeboten werden, ist das Nettoeinkommen des Haushalts von entscheidender Bedeutung für deren Besitz. Lediglich 4,8 bzw. 7,5% der Haushalte, die über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 900 Euro bzw. von 900 bis unter 1 300 Euro verfügten, hatten 2008 ein solches Gerät. In den beiden oberen Einkommensklassen von 3 600 Euro bis unter 18 000 Euro besaßen dagegen 41,6 bzw. 57,3% der Haushalte ein „Navi“.

Haushalts- und Sportgeräte

Auch bei den Haushaltsgeräten nehmen – bis auf den Kühlschrank, der über alle Einkommensklassen hinweg fast in allen Haushalten zu finden ist – die Ausstattungsgrade mit zunehmenden Nettoeinkommen kontinuierlich zu. Die Ausstattungsunterschiede waren Anfang 2008 bei den Geschirrspülmaschinen am größten. Besaß nur rund ein Viertel der Haushalte der Einkommensklasse unter 900 Euro Spülmaschinen, so verfügten bereits 51,3% der Haushalte in der Nettoeinkommensklasse von 1 300 bis unter 1 500 Euro und 95,3% in der Klasse von 5 000 bis unter 18 000 Euro über Geschirrspülmaschinen.

Der Ausstattungsgrad mit Wäschetrocknern betrug bei den Haushalten am unteren Ende der Einkommensskala 15,6%, stieg aber selbst in den Haushalten der höchsten Nettoeinkommensklasse nicht über einen Anteil von 68,8%.

2.5 Ausstattung nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensperson

Bei der Betrachtung der Ausstattungsgrade von Haushalten mit Gebrauchsgütern nach der sozialen Stellung der

Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen zeigen sich folgende Strukturen: Die Haushalte von Beamten und Beamtinnen sowie von Selbstständigen haben meist die höchsten Ausstattungsgrade mit unterschiedlichen Gebrauchsgütern (siehe Tabelle 5 auf S. 462). Etwas niedrigere, aber für die meisten Güter noch über dem Durchschnitt liegende Ausstattungsgrade weisen die Haushalte von Angestellten und Arbeitern bzw. Arbeiterinnen auf. Für die Mehrzahl der Güter unter dem Durchschnitt liegen die Ausstattungsgrade der Haushalte von Arbeitslosen. Die geringsten Ausstattungsgrade sind in den Haushalten von Nichterwerbstätigen zu finden. In dieser Gruppe sind die Haushalte von Pensionären und Pensionärinnen besser mit Gebrauchsgütern ausgestattet als die Haushalte von Rentnern und Rentnerinnen.

Fahrzeuge

Die Ausstattungsgrade mit Personenkraftwagen lagen in den Haushalten von Arbeitnehmern Anfang 2008 zwischen 85,4% (Angestellte) und 93,7% (Beamte und Beamtinnen). Nur die Hälfte der Haushalte von Arbeitslosen besaß einen Personenkraftwagen. Auch in den Haushalten von Nichterwerbstätigen lag der Ausstattungsgrad mit 65,9% unter dem Durchschnitt aller Haushalte von 77,1%. Neu gekaufte Personenkraftwagen gab es mit 41,9% am häufigsten in den Haushalten von Beamten und Beamtinnen, gefolgt von denen von Selbstständigen (35,8%). Der Anteil der Haushalte mit geleasteten Fahrzeugen war mit 14,0% bei den Selbstständigen am höchsten.

Haushalte von Arbeitern und Arbeiterinnen hatten mit 22,2% den höchsten Ausstattungsgrad aller dargestellten Haushalte mit Motorrädern, Rollern und Mofas. 6,8% der Arbeitslosen- und 3,6% der Nichterwerbstätigenhaushalte verfügten über motorisierte Zweiräder.

Unterhaltungselektronik

Die eingangs beschriebene Struktur der Ausstattung gilt für nahezu alle Güter der Unterhaltungselektronik. 58,6% der Haushalte von Beamten und Beamtinnen verfügten 2008 über einen MP3-Player, bei den Arbeitslosenhaushalten war es noch ein Drittel (33,0%), aber nur 12,6% der Haushalte von Nichterwerbstätigen hatten einen MP3-Player. Die Ausstattungsgrade mit DVD-Playern lagen in den Haushalten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zwischen 82,9% (Angestellte) und 88,4% (Beamte und Beamtinnen; Arbeiter und Arbeiterinnen: 83,8%). Niedriger waren die Ausstattungsgrade hier bei den Selbstständigen (77,1%) und Arbeitslosen (70,1%). Deutlich geringer war der Anteil der Haushalte mit DVD-Playern bei den Nichterwerbstätigen mit 43,7%; Spielkonsolen waren sogar nur in 4,5% dieser Haushalte vorhanden. Am häufigsten (32,8%) fanden sich Spielkonsolen dagegen in den Haushalten von Arbeitern und Arbeiterinnen. In jedem fünften Arbeitslosenhaushalt (19,9%) gab es eine Spielkonsole.

Informations- und Kommunikationstechnik

Anfang 2008 gab es in mindestens neun von zehn Arbeitnehmerhaushalten mindestens einen PC. Drei Viertel (74,8%) der Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen gaben an, mindestens einen PC

Tabelle 5: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Selbstständige ²⁾	Beamte, Beamtinnen	Angestellte	Arbeiter/-innen	Arbeitslose	Nichterwerbstätige	Darunter	
							Rentner/-innen	Pensionäre, Pensionärinnen
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3839	5533	22789	6204	2949	17670	13145	2880
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	2972	1642	11528	7066	3164	12705	10229	1306
	Prozent							
Fahrzeuge								
Personenkraftwagen	89,2	93,7	85,4	86,7	50,0	65,9	65,9	88,3
fabrikneu gekauft	35,8	41,9	30,6	27,9	11,9	36,1	36,7	54,7
gebraucht gekauft	58,2	64,3	60,1	67,0	39,0	31,3	30,4	37,7
geleast ³⁾	14,0	3,7	6,9	3,2	(1,1)	1,2	1,2	(1,7)
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)	15,2	16,0	13,7	22,2	6,8	3,6	3,1	4,1
Fahrrad	87,3	91,0	87,3	86,2	74,6	66,6	64,5	76,9
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton								
Fernseher	90,1	95,0	93,1	95,9	92,8	95,1	95,9	96,8
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	20,8	20,6	17,4	17,5	9,3	13,0	12,8	19,5
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	46,6	41,7	39,4	48,7	30,4	33,6	34,0	36,7
Kabelanschluss	38,1	47,0	46,9	42,4	53,8	52,6	52,6	53,0
DVB-T-Gerät (Decoder)	18,5	22,7	18,3	15,1	14,7	14,0	13,2	18,1
Pay-TV-Decoder	6,5	7,4	5,7	6,4	3,7	2,3	2,3	3,2
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	77,1	88,4	82,9	83,8	70,1	43,7	39,8	53,5
Camcorder (Videokamera)	26,5	27,6	22,4	25,5	15,7	11,7	11,1	16,4
Camcorder analog	14,5	14,4	11,8	14,3	10,2	7,7	7,5	10,8
Camcorder digital	14,5	14,9	12,2	12,5	6,7	5,0	4,5	7,5
Fotoapparat	93,1	95,2	91,4	88,3	76,3	77,0	76,2	86,6
Fotoapparat analog	64,9	64,4	60,8	58,3	52,4	64,8	66,1	75,3
Fotoapparat digital	76,6	81,7	73,9	69,0	48,4	33,3	29,6	44,3
MP3-Player	45,9	58,6	54,1	47,9	33,0	12,6	8,4	13,7
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	88,2	93,6	90,2	85,8	75,5	64,2	61,5	73,7
Spielkonsole	21,1	28,5	25,7	32,8	19,9	4,5	2,8	3,7
Informations- und Kommunikationstechnik								
Personalcomputer (PC)	92,8	95,4	91,5	85,0	74,8	49,0	43,8	64,9
PC stationär	77,2	77,5	72,1	74,3	65,1	39,9	36,5	55,2
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	58,7	56,9	49,6	31,7	22,7	17,4	13,3	24,6
Internetzugang, -anschluss	84,3	88,2	81,9	72,5	57,6	37,9	32,9	52,4
ISDN-Anschluss	61,6	45,5	39,2	31,1	22,1	18,2	15,8	29,8
Telefon	99,3	99,6	99,4	99,3	97,7	98,7	98,7	99,1
Telefon stationär (auch schnurlos)	93,2	92,2	89,3	87,4	76,7	93,4	94,8	97,4
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	94,3	96,6	95,3	93,9	86,4	70,8	67,8	80,5
Anrufbeantworter stationär	63,8	58,1	54,9	46,4	40,4	43,7	44,0	53,5
Telefaxgerät stationär	54,1	22,2	19,0	17,3	16,0	17,2	16,5	28,3
Navigationssystem	39,7	31,6	25,9	22,6	8,5	12,0	11,3	21,3
Haushalts- und sonstige Geräte								
Kühlschrank	98,4	98,9	99,0	98,7	97,5	98,5	98,5	98,9
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,5	56,1	48,4	58,8	38,8	54,2	55,1	69,4
Geschirrspülmaschine	77,2	80,7	70,2	67,7	43,6	51,4	50,8	70,3
Mikrowellengerät	67,2	75,1	72,8	79,7	70,7	60,6	60,2	65,1
Wäschetrockner	50,0	49,9	42,3	42,9	25,5	31,7	31,3	45,5
Sportgeräte (Hometrainer)	31,4	35,2	28,2	29,3	18,8	26,1	26,4	35,1

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte/Landwirtinnen. – 3) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

zu besitzen. Knapp die Hälfte (49,0%) der Haushalte von Nichterwerbstätigen besaß einen PC.

Mobile PC, Navigationssysteme, ISDN-Anschlüsse, Telefaxgeräte und Anrufbeantworter waren am häufigsten in den Haushalten von Selbstständigen zu finden. 61,6% der Selbstständigenhaushalte hatten einen ISDN-Anschluss und lagen damit weit über dem Bundesdurchschnitt (31,5%). Die niedrigsten Ausstattungsgrade für diese Güter fanden sich bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen.

Festnetztelefone waren Anfang 2008 mit 93,4% am häufigsten in den Haushalten von Nichterwerbstätigen zu finden. Dafür verfügten die Haushalte von Haupteinkommens-

bezieher und -bezieherinnen dieser sozialen Stellung am seltensten über Mobiltelefone (70,8%). In 86,4% der Arbeitslosenhaushalte gab es Mobiltelefone. Bei Haushalten von Selbstständigen und Arbeitnehmern lagen die Ausstattungsgrade mit Handys bei mehr als 93,8%. Der Anteil der Haushalte, die keinen Festnetzanschluss mehr besitzen, sondern ausschließlich mobil telefonieren, ist mit 21,1% bei den Arbeitslosenhaushalten am höchsten. Bei den Arbeitnehmerhaushalten besaßen 10,6% und bei den Selbstständigenhaushalten 6,1% ausschließlich Handys.

Haushalts- und Sportgeräte

Mit Ausnahme der Mikrowellengeräte hatten die Haushalte arbeitsloser Haupteinkommensbezieher und -bezieherin-

nen die niedrigsten Ausstattungsgrade mit Haushaltsgeräten. Die Haushalte von Nichterwerbstätigen waren zwar etwas besser ausgestattet; meist blieb jedoch der Ausstattungsgrad dieser beiden Haushaltgruppen hinter dem der Haushalte mit erwerbstätigen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher zurück. Besonders ausgeprägt ist dies bei Geschirrspülmaschinen und Wäschetrocknern.

3 Wohnsituation privater Haushalte

Im Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ der EVS 2008 machten die Haushalte auch Angaben zu ihrer Wohnsituation: zum Wohnverhältnis (im Eigentum, zur Miete, Untermiete oder mietfrei), zum Alter des von ihnen bewohnten Wohngebäudes, zur Art des Wohngebäudes (Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhaus), zur Größe der Wohnfläche ihrer Hauptwohnung, zur Anzahl der Räume, zum Heizsystem und zur verwendeten Heizenergieart, zum Vorhandensein von Zweit- und Freizeitwohnungen sowie von Garagen und Stellplätzen.

3.1 Wohneigentum

Zu Beginn des Jahres 2008 lebten 43,2% (16,9 Mill.) aller Privathaushalte in den eigenen vier Wänden. Im Jahr 1998 hatte dieser Anteil noch bei 40,3% (14,8 Mill.) gelegen, seit dem Jahr 2003 ist er mit 43,0% (16,3 Mill.) nahezu konstant geblieben. Im früheren Bundesgebiet lag die Wohneigentümerquote Anfang 2008 mit 45,7% zwar immer noch deutlich über der in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 32,5%; das Gefälle der Wohneigentümerquoten zwischen West und Ost hat sich im Zeitverlauf jedoch abgeschwächt.

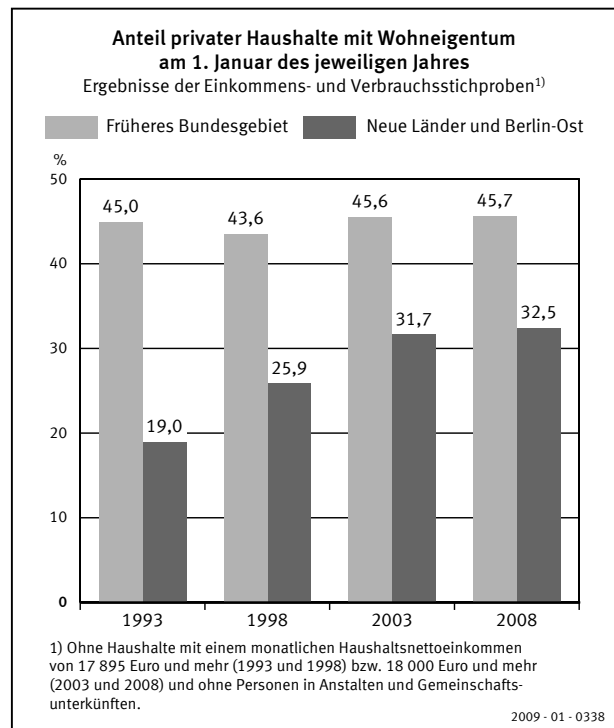
Tabelle 6: Wohnverhältnisse privater Haushalte am 1. Januar des jeweiligen Jahres
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾
Anteile in %

Jahr	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	zur Miete/ mietfrei	in Wohn- eigentum	zur Miete/ mietfrei	in Wohn- eigentum	zur Miete/ mietfrei	in Wohn- eigentum
1993	61,0	39,0	55,0	45,0	81,0	19,0
1998	59,7	40,3	56,4	43,6	74,1	25,9
2003	57,0	43,0	54,4	45,6	68,3	31,7
2008	56,8	43,2	54,3	45,7	67,5	32,5

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1993 und 1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 und 2008) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Je mehr Personen zu einem Haushalt gehören, umso höher ist der Anteil der Haushalte, die in ihrem Eigentum leben. Während Ein- und Zweipersonenhaushalte zu Beginn des Jahres 2008 mehrheitlich Mieterhaushalte waren und nur zu 24,4 bzw. 47,6% in den eigenen vier Wänden wohnten, lebten Haushalte ab einer Haushaltsgröße von drei Personen mehrheitlich in ihrem Eigentum: Die Wohneigentümerquote der Dreipersonenhaushalte lag bei 57,2%, die der Vierpersonenhaushalte bei 69,5%. Der Anteil der Wohn-

Schaubild 6



eigentümer bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen betrug 72,7%. Bis auf die bereits beschriebenen Niveauunterschiede in Ost und West zeigt sich diese Verteilung der Wohneigentümerquote nach der Haushaltsgröße sowohl bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet als auch bei den Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Der Zusammenhang zwischen Wohneigentümerquote und Haushaltsgröße spiegelt sich auch bei der Betrachtung der einzelnen Haushaltstypen wider. Tabelle 7 auf S. 464 zeigt, dass es die weitaus höchste Eigentümerquote mit 70,1% bei den Paaren mit drei und mehr Kindern gab. Paare mit zwei Kindern lebten zu 67,3% und Paare mit einem Kind zu 51,1% im eigenen Heim. Alleinlebende und Alleinerziehende wohnten überwiegend zur Miete. Bei den Alleinlebenden betrug die Wohneigentümerquote 24,4%, und die Alleinerziehenden wiesen mit 17,9% die niedrigste Quote im Vergleich aller Haushaltstypen auf.

In der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der EVS 2008 gibt der Haushalt für jedes Haushaltsmitglied eine Einschätzung der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens an. Aus diesen Angaben wird dann das sogenannte monatliche Haushaltsnettoeinkommen ermittelt. Die Höhe der monatlichen Einkünfte des Haushalts ist ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, Wohneigentum anzuschaffen oder zur Miete zu wohnen. Mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen steigt der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum. Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 2000 Euro im Monat lebten überwiegend im Eigentum. Haushalte mit niedrigerem Nettoeinkommen wohnten überwiegend zur Miete. In der Gruppe der einkommensschwächsten Haushalte (unter 900 Euro) lebten nur 14,0% der Haushalte in ihrem Eigentum. Knapp zwei Drittel (65,4%) der Haus-

Tabelle 7: Wohnverhältnis privater Haushalte am 1. Januar 2008
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	zur Miete/ mietfrei	in Wohneigentum	zur Miete/ mietfrei	in Wohneigentum	zur Miete/ mietfrei	in Wohneigentum
Erfasste Haushalte (Anzahl)	58 984		45 652		13 332	
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	39 077		31 771		7 306	
Haushalte insgesamt (1 000)	22 194	16 883	17 263	14 508	4 931	2 375
Anteil in %	56,8	43,2	54,3	45,7	67,5	32,5
Prozent nach dem Haushaltstyp						
Alleinlebende	75,6	24,4	73,1	26,9	85,8	14,2
Frauen	75,1	24,9	71,8	28,1	87,5	12,5
Männer	76,2	23,8	74,9	25,0	82,5	17,5
Alleinerziehende ²⁾	82,1	17,9	80,8	19,2	87,4	(12,6)
mit einem Kind	86,2	13,8	85,5	14,5	88,7	(11,3)
mit zwei und mehr Kindern	72,3	27,7	70,3	29,7	83,1	(18,6)
Paare ³⁾	44,9	55,1	42,4	57,6	56,9	9,8
ohne Kind	48,1	51,9	45,2	54,8	60,3	39,7
mit Kind(ern) ⁴⁾	39,0	61,0	37,6	62,4	47,9	52,1
mit einem Kind	48,9	51,1	47,5	52,5	55,2	44,8
mit zwei Kindern	32,7	67,3	31,8	68,2	39,7	60,3
mit drei und mehr Kindern	29,9	70,1	29,5	70,5	(34,4)	65,6
Sonstige Haushalte ⁵⁾	37,4	62,6	35,7	64,3	44,1	55,9
nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen						
Selbstständige ⁶⁾	42,1	57,9	41,0	59,0	47,5	52,5
Beamte/Beamtinnen	40,4	59,6	40,5	59,5	39,7	60,3
Angestellte	57,3	42,7	55,8	44,2	65,1	34,9
Arbeiter/-innen	53,8	46,2	52,4	47,6	59,3	40,7
Arbeitslose	82,9	17,1	83,4	16,6	81,5	18,4
Nichterwerbstätige	57,0	43,0	52,6	47,4	75,5	24,5
darunter:						
Rentner/-innen	67,2	42,6	52,5	47,5	74,4	25,5
Pensionäre/Pensionärinnen	30,9	69,1	30,7	69,4	/	(50,0)
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen						
von ... bis unter ... EUR ⁷⁾						
unter 900	86,0	14,0	85,4	14,6	87,5	12,5
900 – 1 300	78,3	21,7	76,5	23,5	84,0	16,0
1 300 – 1 500	70,3	29,6	69,5	30,5	73,6	26,4
1 500 – 2 000	60,3	39,7	59,3	40,8	64,5	35,5
2 000 – 2 600	46,9	53,1	45,1	54,9	55,7	44,3
2 600 – 3 600	34,6	65,4	33,9	66,1	39,7	60,4
3 600 – 5 000	24,6	75,4	24,6	75,4	24,3	76,0
5 000 – 18 000	17,9	82,1	17,7	82,3	(21,2)	78,8

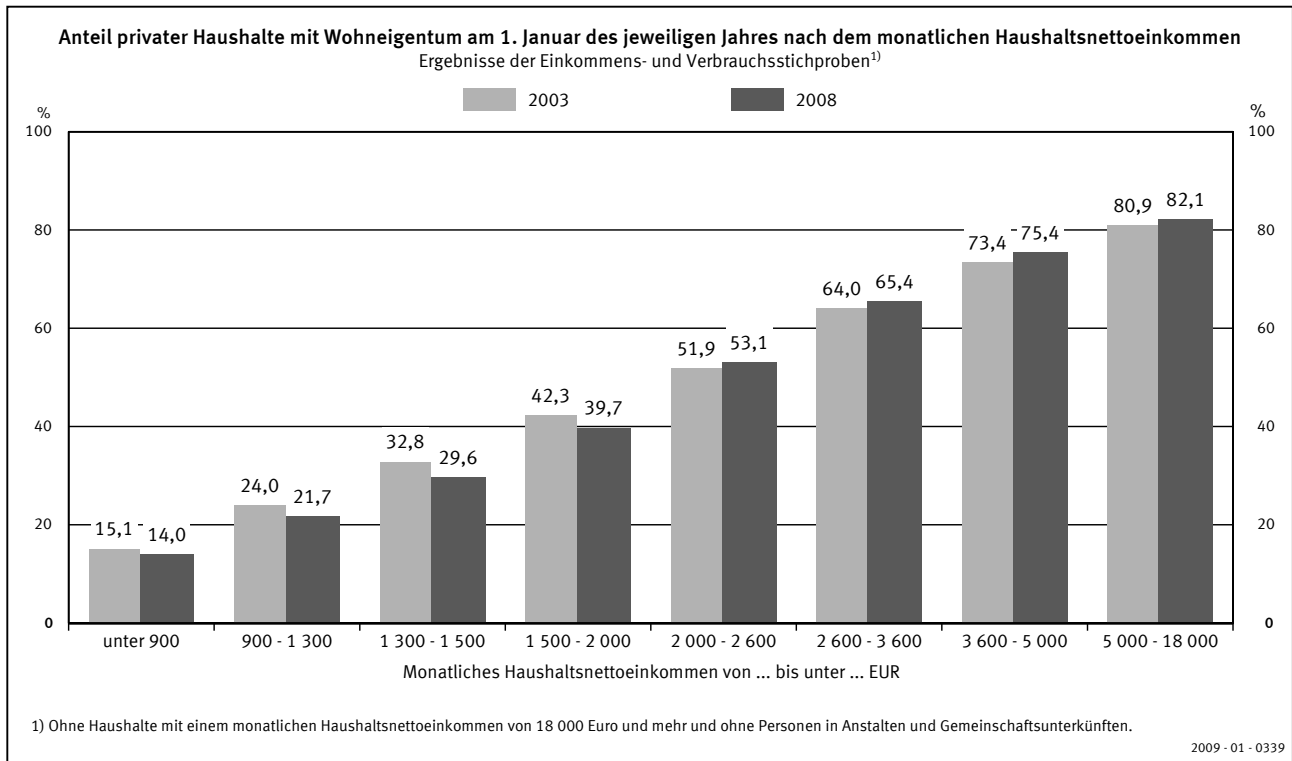
1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 3) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 4) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieher/-innen oder der Ehe- bzw. Lebenspartner/-innen. – 5) U. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, „Mehrgenerationenhaushalte“, Wohngemeinschaften usw. – 6) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte/Landwirtinnen. – 7) Selbsteinstufung der Haushalte am 1. Januar 2008. Ohne Haushalte von Landwirten/Landwirtinnen.

halte mit einem monatlichem Nettoeinkommen von 2 600 bis unter 3 600 Euro lebten in den eigenen vier Wänden. Bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen in Höhe von 5 000 bis unter 18 000 Euro monatlich lag die Wohneigentümerquote sogar bei 82,1 %. Der Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2003 zeigt, dass die Wohneigentümerquoten in den Einkommensklassen bis 2 000 Euro im Jahr 2008 um bis zu 3,2 Prozentpunkte zurückgegangen sind. In den Klassen ab 2 000 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen sind die Anteile der Haushalte mit Wohneigentum um bis zu 2,0 Prozentpunkte gestiegen.

Auch die soziale Stellung der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher beeinflusst das Vorhandensein von Wohneigentum. Am häufigsten lebten Pensionäre und Pensionärinnen (69,1 %), Beamte und Beamtinnen (59,6 %)

sowie Selbstständige (57,9 %) im eigenen Haus bzw. in der eigenen Wohnung. Bei Haushalten von Arbeitern und Arbeiterinnen (46,2 %), Angestellten (42,7 %) sowie Rentnern und Rentnerinnen (42,6 %) lagen die Wohneigentümeranteile knapp unter- bzw. oberhalb des Durchschnittswertes aller Haushalte (43,2 %). Die niedrigste Wohneigentümerquote verzeichneten mit 17,1 % die Haushalte mit arbeitslosen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher. Der Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2003 zeigt, dass die Wohneigentümerquoten bei den Haushalten von angestellten, selbstständigen und arbeitslosen Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher um bis zu 4,4 Prozentpunkte zurückgegangen sind. Bei den Haushalten von Rentnern und Rentnerinnen, Pensionären und Pensionärinnen sowie Arbeitern und Arbeiterinnen dagegen sind diese Anteile um bis zu 3,8 Prozentpunkte gestiegen.

Schaubild 7



3.2 Wohngebäude – Art und Baujahr

Mit 53,3% lebte die Mehrheit der privaten Haushalte in Deutschland Anfang 2008 in Mehrfamilienhäusern, das sind Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen. Ein Drittel der privaten Haushalte (33,0%) wohnte in Einfamilienhäusern; in Zweifamilienhäusern lebten 11,9% und der Rest (1,7%) wohnte in sonstigen Gebäuden mit Wohnraum (z. B. Wohnungen in Bürogebäuden, Hausmeisterwohnungen in Fabrikgebäuden oder Schulen). Zehn Jahre zuvor sah die Struktur noch leicht anders aus: Anfang 1998 wohnten nur 30,8% der Haushalte in Einfamilienhäusern, dafür lebte ein gegenüber 2008 leicht höherer Anteil von 14,3% der Haushalte in Zweifamilienhäusern. Hinsichtlich der Art der Wohngebäude ist ein Unterschied zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost erkennbar: Anfang 2008 lebten 64,3% der ostdeutschen Haushalte in Mehrfamilienhäusern gegenüber 50,8% der

westdeutschen Haushalte. Dieser Unterschied in der Wohnstruktur zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost ist seit 1998 allerdings etwas geringer geworden.

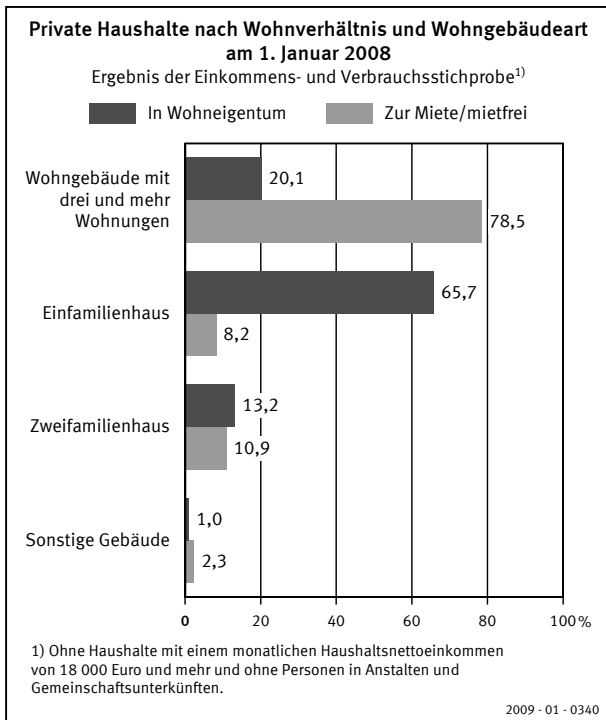
Zwei von drei Haushalten (65,7%), die in ihrem Eigentum lebten, wohnten Anfang 2008 in Einfamilienhäusern. Jeder fünfte Haushalt in Wohneigentum (20,1%) lebte in einem Mehrfamilienhaus – dort also dann in einer Eigentumswohnung. Die Zahlen belegen einen Trend zu Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern. Anfang 2003 lebten 19,6% und Anfang 1998 lebten 18,4% der im Wohneigentum lebenden Haushalte in einer solchen Eigentumswohnung. Die überwiegende Mehrheit (78,5%) der im Mietverhältnis lebenden Haushalte wohnte Anfang 2008 in Mehrfamilienhäusern. Immerhin 8,2% der Haushalte im Mietverhältnis hatten jedoch ein Einfamilienhaus gemietet.

Tabelle 8: Private Haushalte am 1. Januar des jeweiligen Jahres nach Wohngebäudeart
 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008	1998	2003	2008
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68863	59713	58984	54928	48227	45652	13935	11486	13332
Hochgerechnete Haushalte (1 000) .	36703	37931	39077	29921	30861	31771	6783	7070	7306
	%								
Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen	53,4	52,2	53,3	49,6	49,3	50,8	70,6	64,6	64,3
Einfamilienhaus	30,8	32,0	33,0	32,8	33,6	34,3	21,3	25,6	27,4
Zweifamilienhaus	14,3	13,9	11,9	15,9	15,2	13,1	7,3	8,2	6,7
Sonstiges Gebäude	1,4	1,8	1,7	1,5	1,9	1,8	0,8	1,6	1,5

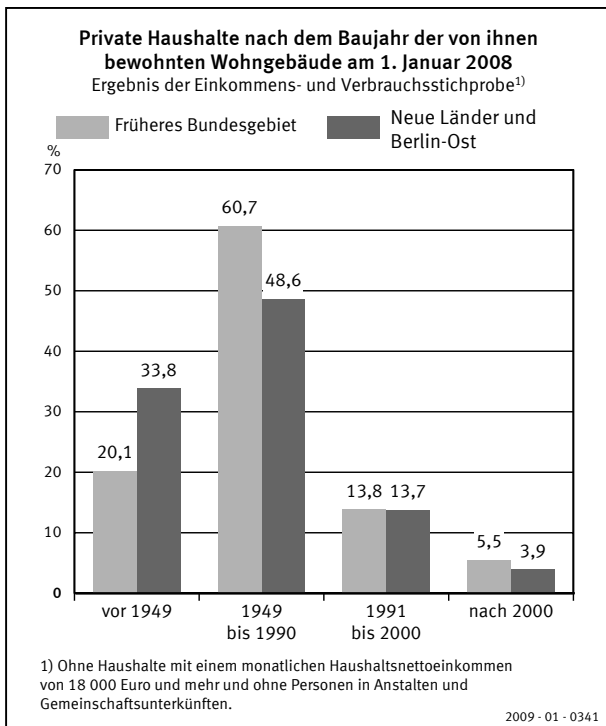
1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 und 2008) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Schaubild 8



In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebte rund jeder dritte Haushalt (33,8 %) in einem Gebäude, das vor 1949 erbaut wurde; im früheren Bundesgebiet wohnte jeder fünfte Haushalt (20,1 %) in einem solchen Gebäude. Die Mehrheit der Haushalte bewohnte Häuser der Baujahre 1949 bis 1990 (West: 60,7 %, Ost: 48,6 %). Nur wenige Haushalte lebten in Gebäuden, die nach dem Jahr 2000 erbaut worden sind (West: 5,5 %, Ost: 3,9 %).

Schaubild 9



3.3 Verfügbarer Wohnraum

Anfang 2008 verfügten die privaten Haushalte in Deutschland über durchschnittlich 91,7 m² Wohnfläche. Zehn Jahre zuvor waren es 88,6 m², seit dem Jahr 2003 (91,6 m²) hat sich die durchschnittliche Wohnfläche nicht verändert. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die durchschnittliche Wohnfläche Anfang 2008 um 17,2 m² unter der westdeutscher Haushalte (Ost: 77,7 m², West: 94,9 m²).

Tabelle 9: Private Haushalte nach Wohnverhältnis und Wohnfläche am 1. Januar 2008
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	Anzahl	58 984	45 652	13 332
Hochgerechnete Haushalte ...	1 000	39 077	31 771	7 306
Haushalte insgesamt	1 000	39 077	31 771	7 306
Wohnfläche je Haushalt	m ²	91,7	94,9	77,7
Haushalte in Wohneigentum	1 000	16 883	14 508	2 375
Wohnfläche je Haushalt ..	m ²	121,0	122,9	109,5
Haushalte als Mieter	1 000	22 194	17 263	4 931
Wohnfläche je Haushalt ..	m ²	69,4	71,4	62,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Erhebliche Unterschiede in der Größe der Wohnfläche bestehen zwischen Haushalten, die zur Miete und solchen, die im Eigentum leben: Mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 121,0 m² besaßen Haushalte mit Wohneigentum 51,6 m² mehr Wohnfläche als Haushalte, die zur Miete wohnten (69,4 m²). Haushalte in Wohneigentum lebten im Westen auf durchschnittlich 122,9 m² und damit auf 13,4 m² mehr als die entsprechenden Haushalte im Osten (109,5 m²). Auch den Mieterhaushalten stand im Osten weniger Wohnraum zur Verfügung als den entsprechenden Haushalten im Westen Deutschlands. Mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 62,4 m² waren die Mietwohnungen im Osten um 9,0 m² kleiner als diejenigen im Westen (71,4 m²).

Unabhängig davon, ob es sich um ein Mietverhältnis oder um Wohnen im Eigentum handelt, hatten Haushalte in Ein- und Zweifamilienhäusern mit 127,2 m² bzw. 100,5 m² weit mehr Wohnfläche zur Verfügung als Haushalte in Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen (67,9 m²). Das lässt sich sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost beobachten.

Grundsätzlich nimmt die Wohnfläche mit der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen zu. Einpersonenhaushalte lebten Anfang 2008 auf durchschnittlich 66,6 m² Wohnfläche. Im Vergleich dazu standen einem Vierpersonenhaushalt im Schnitt 126,1 m² Wohnfläche zur Verfügung; für jedes Haushaltsmitglied waren das durchschnittlich 31,5 m². Ein Grund für die im Vergleich zu Einpersonenhaushalten geringere Pro-Kopf-Wohnfläche in Mehrpersonenhaushalten sind die gemeinsam genutzten Wohnflächen von Küche, Bad und Flur. Der vergleichsweise niedrige Gesamtdurchschnittswert von 91,7 m² für die verfügbare Wohnfläche ist letzt-

Tabelle 10: Wohnfläche privater Haushalte am 1. Januar des jeweiligen Jahres
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2008
Deutschland			
Erfasste Haushalte	Anzahl	59 713	58 984
Hochgerechnete Haushalte	1 000	37 931	39 077
Wohnfläche je Haushalt insgesamt ...	m ²	91,6	91,7
Einfamilienhaus	m ²	125,6	127,2
Zweifamilienhaus	m ²	101,9	100,5
Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen	m ²	68,3	67,9
Sonstiges Gebäude	m ²	85,2	85,4
Früheres Bundesgebiet			
Erfasste Haushalte	Anzahl	48 227	45 652
Hochgerechnete Haushalte	1 000	30 861	31 771
Wohnfläche je Haushalt zusammen .	m ²	95,0	94,9
Einfamilienhaus	m ²	128,0	130,0
Zweifamilienhaus	m ²	103,0	101,5
Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen	m ²	70,3	69,7
Sonstiges Gebäude	m ²	88,5	86,3
Neue Länder und Berlin-Ost			
Erfasste Haushalte	Anzahl	11 486	13 332
Hochgerechnete Haushalte	1 000	7 070	7 306
Wohnfläche je Haushalt zusammen .	m ²	77,0	77,7
Einfamilienhaus	m ²	112,5	111,5
Zweifamilienhaus	m ²	92,0	91,3
Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen	m ²	61,1	61,8
Sonstiges Gebäude	m ²	73,2	80,9

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

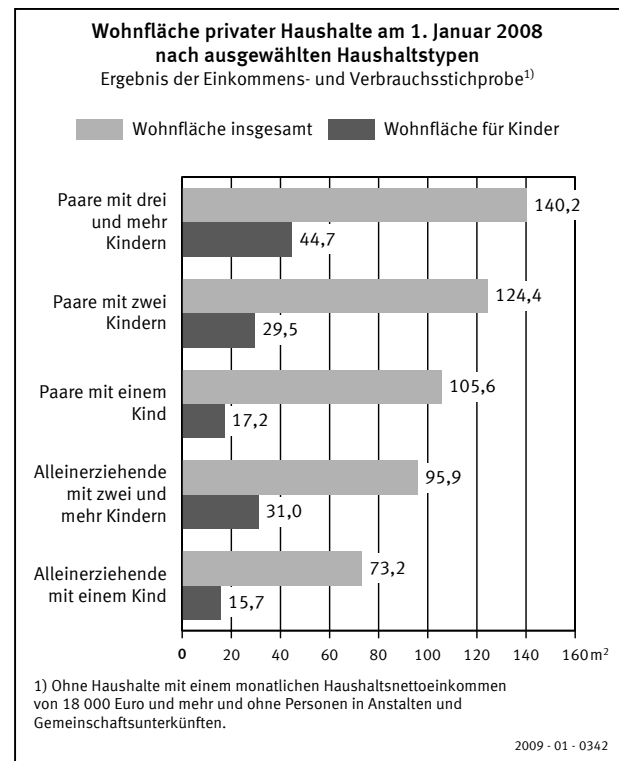
lich durch die große Anzahl kleinerer Haushalte begründet: 72,5 % aller Haushalte sind Ein- und Zweipersonenhaushalte, und insbesondere Alleinlebende benötigen naturgemäß weniger Wohnraum als Mehrpersonenhaushalte.

Die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens der Haushalte ist ein wesentlicher Faktor für die Größe der Wohnfläche. Je mehr Einkommen einem Haushalt zur Verfügung steht, umso größer ist die Wohnfläche des Haushalts. Durchschnittlich 57,3 m² Wohnfläche standen Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als monatlich 900 Euro zur Verfügung. Demgegenüber lebten die Mitglieder von Haushalten mit 5 000 bis unter 18 000 Euro monatlichem Haushaltseinkommen auf durchschnittlich 149,0 m².

Wohnungen von Haushalten mit arbeitslosen Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen besaßen mit 69,5 m² eine unterdurchschnittlich große Wohnfläche, ebenso Haushalte von Rentnern und Rentnerinnen (85,5 m²). Hingegen stand Haushalten von Pensionären und Pensionärinnen sowie von Selbstständigen mit durchschnittlich 113,5 bzw. 116,0 m² überdurchschnittlich viel Wohnraum zur Verfügung.

Leben Kinder im Haushalt, so steht in der Regel mehr Wohnfläche zur Verfügung als in Haushalten ohne Kind. Paarhaushalte mit einem Kind hatten 105,6 m² Wohnfläche, bei Paaren mit zwei Kindern waren es 124,4 m² und Paare mit drei und mehr Kindern konnten durchschnittlich 140,2 m² Wohnraum nutzen. Deutlich weniger Wohnraum als Paaren mit Kind(ern) – aber immer noch überdurchschnittlich viel – stand Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern

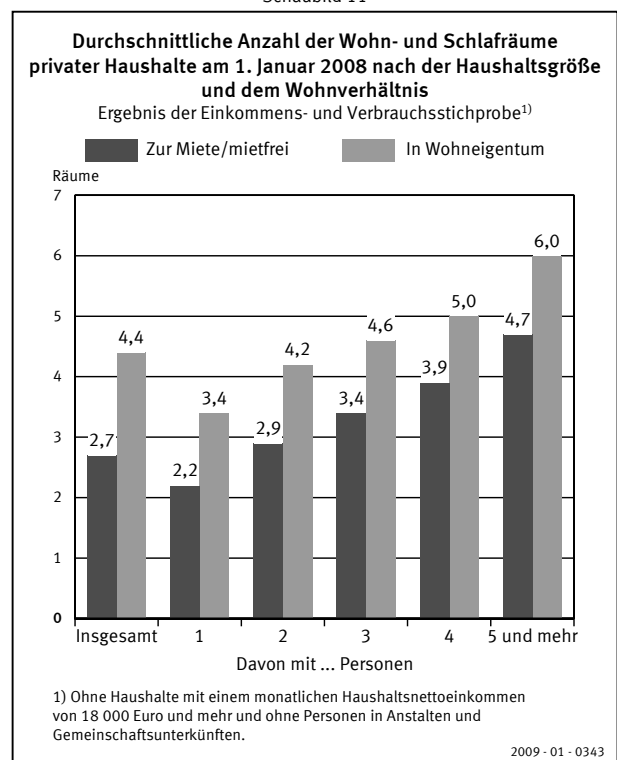
Schaubild 10



mit 95,9 m² zur Verfügung. Alleinerziehende mit einem Kind nutzten durchschnittlich 73,2 m² Wohnfläche.

Die den Kindern zur Verfügung stehende Wohnfläche betrug bei Paarhaushalten mit einem Kind durchschnittlich

Schaubild 11



17,2 m². In vergleichbaren Haushalten von Alleinerziehenden waren es mit knapp 15,7 m² Wohnfläche 1,5 m² weniger für das Kind. Bezogen auf die gesamte Wohnfläche des Haushalts stellten die Alleinerziehenden ihrem Kind allerdings 21,4% des Wohnraumes zur Verfügung. In den entsprechenden Paarhaushalten konnte das Kind 16,3% des gesamten Wohnraums für sich nutzen. Den Kindern in Paarhaushalten mit zwei Kindern standen 29,5 m² Wohnfläche zur Verfügung. Mit 31,0 m² nahezu die gleiche Quadratmeterzahl teilten sich zwei und mehr Kinder in den entsprechenden Haushalten von Alleinerziehenden.

Anfang 2008 standen dem Durchschnittshaushalt in Deutschland rein rechnerisch 3,4 Wohn- und Schlafräume zur Verfügung. Ab einer Haushaltsgröße von drei Personen wird dieser Durchschnittswert deutlich überschritten: Dreipersonenhaushalte verfügten durchschnittlich über 4,1 Wohn- und Schlafräume; Haushalte mit fünf und mehr Personen über 5,6 Räume. Haushalten, die im Eigentum lebten, standen im Schnitt 1,7 Räume mehr zur Verfügung als Haushalten im Mietverhältnis.

3.4 Heizsysteme und überwiegende Heizenergieart

77,2% der privaten Haushalte in Deutschland beheizten ihre Wohnungen Anfang 2008 mittels Zentral- bzw. Etagenheizungen. 15,8% der Haushalte wurden mit Fernwärme versorgt. Nur 7,0% der Haushalte nutzten Einzel- oder Mehrraumöfen (einschließlich Nachtspeicheröfen) zur Beheizung. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war der Anteil der Haushalte, die ihre Wohnungen mit Fernwärme beheizten, mit 37,0% rund dreimal so hoch wie im früheren Bundesgebiet (10,9%).

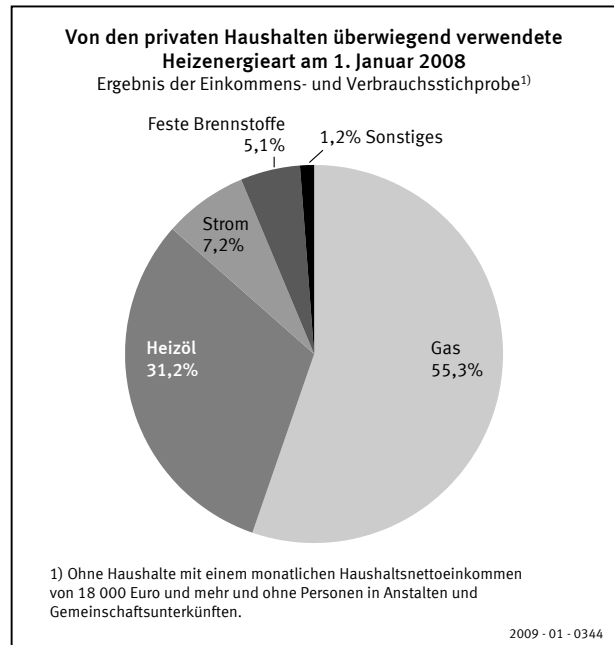
Tabelle 11: Von den privaten Haushalten eingesetzte Heizsysteme am 1. Januar 2008
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾
Anteile in %

Heizsystem	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Zentral- und Etagenheizung	77,2	81,5	58,7
Fernheizung	15,8	10,9	37,0
Einzel- und Mehrraumöfen (einschl. Nachtspeicheröfen) .	7,0	7,6	4,3

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Haushalte mit Zentral-, Etagenheizung, Einzel- oder Mehrraumöfen machten zusätzlich Angaben zur Art der Energie, mit der sie überwiegend ihre Wohnung heizten. Die Ergebnisse zeigen, dass Gas Anfang 2008 die häufigste Heizenergieart war: 55,3% der Haushalte beheizten überwiegend damit ihre Wohnungen. 31,2% der Haushalte nutzten Heizöl, 7,2% heizten mit Strom und 5,1% mit festen Brennstoffen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost heizten sogar zwei Drittel (65,8%) der Privathaushalte mit Gas, während nur knapp jeder fünfte Haushalt (19,2%) Heizöl verwendete. Feste Brennstoffe lagen im Osten mit 6,5% an drit-

Schaubild 12



ter Stelle vor der Verwendung von Strom als Heizenergie mit 6,3%.

Zu Beginn des Jahres 2003 hatten noch 36,5% der privaten Haushalte in Deutschland ihre Wohnungen mit Heizöl beheizt. Das waren 5,3 Prozentpunkte mehr als Anfang 2008. Die Verwendung von Gas als Heizenergie hat hingegen um 2,1 Prozentpunkte zugenommen: Während im Jahr 2003 erst 53,2% der Haushalte ihre Wohnung mit Gas beheizten, waren es fünf Jahre später 55,3%.

3.5 Zweit- und Freizeitwohnungen, Garagen und Stellplätze

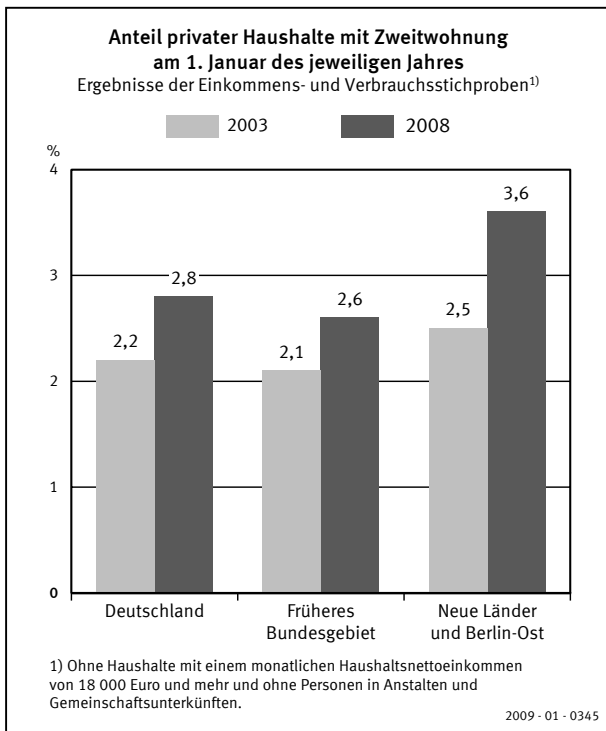
Die Ergebnisse zur Nutzung von Zweit- und Freizeitwohnungen sowie Garagen und Stellplätzen durch die privaten Haushalte runden das Bild über die Lebenssituation der Haushalte in Deutschland ab.

Anfang 2008 nutzten eine Million Haushalte in Deutschland aus beruflichen Gründen oder zu Ausbildungszwecken eine zusätzliche Wohnung neben ihrer Hauptwohnung. Das waren 2,8% aller Privathaushalte, was im Vergleich zum Jahr 2003 (2,2%) einen leichten Zuwachs bedeutet. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet stieg der Anteil der Zweitwohnungsnutzer in den neuen Ländern und Berlin-Ost während dieses Zeitraumes deutlich stärker: von 2,5% Anfang 2003 auf 3,6% Anfang 2008.

Mit einem Anteil von 77,5% hatte die Mehrzahl der Haushalte ihre Zweitwohnungen angemietet. Anfang 2003 hatte dieser Anteil noch 69,7% betragen. Entsprechend ist der Anteil der Wohneigentümer bei den Zweitwohnungsnutzern von 29,9% (2003) auf 22,5% (2008) zurückgegangen.

Haushalte mit drei und mehr Haushaltsmitgliedern sind in verstärktem Maße Nutzer von Zweitwohnungen. Die Anteile der Haushalte mit Zweitwohnungen lagen zwischen 4,8%

Schaubild 13



bei Haushalten mit drei Personen und 5,6 % bei Haushalten mit fünf und mehr Personen. Dies ist wahrscheinlich durch die nachschulische Ausbildungsphase der Kinder begründet. Zwischen 3,7 und 6,0 % der Haushalte von Angestellten, Beamten und Selbstständigen nutzten, vermutlich aus beruflichen Gründen, eine Zweitwohnung.

Tabelle 12: Private Haushalte mit Zweitwohnung am 1. Januar 2008
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Anteil der Haushalte mit Zweitwohnung in %
Haushalte mit ... Person(en)	
1	1,4
2	2,4
3	4,8
4	5,0
5 und mehr	5,6
Soziale Stellung der Haupteinkommensbezieher/-innen	
Selbstständige	6,0
Beamte/Beamtinnen	5,3
Angestellte	3,7
Arbeiter/-innen	2,7
Arbeitslose	(1,0)
Nichterwerbstätige	1,3
Rentner/-innen	1,0
Pensionäre/Pensionärinnen	(2,3)

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Rund 950 000 Haushalte in Deutschland – das sind 2,4 % aller Privathaushalte – verfügten neben ihrer Hauptwohnung über eine zusätzliche Wohnung, die sie in der Freizeit nutzten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatte mit 5,3 % ein wesentlich größerer Anteil der Haushalte als im

Tabelle 13: Private Haushalte mit Freizeitwohnung am 1. Januar 2008

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Anteil der Haushalte mit Freizeitwohnung in %
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ²⁾	
unter 900	(0,9)
900 – 1 300	(1,4)
1 300 – 1 500	(1,9)
1 500 – 2 000	2,5
2 000 – 2 600	3,3
2 600 – 3 600	2,6
3 600 – 5 000	3,6
5 000 – 18 000	6,5
Ausgewählte Haushaltstypen	
Alleinlebende	1,6
Alleinerziehende ³⁾	/
Paare ohne Kind	4,0
Paare mit Kind(ern) ⁴⁾	1,7
Sonstige Haushalte ⁵⁾	2,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Selbsteinstufung des Haushalts am 1.1.2008. Ohne Haushalte von Landwirten/Landwirtinnen. – 3) Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. – 4) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. – 5) U. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahre, „Mehrgenerationenhaushalte“, Wohngemeinschaften usw.

früheren Bundesgebiet (1,8 %) Freizeitwohnungen. Beachtliche 83,7 % der Haushalte in Deutschland mit Freizeitwohnung waren Eigentümer ihrer Freizeitwohnung.

Der Anteil der Haushalte mit Freizeitwohnungen steigt mit der Höhe der finanziellen Mittel, die den Haushalten zur Verfügung stehen. Anfang 2008 war der Anteil der Haushalte mit Freizeitwohnungen ab einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 500 Euro überdurchschnittlich hoch. Mit einem Anteil von 6,5 % lagen die Haushalte der höchsten Nettoeinkommensklasse (5 000 bis unter 18 000 Euro monatlich) mit großem Abstand an der Spitze. Auch mit zunehmendem Lebensalter der Personen, die den größten Anteil zum Haushaltsnettoeinkommen beitragen, steigt der Anteil der Haushalte mit Freizeitwohnungen. Den höchsten Anteil mit über 4 % stellten hier die Haushalte mit Haupteinkommenspersonen im Alter zwischen 65 und 80 Jahren. Die Betrachtung nach Haushaltstypen zeigt, dass Paarhaushalte ohne Kind mit einem Anteil von 4,0 % überdurchschnittlich häufig Freizeitwohnungen hatten.

63,3 % aller Haushalte konnten Anfang 2008 ihr Fahrzeug in einer Garage oder auf einem Stellplatz parken. Im früheren Bundesgebiet konnten 65,2 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 54,7 % der Haushalte ihre Fahrzeuge so unterbringen. Der Besitz von Garagen und Stellplätzen ist abhängig vom monatlichen Budget der Haushalte. Je größer der finanzielle Spielraum der Haushalte, umso größer ist der Anteil der Haushalte mit Garage oder Stellplatz. Ab einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1 500 Euro konnten in den jeweiligen Einkommensklassen mit Anteilen von 66,0 % und mehr überdurchschnittlich viele Haushalte diese Parkmöglichkeit nutzen. In der Einkommensklasse von 5 000 bis unter 18 000 Euro waren es sogar 91,0 % der Haushalte. Der Anteil der Haushalte mit Garagen oder Stellplätzen bei Haushalten von Alleinlebenden und Alleinerziehenden war mit 43,4 bzw. 45,1 % unterdurchschnittlich. Bei

Tabelle 14: Private Haushalte mit Garagen oder Stellplätzen
am 1. Januar 2008

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾
Prozent

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ²⁾	Haushalte mit Garagen oder Stellplätzen	Dar.: Eigentümer der Garagen oder Stellplätze
unter 900	26,0	37,3
900 – 1 300	43,5	40,0
1 300 – 1 500	56,2	44,8
1 500 – 2 000	66,0	53,8
2 000 – 2 600	77,9	62,2
2 600 – 3 600	83,5	71,1
3 600 – 5 000	87,5	79,1
5 000 – 18 000	91,0	84,0

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Selbsteinstufung des Haushalts am 1. Januar 2008. Ohne Haushalte von Landwirten/Landwirtinnen.

den Paarhaushalten standen 77,4 % der Haushalte Garagen oder Stellplätze zur Verfügung.

Zu 60,6 % waren die Nutzer der Garagen oder Stellplätze auch gleichzeitig deren Eigentümer. Dieser Eigentümeranteil erhöht sich stetig mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen. In der höchsten Einkommensklasse von monatlich 5 000 bis unter 18 000 Euro konnten 84,0 % der Haushalte, die Garagen oder Stellplätze nutzten, diese auch ihr Eigen nennen.

Ausblick: Die weitere Berichterstattung zur EVS 2008

Weitere Beiträge zu den Ergebnissen der EVS 2008 werden im Laufe der Jahre 2009 und 2010 u. a. in dieser Zeitschrift veröffentlicht werden. Als Nächstes werden die Ergebnisse der Auswertung des Erhebungsteils „Geld- und Sachvermögen“ vorgestellt. Anschließend folgt die Veröffentlichung der Ergebnisse aus dem Haushaltsbuch der EVS 2008 über die Bereiche Einnahmen, Einkommen und Ausgaben sowie Aufwendungen für den privaten Konsum. Den Abschluss bilden die Ergebnisse der Feinaufzeichnungen zum Ausgabenbereich Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und Tabakwaren, deren Aufbereitung Ende 2010 fertiggestellt sein wird. [u](#)

Anhangtabelle 1: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar des jeweiligen Jahres
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008	1998	2003	2008
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	59 713	58 984	54 928	48 227	45 652	13 935	11 486	13 332
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	37 931	39 077	29 921	30 861	31 771	6 783	7 070	7 306
	Prozent								
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	75,1	76,9	77,1	76,2	78,0	77,9	70,6	71,9	73,3
fabrikneu gekauft	37,0	35,0	31,3	37,1	35,2	31,5	36,6	33,6	30,3
gebraucht gekauft	43,8	47,4	50,3	44,7	48,3	51,0	40,1	43,8	47,5
geleast ²⁾	2,3	3,4	4,3	2,3	3,5	4,6	2,3	3,0	3,2
Krafttrad (einschl. Mofa und Roller)	10,9	11,6	11,6	11,5	12,5	12,2	8,1	7,7	8,9
Fahrrad	80,0	78,6	79,5	81,6	79,7	80,0	73,5	73,4	77,2
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton									
Fernseher	95,8	94,4	94,1	95,4	94,2	93,9	97,8	95,4	94,8
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	15,7	.	.	15,8	.	.	15,2
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	28,8	36,8	39,1	28,6	37,5	40,3	29,8	34,1	33,8
Kabelanschluss	53,4	52,6	47,8	50,7	50,6	46,2	64,4	61,1	54,8
DVB-T-Gerät (Decoder)	16,2	.	.	17,3	.	.	11,5
Pay-TV-Decoder	4,7	.	.	5,0	.	.	3,3
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	27,1	69,1	.	28,1	69,3	.	22,7	68,2
Camcorder (Videokamera)	16,6	21,9	19,5	16,5	22,0	19,3	17,1	21,6	20,4
Camcorder analog	17,3	11,1	.	17,0	10,8	.	18,3	12,3
Camcorder digital	7,0	9,7	.	7,6	9,8	.	4,7	9,4
Fotoapparat	86,3	83,4	85,2	86,8	83,7	85,2	85,0	81,6	85,4
Fotoapparat analog	61,4	.	.	60,7	.	.	64,7
Fotoapparat digital	58,3	.	.	59,5	.	.	52,9
MP3-Player	37,3	.	.	38,6	.	.	31,9
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	79,7	.	.	80,2	.	.	77,6
Spielkonsole	19,4	.	.	20,1	.	.	16,6
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	38,7	61,4	75,4	39,9	62,4	76,3	33,9	57,2	71,5
PC stationär	58,2	62,1	.	59,0	62,7	.	55,0	59,4
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	.	10,7	34,7	.	11,5	35,9	.	7,5	29,6
Internetzugang, -anschluss	8,1	46,0	64,4	8,8	47,3	65,9	5,2	40,7	57,6
ISDN-Anschluss	5,6	23,4	31,5	6,1	25,6	33,9	3,1	13,8	20,9
Telefon	98,7	99,0	.	98,7	99,0	.	98,4	99,1
Telefon stationär (auch schnurlos)	96,8	94,5	89,7	97,3	94,7	90,5	94,3	93,9	86,0
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,2	72,5	86,3	11,4	72,9	86,4	10,8	70,1	86,1
Anrufbeantworter stationär	36,8	46,2	49,4	37,9	47,1	50,1	32,7	42,1	46,4
Telefaxgerät stationär	14,8	20,7	20,7	16,3	22,0	21,7	9,1	14,9	16,2
Navigationssystem	20,7	.	.	21,4	.	.	17,3
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank	99,0	98,8	98,6	99,0	98,7	98,6	99,3	98,8	98,6
Gefrierschrank, Gefriertruhe	77,4	66,0	52,4	76,9	68,0	54,6	80,0	57,3	43,0
Geschirrspülmaschine	44,8	56,6	62,5	49,1	59,0	64,2	25,7	46,4	55,0
Mikrowellengerät	50,8	62,7	69,6	53,0	63,2	69,5	41,2	60,3	70,2
Wäschetrockner	29,4	36,5	38,5	33,1	40,4	42,3	13,6	20,1	22,1
Sportgeräte (Hometrainer)	24,3	27,5	.	24,6	27,4	.	23,4	27,8

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 und 2008) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Anhangtabelle 2: Ausgewählte Gebrauchsgüter in privaten Haushalten am 1. Januar des jeweiligen Jahres
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1998	2003	2008	1998	2003	2008	1998	2003	2008
Erfasste Haushalte (Anzahl)	68 863	59 713	58 984	54 928	48 227	45 652	13 935	11 486	13 332
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	36 703	37 931	39 077	29 921	30 861	31 771	6 783	7 070	7 306
	Mill.								
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	35,6	38,7	40,0	29,4	32,0	33,0	6,2	6,8	7,0
fabrikneu gekauft	15,3	14,9	13,7	12,6	12,3	11,3	2,7	2,6	2,4
gebraucht gekauft	19,4	22,3	24,5	16,1	18,5	20,1	3,3	3,9	4,3
geleast ²⁾	0,9	1,4	1,9	0,7	1,2	1,6	0,2	0,2	0,3
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)	4,6	5,2	5,5	4,0	4,6	4,7	0,6	0,6	0,8
Fahrrad	67,0	67,4	69,7	56,4	56,6	58,0	10,7	11,0	11,7
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton									
Fernseher	51,4	55,2	57,6	41,7	45,0	47,0	9,7	10,2	10,6
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	6,8	.	.	5,6	.	.	1,2
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	10,8	14,8	20,4	8,7	12,2	17,2	2,1	2,6	3,2
Kabelanschluss	19,6	20,7	19,3	15,2	16,1	15,2	4,4	4,5	4,1
DVB-T-Gerät (Decoder)	7,4	.	.	6,4	.	.	1,0
Pay-TV-Decoder	2,0	.	.	1,7	.	.	0,3
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	12,0	42,7	.	10,2	35,1	.	1,8	7,5
Camcorder (Videokamera)	6,3	9,7	8,4	5,1	8,0	6,7	1,2	1,7	1,6
Camcorder analog	6,8	4,4	.	5,5	3,5	.	1,3	0,9
Camcorder digital	2,9	3,9	.	2,6	3,2	.	0,4	0,7
Fotoapparat	49,3	49,3	60,1	41,1	41,0	49,6	8,3	8,4	10,5
Fotoapparat analog	31,4	.	.	25,6	.	.	5,8
Fotoapparat digital	28,6	.	.	24,0	.	.	4,7
MP3-Player	21,6	.	.	18,4	.	.	3,2
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	60,7	.	.	50,5	.	.	10,3
Spielkonsole	11,7	.	.	9,9	.	.	1,8
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	16,8	32,2	47,6	14,2	27,0	39,8	2,6	5,2	7,7
PC stationär	27,8	31,3	.	23,1	26,1	.	4,7	5,2
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	.	4,4	16,2	.	3,9	13,7	.	0,6	2,5
Internetzugang, -anschluss	3,1	18,2	27,0	2,8	15,2	22,6	0,4	3,0	4,4
ISDN-Anschluss	2,1	9,0	12,5	1,9	8,0	11,0	0,2	1,0	1,5
Telefon	44,7	89,0	104,8	37,3	73,6	86,9	7,4	15,4	18,0
Telefon stationär (auch schnurlos)	40,2	45,7	44,7	33,6	38,1	37,6	6,6	7,6	7,2
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	4,5	43,4	60,1	3,7	35,5	49,3	0,8	7,8	10,8
Anrufbeantworter stationär	13,8	18,0	19,9	11,6	15,0	16,4	2,2	3,0	3,5
Telefaxgerät stationär	5,6	8,0	8,2	5,0	6,9	7,0	0,6	1,1	1,2
Navigationssystem	8,8	.	.	7,5	.	.	1,3
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank	40,9	43,7	46,9	33,6	36,0	38,5	7,3	7,8	8,4
Gefrierschrank, Gefriertruhe	31,3	28,0	22,9	25,6	23,5	19,4	5,8	4,4	3,5
Geschirrspülmaschine	16,6	21,7	24,7	14,8	18,4	20,7	1,8	3,3	4,1
Mikrowellengerät	18,9	24,3	27,9	16,1	19,9	22,6	2,8	4,4	5,3
Wäschetrockner	10,8	13,9	15,1	9,9	12,5	13,5	0,9	1,4	1,6
Sportgeräte (Hometrainer)	10,5	12,9	.	8,7	10,5	.	1,8	2,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 17 895 Euro und mehr (1998) bzw. 18 000 Euro und mehr (2003 und 2008) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Anhangtabelle 3: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 nach der Haushaltsgröße
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte mit ... Person(en)				
	1	2	3	4	5 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	15 967	22 765	9 248	8 082	2 922
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	14 988	13 359	5 265	4 039	1 426
	Prozent				
Fahrzeuge					
Personenkraftwagen	56,9	86,5	91,3	95,6	95,9
fabrikneu gekauft	21,2	39,9	35,3	35,1	30,0
gebraucht gekauft	34,2	51,3	68,8	73,1	77,8
geleast ²⁾	2,0	4,3	7,2	8,0	7,7
Krafttrad (einschl. Mofa und Roller)	5,4	10,4	19,9	23,1	24,8
Fahrrad	67,0	82,2	92,0	95,2	95,2
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton					
Fernseher	89,5	96,7	97,4	97,7	95,1
dar.: Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	9,7	18,3	22,0	20,4	18,4
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder)	25,3	41,7	51,2	58,2	60,4
Kabelanschluss	54,4	48,8	41,8	34,9	29,0
DVB-T-Gerät (Decoder)	13,2	17,7	19,1	18,8	16,6
Pay-TV-Decoder	2,7	5,0	7,3	7,1	5,6
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	52,9	70,5	88,6	91,7	90,6
Camcorder (Videokamera)	7,9	18,5	33,7	40,8	38,6
Camcorder analog	4,7	11,3	17,3	22,7	21,0
Camcorder digital	3,6	8,6	18,5	21,2	20,5
Fotoapparat	72,8	90,3	95,6	97,1	96,2
Fotoapparat analog	53,1	66,2	65,4	68,4	70,2
Fotoapparat digital	37,5	60,8	82,3	86,5	84,3
MP3-Player	22,2	31,8	61,4	68,1	72,2
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	71,2	79,5	90,4	93,5	93,7
Spielkonsole	7,1	14,2	38,0	47,5	49,0
Informations- und Kommunikationstechnik					
Personalcomputer (PC)	60,1	76,3	94,7	96,5	97,2
PC stationär	43,4	63,4	83,9	88,1	91,9
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop) ..	25,9	33,6	47,8	48,5	50,0
Internetzugang, -anschluss	46,7	65,0	85,9	90,6	90,8
ISDN-Anschluss	19,2	31,7	45,2	50,6	54,1
Telefon	98,5	99,2	99,4	99,5	99,7
Telefon stationär (auch schnurlos)	83,5	92,8	93,5	94,9	95,6
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	76,2	89,3	96,8	97,0	96,3
Anrufbeantworter stationär	43,7	50,9	54,5	57,4	52,8
Telefaxgerät stationär	12,9	23,0	25,7	29,5	36,4
Navigationssystem	9,8	24,0	31,3	32,2	31,4
Haushalts- und sonstige Geräte					
Kühlschrank	97,9	98,8	99,2	99,4	99,0
Gefrierschrank, Gefriertruhe	33,2	59,8	65,3	73,1	79,1
Geschirrspülmaschine	38,4	69,4	83,3	90,6	93,2
Mikrowellengerät	58,1	72,7	81,2	83,5	80,5
Wäschetrockner	20,7	41,2	53,7	65,0	69,7
Sportgeräte (Hometrainer)	17,6	32,6	35,2	34,9	34,4

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Dipl.-Kaufmann Günther Elbel, Jürgen Preißmann

Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005

Die Preisindizes in Deutschland werden derzeit auf das neue Basisjahr 2005 umgestellt; jetzt wurde der Preisindex für den Einzelhandel auf neuer Basis berechnet. Neben der Einführung einer neuen Wägungsbasis wurden weitere Änderungen vorgenommen. Die Ergebnisse werden jetzt gegliedert nach der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) veröffentlicht. Als wichtigste methodische Weiterentwicklung wird der Einzelhandelspreisindex künftig in zwei Versionen berechnet und veröffentlicht: Zum einen wird die Berechnung einschließlich der Mehrwertsteuer fortgeführt, zum anderen erfolgt zusätzlich eine Berechnung ohne Mehrwertsteuer. Damit trägt das Statistische Bundesamt unterschiedlichen Nutzerwünschen Rechnung: Die Berechnung einschließlich Mehrwertsteuer ermöglicht beispielsweise, dass der Einzelhandelspreisindex in bestehenden Wertsicherungsklauseln weiter genutzt werden kann, die Berechnung ohne Mehrwertsteuer erlaubt die direkte Nutzung zur Deflationierung von Wertgrößen, die ebenfalls netto dargestellt werden (z. B. Umsatzentwicklung im Einzelhandel).

1 Zur Berechnung des Einzelhandelspreisindex

Der Einzelhandelspreisindex (EHPI) wird in Deutschland aus den Einzeldaten abgeleitet, die für den Verbraucherpreisindex (VPI) und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) erhoben werden. Die Regelungen für den Verbrau-

cherpreisindex und den Harmonisierten Verbraucherpreisindex zum Beispiel bezüglich der Preiserhebung, für das Fortschreiben vorübergehend fehlender Preismeldungen oder für den Ersatz wegfallender Waren und Dienstleistungen gelten damit indirekt auch für den Einzelhandelspreisindex.¹⁾ Spezifische Anforderungen an eine Berechnung des Einzelhandelspreisindex können daher nur bedingt berücksichtigt werden, andererseits können die Ergebnisse so sehr effizient und kostengünstig bereitgestellt werden. Die größte Einschränkung bezüglich der Aussagekraft des Einzelhandelspreisindex besteht darin, dass die Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik ausschließlich auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte abgestellt ist, Käufe von anderen Sektoren (Staat, Unternehmen) wie auch von den privaten Organisationen ohne Erwerbzweck bei den Einzelhandelsunternehmen können nicht berücksichtigt werden. Insofern ist der Einzelhandelspreisindex für Deutschland primär ein Preisindex für die Käufe der privaten Haushalte im Einzelhandel.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen Einzelhandelspreisindex und Verbraucherpreisindex bestehen im Erfassungsbereich der Indizes und in der Gewichtung der einzelnen Gütergruppen. Der Erfassungsbereich des Verbraucherpreisindex ist wesentlich umfangreicher als der Erfassungsbereich des Einzelhandelspreisindex. Insbesondere viele Dienstleistungen (z. B. Wohnungsmieten, Arztleistungen, Verkehrsdienstleistungen, Dienstleistungen der Nachrichtenübermittlung, Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Dienstleistungen des Bildungswesens) spielen für den

1) Für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex sind diese Regelungen weitgehend durch Verordnungen verbindlich vorgeschrieben. Siehe z. B. Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Amtsbl. der EG Nr. L 257, S. 1). Weitere Verordnungen, die diese Rahmenverordnung präzisieren, wurden ebenfalls im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) veröffentlicht.

Einzelhandelspreisindex keine oder nur eine geringe Rolle. Diese Dienstleistungen gehören deshalb nicht zum Erfassungsbereich des Einzelhandelspreisindex. Weiterhin unterscheiden sich die beiden Indizes darin, wie die Ergebnisse veröffentlicht werden: Während die Ergebnisse des Verbraucherpreisindex funktional nach Verwendungszwecken untergliedert werden, gilt für den Einzelhandelspreisindex eine institutionelle Gliederung nach Wirtschaftszweigen.

Für die Ableitung der Gewichte des Einzelhandelspreisindex liegen Ergebnisse aus der Strukturhebung im Handel vor. Diese erlaubt allerdings nur, nach knapp 70 Positionen der Statistischen Güterklassifikation (CPA)²⁾ zu unterteilen. Zusätzlich zu dieser institutionellen Gliederung erfolgt eine funktionale Differenzierung nach Umsätzen im Einzelhandel, im Großhandel, in der Handelsvermittlung usw. Entsprechend seiner Konstruktion als Einzelhandelspreisindex für Käufe privater Haushalte werden für die Berechnung des Einzelhandelspreisindex einschließlich Mehrwertsteuer nur die Umsätze des Einzelhandels im Einzelhandel für die Ermittlung des Wägungsschemas verwendet.³⁾ Die Preiserhebung für Verbraucherpreisindex und Harmonisierten Verbraucherpreisindex differenziert dagegen nach etwa 700 Ausgabekategorien auf Basis der international harmonisierten Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs (COICOP)⁴⁾ bzw. der nationalen Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA)⁵⁾. Um ein Wägungsschema für den Einzelhandelspreisindex zu berechnen, muss deshalb einerseits eine Brücke zwischen CPA und SEA hergestellt werden, andererseits müssen die detaillierten Ausgabestrukturen des Verbraucherpreisindex zum Schließen der Lücke zwischen der Gliederungstiefe der Strukturhebung im Einzelhandel und der der Preiserhebung für Verbraucherpreisindex und Harmonisierten Verbraucherpreisindex genutzt werden. Somit erlangen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Laufenden Wirtschaftsrechnungen auch Bedeutung für die Ableitung der Gewichte des Einzelhandelspreisindex.⁶⁾

2 Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigsystematik

Die auffallendste Änderung der Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008)⁷⁾ betrifft den Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen, also die Tankstellen, die nach der WZ 2003 dem Kraftfahrzeughandel zugeordnet waren und nach der neuen WZ 2008 wieder dem Einzelhandel unmittelbar zugeordnet sind (WZ-Kode 47.3). Für den zusammengefassten Index des Einzelhandels und des Kraftfahrzeughandels (einschließlich Tankstellen) ergibt sich hier keine gravierende Änderung.

Für andere Einzelreihen wurde jedoch eine Vielzahl von Umsetzungen vorgenommen, die in Anhangtabelle 1 auf S. 479 ff. im Detail aufgeführt sind.

3 Zusätzliche Berechnung eines Einzelhandelspreisindex ohne Mehrwertsteuer

Traditionell wird der deutsche Einzelhandelspreisindex einschließlich Mehrwertsteuer berechnet. Insofern ergaben sich in der Vergangenheit diesbezüglich keine methodischen Unterschiede zwischen Einzelhandelspreisindex, Verbraucherpreisindex und Harmonisiertem Verbraucherpreisindex. Für viele Verwendungszwecke, zum Beispiel für die Verwendung des Einzelhandelspreisindex in Wertsicherungsklauseln, erscheint dieses Vorgehen durchaus angemessen. Wird der Einzelhandelspreisindex dagegen eingesetzt, um Wertgrößen ohne Mehrwertsteuer zu deflationieren, ist die Verwendung von Bruttopreisindizes problematisch. Im Regelfall müssen die Ergebnisse zunächst umgerechnet werden. Das wird im Falle einer Änderung der Mehrwertsteuersätze, wie zuletzt im Januar 2007, besonders deutlich, kann aber grundsätzlich immer die Ergebnisse der Indexberechnung beeinflussen. Der Regelsatz für die Mehrwertsteuer, derzeit 19 Prozentpunkte, gilt nur für etwa die Hälfte aller Waren und Dienstleistungen der privaten Verbrauchsausgaben. Für den Rest gilt entweder der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 %, oder die entsprechenden Ausgaben sind vollständig von der Mehrwertsteuer befreit.⁸⁾ Allein dadurch ergeben sich unterschiedliche Wägungsschemata für den Einzelhandelspreisindex einschließlich und ohne Mehrwertsteuer und damit auch unterschiedliche Ergebnisse bei der Berechnung. Ein weiterer Grund für Unterschiede in den Wägungsschemata ist darin zu sehen, dass für die Berechnung des Wägungsschemas für den Index einschließlich Mehrwertsteuer nur der Umsatz des Einzelhandels im Einzelhandel herangezogen wird, also näherungsweise der Umsatz mit den privaten Haushalten. Im Gegensatz dazu soll der Einzelhandelspreisindex ohne Mehrwertsteuer in erster Linie der Deflationierung rein institutionell differenzierter Umsätze dienen, eine Beschränkung auf Umsätze mit privaten Haushalten erscheint hier nicht angebracht. Allerdings halten sich Unterschiede in den Wägungsschemata, die sich daraus ergeben, in sehr engen Grenzen. Das ist darauf zurückzuführen, dass die institutionell abgegrenzten Wirtschaftszweige nach der WZ 2008 im Einzelhandel immer eine Vielzahl von Waren, die oft unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen unterliegen, umfassen. Für die zusammengefassten Wirtschaftszweige im Einzelhandel ergeben sich damit keine deutlichen Unterschiede in der Gesamt-Mehrwertsteuerbelastung. Die Wägungsschemata für den Einzel-

2) Statistical Classification of Products by Activity in the European Economic Community.

3) Dies gilt nicht für die weiter unten beschriebene Berechnung eines Einzelhandelspreisindex ohne Mehrwertsteuer. Für diesen Index wird das Wägungsschema aus den vollständigen Umsatzangaben ermittelt.

4) Classification of Individual Consumption by Purpose.

5) Bezüglich der Verbrauchsausgaben ist diese Klassifikation bis zum 4-Steller identisch mit der COICOP.

6) Zur Methodik der Berechnung und zur Ableitung des Wägungsschemas für den Verbraucherpreisindex siehe z. B. Elbel, G./Egner, U.: „Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005“ in WiSta 4/2008, S. 339 ff., oder Elbel, G.: „Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung“ in WiSta 3/1999, S. 171 ff.

7) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

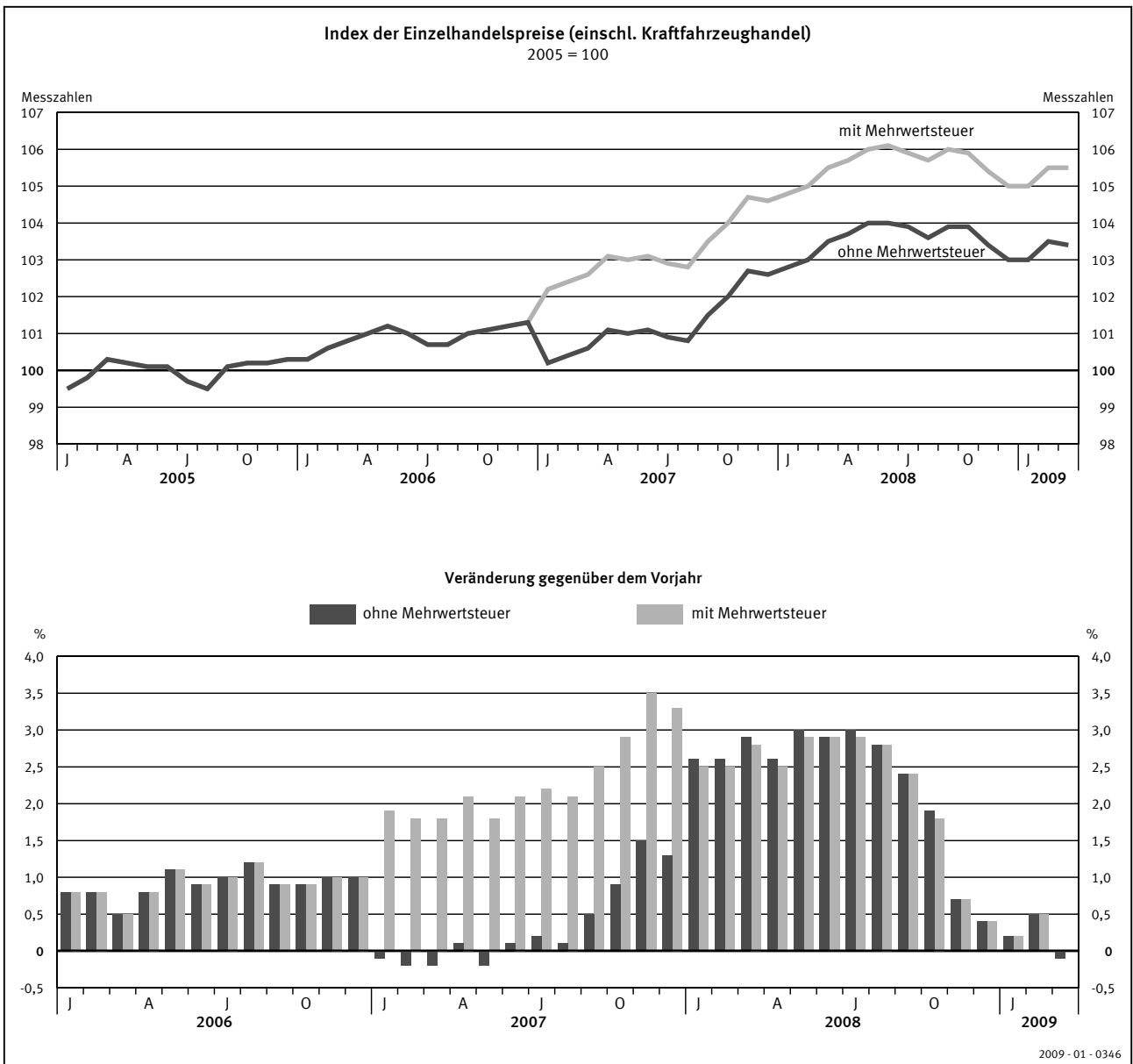
8) Eine Tabelle mit der unterschiedlichen Mehrwertsteuerbelastung für alle Ausgabekategorien der privaten Verbrauchsausgaben enthält der Beitrag von Elbel, G./Werner, P.: „Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007“ in WiSta 8/2008, S. 693 ff., hier: S. 702 f.

handelspreisindex einschließlich und ohne Mehrwertsteuer enthält Anhangtabelle 2 auf S. 482 f.

Das neue Preisbasisjahr für den Einzelhandelspreisindex ist das Jahr 2005. Da die Regelsätze für die Mehrwertsteuer zuletzt im Januar 2007 geändert wurden, könnte ein mit der Indexberechnung weniger vertrauter Nutzer vermuten, dass die jetzt berechneten Wägungsstrukturen bereits wieder veraltet sind. Das ist für die Berechnung des Einzelhandelspreisindex aber nicht richtig. Der Jahresdurchschnitt 2005 ist sowohl Wägungsbasis als auch Preisbasis und Indexbasis. Das bedeutet, dass die Preismesszahlen, die mithilfe des Wägungsschemas zusammengefasst werden, die Preisentwicklung ab dem Basisjahr 2005 abbilden und damit auch die Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 einbeziehen. Nur in dem Fall, dass die Mehrwertsteuererhöhung zu

massiven Verschiebungen in den (realen) Verbrauchsstrukturen geführt haben sollte, müsste von einem Veralten der Wägungsschemata ausgegangen werden. Da aber für leicht substituierbare Güter in aller Regel jeweils die gleichen Mehrwertsteuersätze gelten, ist davon nicht auszugehen.

Für die Indexberechnung ohne Mehrwertsteuer werden die für Verbraucherpreisindex und Harmonisierten Verbraucherpreisindex erhobenen Preise um die darauf lastende Mehrwertsteuer bereinigt. Da die Mehrwertsteuer rein wertproportional erhoben wird und die entsprechenden Steuersätze für alle Waren und Dienstleistungen bekannt sind, ist dies mit relativ geringem Aufwand zu leisten.⁹⁾ Bei der Interpretation der Ergebnisse ist dann aber besondere Sorgfalt angebracht: Kann zum Beispiel eine Mehrwertsteuererhöhung nicht zeitnah in vollem Umfang als Preiserhöhung



9) Eine Bereinigung um andere Verbrauchsteuern, wie z. B. die Mineralölsteuer oder die Tabaksteuer, wäre sehr viel aufwendiger. Eine solche Bereinigung wird für den Einzelhandelspreisindex jedoch nicht vorgenommen.

Index der Einzelhandelspreise¹⁾

Jahr/Monat	Einschließlich Mehrwertsteuer			Ohne Mehrwertsteuer		
	Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen	Einzelhandel (47)	Kraftfahrzeughandel (45.1 + 45.32 + 45.4)	Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen	Einzelhandel (47)	Kraftfahrzeughandel (45.1 + 45.32 + 45.4)
2005 = 100						
2005	100	100	100	100	100	100
2006	100,9	100,7	101,8	100,9	100,7	101,8
2007	103,2	102,6	105,5	101,2	100,8	102,8
2008	105,6	105,3	106,4	103,6	103,5	103,8
Januar 2009	105,0	104,6	106,5	103,0	102,8	103,8
Februar 2009	105,5	105,2	106,6	103,5	103,3	103,9
März 2009	105,5	105,1	106,8	103,4	103,2	104,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %						
2006	+0,9	+0,7	+1,8	+0,9	+0,7	+1,8
2007	+2,3	+1,9	+3,6	+0,3	+0,1	+1,0
2008	+2,3	+2,6	+0,9	+2,4	+2,7	+1,0
Januar 2009	+0,2	+0,2	+0,3	+0,2	+0,2	+0,3
Februar 2009	+0,5	+0,6	+0,4	+0,5	+0,5	+0,4
März 2009	+0,0	-0,2	+0,5	-0,1	-0,2	+0,5

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

überwältigt werden, so wird der Index trotz eines Anstiegs der Bruttopreise einen Preisrückgang ausweisen. Gleiches gilt natürlich umgekehrt, sollte die Mehrwertsteuer ermäßigt werden. Auch wenn der reduzierte Mehrwertsteuersatz (oder die Befreiung von der Mehrwertsteuer) auf zusätzliche Güter ausgeweitet werden sollte oder wenn bisher von der Mehrwertsteuer befreite oder dem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegende Güter mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belastet würden, hätte dies unmittelbare Auswirkungen auf den Einzelhandelspreisindex ohne Mehrwertsteuer.

Solche Effekte können anhand der Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 mithilfe der jetzt vorliegenden Ergebnisse verdeutlicht werden. Der obere Teil des Schaubilds zeigt den Indexverlauf für den Einzelhandelspreisindex einmal einschließlich und einmal ohne Mehrwertsteuer. Während beide Kurven bis zum Dezember 2006 nahezu deckungsgleich verlaufen¹⁰⁾, ergibt sich zum Zeitpunkt der Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 ein deutliches Auseinanderlaufen beider Kurven, danach verlaufen beide Kurven weitgehend parallel. Die Differenz beider Kurven entspricht dem theoretischen Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf alle im Einzelhandel verkauften Güter. Während der Einzelhandelspreisindex einschließlich Mehrwertsteuer die Belastung des Konsumenten widerspiegelt, zeigt der Einzelhandelspreisindex ohne Mehrwertsteuer den Preisverlauf aus Sicht des Einzelhandels. Offenbar konnte die Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007 nicht unmittelbar voll auf die Konsumenten überwältigt werden, die Preise ohne Mehrwertsteuer mussten reduziert werden. Der im Vergleich zu den Vorjahren stärkere Preisauftrieb im Rest des Jahres 2007 und im Frühjahr 2008 könnte als Indiz dafür gesehen werden, dass die Mehrwertsteuerbelastung mit gewisser zeitlicher Verzögerung doch noch an die Endkonsumenten weitergegeben wurde. Bei einer solchen Interpretation muss man jedoch sehr vorsichtig sein. Die deutlichen

Preissteigerungen im zweiten Halbjahr 2007 waren auch durch massive Preiserhöhungen im zweistelligen Bereich bei einigen Lebensmitteln (z. B. bei Butter und Milch) beeinflusst. Im Herbst 2008 mussten diese Preiserhöhungen teilweise wieder zurückgenommen werden. Die Mehrwertsteuererhöhung hatte mit der Preisentwicklung dieser Produkte unmittelbar nichts zu tun, da Nahrungsmittel dem ermäßigten Steuersatz von 7 % unterliegen, der im Jahr 2007 unverändert blieb. Sollen Aussagen über die Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Endkonsumenten getroffen werden, so müssen die Details sehr genau analysiert werden.¹¹⁾

Betrachtet man die Preisveränderungen im unteren Teil des Schaubilds, so sind Unterschiede in den Teuerungsraten der beiden Indexvarianten für die Jahre 2006 und 2008 kaum zu erkennen und ausschließlich auf die unterschiedlichen Wägungsschemata bzw. auf die unterschiedlichen Preisniveaus aus Brutto- und Nettoberechnung zurückzuführen. Für die Teuerungsraten des Jahres 2008 spielt die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres 2007 für beide Reihen des Einzelhandelspreisindex keine Rolle mehr, da die neue Steuerbelastung jetzt sowohl im Zähler als auch im Nenner der Preismessziffern berücksichtigt ist.

Zusammengefasste Ergebnisse der Indexneuberechnung enthält die Tabelle. Detaillierte Ergebnisse stehen in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Verbraucherpreisindizes für Deutschland“ bzw. im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung.

4 Revisionsdifferenzen

Die Neuberechnung der zusammengefassten Preisindexreihe von Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel (jeweils einschließlich Mehrwertsteuer) zeigt gegenüber der bisherigen Berechnung auf der Basis 2000 Abweichungen in einer

10) Minimale Differenzen sind nur in den ungerundeten (und unveröffentlichten) Ergebnissen zu erkennen.

11) Entsprechende Analysen für den Verbraucherpreisindex enthalten der bereits erwähnte Beitrag von Elbel, G./Werner, P. (Fußnote 8) sowie Hoffmann, J./Fischer, T.: „Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten“ in WiSta 8/2008, S. 704 ff.

Größenordnung, wie sie auch die Umstellung des Verbraucherpreisindex auf die Basis 2005 vor einem Jahr gebracht hat. Für die Jahre 2006 und 2008 ergeben sich im Jahresdurchschnitt leichte Korrekturen der Teuerungsraten nach unten, für das Jahr 2007 ergibt sich eine spürbare Korrektur nach oben. Ausschlaggebend für diese Differenzen waren insbesondere die neue Gütergewichtung für das Jahr 2005 und die Einführung einer expliziten Geschäftstypengewichtung für den Verbraucherpreisindex, die sich auch in den Ergebnissen des Einzelhandelspreisindex widerspiegelt.¹²⁾ Die zum Teil größeren Abweichungen der einzelnen Indexreihen, zum Beispiel für den Einzelhandel insgesamt (WZ 2008 Kode 47 im Vergleich zur WZ 2003 Kode 52) sind zusätzlich durch Umstellungen der Klassifikation bedingt, wie sie in Kapitel 2 im Detail dargestellt sind.

5 Verwendung der Einzelhandelspreisindizes in Wertsicherungsklauseln

Einzelhandelspreisindizes werden häufig in privatrechtlichen Verträgen in sogenannten Preisgleit- oder Wertsicherungsklauseln verwendet, um wiederkehrende Zahlungen abzusichern. Bestehende Wertsicherungsklauseln beziehen sich auf den bisher ausschließlich einschließlich Mehrwertsteuer berechneten Einzelhandelspreisindex. Der jetzt neu berechnete Index einschließlich Mehrwertsteuer ist daher zur Fortschreibung alter Wertsicherungsklauseln geeignet. Änderungen in der Klassifikation der Wirtschaftszweige stören jedoch immer die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Wie bereits erwähnt wirken sich die Änderungen in der Klassifikation der Wirtschaftszweige auf den zusammengefassten Einzelhandelspreisindex für den Einzelhandel und den Kraftfahrzeughandel kaum aus. Auch einige ebenfalls häufig für Wertsicherungsklauseln genutzte Teilindizes des Einzelhandelspreisindex sind nicht betroffen. Der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)“ (alter WZ-Kode 52.1) kann ohne größere Probleme durch die unverändert abgegrenzte Position mit dem neuen WZ-Kode 47.1 ersetzt werden. Gleiches gilt für die Unterposition „Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren“ (alter WZ-Kode 52.11), die durch den identisch abgegrenzten neuen WZ-Kode 47.11 ersetzt wird.

Soweit andere Reihen des Einzelhandelspreisindex, beispielsweise für den Einzelhandel insgesamt (alter WZ-Kode 52, neuer Kode 47) verwendet wurden, müssen in vielen Fällen Umsetzungen in der Klassifikation hingenommen werden. Das Statistische Bundesamt hat eine Rückrechnung der Ergebnisse ab 2005 nach der neuen Abgrenzung vorgenommen, sodass sich diese Störungen für aktuelle Zahlungsanpassungen in Grenzen halten werden. Die auf der alten Indexbasis und nach der bisherigen Klassifikation (WZ 2003) bis einschließlich März 2009 vorgenommenen Berechnungen für Wertsicherungsklauseln behalten ihre Gültigkeit. Für neue Berechnungen sind die neu bereitgestellten Ergebnisse auf der Basis 2005 und nach der WZ 2008 zu verwenden, damit sich die Umstellung der Klas-

sifikation nicht auf die Ergebnisse auswirkt. Wird für die Berechnung der Wertsicherungsklauseln das vom Statistischen Bundesamt bereitgestellte interaktive Programm verwendet (www.destatis.de, Pfad: Preise → WSK Preisindizes in Verträgen), wird automatisch so verfahren. [UU](#)

¹²⁾ Siehe dazu den bereits erwähnten Beitrag von Elbel, G./Egner, U. (Fußnote 6).

Anhangtabelle 1: Änderungen in den Veröffentlichungspositionen des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005

WZ 2008 ¹⁾ (T. a. = Teile aus)	Bezeichnung	Verknüpfung mit der WZ 2003 ²⁾ (T. a. = Teile aus)
47, T. a. 45	Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen	52 [Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern] T. a. 50 (nur Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, einschl. Tankstellen)
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	52 [Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern] 50.50 (Agenturtankstellen und freie Tankstellen)
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	52.1 (unverändert)
47.11	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	52.11 (unverändert)
47.11.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	52.11.1 (unverändert)
47.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	52.11.2 (unverändert)
47.19	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	52.12 (unverändert)
47.19.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)	52.12.1 (unverändert)
47.19.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel	52.12.2 (unverändert)
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	52.2 (unverändert)
47.21	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	52.21 (Einzelhandel mit frischem Obst, Gemüse und Kartoffeln) T. a. 52.27.5 (Einzelhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse und zubereiteten und konservierten Kartoffeln)
47.22	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren	52.22 (unverändert)
47.23	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen	52.23 (unverändert)
47.24	Einzelhandel mit Back- und Süßwaren	52.24 (unverändert)
47.25	Einzelhandel mit Getränken	52.25 (unverändert)
47.26	Einzelhandel mit Tabakwaren	52.26 (unverändert)
47.29	Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln	52.27.1 (Einzelhandel mit Reformwaren) T. a. 52.27.5 (Sonstiger Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln – ohne Einzelhandel mit zubereitetem und konserviertem Obst und Gemüse und zubereiteten und konservierten Kartoffeln)
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	50.50 (Agenturtankstellen und freie Tankstellen)
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunika- tionstechnik (in Verkaufsräumen)	Neue Zusammenfassung: T. a. 52.45.2; T. a. 52.49.5; 52.49.6
47.41	Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	T. a. 52.49.5 (Einzelhandel mit Computern, Computerteilen, peripheren Ein- heiten und Software – ohne Assembling von Computern für Privatkunden)
47.42	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten	52.49.6 (unverändert)
47.43	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik	T. a. 52.45.2 (Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik – ohne bespielte und unbespielte Ton- und Bildträger)
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heim- werker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	Neue Zusammenfassung: 52.41; 52.44; 52.45.1; 52.45.3; 52.46; 52.48.1; 52.49.9
47.51	Einzelhandel mit Textilien	52.41 (unverändert)
47.52	Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	T. a. 52.45.1 (Einzelhandel mit Elektroinstallationszubehör) 52.46 (Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf)
47.52.1	Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.	52.46.1 (unverändert)
47.52.3	Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerker- bedarf	T. a. 52.45.1 (Einzelhandel mit Elektroinstallationszubehör) 52.46.2 (Einzelhandel mit Anstrichmitteln) 52.46.3 (Einzelhandel mit Bau- und Heimwerkerbedarf)
47.53	Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten	52.44.7 (Einzelhandel mit Heimtextilien) 52.48.1 (Einzelhandel mit Tapeten und Bodenbelägen)
47.54	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten	T. a. 52.45.1 (Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten – ohne Elektroinstallationszubehör)
47.59	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat	Neue Zusammenfassung: 52.44 (ohne 52.44.7); 52.45.3; 52.49.9
47.59.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln	52.44.1 (Einzelhandel mit Wohnmöbeln) T. a. 52.49.9 (Einzelhandel mit Büromöbeln – ohne Tresore)
47.59.2	Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren	52.44.4 (unverändert)
47.59.3	Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien	52.45.3 (unverändert)
47.59.9	Einzelhandel mit Haushaltsgeräten a.n.g.	52.44.2 (Einzelhandel mit Beleuchtungsartikeln) 52.44.3 (Einzelhandel mit Haushaltsgeräten) 52.44.6 (Einzelhandel mit Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren) T. a. 52.49.9 (Einzelhandel mit Tresoren)
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	Neue Zusammenfassung: T. a. 52.45.2; 52.47; 52.48.6; 52.49.7; 52.49.8
47.61	Einzelhandel mit Büchern	T. a. 52.47.2 (Einzelhandel mit Büchern – ohne Fachzeitschriften)

Fußnoten am Ende der Tabelle.

noch Anhangtabelle 1: Änderungen in den Veröffentlichungspositionen des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005

WZ 2008 ¹⁾ (T. a. = Teile aus)	Bezeichnung	Verknüpfung mit der WZ 2003 ²⁾ (T. a. = Teile aus)
47.62	Einzelhandel mit Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	52.47 ohne T. a. 52.47.2 (Einzelhandel mit Büchern – ohne Fachzeitschriften)
47.62.1	Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen	T.a. 52.47.2 (Einzelhandel mit Fachzeitschriften)
47.62.2	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln	52.47.3 (Einzelhandel mit Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen)
47.63	Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	52.47.1 (unverändert)
47.64	Einzelhandel mit Fahrrädern, Sport- und Campingartikeln	T.a. 52.45.2 (Einzelhandel mit bespielten und unbespielten Ton- und Bildträgern)
47.64.1	Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör	52.49.7; 52.49.8 (unverändert)
47.64.2	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	52.49.7 (unverändert)
47.65	Einzelhandel mit Spielwaren	52.49.8 (unverändert)
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	52.48.6 (unverändert)
47.71	Einzelhandel mit Bekleidung	Neue Zusammenfassung: 52.3; 52.42; 52.43; 52.48.2; 52.49.1; 52.49.2; 52.49.3; 52.49.9; 52.5; 52.63.4
47.72	Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren	52.42 (unverändert)
47.72.1	Einzelhandel mit Schuhen	52.43 (unverändert)
47.72.2	Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck	52.43.1 (unverändert)
47.73	Apotheken	52.43.2 (unverändert)
47.74	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	52.31 (unverändert)
47.75	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	52.32 (unverändert)
47.76	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien, Düngemitteln, zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	52.33 (unverändert)
47.76.1	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln	Neue Zusammenfassung: 52.49.1; 52.49.2
47.76.2	Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	52.49.1 (unverändert)
47.77	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck	52.49.2 (unverändert)
47.78	Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)	52.48.5 (unverändert)
47.78.1	Augenoptiker	Neue Zusammenfassung: 52.48.2; 52.49.3; 52.49.4; T. a. 52.49.9
47.78.2	Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker)	52.49.3 (unverändert)
47.78.3	Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln	52.49.4 (unverändert)
47.78.9	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen)	52.48.2 (unverändert)
47.79	Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren ³⁾	T. a. 52.49.9 [Sonstiger Facheinzelhandel, anderweitig nicht genannt (in Verkaufsräumen) – ohne Einzelhandel mit Büromöbeln]
47.79.9	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren	52.50.3
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	T. a. 52.63.4 (Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren durch Auktionshäuser – ohne Internet-Auktionen)
47.81	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten	52.50.3
47.82	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten	T. a. 52.63.4 (Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren durch Auktionshäuser – ohne Internet-Auktionen)
47.89	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten	52.62 (unverändert)
47.9	Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	52.62.1 (unverändert)
47.91	Versand- und Internet-Einzelhandel	Die bisherige Position 52.62.2 (Sonstiger Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten) wird aufgeteilt.
47.91.1	Versand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	Neue Zusammenfassung: 52.61; 52.63
47.91.9	Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel	Neue Zusammenfassung: 52.61; T. a. 52.63.4
		T. a. 52.61.1 (Versandhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren)
		52.61.2 (Fachversand und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren)
		T. a. 52.63.4 (Internet-Auktionen mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren ³⁾)
		T.a. 52.61.1 (Versandhandel mit Waren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt – ohne Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren)
		52.61.3 (Sonstiger Versandhandel)
		T.a. 52.63.4 (Internet-Auktionen mit sonstigen Artikeln – ohne Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren ⁴⁾)

Fußnoten am Ende der Tabelle.

noch Anhangtabelle 1: Änderungen in den Veröffentlichungspositionen des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005

WZ 2008 ¹⁾ (T. a. = Teile aus)	Bezeichnung	Verknüpfung mit der WZ 2003 ²⁾ (T. a. = Teile aus)
47.99	Sonstiger Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	52.63.1 T. a. 52.63.4 52.63.1 (unverändert)
47.99.1	Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	
47.99.9	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (nicht in Verkaufsräumen)	T. a. 52.63.4 (Einzelhandel in allen Vertriebsformen a.n.g., z. B. Direktverkauf – außer von Brennstoffen –, vom Lager, Haustürverkauf, Automatenverkauf, durch Handelsvertreter)
T. a. 45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen: 45.1 Handel mit Kraftwagen 45.32 Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör 45.4 Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	50.10.3 (Einzelhandel mit Kraftwagen) 50.30.3 (Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör) 50.40.3 (Einzelhandel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör) 50.40.4 (Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern)

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 3) Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen (47.79.1) und Antiquariate (47.79.2) ohne eigene Erhebungsposition. – 4) Ohne eigene Erhebungsposition.

Anhangtabelle 2: Wägungsschemata für den Einzelhandelspreisindex
2005 = 100
Gewicht in ‰

WZ 2008 ¹⁾ (T. a. = Teile aus)	Bezeichnung	Einschließlich Mehrwertsteuer	Ohne Mehrwertsteuer
47, T. a. 45	Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen	1 000,00	1 000,00
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	772,67	776,48
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	318,22	316,31
47.11	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	276,97	273,71
47.11.1	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren, ohne ausgeprägten Schwerpunkt	203,50	200,41
47.11.2	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	73,47	73,30
47.19	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	41,25	42,60
47.19.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)	7,76	7,60
47.19.2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht- Nahrungsmittel	33,49	35,00
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	27,89	28,70
47.21	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	1,98	2,02
47.22	Einzelhandel mit Fleisch und Fleischwaren	4,07	4,07
47.23	Einzelhandel mit Fisch, Meeresfrüchten und Fischerzeugnissen	0,61	0,60
47.24	Einzelhandel mit Back- und Süßwaren	3,30	3,35
47.25	Einzelhandel mit Getränken	10,03	10,68
47.26	Einzelhandel mit Tabakwaren	4,77	4,82
47.29	Sonstiger Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln	3,13	3,16
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	19,46	20,86
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	25,75	26,00
47.41	Einzelhandel mit Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software	7,74	8,16
47.42	Einzelhandel mit Telekommunikationsgeräten	1,66	1,68
47.43	Einzelhandel mit Geräten der Unterhaltungselektronik	16,35	16,16
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	95,88	96,76
47.51	Einzelhandel mit Textilien	2,36	2,31
47.52	Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf ..	35,15	36,00
47.52.1	Einzelhandel mit Metall- und Kunststoffwaren a.n.g.	3,59	3,96
47.52.3	Einzelhandel mit Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	31,56	32,04
47.53	Einzelhandel mit Vorhängen, Teppichen, Fußbodenbelägen und Tapeten	4,25	4,28
47.54	Einzelhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten	9,34	9,82
47.59	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat ..	44,78	44,35
47.59.1	Einzelhandel mit Wohnmöbeln	40,20	39,66
47.59.2	Einzelhandel mit keramischen Erzeugnissen und Glaswaren	0,71	0,70
47.59.3	Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien	1,60	1,62
47.59.9	Einzelhandel mit Haushaltsgeräten a.n.g.	2,27	2,37
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	25,62	25,72
47.61	Einzelhandel mit Büchern	8,02	7,91
47.62	Einzelhandel mit Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	5,24	5,24
47.62.1	Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen	1,35	1,34
47.62.2	Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln	3,89	3,90
47.63	Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern	0,13	0,13
47.64	Einzelhandel mit Fahrrädern, Sport- und Campingartikeln	8,68	8,78
47.64.1	Einzelhandel mit Fahrrädern, Fahrradteilen und -zubehör	4,07	4,15
47.64.2	Einzelhandel mit Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	4,61	4,63
47.65	Einzelhandel mit Spielwaren	3,55	3,66
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	201,42	200,84
47.71	Einzelhandel mit Bekleidung	55,17	54,89
47.72	Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren	14,57	14,35
47.72.1	Einzelhandel mit Schuhen	13,15	12,92
47.72.2	Einzelhandel mit Lederwaren und Reisegepäck	1,42	1,43
47.73	Apotheken	68,94	68,10
47.74	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	5,90	6,22
47.75	Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln	25,20	24,92
47.76	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien, Düngemitteln, zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	10,93	11,11
47.76.1	Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen, Sämereien und Düngemitteln	9,22	9,36
47.76.2	Einzelhandel mit zoologischem Bedarf und lebenden Tieren	1,71	1,75
47.77	Einzelhandel mit Uhren und Schmuck	5,57	5,73
47.78	Sonstiger Einzelhandel in Verkaufsräumen (ohne Antiquitäten und Gebrauchtwaren)	15,08	15,45
47.78.1	Augenoptiker	7,72	7,67
47.78.2	Einzelhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen (ohne Augenoptiker) ...	1,30	1,30
47.78.3	Einzelhandel mit Kunstgegenständen, Bildern, kunstgewerblichen Erzeugnissen, Briefmarken, Münzen und Geschenkartikeln	0,08	0,08

Fußnoten am Ende der Tabelle.

noch Anhangtabelle 2: Wägungsschemata für den Einzelhandelspreisindex
2005 = 100
Gewicht in ‰

WZ 2008 ¹⁾ (T. a. = Teile aus)	Bezeichnung	Einschließlich Mehrwertsteuer	Ohne Mehrwertsteuer
47.78.9	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen)	5,98	6,40
47.79	Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren ²⁾	0,06	0,07
47.79.9	Einzelhandel mit sonstigen Gebrauchtwaren	0,06	0,07
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	2,11	2,08
47.81	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren an Verkaufsständen und auf Märkten	1,29	1,25
47.82	Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen an Verkaufsständen und auf Märkten	0,72	0,73
47.89	Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten	0,10	0,10
47.9	Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten ..	56,32	59,21
47.91	Versand- und Internet-Einzelhandel	38,15	38,42
47.91.1	Versand- und Internet-Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	15,11	15,06
47.91.9	Sonstiger Versand- und Internet-Einzelhandel	23,04	23,36
47.99	Sonstiger Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	18,17	20,79
47.99.1	Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	11,88	13,84
47.99.9	Sonstiger Einzelhandel a.n.g. (nicht in Verkaufsräumen)	6,29	6,95
T. a. 45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ..	227,33	223,52

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – 2) Einzelhandel mit Antiquitäten und antiken Teppichen (47.79.1) und Antiquariate (47.79.2) ohne eigene Erhebungsposition.

Dipl.-Volkswirt Hubert Vorholt, Dipl.-Ing. Jens Dechent

Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008

Die Baukonjunktur hat sich im Jahr 2008 vergleichsweise gut entwickelt. Die Bauinvestitionen nahmen preisbereinigt gegenüber 2007 um +3,0% zu (2007 gegenüber 2006: +1,8%). Sie sind damit stärker gestiegen als das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum (+1,3%). Das Wachstum der Bauinvestitionen wurde hauptsächlich durch die Entwicklung beim Hochbau (ohne Wohnungsbau) getragen. Die Investitionen nahmen hier im Vergleich zum Vorjahr um 8,2% zu, während sich die Wohnbauinvestitionen nur um 0,8% und die Tiefbauinvestitionen um 1,8% erhöhten.

Konventionell erstellte Wohngebäude waren 2008 um 2,9% teurer als 2007. Die Baukosten (ohne Umsatzsteuer), das heißt die Preise der von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren, nahmen mit +3,4% demgegenüber stärker zu.

Grundstücke waren in den ersten drei Monaten des Jahres um 2,3% billiger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt wurden – wie im Vorjahr – rund 94 000 Euro für ein typisches Grundstück im Eigenbau von Einfamilienhäusern ausgegeben, wobei 2008 die Grundstücke 9 m² bzw. 1,2% größer waren als im Jahr zuvor. Berücksichtigt man neben den Kosten für Grundstück und Bauwerk auch Ausgaben für Außenanlagen, Baunebenkosten und Transferkosten, kam der Bau eines typischen Einfamilienhauses im Jahr 2008 auf geschätzte Kosten in Höhe von rund 333 000 Euro.

Die Entwicklung der Hypothekenzinsen führte zu keiner Veränderung der finanziellen Belastung der Bauherren. Die Hypothekenzinsen blieben mit 5% im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Bei Nichtwohngebäuden ließen sich im Jahr 2008 etwas höhere Preissteigerungen als bei Wohngebäuden beobachten (Bürogebäude: +3,1%, gewerbliche Betriebsgebäude: +3,6%). Noch größer waren die Preiserhöhungen bei Straßen (+4,3%) und bei Brücken im Straßenbau (+4,6%). Bei Ortskanälen nahmen die Preise dagegen deutlich weniger stark zu als bei den anderen Tiefbausegmenten (+3,0%).

Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Bauwirtschaft

Die Gesamtwirtschaft ist 2008 in Deutschland weniger stark gewachsen als im Vorjahr. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag 2008 um 1,3% über dem Vorjahr, nachdem es im Jahr zuvor um 2,5% zugenommen hatte. Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass sich im dritten Quartal 2008 das Wachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal erheblich verlangsamt hat (+1,4% gegenüber +3,4% im zweiten Quartal 2008) und das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2008 sogar rückläufig war (-1,6%).

Die Bauinvestitionen nahmen 2008 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 3,0% zu (2007 gegenüber 2006: +1,8%) und stiegen damit – im Gegensatz zur Situation im Vorjahr – stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Im Wohnungsbau war das Wachstum der Investitionen 2008 etwas höher als 2007, die Wachstumsrate war aber immer noch relativ gering (+0,8% nach +0,3% von 2006 auf 2007). 2007 hatten Vorzieheffekte aufgrund des Wegfalls der Eigenheimzulage Ende 2005 und aufgrund der Erhöhung des Umsatz-

Schaubild 1

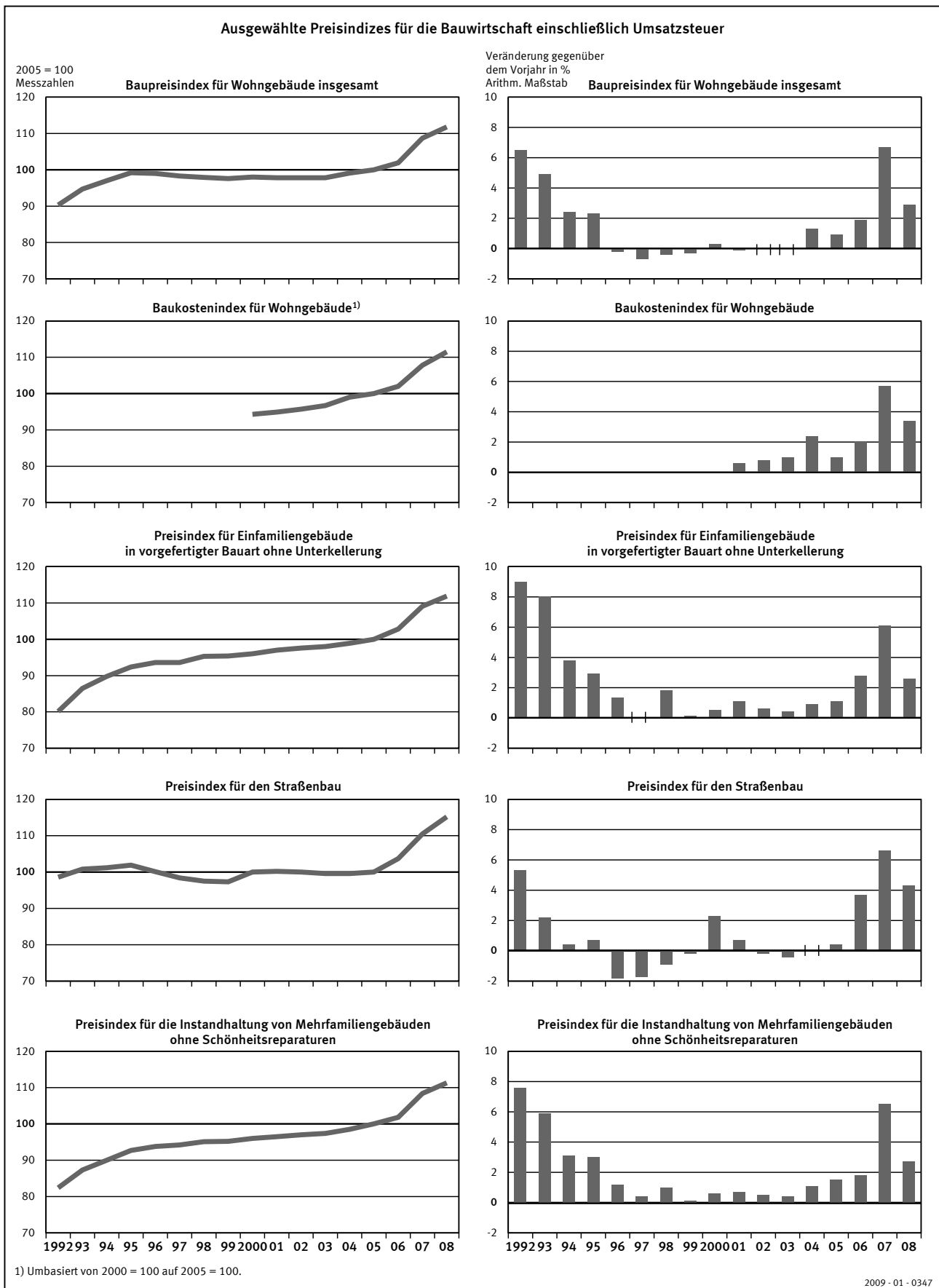


Tabelle 1: Ausgewählte Preisindizes für die Bauwirtschaft einschließlich Umsatzsteuer

Jahr	Wohngebäude				Nichtwohngebäude		Sonstige Bauwerke			Instandhaltung von Wohngebäuden
	konventionelle Bauart			vorgefertigte Bauart	Bürogebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude	Straßenbau	Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Mehrfamiliengebäude, ohne Schönheitsreparaturen
	insgesamt	davon nach Abschnitten Rohbau	Ausbau	Einfamiliengebäude ohne Unterkellerung						
2005 = 100										
1992 D	90,3	97,6	83,5	80,1	88,2	87,6	98,6	94,7	99,7	82,4
1993 D	94,7	102,0	88,2	86,5	92,3	91,4	100,8	97,7	103,4	87,3
1994 D	97,0	104,1	90,8	89,8	94,5	93,3	101,2	99,0	104,6	90,0
1995 D	99,2	106,1	93,4	92,4	96,7	95,4	101,9	100,3	105,5	92,7
1996 D	99,0	105,0	94,1	93,6	96,8	95,7	100,1	99,7	103,8	93,8
1997 D	98,3	103,3	94,1	93,6	96,3	95,2	98,4	98,3	101,9	94,2
1998 D	97,9	102,0	94,5	95,3	96,3	95,3	97,5	97,7	100,9	95,1
1999 D	97,6	101,3	94,5	95,4	96,1	95,0	97,3	96,9	100,5	95,2
2000 D	97,9	101,1	95,3	95,9	96,8	95,7	99,5	97,3	100,8	95,8
2001 D	97,8	100,0	96,2	97,0	97,2	96,1	100,2	97,0	100,6	96,5
2002 D	97,8	99,3	96,7	97,6	97,3	96,3	100,0	96,5	100,3	97,0
2003 D	97,8	98,8	97,2	98,0	97,4	96,5	99,6	96,0	99,9	97,4
2004 D	99,1	99,9	98,5	98,9	98,8	98,0	99,6	97,9	99,9	98,5
2005 D	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2006 D	101,9	102,2	101,7	102,8	102,1	102,3	103,7	102,2	102,5	101,8
2007 D	108,7	109,1	108,3	109,1	109,2	109,6	110,5	109,0	108,4	108,4
2008 D	111,8	112,5	111,2	111,9	112,6	113,6	115,2	114,0	111,7	111,3
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %										
1992 D	+6,5	+6,1	+6,6	+9,0	+6,1	+6,1	+5,3	+4,8	+6,5	+7,6
1993 D	+4,9	+4,5	+5,6	+8,0	+4,6	+4,3	+2,2	+3,2	+3,7	+5,9
1994 D	+2,4	+2,1	+2,9	+3,8	+2,4	+2,1	+0,4	+1,3	+1,2	+3,1
1995 D	+2,3	+1,9	+2,9	+2,9	+2,3	+2,3	+0,7	+1,3	+0,9	+3,0
1996 D	-0,2	-1,0	+0,7	+1,3	+0,1	+0,3	-1,8	-0,6	-1,6	+1,2
1997 D	-0,7	-1,6	±0,0	±0,0	-0,5	-0,5	-1,7	-1,4	-1,8	+0,4
1998 D	-0,4	-1,3	+0,4	+1,8	±0,0	+0,1	-0,9	-0,6	-1,0	+1,0
1999 D	-0,3	-0,7	±0,0	+0,1	-0,2	-0,3	-0,2	-0,8	-0,4	+0,1
2000 D	+0,3	-0,2	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+2,3	+0,4	+0,3	+0,6
2001 D	-0,1	-1,1	+0,9	+1,1	+0,4	+0,4	+0,7	-0,3	-0,2	+0,7
2002 D	±0,0	-0,7	+0,5	+0,6	+0,1	+0,2	-0,2	-0,5	-0,3	+0,5
2003 D	±0,0	-0,5	+0,5	+0,4	+0,1	+0,2	-0,4	-0,5	-0,4	+0,4
2004 D	+1,3	+1,1	+1,3	+0,9	+1,4	+1,6	±0,0	+2,0	±0,0	+1,1
2005 D	+0,9	+0,1	+1,5	+1,1	+1,2	+2,0	+0,4	+2,1	+0,1	+1,5
2006 D	+1,9	+2,2	+1,7	+2,8	+2,1	+2,3	+3,7	+2,2	+2,5	+1,8
2007 D	+6,7	+6,8	+6,5	+6,1	+7,0	+7,1	+6,6	+6,7	+5,8	+6,5
2008 D	+2,9	+3,1	+2,7	+2,6	+3,1	+3,6	+4,3	+4,6	+3,0	+2,7

steuersatzes von 16 auf 19% zum 1. Januar 2007 zu einer Lücke bei den Wohnbauinvestitionen geführt. Diese scheint im Jahr 2008 immer noch zu einem gewissen Teil bestanden zu haben. Beim Hochbau (ohne Wohnungsbau) hat sich dagegen die im Jahr 2007 schon vergleichsweise günstige Entwicklung bei den Investitionen (+ 5,5% gegenüber 2006) noch einmal erheblich verstärkt (+ 8,2%).

Die Genehmigungen für neue Einfamilienhäuser in Fertigteilbauweise (Wohngebäude mit einer Wohnung) nahmen 2008 – gemessen an der Summe der Wohn- und Nutzflächen – mit – 5,8% etwas stärker ab als die für Einfamilienhäuser insgesamt (– 5,3%). Der Marktanteil von Einfamilien-Fertighäusern ging dadurch geringfügig von 14,8 auf 14,7% zurück.

Innerhalb des Hochbaus (ohne Wohnungsbau) weist die Bautätigkeitsstatistik – gemessen an der Summe der Wohn- und Nutzflächen der genehmigten Gebäude – etwa die gleiche Entwicklung der Bauaktivitäten bei neuen Büro- und

Verwaltungsgebäuden (+ 11,6%) wie bei neuen nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (+ 12,6%) auf.

Auch im Tiefbau nahmen die Investitionen 2008 wie in den beiden Hochbausparten stärker zu als im Vorjahr (2008: + 1,8%, 2007: + 1,0%).

Innerhalb des Tiefbaus hat sich – gemessen an der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden bzw. des Umsatzes im Bauhauptgewerbe – der Straßenbau 2008 im Vergleich zum Vorjahr geringfügig besser entwickelt (Arbeitsstunden: + 0,3%, Umsatz: + 6,1%) als der übrige Tiefbau (Arbeitsstunden: + 0,1%, Umsatz: + 5,0%).

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Entwicklung wird im Folgenden über die im Jahr 2008 beobachtete Preisentwicklung beim Neubau sowie bei der Instandhaltung von Wohngebäuden berichtet. Im Anschluss wird noch auf die Preisentwicklung beim sonstigen Hochbau sowie beim Tiefbau eingegangen.

Neubau von Wohngebäuden

Individueller Neubau – Bauen mit dem Architekten

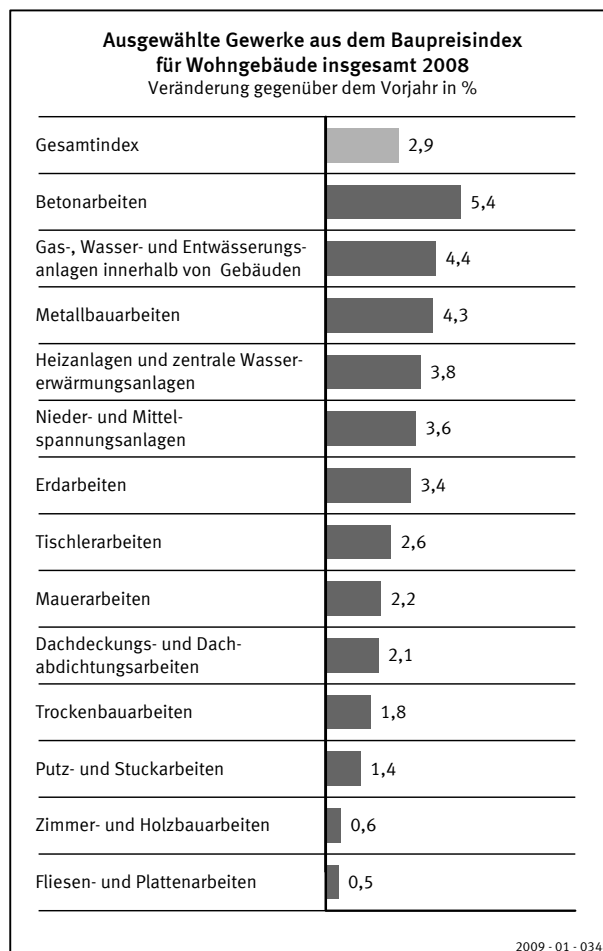
Die – wie oben beschrieben – lediglich moderat gestiegene Nachfrage nach Bauleistungen im Wohnungsbau hat sich im Jahr 2008 nicht entsprechend in der Preisentwicklung für neu erstellte, konventionell gefertigte Wohngebäude niedergeschlagen. Nachdem die Preise bis einschließlich 2003 acht Jahre lang stagniert hatten oder zurückgegangen waren – abgesehen von einem geringen Anstieg im Jahr 2000 (+0,3%) –, hat sich der seit dem Jahr 2004 zu beobachtende Trend ansteigender Preise (2004: +1,3%, 2005: +0,9%, 2006: +1,9%, 2007: +6,7% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) auch im Jahr 2008 fortgesetzt. Gegenüber 2007 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart um 2,9% gestiegen. Die Zunahme der Preise für den Neubau von Wohngebäuden im Jahr 2008 fiel somit deutlich geringer aus als der Anstieg der Preise im Jahr 2007 (+6,7%). Bei diesem Vergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Umsatzsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 auf 19% erhöht wurde. Ohne veränderten Umsatzsteuersatz hätten sich die Preise 2007 im Vorjahresvergleich um 3,9% erhöht. Im längerfristigen Vergleich ist jedoch die aktuelle Jahresteuersatzrate der Baupreise für neue Wohngebäude von 2,9% immer noch relativ hoch. Stärker als 2007 waren die Preise im Vergleich zum Vorjahr letztmals 1993 gestiegen (+4,9%).

Die Preise für den Bauabschnitt der Rohbauarbeiten bei konventionell erstellten Wohngebäuden nahmen im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,1% zu, die zur Erbringung der Ausbaurbeiten um 2,7%. Unter den 35 im Preisindex für konventionell errichtete Wohngebäude nachgewiesenen Bauarbeiten gab es im Jahr 2008 im Vergleich zum Jahr 2007 die höchsten Preissteigerungen bei Stahlbauarbeiten (+6,1%), bei Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+5,8%) sowie bei Betonarbeiten (+5,4%). Am geringsten stiegen die Preise für Fliesen- und Plattenarbeiten (+0,5%), Estricharbeiten und Zimmer- und Holzbauarbeiten (jeweils +0,6%). Preisrückgänge konnten im Jahr 2008 nicht beobachtet werden.

Für ein Einfamiliengebäude (konventionelles Wohngebäude mit einer Wohnung) wurden 2008 laut Bautätigkeitsstatistik rund 186 000 Euro ausgegeben (2007: 178 000 Euro). Der Preisindex für Einfamiliengebäude in konventioneller Bauart lag im Jahr 2008 um 2,8% über dem Stand des Jahres 2007. Die Zunahme der Preise bei konventionell erstellten Einfamiliengebäuden war somit im Jahresvergleich nahezu identisch mit dem Preisanstieg für Wohngebäude insgesamt (2008 gegenüber 2007: +2,9%).

Geringfügig stärker als die Baupreise im konventionellen Wohnungsbau stiegen im Jahresdurchschnitt 2008 die entsprechenden Baukosten, das heißt die Preise der beim Neubau von Wohngebäuden von den Bauunternehmen ein-

Schaubild 2



gesetzten Produktionsfaktoren. Der Kostenindex (ohne Umsatzsteuer) für den Neubau von Wohngebäuden¹⁾ lag im Jahr 2008 um 3,4% über dem Stand des Vorjahres. Nachdem im Jahresdurchschnitt 2007 erstmals seit dem Jahr 2000, dem Beginn der Beobachtung der Baukosten, ein geringerer Anstieg der Baukosten verglichen mit den von den Bauherren zu zahlenden Baupreisen beobachtet werden konnte (2007 gegenüber 2006: Baukosten: +3,0%, Baupreise: +3,9% ohne Umsatzsteuer), nahmen die Baukosten im Jahr 2008 somit erneut stärker zu als die zugehörigen Baupreise (+2,9%). In den Jahren 2000 bis 2006 hatten sich die Baukosten für Wohngebäude stets stärker erhöht als die entsprechenden Baupreise, wobei in den Jahren 2005 und 2006 die Entwicklung von Baukosten und Baupreisen annähernd parallel war. Von 2000 bis 2006 verzeichnete der Kostenindex für den Neubau von Wohngebäuden einen Anstieg um insgesamt 8,2%, während die Baupreise im gleichen Zeitraum lediglich um 4,1% zunahmen.

Die Preise der beiden von den Bauunternehmen im Bauprozess zur Ausführung der Bauarbeiten eingesetzten Hauptproduktionsfaktoren – Material und Arbeit – entwickelten

¹⁾ Der Kostenindex für den Neubau von Wohngebäuden ist seit März 2006 verfügbar, siehe Dechent, J.: „Zur Entwicklung eines Baukostenindex“ in WiSta 2/2006, S. 172 ff. Ergebnisse hierzu erscheinen – zusammen mit den Indizes für Bauleistungspreise sowie Preisindizes für Fertighäuser – in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 4 „Preisindizes für die Bauwirtschaft“ des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen). Die Zeitreihen zu den Kostenindizes für Wohngebäude sind rückwirkend erst ab dem Jahr 2000 verfügbar.

sich im Jahr 2008 erneut unterschiedlich: Während sich die Materialkosten im Jahresdurchschnitt 2008 nach den bereits kräftigen Anstiegen in den beiden Jahren zuvor (2007: +4,6%, 2006: +4,5% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) nochmals um 4,2% deutlich erhöhten, verzeichneten die Arbeitskosten²⁾ in derselben Zeitspanne lediglich einen Anstieg um 2,3%. Dennoch bedeutete die für das Jahr 2008 ermittelte Zunahme der Arbeitskosten den zugleich stärksten Anstieg seit dem Jahr 2003 (2003 gegenüber 2002: ebenfalls +2,3%). Der vergleichsweise starke Anstieg der Materialkosten im Jahr 2008 resultierte vor allem aus den kräftig angestiegenen Preisen für Metalle (insbesondere Stahl und Eisen) sowie für Abdichtungsmaterialien (insbesondere Polymerbitumenbahnen).

Tabelle 2: Kostenindizes für den Neubau von Wohngebäuden ohne Umsatzsteuer

Jahr	Baukosten insgesamt		Materialkosten		Arbeitskosten ¹⁾	
	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
2000 D	100	-	100	-	100	-
2001 D	100,7	+0,7	99,7	-0,3	102,0	+2,0
2002 D	101,5	+0,8	99,7	±0,0	104,3	+2,3
2003 D	102,6	+1,1	99,9	+0,2	106,7	+2,3
2004 D	105,0	+2,3	104,4	+4,5	106,3	-0,4
2005 D	106,1	+1,0	106,4	+1,9	105,8	-0,5
2006 D	108,2	+2,0	111,2	+4,5	104,0	-1,7
2007 D	111,5	+3,0	116,3	+4,6	104,6	+0,6
2008 D	115,3	+3,4	121,2	+4,2	107,0	+2,3

1) Arbeitskostenindex für das Baugewerbe, kalender- und saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV4.1).

Durch den geringfügig schwächeren Anstieg der *Baupreise*, also der Preise, die die Bauunternehmen für ihre Leistungen am Markt erzielen, verglichen mit dem Anstieg der *Baukosten*, das heißt der Aufwendungen, die den Bauunternehmen für die Erbringung ihrer Leistungen entstehen, haben sich die sektoralen Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft³⁾ im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr wieder ein wenig zuungunsten der Bauunternehmen entwickelt. Die ermittelte Entwicklung von Baupreisen und -kosten lässt darauf schließen, dass es den Bauunternehmen im Jahr 2008 anscheinend mehrheitlich nicht möglich war, die angestiegenen Baukosten auf die Vertragspartner oder Bauherren vollends zu überwälzen. Im Jahr 2007 hatten sich die Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft, also das Verhältnis zwischen am Markt durchsetzbaren Preisen und den entsprechenden Kosten, erstmals seit dem Jahr 2000 spürbar zugunsten der Bauunternehmen entwickelt (+0,9%). Im Zeitraum 2000 bis 2006 hatten sich die Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft aus Sicht der Bauunternehmen mit

einem Rückgang um insgesamt 3,8% deutlich negativ entwickelt; die Kosten bzw. Aufwendungen der Unternehmen waren in diesem Zeitraum stets stärker angestiegen als die am Markt durchsetzbaren Preise.

Tabelle 3: Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft

Jahr	Index der		Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft	
	Baupreise ¹⁾	Baukosten ¹⁾²⁾	2005 = 100	
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
2000 D	97,9	94,3	103,8	-
2001 D	97,8	94,9	103,1	-0,7
2002 D	97,8	95,7	102,2	-0,9
2003 D	97,8	96,7	101,1	-1,1
2004 D	99,1	99,0	100,1	-1,0
2005 D	100	100	100	-0,1
2006 D	101,9	102,0	99,9	-0,1
2007 D	105,9	105,1	100,8	+0,9
2008 D	109,0	108,7	100,3	-0,5

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Umbasiert von 2000 = 100 auf 2005 = 100.

Neben den Ausgaben für das Bauwerk als solches stellen für die Bauherren die Ausgaben für das Grundstück einen weiteren erheblichen Kostenblock dar. Die Bauherren gaben im Jahr 2008 – bezogen auf die zurzeit in der Statistik der Kaufwerte für Bauland vorliegenden Ergebnisse für die ersten drei Quartale – im Durchschnitt je Erwerbsfall eines unbebauten, baureifen Grundstücks 116 300 Euro aus. Für baureife Grundstücke in Wohngebieten in offener Bauweise, die für den Bau von Einfamilienhäusern typischerweise gekauft werden, betragen die Ausgaben rund 94 000 Euro. Auch im Jahr 2007 hatten die Ausgaben für derartige Grundstücke bei durchschnittlich 94 000 Euro gelegen. Allerdings hatten die Grundstücke 2008 im Durchschnitt eine Größe von 783 m² und waren damit um 9 m² bzw. 1,2% größer als ein Jahr zuvor. Das Preisniveau für baureifes Land lag in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 um 2,3% unter dem im gleichen Zeitraum des Vorjahres.⁴⁾

Berücksichtigt man neben den Kosten für Grundstück und Bauwerk auch Ausgaben für Außenanlagen, Baunebenkosten und Transferkosten wie Grunderwerbsteuer, Gebühren für Notare und Grundbucheintragungen, kam der Bau eines typischen Einfamilienhauses im Jahr 2008 auf geschätzte Kosten in Höhe von rund 333 000 Euro. Im Jahr zuvor waren für ein solches typisches Einfamilienhaus Kosten von durchschnittlich 324 000 Euro ermittelt worden. Ein Großteil dieser Investitionen wird nicht nur mit Eigenkapital, sondern auch mit Fremdkapital finanziert. Aus der Sicht der Bauherren ist daher neben der Entwicklung der Baupreise, der Preise für Bauland und der sonstigen Baukosten auch die Entwicklung der Hypothekenzinsen ein weiterer entscheidender Faktor der individuellen finanziellen Belastung. Die

2) Arbeitskostenindex für das Baugewerbe. Dabei wird unterstellt, dass die Ergebnisse des Arbeitskostenindex für das Baugewerbe näherungsweise auch für den Bereich des Wohnungsbaus gelten. (Nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entfallen rund 60% der Bauinvestitionen auf den Wohnungsbausektor.)

3) Die sektoralen Terms of Trade der Wohnungsbauwirtschaft errechnen sich als Relation aus dem Baupreisindex für Wohngebäude und dem Baukostenindex für Wohngebäude.

4) Das Statistische Bundesamt berechnet seit Anfang 2008 einen Preisindex für Bauland, der – anders als die in der Statistik der Kaufwerte für Bauland ausgewiesenen Kaufwerte – Strukturänderungen im Zeitablauf weitgehend ausschließt und damit die Entwicklung der Preise für baureifes Land widerspiegelt; siehe Vorholt, H.: „Entwicklung eines Preisindex für Bauland“ in WiSta 2/2008, S. 142 ff. Aktuelle Ergebnisse für den Preisindex für Bauland erscheinen – zusammen mit den Indizes für Bauleistungspreise – in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 4 „Preisindizes für die Bauwirtschaft“ des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen).

Zinsen für längerfristige Wohnungsbaukredite an private Haushalte mit einer anfänglichen Zinsbindung von über fünf bis einschließlich zehn Jahren betragen im Jahr 2008 durchschnittlich 5,0%. Auch im Jahr 2007 hatten die Zinsen für längerfristige Hypothekenkredite im Durchschnitt bereits 5,0% betragen, nachdem sie in den Jahren zuvor noch deutlich unter der 5%-Marke gelegen hatten (2006: 4,6%, 2005: 4,3%). Der seit dem Jahr 2005 zu beobachtende Trend wieder steigender Zinsen hat sich im Jahr 2008 somit vorerst nicht fortgesetzt. Im längerfristigen Vergleich befanden sich die Zinsen für längerfristige Hypothekendarlehen auch im Jahresdurchschnitt 2008 weiterhin auf einem historisch gesehen sehr niedrigen Niveau.⁵⁾ Vor dem Hintergrund der im Jahr 2008 im Vergleich zu 2007 beobachteten unveränderten Zinssituation bei längerfristigen Hypothekenkrediten ergab sich im Jahr 2008 durch Hypothekenzinsen keine zusätzliche finanzielle Be- bzw. Entlastung für die Bauherren.

Fertigteilhochbau

Die deutlich rückläufige Nachfrage nach standardisierten Fertighäusern (sogenannten Typenhäusern) wirkte sich im Jahr 2008 nicht entsprechend auf die Preisentwicklung in diesem Sektor aus. Wie bereits im Jahr 2007 zu beobachten war, konnte sich die Entwicklung der Preise auch im Jahr 2008 von der aus Sicht der Fertighaushersteller ungünstigen Marktentwicklung entkoppeln. So stieg der Preisindex für vorgefertigte Einfamiliengebäude ohne Unterkellerung im Jahr 2008 gegenüber 2007 um +2,6%. Der Preisindex für Fertighäuser konnte damit im Jahr 2008 zwar einen deutlich geringeren Anstieg verzeichnen als noch im Jahr zuvor (2007 gegenüber 2006: +6,1%), im längerfristigen Vergleich jedoch war dies die dritthöchste Preissteigerungsrate binnen Jahresfrist in den letzten 13 Jahren (1995 gegenüber 1994: +2,9%). Allerdings ist diese Zunahme erneut – wenn auch nur geringfügig – niedriger ausgefallen als der Anstieg der Preise für vergleichbare, konventionell errichtete Einfamilienhäuser (+2,8% gegenüber dem Vorjahr). Damit setzte sich der seit dem Jahr 2004 zu beobachtende Trend weniger stark zunehmender Preise für vorgefertigte Einfamilienhäuser verglichen mit konventionell erstellten Einfamilienhäusern auch im Jahr 2008 fort (2007 gegenüber 2006: vorgefertigte Einfamiliengebäude +6,1%, konventionelle Einfamiliengebäude +6,6%).

Schlüsselfertiger Wohnungsbau

Neben dem sogenannten individuellen Bauen, das heißt dem klassischen Bauen unter Einschaltung einer Architektin oder eines Architekten und der damit verbundenen Inanspruchnahme einzelner Bauleistungen von Bauunternehmen („Eigenbau“), und dem Kauf eines Fertighauses bei einem Fertighaushersteller existiert noch das Marktsegment des schlüsselfertigen Wohnungsbaus. Der Erwerb eines schlüsselfertig erstellten Hauses oder einer Wohnung erfolgt hierbei direkt beim Bauträger. Als Bauträger treten im Regelfall gewerblich tätige Unternehmen auf, die Grund-

stücke kaufen, bebauen und als Gesamtobjekte wieder verkaufen. Als Bauherren gegenüber Behörden sowie ausführenden Handwerkern und Bauunternehmen fungieren in diesem Fall nicht die künftigen Erwerber, sondern die Bauträger.

Im Unterschied zum konventionellen Hausbau sowie zum Erwerb eines Fertighauses spielt beim Preisbildungsprozess für ein schlüsselfertig erbautes Objekt noch der Gewinn des Bauträgers als zusätzlich zu beachtendes Preiselement eine oftmals nicht zu unterschätzende Rolle. Es ist nämlich davon auszugehen, dass diese zusätzlichen Vermarktungs- bzw. Gewinnaufschläge des Bauträgers je nach Konjunkturlage deutlich schwanken.

In Bezug auf die Preisentwicklung des schlüsselfertigen Wohnungsneubaus werden amtliche Preisindizes zurzeit lediglich unregelmäßig berechnet und veröffentlicht. Im Rahmen eines vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) initiierten Pilotprojektes zur Entwicklung eines Häuserpreisindex konnte das Statistische Bundesamt im Oktober 2008 aktualisierte Pilotergebnisse auf Vierteljahresbasis für den Achtjahreszeitraum 2000 bis 2007 veröffentlichen.⁶⁾ Verglichen mit den nennenswerten Preissteigerungen beim Neubau von konventionell erstellten Einfamiliengebäuden („Eigenbau“, 2007 gegenüber 2000: +11,0%) sowie bei neu errichteten Fertighäusern („Fertigteilhochbau“, 2007 gegenüber 2000: +12,0%) entwickelten sich die Preise für das schlüsselfertige Bauen zwischen 2000 und 2007 beachtlich rückläufig. Auf Basis der Jahresergebnisse nahmen die Preise im genannten Zeitraum um 7,2% ab. Im Jahr 2007 verzeichnete der Preisindex für das schlüsselfertige Bauen einen Rückgang um 0,6%. Ergebnisse für das Jahr 2008 liegen derzeit noch nicht vor, sollen aber voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2009 veröffentlicht werden. Die Planungen des Statistischen Bundesamtes sehen darüber hinaus vor, möglichst bald eine laufende vierteljährliche Berechnung und Veröffentlichung eines Preisindex für das Segment des schlüsselfertigen Neubaus von Wohngebäuden zu erreichen. Damit würde dann eine weitere Lücke bei der Darstellung von Preisentwicklungen im Bau- und Immobiliensektor durch das Statistische Bundesamt geschlossen.

Instandhaltung von Wohngebäuden

Beim Instandhalten von Wohngebäuden werden bauliche und sonstige Mängel oder Schäden beseitigt, die durch Abnutzung, Alterung und Witterungseinwirkung entstehen. Instandhaltung soll die bestimmungsmäßige Gebrauchstauglichkeit dieser Gebäude dauerhaft gewährleisten. Hierzu gehört beispielsweise, schadhafte Fenster oder Rollläden zu ersetzen, beschädigte Bodenbeläge zu erneuern, Mängel an Dachabdeckung bzw. -abdichtung zu beheben oder schadhafte Sanitärobjekte auszutauschen.

Die Preise für die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden – Schönheitsreparaturen sind dabei nicht berücksich-

5) Siehe Deutsche Bundesbank unter www.bundesbank.de (Pfad: Statistik → Zinsen, Renditen → EWU-Zinsstatistik → Zeitreihen; Stand: 19. Mai 2009).

6) Siehe Dechent, J.: „Häuserpreise – Ergebnisse für 2007 und erste Resultate für Transferkosten“ in WiSta 10/2008, S. 875 ff.

tigt – stiegen von 2007 auf 2008 um 2,7%. Die Jahresteu-
erungsrate für die Instandhaltungsarbeiten fiel somit nur
geringfügig – um 0,2 Prozentpunkte – niedriger aus als die
Preissteigerungsrate für konventionell erstellte Wohnge-
bäude (2008 gegenüber 2007: +2,9%).

Preise für bestehende Wohngebäude

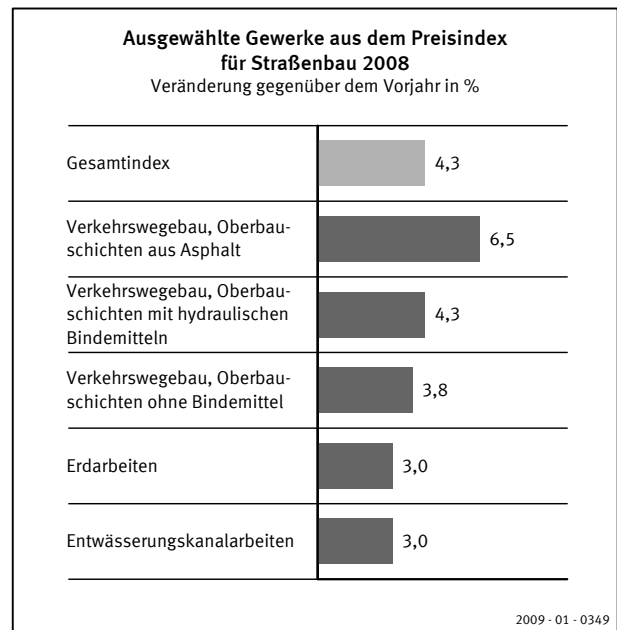
Wohngebäude können durch Neubau erworben werden,
daneben werden auch bestehende Wohngebäude und Woh-
nungen gekauft. Die Bedeutung dieses Marktsegments, des
Kaufs von Bestandsimmobilien, wurde in den zurückliegen-
den Jahren – insbesondere auch wegen der von 1995 bis
2008⁷⁾ stark rückläufigen Neubauaktivität im Wohnungs-
bau – zunehmend größer.

Im bereits erwähnten Pilotprojekt zur statistischen Erfas-
sung des selbst genutzten Wohneigentums⁸⁾ wurde unter
anderem ein Preisindex für bestehende Wohnimmobilien
entwickelt. Dieser bezieht sich auf den Erwerb von beste-
henden, also gebrauchten Ein- und Zweifamiliengebäu-
den sowie Eigentumswohnungen durch private Haushalte.
Anfang 2008 konnten erstmals Ergebnisse veröffentlicht
werden, die die Preisentwicklung von gebrauchten Wohnge-
bäuden im Zeitraum 2000 bis 2006 widerspiegeln. Ergeb-
nisse für das Jahr 2007 sind seit Oktober 2008 verfügbar;
Resultate für 2008 werden voraussichtlich im dritten Quar-
tal 2009 vorliegen. Im Jahresdurchschnitt 2007 lagen die
Preise für gebrauchte Wohngebäude erneut um 2,1% unter
dem Indexstand des Vorjahres, nachdem sie bereits im Jahr
2006 gleich stark zurückgegangen waren (2006 gegen-
über 2005: -2,1%). Für den Gesamtzeitraum ab 2000,
dem Beginn der Preisbeobachtung für gebrauchte Häuser
und Wohnungen, bis 2007 ist insgesamt ein rückläufiger
Preistrend in diesem Marktsegment festzustellen: Der Preis-
index für bestehende Wohngebäude verzeichnete in dieser
Zeitspanne einen Rückgang um insgesamt 5,0%.

Neubau von Nichtwohngebäuden und von Tiefbauten

Die für die Bauunternehmen bedeutend günstigere Entwick-
lung der Investitionen im gewerblichen und öffentlichen
Hochbau im Jahr 2008 im Vergleich zu der beim Neubau
von Wohngebäuden schlug sich in der Preisentwicklung von
neu erstellten Nichtwohngebäuden nicht entsprechend nie-
der. So nahmen die Preise für konventionell erstellte Büro-
gebäude im Jahr 2008 mit +3,1% nur geringfügig stärker
zu als die Preise für neu errichtete Wohngebäude (+2,9%).
Ein vergleichsweise stärkerer Anstieg der Preise konnte im
Jahr 2008 bei gewerblichen Betriebsgebäuden beobachtet
werden: Der Preisindex für gewerbliche Betriebsgebäude
erhöhte sich binnen Jahresfrist um 3,6%.

Schaubild 3



Innerhalb des Tiefbaus nahmen die Preise für den Straßen-
bau von 2007 auf 2008 um 4,3% zu. Der Preisauftrieb im
Straßenbausektor fiel somit deutlich höher aus als beim
Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Im Vergleich zum Vorjahr verteuerten sich im Jahr 2008 im
Straßenbausektor insbesondere die Preise für den Verkehrs-
wegebau mit Oberbauschichten aus Asphalt (+6,5%) sowie
für Metallbauarbeiten (+4,8%). Die geringste Preissteige-
rungsrate wurde für Verkehrswegebauarbeiten bei Pflaster-
decken und Plattenbelägen in ungebundener Ausführung
sowie Einfassungen beobachtet (+1,2%).

Die Preise für Brücken im Straßenbau verteuerten sich von
2007 auf 2008 mit 4,6% noch geringfügig stärker als die
Preise für den Straßenbau selbst. Der Preisindex für den
Neubau von Ortskanälen nahm dagegen im Jahr 2008 mit
+3,0% deutlich geringer zu als die Preise in den übrigen
Tiefbausegmenten. [u](#)

7) Von 2005 auf 2006 war zwar ein geringer Anstieg der Zahl der genehmigten Wohnungen in Wohngebäuden zu beobachten, jedoch dürfte dies auf Vorzieheffekte wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein.

8) Siehe Dechent, J., Fußnote 6, sowie Pressemitteilung Nr. 420 des Statistischen Bundesamtes vom 12. November 2008: „2007: Preise für bestehende Wohngebäude weiter rückläufig“ unter www.destatis.de, Pfad: Presse → Pressemitteilungen.

Preise im April 2009

Bei den im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen entwickelten sich die Jahresveränderungsraten der Indizes im April 2009 uneinheitlich: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte war um 2,7% niedriger als im April 2008 (März 2009 gegenüber März 2008: -0,5%); einen stärkeren Preisrückgang im Vorjahresvergleich hatte es mit -3,0% zuletzt im Juni 1987 gegeben. Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 8,1% unter dem Vorjahresstand (März 2009 gegenüber März 2008: -8,0%) – dies war der stärkste Rückgang der Jahresveränderungsrate seit Januar 1987 (-8,6%). Der Index der Einzelhandelspreise (auf neuer Basis 2005 = 100) wies im April 2009 im Vergleich zum April 2008 – wie bereits beim Jahresvergleich im Vormonat – keine Veränderung auf. Die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex lag im Jahresvergleich mit +0,7% (März 2009 gegenüber März 2008: +0,5%) weiterhin sehr niedrig.

Gegenüber dem Vormonat März 2009 ist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte mit -1,4% weiter zurückgegangen (März 2009 gegenüber Februar 2009: -0,7%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag nach acht Monaten rückläufiger Veränderungsrate gegenüber dem jeweiligen Vormonat um 0,1% über dem Vormonatsstand (März 2009: -0,9%). Der Index der Einzelhandelspreise wies einen um 0,2% höheren Stand auf als im März 2009 (März 2009: ±0,0%) und der Verbraucherpreisindex verharrte im April 2009 auf dem Stand des Vormonats (März 2009: -0,1%).

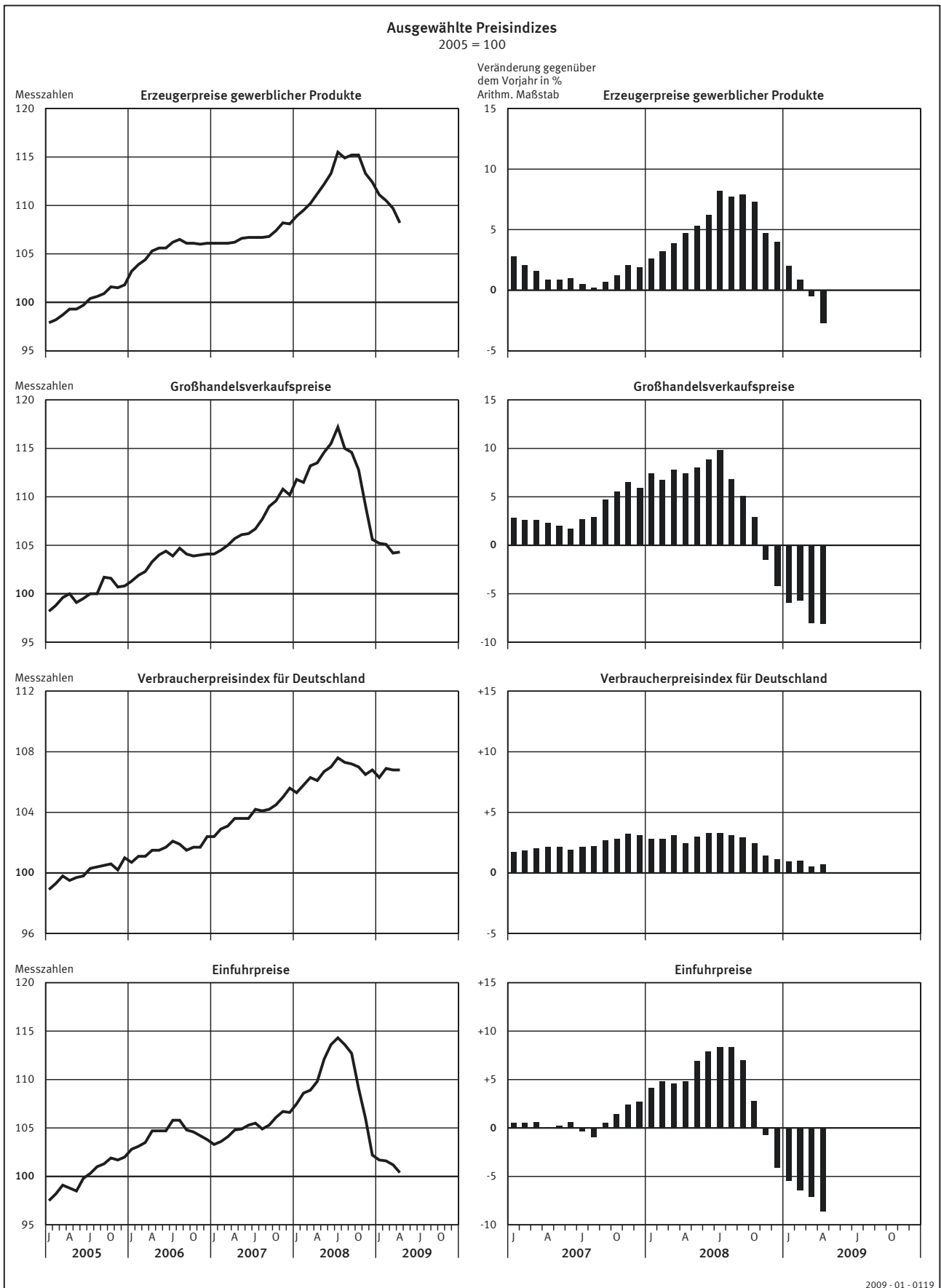
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im April 2009 um 2,7% niedriger als im April 2008. Einen stärkeren Preisrückgang hatte es zuletzt im Juni 1987 gege-

	Veränderungen April 2009 gegenüber	
	März 2009	April 2008
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	-1,4	-2,7
ohne Mineralölzeugnisse	-1,6	-1,5
Mineralölzeugnisse	+4,0	-23,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+0,1	-8,1
Index der Einzelhandelspreise	+0,2	-
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	-	+0,7
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-0,2	+1,8
Heizöl und Kraftstoffe	+4,6	-19,5
ohne Saisonwaren	+0,1	+1,2
Saisonwaren	-0,5	-12,6

ben (-3,0%). Gegenüber März 2009 sank der Index um 1,4%.

Den höchsten Einfluss auf die Jahresveränderungsrate hatten im April 2009 die Vorleistungsgüter (Güter, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden). In diesem Bereich sanken die Preise im Jahresvergleich um 5,3%; gegenüber März 2009 gingen sie um 0,6% zurück. Walzstahl war 25,5% billiger als im Vormonat (-5,3% gegenüber März 2009), Nichteisenmetalle und Halbzeug daraus verbilligten sich um 21,9% (+4,3% gegenüber März 2009). Die Preise für elektronische Bauelemente lagen um 18,6% unter dem Vorjahresniveau (-2,5% gegenüber März 2009). Getreidemehl war um 30,5% billiger als im April 2008, Futtermittel für Nutztiere um 21,3%. Dagegen waren Düngemittel um 24,4% teurer als im April 2008 (-1,4% gegenüber März 2009).

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
 2005 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2004 D	95,8	97,1	99,6	98,5
2005 D	100	100	100	100
2006 D	105,4	103,5	100,9	101,6
2007 D	106,8	107,1	103,2	103,9
2008 D	112,7	112,9	105,6	106,6
2008 März ..	110,2	113,2	105,5	106,3
April ...	111,2	113,5	105,7	106,1
Mai ...	112,2	114,6	106,0	106,7
Juni ...	113,3	115,5	106,1	107,0
Juli ...	115,5	117,2	105,9	107,6
Aug. ...	114,9	115,0	105,7	107,3
Sept. ...	115,2	114,6	106,0	107,2
Okt. ...	115,2	112,8	105,9	107,0
Nov. ...	113,3	109,1	105,4	106,5
Dez. ...	112,4	105,6	105,0	106,8
2009 Jan. ...	111,1	105,2	105,0	106,3
Febr. ...	110,5	105,1	105,5	106,9
März ...	109,7	104,2	105,5	106,8
April ...	108,2	104,3	105,7	106,8
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2008 März ..	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,5
April ...	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2
Mai ...	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,6
Juni ...	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3
Juli ...	+ 1,9	+ 1,5	- 0,2	+ 0,6
Aug. ...	- 0,5	- 1,9	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,1
Okt. ...	-	- 1,6	- 0,1	- 0,2
Nov. ...	- 1,6	- 3,3	- 0,5	- 0,5
Dez. ...	- 0,8	- 3,2	- 0,4	+ 0,3
2009 Jan. ...	- 1,2	- 0,4	-	- 0,5
Febr. ...	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6
März ...	- 0,7	- 0,9	-	- 0,1
April ...	- 1,4	+ 0,1	+ 0,2	-
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2004 D	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,4	+ 3,0	+ 0,4	+ 1,5
2006 D	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,6
2007 D	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,3
2008 D	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,6
2008 März ..	+ 3,9	+ 7,8	+ 2,8	+ 3,1
April ...	+ 4,7	+ 7,4	+ 2,5	+ 2,4
Mai ...	+ 5,3	+ 8,0	+ 2,9	+ 3,0
Juni ...	+ 6,2	+ 8,8	+ 2,9	+ 3,3
Juli ...	+ 8,2	+ 9,8	+ 2,9	+ 3,3
Aug. ...	+ 7,7	+ 6,8	+ 2,8	+ 3,1
Sept. ...	+ 7,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,9
Okt. ...	+ 7,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,4
Nov. ...	+ 4,7	- 1,5	+ 0,7	+ 1,4
Dez. ...	+ 4,0	- 4,2	+ 0,4	+ 1,1
2009 Jan. ...	+ 2,0	- 5,9	+ 0,2	+ 0,9
Febr. ...	+ 0,9	- 5,7	+ 0,5	+ 1,0
März ...	- 0,5	- 8,0	-	+ 0,5
April ...	- 2,7	- 8,1	-	+ 0,7

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Erstmals seit Oktober 2007 lagen die Erzeugerpreise für Energie insgesamt wieder unter dem Niveau des Vorjahres (-4,4%). Einen stärkeren Preisrückgang hatte es zuletzt im September 2002 gegeben (-6,3%). Gegenüber dem Vormonat ermäßigten sich die Energiepreise im April 2009 um durchschnittlich 4,0%, obwohl die Preise für Mineralöl-erzeugnisse im April 2009 wieder anstiegen (+4,0% gegenüber März 2009). Mineralölprodukte waren jedoch noch deutlich billiger als im April 2008 (-23,0%). Im Einzelnen ergaben sich folgende Preisänderungen gegenüber dem

Vormonat (bzw. gegenüber April 2008): Flüssiggas -9,0% (-41,9%), leichtes Heizöl +11,1% (-39,7%), schweres Heizöl +8,4% (-31,3%), Kraftstoffe +4,5% (-17,7%).

Während die Preise für Erdgas im März 2009 noch um 30,0% über dem Vorjahresniveau gelegen hatten, waren sie im April nur noch um 2,7% höher als im April 2008. Gegenüber März 2009 hatte Erdgas mit im Durchschnitt -15,9% einen besonders hohen Preisrückgang zu verzeichnen. Dies war die höchste monatliche Veränderungsrate seit Oktober 1986 (-21,1%). Ursache hierfür sind in erster Linie die seit Herbst 2008 deutlich gefallen Ölpreise, deren Entwicklung die Erdgaspreise mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung folgen. Jetzt wirkt sich die Ölpreisbindung positiv für die Gaskunden aus.

Die Preise für Strom ohne Berücksichtigung der Netznutzungs-entgelte lagen im April 2009 insgesamt um 2,3% unter dem Vorjahresniveau und stiegen gegenüber März 2009 um 2,4%. Während die Strompreise für die Abgabe an Weiterverteil-er um 9,0% unter dem Vorjahresniveau lagen, mussten Haus-halte 5,6% mehr bezahlen als im April 2008. Die Netzent-gehalte für Strom stiegen im Vorjahresvergleich um 4,4%.

Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeuger-preise im Jahresvergleich um 2,0% und lagen um 0,2% niedriger als im März 2009.

Die Preise für Verbrauchsgüter sanken gegenüber April 2008 um durchschnittlich 1,1% (+0,2% gegenüber März 2009). Nahrungsmittel waren insgesamt um 3,1% billiger als im Vorjahr, gegenüber März 2009 nahmen die Preise für Nah-rungsmittel um 0,2% zu. Besonders starke Preisrückgänge waren im Vorjahresvergleich für Milch und Milcherzeugnisse zu verzeichnen (-13,3%). Die Preise für Teigwaren stiegen hingegen im Jahresvergleich (+7,5%); Fleisch und Fleisch-erzeugnisse waren um 1,8% teurer als im Vorjahr, Backwar-en um 2,8%.

Für Investitionsgüter lag die Jahresteuersatzrate im April 2009 bei 1,4%. Gegenüber März 2009 veränderten sich die Preise nicht.

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im April 2009 um 8,1% unter dem Vorjahresstand. Dies war der stärkste Rückgang gegenüber dem Vorjahr seit Januar 1987 (-8,6%). Im Vergleich zum März 2009 stiegen die Großhan-delspreise im April 2009 geringfügig an (+0,1%), nachdem sie in den vergangenen acht Monaten stetig gefallen waren.

Im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralöl-erzeugnissen lagen die Preise um 19,5% unter denen von April 2008. Gegenüber dem Vormonat verteuerten sich die zu dieser Wirtschaftsklasse gehörenden Waren um 3,0%. Im März 2009 hatten sie sich gegenüber Februar 2009 noch um 2,1% verbilligt. Die Preise für Erze, Metalle und Metallhalb-zeug verringerten sich auf Großhandelsebene gegenüber dem Vorjahr um 25,1% (-5,2% gegenüber März 2009).

In der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelsektor ent-wickelten sich die Preise uneinheitlich gegenüber dem Vor-jahr. Die Großhandelspreise für Getreide, Saaten und Futter-mittel lagen im April 2009 um 41,6% unter dem Preisniveau

von April 2008 (-2,7% gegenüber März 2009). Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette waren um 7,9% billiger als im April 2008, gegenüber dem Vormonat sind die Preise jedoch gestiegen (+0,6%), zum ersten Mal seit September 2008. Obst, Gemüse und Kartoffeln waren im April 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 0,6% teurer. Sie verbilligten sich aber gegenüber März 2009 (-0,8%).

	Veränderungen April 2009 gegenüber	
	März 2009	April 2008
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	-0,7	-30,6
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	+0,2	-0,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+0,2	+1,7
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-0,1	+2,6
Sonstiger Großhandel	+0,2	-15,1

Im Einzelnen ergaben sich für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise im April 2009 folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen April 2009 gegenüber	
	März 2009	April 2008
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	-1,4	+24,4
Teigwaren	-0,7	+7,5
Backwaren	+0,1	+2,8
Erdgas	-15,9	+2,7
Fleisch und Fleischerzeugnisse	+0,9	+1,8
Strom	+2,4	-2,3
Milch und Milcherzeugnisse	-0,7	-13,3
Kraftstoffe	+4,5	-17,7
Elektronische Bauelemente	-2,5	-18,6
Futtermittel für Nutztiere	-0,7	-21,3
Nichteisenmetalle und Halbzeug daraus	+4,3	-21,9
Walzstahl	-5,3	-25,5
Getreidemehl	-2,3	-30,5
Schweres Heizöl	+8,4	-31,3
Leichtes Heizöl	+11,1	-39,7
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Büromaschinen und -einrichtungen	+0,4	+1,3
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	+0,6	-7,9
Festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+3,0	-19,5
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug	-5,2	-25,1
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-2,7	-41,6

Der nunmehr auf Basis 2005 = 100¹⁾ vorliegende *Index der Einzelhandelspreise* blieb im April 2009 – wie bereits im März 2009 – im Vorjahresvergleich unverändert. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index der Einzelhandelspreise um 0,2%, nachdem er im März 2009 gegenüber Februar 2009 unverändert geblieben war.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* ist im April 2009 gegenüber April 2008 um 0,7% gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat März 2009 blieb der Index unverändert. Im März 2009 hatte die Inflationsrate bei 0,5% gelegen.

Die Inflationsrate von 0,7% im April 2009 ist auf gegenläufige Preisentwicklungen zurückzuführen: Durch die Lage des Osterfestes im April (2008 lag Ostern bereits im März) ergaben sich deutliche Preisanstiege bei Pauschalreisen (+16,5%), Flugreisen (+6,9%) und Beherbergungsdienstleistungen (+4,0%) gegenüber dem Vorjahr, die vorübergehend die Inflationsrate im April 2009 erhöhten. Dagegen dämpfte vor allem der starke Preisrückgang bei Mineralölprodukten (-19,5% gegenüber dem Vorjahr) weiterhin die Gesamtteuerung.

Energie verbilligte sich im April 2009 insgesamt um 5,2% gegenüber April 2008: Während die Preise für Mineralölprodukte gegenüber dem Vorjahr stark zurückgingen (leichtes Heizöl: -35,6% und Kraftstoffe: -14,5%), erhöhten sich die Preise für Haushaltsenergieträger wie Gas (+4,7%), Strom (+6,9%) sowie die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+12,8%). Ohne Berücksichtigung der Energieprodukte hätte die Inflationsrate im April 2009 mit +1,4% deutlich höher gelegen.

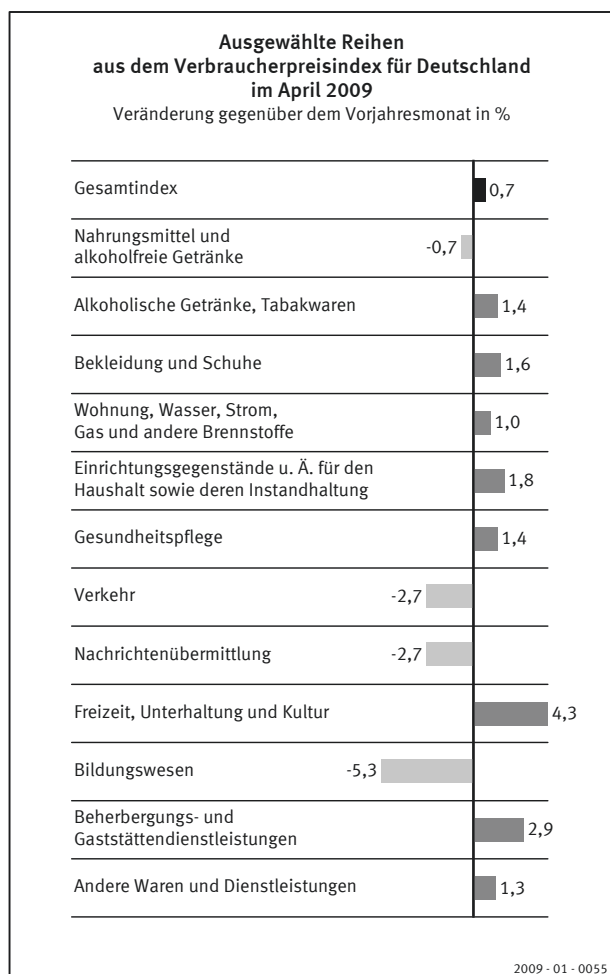
Die Nahrungsmittelpreise lagen im April 2009 erstmals seit März 2006 wieder unter dem Niveau des Vorjahres (-0,6%). Binnen Jahresfrist ergaben sich zum Teil erhebliche Preisrückgänge bei Molkereiprodukten (z. B. Quark: -24,9%; süße Sahne: -23,3%; frische Vollmilch: -18,0%) sowie Butter (-17,3%). Deutlich günstiger als im Vorjahr war im April 2009 auch Obst (-5,8%; darunter Weintrauben: -12,0%; Bananen: -4,8%). Preisanstiege gab es vor allem bei Fleisch und Fleischwaren (+3,9%; darunter Schweinekotelett oder Schweineschnitzel: +7,1%; Bratwurst: +6,4%; Hackfleisch: +5,5%) sowie bei Süßwaren (+2,7%; darunter Bienenhonig: +22,3%; Schokoladenriegel: +3,6%).

Verbraucherpreisindex für Deutschland auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen April 2009 gegenüber	
	März 2009	April 2008
	%	
Gesamtindex	-	+0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,4	-0,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+1,4
Bekleidung und Schuhe	+0,2	+1,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-0,4	+1,0
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+0,2	+1,8
Gesundheitspflege	+0,5	+1,4
Verkehr	+1,0	-2,7
Nachrichtenübermittlung	-	-2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+0,2	+4,3
Bildungswesen	-	-5,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-0,1	+2,9
Andere Waren und Dienstleistungen	+0,2	+1,3

1) Siehe Elbel, G./Preißmann, J.: „Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005“ in WiSta 5/2009, S. 474 ff.

Schaubild 2



März 2009 (–1,3 %) nun wieder günstiger als vor dem großen Preisanstieg im Sommer 2007.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland lag im April 2009 um 0,8 % höher als im April 2008. Im Vergleich zum Vormonat März 2009 stieg der Index um 0,1 %. [u](#)

Im Jahresvergleich günstiger blieb die Preisentwicklung für langlebige Gebrauchsgüter (–0,2%). Deutlich geringere Preise wiesen unter anderem Geräte der Informationsverarbeitung (–13,1%; darunter Notebooks: –19,0%) und der Unterhaltungselektronik (–11,0%; unter anderem Fernseher: –25,4%) auf. Nennenswerte Preisrückgänge waren auch bei der Nachrichtenübermittlung (–2,7%; darunter Mobiltelefon: –8,8%) und im Bildungswesen (–5,3%) zu beobachten.

Die Preisstabilität des Gesamtindex im April 2009 gegenüber dem Vormonat März 2009 zeigte sich nicht bei allen Gütern: Unter anderem waren bei Energieprodukten im Vergleich zum Vormonat unterschiedliche Preisentwicklungen zu beobachten. Die Preise für leichtes Heizöl (+5,2%) und für Kraftstoffe (+4,4%) stiegen gegenüber dem Vormonat wieder an. Aus Verbrauchersicht günstiger entwickelten sich binnen Monatsfrist dagegen die Gaspreise (–10,0%).

Die Preise für Nahrungsmittel gaben gegenüber dem Vormonat nach (–0,4%). Teilweise saisonbedingt verbilligte sich vor allem Gemüse (–2,9%; darunter Gurken: –38,6%; Kopf- und Eisbergsalat: –18,8%). Auffallende Preisrückgänge gab es weiterhin bei Molkereiprodukten (unter anderem süße Sahne: –0,8%; Frischkäse: –0,6%). Butter war mit dem erneuten Preisrückgang im April 2009 gegenüber



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Aufbau einer webbasierten Datenbank gesetzlicher Informationspflichten	1	27
Schätzmethoden zur Messung bürokratischer Belastungen	2	117
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Nanotechnologie in der amtlichen Statistik	3	209
Forschungsdatenzentren		
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Mathematisch-statistische Fragen und Methoden		
Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren	5	406
Klassifikationen		
Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt	1	36
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	1	47
Bevölkerung		
Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich	5	377
Bevölkerungsentwicklung 2007	1	55
Mikrozensus		
Ergebnisse der Interviewerbefragung im Mikrozensus	5	397

	Heft	Seite
Wahlen		
Europawahl 2009	4	296
Produzierendes Gewerbe		
Umstellung der Konjunkturindizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 2005	3	223
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 2006	4	311
Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland	5	416
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008	5	425
Außenhandel		
Neufassung der EU-Rechtsvorschriften für die Außenhandelsstatistik	4	291
Verkehr		
Eisenbahnverkehr 2008	5	440
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2007	2	148
Gewerblicher Luftverkehr 2008	4	320
Dienstleistungen		
Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis	3	232
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Bundesausbildungsförderung von den Anfängen bis 2007	2	157
Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen	4	330
Öffentliche Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007	1	68
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	1	84
Öffentliche Finanzen im Jahr 2008	4	340
Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets		
Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland	5	449
Preise		
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008	5	484
Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005	5	474
Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik	2	169
Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung	3	241
Preisentwicklung im Jahr 2008	1	91
Preise im Januar 2009	2	175
Preise im Februar 2009	3	252
Preise im März 2009	4	350
Preise im April 2009	5	491
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Rezessionen in historischer Betrachtung	3	203
Forschung und Entwicklung nach Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	125

Heft Seite

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Gesamtwirtschaftliche und sektorale nichtfinanzielle Vermögensbilanzen	2	137
Bruttoinlandsprodukt 2008	1	11

Gastbeiträge

Small Area Estimation: Die Schätzer von Fay-Herriot und Battese-Harter-Fuller	2	179
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Struktur und Dynamik der Ungleichheit von Erwerbslosigkeitsrisiken	3	258
Eignung von CORINE-Geodaten und Daten der Flächenerhebung zur Analyse der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung in Deutschland	4	355



Neuerscheinungen¹⁾ vom 25. April 2009 bis 22. Mai 2009

● Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, April 2009	15,90
Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise	18,-
● Fachserien	
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe	
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 4. Vierteljahr 2008	21,50
Fachserie 17: Preise	
Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2009 (Eilbericht)	4,50

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.